

# **Regionale Standards**

**Eine gemeinsame Empfehlung  
des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (ADM),  
der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) und  
des Statistischen Bundesamtes**

**Ausgabe 2005**

**herausgegeben von der  
Arbeitsgruppe Regionale Standards**

**Herausgeber:**

Arbeitsgruppe Regionale Standards

unter Leitung von Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, ZUMA, Mannheim

**Mitglieder der Arbeitsgruppe:**

Kurt Behrens, BIK Aschpurwis + Behrens, Hamburg

Ferdinand Böltken, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Christian von der Heyde, TNS Infratest, München

Hans-Joachim Heidenreich, Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Bonn

Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, ZUMA, Mannheim

Sigrid Kiese, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Günther Rösch, Büro für Erhebungsdesign und Datenanalyse, Frauenberg

Wolfgang Sodeur, Universität Duisburg-Essen, Campus Essen

Ernst-Otto Walter, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Ausnahme: die folgenden 4 web-Seiten:

[www.tns-infratest.com](http://www.tns-infratest.com)

[www.bik-gmbh.de/projekte/regionale-standards.html](http://www.bik-gmbh.de/projekte/regionale-standards.html)

[www.gesis.org/Methodenberatung/Untersuchungsplanung/Regionalisierung/index.htm](http://www.gesis.org/Methodenberatung/Untersuchungsplanung/Regionalisierung/index.htm)

[www.destatis.de/methoden](http://www.destatis.de/methoden)

Alle Rechte vorbehalten.

© Arbeitsgruppe Regionale Standards

Oktober 2005

Die "Regionalen Standards" (Stand: 2005) können über folgende web-pages als pdf-file mit farbigen Graphiken heruntergeladen und ausgedruckt werden:

**Vorsicht! Die Seitenzahlen weichen von der Buchpublikation ab.**

1. TNS-Infratest, München  
[www.tns-infratest.com](http://www.tns-infratest.com)
  
2. BIK Aschpurwis + Behrens, Hamburg  
[www.bik-gmbh.de/projekte/regionale-standards.html](http://www.bik-gmbh.de/projekte/regionale-standards.html)
  
3. ZUMA, Mannheim  
[www.gesis.org/Methodenberatung/Untersuchungsplanung/Regionalisierung/index.htm](http://www.gesis.org/Methodenberatung/Untersuchungsplanung/Regionalisierung/index.htm)
  
4. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden  
[www.destatis.de/methoden](http://www.destatis.de/methoden)

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einführung</b>	
	Wolfgang Sodeur und Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik Regionalisierung von statistischen Daten: Eine Einführung	8
<b>2</b>	<b>Techniken</b>	
	Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik Techniken der Regionalisierung	17
<b>3</b>	<b>Regionalabgrenzungen</b>	
	Kurt Behrens Die wichtigsten Regionalabgrenzungen für die Bundesrepublik Deutschland - Ein Überblick	21
	Statistisches Bundesamt Anhang: Von GV100 bis GV-ISys	33
<b>4</b>	<b>Auswahl von Instrumenten zur Regionalisierung</b>	
	Kurt Behrens Vom Nutzen ausgewählter Instrumente	43
	Kurt Behrens Stadtregionen: Von Boustedt zu BIK	44
	Holger Breiholz BIK-Typen – Eine Anwendung auf Mikrozensus-Daten	72
	Ferdinand Böltken Die siedlungsstrukturellen Gebietstypen im Raumbenachteiligungssystem des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung	73
<b>5</b>	<b>Mikrozensus</b>	
	H.-J. Heidenreich Zur Regionalisierung von Ergebnissen aus dem Mikrozensus	111
<b>6</b>	<b>Bevölkerungstichproben</b>	
	Günther Rösch und Christian von der Heyde Bevölkerungstichproben in der Umfrageforschung	115
<b>7</b>	<b>Intrakommunale Gebietstypen</b>	124
	Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik Klassische Verfahren der innerstädtischen Typisierung	125
	Ferdinand Böltken Kommunale Ansätze zur Stadtteiltypisierung	129
	Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik und Friedrich Böltken Techniken der Wohnquartiersbeschreibung	132

	Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik Instrument der Wohnquartiersbeschreibung	133
	Ferdinand Böltken Wohnquartiersbeschreibung	139
	Anke Weslowski LOCAL	144
	Stefan Perleth Typisierung innerstädtischer Milieus durch die Marktforschung	149
	Rolf Küppers Die MOSAIC Milieus als raumbezogenes Zielgruppenkonzept	154
<b>8</b>	<b>Listung und Beschreibung von Datenquellen, die für die Umfrageforschung zur Verfügung stehen</b>	<b>161</b>
	E. O. Walter Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder	162
	Michael Bretschneider unter Mitarbeit von Jörg Schumacher Daten der Kommunen	167
	E. O. Walter und Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik Daten des Statistischen Amtes der EU	177
	E. O. Walter Urban Audit	177
	Jürgen. H.P. Hoffmeyer-Zlotnik Die Regionaldatenbanken von Eurostat und der Europäischen Kommission	178
	Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik Daten öffentlicher Institutionen	180
	Ekkehard Mochmann Der Datenservice des Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA)	184
	Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik Nationale Datensätze großer Umfragen der Forschung	186
	Wolfgang Sodeur Forschungsdatensätze auf internationaler Ebene	189
	Wolfgang Sodeur Überlegungen zum Aufbau einer Meta-Datenbank über potentiell in Deutschland verfügbare Befragungsdaten	190
<b>9</b>	<b>Regionalisierung der „Demographischen Standards“ aus dem Mikrozensus 2002</b>	<b>192</b>
	Bevölkerung am Hauptwohnsitz in Privathaushalten	
	1. nach Gemeindegrößenklassen	192
	2. nach BIK-Regionsgrößenklassen	200
	3. nach siedlungsstrukturellem Gemeindetyp	206
	Verzeichnis der Autoren	213

## Vorwort

Die Regionalen Standards dienen dem Zweck, dem empirischen Sozialforscher ein Instrumentarium an die Hand zu geben, mit dem eine aktuelle Regionalisierung von Umfragedaten, ob in der Sozialforschung, in der Marktforschung oder in der amtlichen Statistik erhoben, für Deutschland möglich ist. Dieses Instrumentarium ist sehr vielseitig, da es nicht nur die zentralen Instrumente, sondern auch Hinweise auf Datenquellen umfasst. Allerdings ist solch ein Instrumentarium ständig in einem Prozess des Wandels begriffen und kann nur eine Momentaufnahme darstellen. Diese Momentaufnahme kann schon bei der Auslieferung des Buches in manchen Punkten nicht mehr auf dem neuesten Stand sein. Denn die Regionalisierung befindet sich derzeit im Aufwind und die amtliche Statistik bietet gerade im Moment der Wissenschaft einen noch vor kurzer Zeit nicht für möglich gehaltenen Zugang zu relativ feingliedrig aufbereiteten Daten. Fast wöchentlich erfahren wir von neuen Zugängen zu aktuellen Daten. Und auch die Wissenschaft betreffende Projekte der amtlichen Statistik werden abgeschlossen, neu gestartet oder modifiziert. Hinzu kommt, dass beide Institute, deren Instrumente zur Regionstypisierung in Kapitel 4 vorgestellt werden, zur Zeit eine grundlegende Überarbeitung der Instrumente durchführen. Damit werden die Regionalen Standards nie auf dem neuesten Stand sein können. Sie werden aber eine Systematisierung der Möglichkeiten für die Regionalisierung von Umfragedaten in der Bundesrepublik Deutschland aufzeigen und sie werden einen Überblick geben, welche Art von Instrumenten und welche Art von Daten über wen zugänglich sind und was diese leisten können.

Um den Zugang zu Instrumenten und Daten für eine Regionalisierung von Umfragedaten zu erschließen und zu dokumentieren, wurde 1995 auf Initiative eines gemeinsamen Arbeitskreises aus Vertretern des Statistischen Bundesamtes, der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) und des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (ADM) eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Der Arbeitsgruppe gehören an:

- als Vertreter des ADM: Kurt Behrens, BIK, Christian von der Heyde, TNS Infratest;
- als Vertreter der ASI: Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, ZUMA (Leiter der Arbeitsgruppe), Günther Rösch, Büro für Erhebungsdesign und Datenanalyse, Wolfgang Sodeur, Universität Duisburg-Essen;
- als Vertreter der amtlichen Statistik: Hans-Joachim Heidenreich und Sigrid Kiese, Statistisches Bundesamt, sowie E.O. Walter, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
- und als Vertreter einer bundesweiten amtlichen Nutzung von Regionalstatistiken Ferdinand Böltken vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Besonderer Dank gebührt den ehemaligen Mitgliedern der Arbeitsgruppe Sabine Köhler vom Statistischen Bundesamt und R. Rost vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, die in der Anfangsphase für das Vorankommen der Arbeit von zentraler Bedeutung waren.

Grundlage für die Idee zu den Regionalen Standards war die langjährige Erfahrung der Mitglieder der Arbeitsgruppe mit den Tücken der Regionalisierung und ihr Wunsch, eine größere Transparenz über verfügbare regionale Hintergrundmerkmale herzustellen. Denn regionale Hintergrundmerkmale sind eine große Hilfe bei der Interpretation von Daten zu Einstellung und Verhalten. Auch sind Instrumente und Daten vorhanden, aber nicht immer leicht zugänglich. Die Regionalen Standards sollen die Informationen darüber systematisieren.

Kapitel 1 führt in die Regionalisierung von statistischen Daten ein und gibt einen Überblick. Im Kapitel 2 werden die Techniken der Regionalisierung beschrieben. Im Kapitel 3 werden die wichtigsten Abgrenzungen von Regionen aufgezeigt und am Beispiel erläutert. Dieses Kapitel orientiert sich am Gemeindeverzeichnis GV2000 der amtlichen Statistik. Im Kapitel 4 werden die zwei bedeutendsten nationalen Entwicklungen zur Typisierung von Regionen dargestellt, die Stadtregionen des BIK, die eine Weiterentwicklung der Stadtregionen von Boustedt darstellen, und die als Instrumente der Raumb Beobachtung entwickelten siedlungsstrukturellen Gebietstypen im Raumb Beobachtungssystem des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Kapitel 5 setzt sich mit zwei zentralen Themen des Mikrozensus auseinander, mit der regionalen Untergliederung des Mikrozensus und mit dem Standardfehler in Abhängigkeit von der Regionsgröße. Kapitel 6 befasst sich mit der Konstruktion nationaler Bevölkerungsstichproben und mit der hierbei notwendigen regionalen Schichtung und Gewichtung. Kapitel 7 stellt unterschiedliche Instrumente zu einer innerörtlichen Typisierung vor, die von der klassischen Sozialraum-Analyse über Techniken der Wohnquartiersbeschreibung bis zu den innerstädtischen Milieus der Marktforschung reichen.

Im Kapitel 8 werden die unterschiedlichen Datenquellen der statistischen Ämter des Bundes, der Länder, der europäischen und der kommunalen Statistik, die Datensätze großer öffentlicher Institutionen, sowie große Datensätze der Umfrageforschung vorgestellt. Wohl wissend, dass gerade hier der Wandel besonders schnell stattfindet, beabsichtigen wir mit dieser Auflistung, die etwa den Stand von Anfang 2004 darstellt, mögliche Arten und Quellen für Regionaldaten aufzuzeigen. Am Ende des 8 Kapitels wird die Idee diskutiert, einen Metadatensatz über potenziell verfügbare Daten zu erstellen – eine Diskussion, die auch von den Nutzern der Regionalen Standards weitergeführt werden könnte.

Kapitel 9 schließlich bietet tabellierte regionalisierte Mikrozensusdaten. Hier werden jene Variablen des Mikrozensus, die entsprechend den Demographischen Standards erhoben werden, in regionaler Typisierung für die Gemeindegrößenklassen, für die BIK-Regionen und für die siedlungsstrukturellen Gemeindetypen des Bundesamtes für BBR auf der Basis des Mikrozensus von 2002 ausgewiesen.

Ziel dieser Regionalen Standards für die Bundesrepublik Deutschland ist es, die Kenntnis über die Techniken der Regionalisierung und über die vorhandenen Instrumente und die Datenquellen sowie ihre Zugänglichkeit, systematisch aufbereitet, einer breiten Öffentlichkeit von empirisch Forschenden zur Verfügung zu stellen. Zu beachten ist allerdings, dass die Regionalen Standards als eine Momentaufnahme keine Suche im web ersetzen.

Einerseits macht es sich allmählich schmerzlich bemerkbar, dass die Bundesrepublik Deutschland über keine aktuellen Zensusdaten verfügt – der letzte Zensus wurde 1987 durchgeführt. Die Entwickler von Regionaltypologien, ebenso wie die von nationalen Stichprobenplänen, müssen auf andere flächendeckende Datensätze ausweichen – was zur Zeit geschieht.

Andererseits gibt es über die „Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur“ neue Wege der Kooperation zwischen Wissenschaft und Statistik. Dieses schlägt sich dergestalt nieder, dass für die Forschung interessante Datensätze als Scientific Use Files zu sehr geringen Kosten zur Verfügung gestellt werden. Und diese Entwicklung schließt auch die Erstellung von Regional-Files mit ein. Wie z. B. eine Mikrozensus-Regionalfile aussehen wird, stellt uns in Kürze das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter vor. Um solchen aktuellen und für die Forschung wichtigen Entwicklungen gerecht zu werden, wird die Arbeitsgruppe die Entwicklungen zum Thema Regionalisierung weiterhin verfolgen und zu gegebener Zeit in nicht allzu ferner Zukunft eine überarbeitete Neuauflage der Regionalen Standards vorlegen.

Mannheim, im Mai 2005

Arbeitsgruppe Regionalisierung von Umfragedaten  
Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik

Wolfgang Sodeur und Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik\*)

## 1 Regionalisierung von statistischen Daten: Eine Einführung

### 1.1 Regionalisierung von Umfragedaten

In der Geographie beinhaltet Regionalisierung eine „Aufteilung oder Untergliederung eines Raumes oder räumlicher Sachverhalte in kleinere Einheiten nach einem zweckbestimmten Aufteilungsschema“ (Leser 1998: 692). Das Ergebnis sind abgegrenzte und in kartographischer Darstellung eindeutig identifizierbare Analyse- oder Planungseinheiten: Regionen. Regionen lassen sich über ausgewählte Strukturmerkmale hinsichtlich eines Ausstattungsgrades oder Entwicklungsstandes miteinander vergleichen.

Für staatliche und wirtschaftliche Institutionen liefern diese Daten wichtige Grundlagen für Entscheidungen über die künftige Entwicklung der Regionen. Ihr Interesse an der Verfügbarkeit solcher Daten ist deshalb meist auch konstitutiv für ihr Entstehen. Demgegenüber ist die Sozialforschung eher an der sekundären Nutzung der Daten interessiert. Ihr Ziel ist es, den Einfluss der die Regionen unterscheidenden Strukturmerkmale auf Denken und Handeln der Zielpopulation herauszuarbeiten.

In der Soziologie wird unter Regionalisierung die Typisierung von Eigenschaft(sdimension)en von Personen oder Dingen, entsprechend ihrer Raumstruktur, verstanden (Hard 1973: 87). Region in diesem Sinne ist ein „Aggregat von kleinsten räumlichen Bausteinen“ (Boustedt 1975: 21), deren Außengrenze zwar jeweils kartierbar, aber für die Analyse unwichtig ist. Hier werden nicht konkrete Gebiete wie A-Stadt mit B-Stadt, sondern Regionen als Raumtypen (A-Typ, B-Typ, ...) miteinander verglichen, z. B. „Stadt“ und „Land“, unabhängig davon, welche konkreten Städte den Typ „Stadt“ darstellen, sofern diese den Kriterien für die Typbestimmung entsprechen. Ziel dieser Art der Regionalisierung ist das Einbringen allgemeingültiger Kontextmerkmale in die Analyse von Umfragedaten. Merkmale sind dabei u.a. die Verfügbarkeit von Ressourcen für das Leben in der Gemeinschaft, für Wohnen, Arbeiten, sich Bilden, sich Versorgen und für das Freizeitverhalten. Diese Kontextmerkmale haben neben den Persönlichkeitsmerkmalen einen mehr oder minder großen Einfluss auf Denken und Handeln der Individuen.

Räume haben Funktionen im Sinne von Aufgaben. Die Funktionen orientieren sich an der Eignung eines Raumes, bedingt durch die Topographie, die Bodenbeschaffenheit, die Lage oder die Erreichbarkeit eines Raumes für eine bestimmte Funktion. Da aber Räume und Flächen nur begrenzt vorhanden sind, besteht eine wesentliche Aufgabe von Raumordnung und Landesplanung darin, Funktionen von Räumen festzulegen und zu sichern. Damit entstehen funktionale Räume in Abhängigkeit von einer unterschiedlichen Topographie, unterschiedlicher historischer Entwicklung, unterschiedlicher wirtschaftlicher und/oder politischer Entwicklung und Struktur, unterschiedlicher Sozialstruktur, unterschiedlicher Flächennutzung und unterschiedlicher Dichte der Bebauung sowie der Bevölkerung. Diese unterschiedlichen funktionalen Räume unterscheiden sich nicht nur voneinander, sondern bieten auch ihren Bewohnern oder Nutzern unterschiedliche räumliche Gegebenheiten, welche zu ungleichen Chancen des Zugangs von Individuen zu den Ressourcen Bildung (Kramer 1998; Gierke & Loeber-Pautsch 1997), Arbeit (Geißler 1990), infrastruktureller Grundversorgung (Crow & Hennig 1995) und Wohnen (Weiske & Fabian 1995) führen und welche die Einbettung der Individuen in unterschiedliche Systeme sozialer Kontakte bewirken. Damit beeinflusst der räumliche Kontext, in dem ein Individuum agiert, durch seine Strukturierung und Ausstattung einerseits Denken und Handeln dieses Individuums und bietet andererseits demselben den „Handlungsraum“, geprägt auf der Mikroebene über das soziale Netzwerk und die Gegebenheiten eines individuellen Aktionsraumes.

Vorhandene oder fehlende Ressourcen, z. B. an Arbeitsplätzen oder Bildungsstätten, oder vorhandene oder fehlende Möglichkeiten zu Kontakten mit Minderheiten haben Folgen für das Denken und Handeln der regionalen Bevölkerung. Und auf der Mikroebene, der direkten Handlungsebene, führt segregiertes Siedeln von Gruppen, die nach Sozialstruktur, Ethnie oder Lebenszyklus voneinander unterschieden sind, oder die Trennung von Lebensbereichen wie Wohnen, Arbeiten oder Freizeit zu einem sozialen Umfeld in Form von „Netzwerk“ oder „Subkultur“, das über Personen mit gleichen Merkmalen, die Werte und Normen teilen, definiert wird (Fischer 1972, 1975).

Die Eigenschaften regionaler Einheiten und ihre gleiche oder meist eher ungleiche Verteilung im Raum sind allein schon interessant genug, um auf positive wie negative Entwicklungen eines Landes hinzuweisen und geben u.a. Raumplanern und Politikern wichtige Hinweise zur Gestaltung. Auch für die Ziehung von Bevölkerungsstichproben sind detaillierte Kenntnisse über die regionalen Einheiten nötig: Wahrscheinlichkeitsauswahlen sind unter normalen Kosten- und Zeitbedingungen nur als Klumpenstichproben in einer relativ kleinen Zahl von Gebietseinheiten realisierbar, was zur Fehlerbegrenzung Auswahlen erfordert, die über Gebietseigenschaften geschichtet werden.

Viele Kapitel des vorliegenden Buches zielen in erster Linie und unmittelbar auf diese beschreibenden Funktionen. Im Rahmen dieser Einführung gehen wir jedoch nur beiläufig auf solche Funktionen von Regionaleigenschaften ein. Betont wird gegenüber der Deskription die Ergänzung individueller (Umfrage-) Daten um Merkmale der sie umgebenden Regionen. Damit verschiebt

\*) Wolfgang Sodeur, Universität Duisburg-Essen, Campus Essen, FB 1: Empirische Sozialforschung;  
Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, ZUMA, Mannheim



sich das Interesse fast zwangsläufig auf die Frage, inwieweit die Einheiten auf der „Mikroebene“ durch ihre Umgebungen („Makroebene“) in ihren Handlungsspielräumen bzw. in ihrem tatsächlichen Handeln beeinflusst werden.

Erklärungsansätze über das Zusammenwirken von individuellen und regionalen Eigenschaften können in dieser Einführung nur beispielhaft behandelt werden. Auch bei der Konzentration auf wenige und spezielle Inhalte bemühen wir uns jedoch darum, Anregungen für die Übertragung auf andere Anwendungsfelder zu eröffnen.

## 1.2 Zusammenhänge zwischen regionalen Merkmalen und individuellem Verhalten: Erklärungsansätze

In diesem Abschnitt wird zusammenfassend berichtet von theoretischen Erklärungen der Zusammenhänge zwischen Eigenschaften der physischen und sozialen Umgebung von Personen und ihrem individuellen Verhalten. Diese Zusammenhänge liefern die theoretischen und praktischen Gründe für eine Ergänzung der meist auf die Person der Befragten bezogenen Umfragedaten durch verfügbare Regionaldaten.

Die theoretischen Erklärungsansätze bilden dabei zunächst die Ausgangspunkte für die Auswahl ergänzender Regionaldaten. Bei der späteren Analyse des individuellen Verhaltens erleichtern sie die Interpretation des Zusammenwirkens von Regional- und Individualdaten.

Mit der Beschreibung verschiedener Deutungsansätze für die Beziehungen zwischen bestimmten Regionaleigenschaften und individuellem Verhalten sollen nicht Regeln mit Anspruch auf allgemeine Geltung vorgeschlagen, sondern Anregungen für Überlegungen zur jeweils problem- und situationsabhängigen Ergänzung von Umfragedaten gegeben werden.

Das Zusammenwirken von Regional- und Individualdaten kann in zwei gegenläufigen Richtungen erfolgen. Herlyn (1998) spricht in diesem Zusammenhang von „raumwirksamer Sozialstruktur“ und „sozialwirksamer Raumstruktur“. Bei der Frage nach dem zusätzlichen Informationsgehalt von Regionaldaten ist vor allem die zuletzt genannte Wirkungsrichtung interessant. Gelegentlich und insbesondere bei zeitlich zurückgreifenden Erklärungen kommen jedoch auch Rückwirkungen individuellen Handelns auf die jeweilige Umwelt ins Spiel.

Hebt man den „Verwendungszweck“ von Regionaldaten in der Umfrageforschung hervor, dann erweitert sich die Frage nach den Einflüssen von Regionaleigenschaften auf individuelles Verhalten. Die „Richtung der Einflussnahme“ ist zwar wichtig für die theoretische Begründung der Zusammenhänge, konstituiert damit die Entscheidung für die Ergänzung der Umfragedaten um Regionaldaten und leitet die Interpretation der Analyseergebnisse. Der Nutzen zusätzlicher Regionaldaten ist jedoch nicht von einer bestimmten Form kausaler Beziehungen zwischen Regionaleigenschaften und sozialem Verhalten abhängig, sondern beruht vor allem auf dem Zuwachs an Information, den die Regionaldaten liefern.

Eine erweiterte, nur auf den Informationsgehalt der zusätzlichen Regionaldaten abstellende Frage heißt also: Unter welchen Umständen liefern Umgebungseigenschaften zusätzliche Informationen über das individuelle Verhalten von Personen bzw. über die Beziehungen zwischen Personen?

Die Bedeutung des sozialen Kontextes, bzw. allgemeiner, die Bedeutung der Umgebung für individuelles Verhalten wird in der Literatur je nach konkreten Bedingungen (vgl. Hummell 1972, Kapitel 6.2) manchmal betrachtet als

- (1) direkte Einflussnahme des sozialen Systems auf das Individuum,
- (2) Orientierung des Individuums am umgebenden sozialen System und seinen Normen aufgrund vorangehender Internalisierung oder aktuell gewünschter Zuordnung,
- (3) indirekte Gestaltung von Spielräumen für potenziell mögliches Verhalten („Gelegenheiten“),
- (4) bloßes Korrelat ohne aktuelle inhaltliche Bezüge, das jedoch u.U. auf frühere Selektionsprozesse zurückgeht und damit ebenfalls zur besseren Deutung der aktuellen Zusammenhänge beiträgt.

In den folgenden Abschnitten beschreiben wir die verschiedenen Formen der Zusammenhänge mit dem Ziel, damit Anhaltspunkte für die Auswahl jeweils geeigneter Regionaldaten und den zusätzlichen Gewinn an Einsichten zu liefern, den diese Regionaldaten zusammen mit den individuellen Umfragedaten versprechen. Sehr informative Beispiele dazu sind auch in den Kapiteln 4.3.3 und 4.3.4 über Zusammenhänge zwischen der Siedlungsstruktur und Einstellungen und Verhalten der Bewohner zu finden. Abschließend fassen wir zusammen, welche Gruppen von Regionaldaten unter den verschiedenen Gesichtspunkten bedeutsam werden.

- (1) Direkte Einflussnahme des sozialen Systems bzw. der Umgebung (vgl. Hummell 1972:133f.)

Unter der Einflussnahme der Umgebung auf das Individuum werden alle Formen einer normativen, durch Austauschprozesse an ökonomischen oder sozialen Märkten oder durch Einsatz von Macht vollzogenen Verbreitung von Werten, Einstellungen, Verhaltensweisen usf. verstanden. Meist geschieht das unter impliziter oder expliziter sozialer Kontrolle (durch Sanktionen). Im Falle von Austauschprozessen betrifft diese Kontrolle zumindest die Regeln des Austausches.

Als einflussreiche Umgebungseigenschaften dieser Art kommen Merkmale der örtlichen Bevölkerung infrage, welche Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede von Erfahrungshintergründen, Wertvorstellungen, Interessen, Besitz und Macht widerspiegeln, u.a. Mehrheitsmeinungen, die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Bildung, ökonomischer Lage, Alter, Zahl der Kinder diverser Altersstufen, Ethnie, usf..

Damit sind aber zunächst nur die möglichen Inhalte einer Beeinflussung angedeutet und noch nicht die Rahmenbedingungen („Gelegenheiten“), unter denen sich eine mehr oder weniger effektive Einflussnahme vollzieht. Neben den quantitativen Mehrheitsverhältnissen wird auch zu beachten sein, auf welche Weise die Eigenschaften der Region die dort lebenden Bewohner mit Folgen für ihr soziales Verhalten geprägt haben, d.h. mit welchem Grad an personeller Konstanz und über welchen Zeitraum die Bedingungen vorliegen und ob es Anlässe für die Entwicklung gemeinsamer Erfahrungshintergründe, Wertvorstellungen und Interessen gegeben hat (vgl. dazu auch „funktionale Gemeinschaften“, Engel 1998: 51f.). Zur Beschreibung solcher „Gelegenheiten“ verweisen wir auf einen späteren Abschnitt.

(2) Orientierung des Individuums am umgebenden sozialen System (vgl. Hummell 1972: 136ff.)

Ganz ähnliche Folgen für das individuelle Verhalten können auch unter alternativen Prozessbedingungen eintreten. An die Stelle einer „Einflussnahme“ der Umgebung tritt dann eine „Übernahme“ auf Initiative des Individuum. Hummell betont in diesem Zusammenhang die Rolle der Kontexte in der sozialen Wahrnehmung der Personen (1972: 135f.): Der Einfluss geht nach dieser Sichtweise von perzipierten oder konstruierten Eigenschaften der Umgebung aus („Bezugsgruppen“) und folgt z. B. Egos Orientierung an Mehrheiten und der aktuellen Verteilung von Bildung, Besitz, Einkommen, Status im Berufsleben usf. in seiner Umgebung.

Auch Deprivationserfahrungen (vgl. Engel 1998: 53), z. B. durch das Einkommensgefälle im Gebiet oder andere Mangellagen, die nicht mehrheitlich oder von einer größeren Zahl von Personen geteilt werden, die das Individuum als „gleichartig“ empfindet, können Ausgangspunkte für die Erklärung gebietspezifisch unterschiedlicher Verhaltensweisen sonst „ähnlicher“ Personen bilden.

(3) Indirekte Beeinflussung durch die Gestaltung von Spielräumen für soziales Verhalten bzw. Gelegenheiten für soziales Handeln (vgl. H.J. Hummell 1972: 136ff.)

Der Einfluss der physischen und sozialen Umgebung auf das Verhalten von Personen wird in der Literatur oft als eine indirekte Beziehung gedeutet. Danach fördert oder begrenzt die Umwelt die Möglichkeiten für soziales Verhalten. Dieselbe Person wird sich je nach Gestaltung solcher Rahmenbedingungen – oft als „Gelegenheiten“ bezeichnet – unterschiedlich verhalten (können). Damit bestimmt die Umwelt zwar nicht direkt das Verhalten, öffnet aber im Rahmen gegebener Interessen und Handlungsdispositionen der Akteure unterschiedliche Spielräume für tatsächliches Handeln bzw. verengt diese. Entsprechende theoretische Überlegungen sind besonders ausführlich im Bereich der ökologischen Sozialisationsforschung entwickelt und zum Teil auch empirisch geprüft worden (vgl. u.a. Bronfenbrenner 1976). Dabei geht es zum Beispiel um die Beschreibung von Situationen und Konstellationen jeweils anwesender Personen, die den Kindern und Jugendlichen bestimmte soziale Verhaltensweisen „als Modell“ sichtbar werden lassen: Der Umgang Erwachsener mit einander widersprechenden Erwartungen ist für Kinder nur sichtbar, wenn mindestens 3 Personen interagieren. Im konkreten Einzelfall werden solche Situationen jedoch nicht identifiziert. Statt dessen wird – vom Einzelfall abstrahierend – aufgrund theoretischer Erwartungen eine Behauptung aufgestellt über das relativ häufige Auftreten entsprechender Situationen unter bestimmten regionalen, d.h. hier situativen bzw. personellen Bedingungen.

Die Verwendung abstrahierender Zusammenhänge dieser Art zwischen regionalen Umgebungseigenschaften und dem Verhalten der Personen ist natürlich nicht auf die ökologische Sozialisationsforschung beschränkt. Andererseits lassen sich im Rahmen dieser Einführung die möglichen Verbindungen nicht einmal im Hinblick auf bereits in der Literatur vorliegende Beispiele vollständig aufzählen. Im folgenden beschreiben wir deshalb wieder nur exemplarisch einige Bereiche möglicher Annahmen über Zusammenhänge.

(a) Räumliche und zeitliche Bedingungen für soziales Handeln

Wir beschreiben zunächst räumliche Bedingungen („Gelegenheiten oder Opportunitäten“), welche den Kreis möglicher Alternativen sozialen Handelns erweitern bzw. einschränken, ohne selbst für die tatsächliche Auslösung von Handlungen verantwortlich zu sein.

So werden sich z. B. Personen auf der Suche nach Arbeitsplätzen, trotz sonst gleicher individueller Präferenzen, anders verhalten, je nachdem, ob ein vielfältiges Arbeitsplatzangebot am Wohnort zur Verfügung steht, ob der Wohnort weit entfernt oder in unmittelbarer Nähe von Ballungszentren mit gutem Arbeitsplatzangebot liegt, auf welche Weise der Wohnort mit anderen Ballungszentren über Verkehrswege verbunden ist. Oder es werden sich Eltern bei Entscheidungen über die Bildungswege ihrer Kinder, trotz sonst gleicher individueller Präferenzen, anders verhalten, je nachdem, welche Bildungseinrichtungen vor Ort zur Verfügung stehen bzw. welche Verkehrswege zu anderen Orten mit entsprechenden Bildungseinrichtungen bestehen. Oder, um ein drittes Beispiel mit räumlichem Bezug zu nennen, es werden sich Personen hinsichtlich ihres Freizeitverhaltens, trotz sonst gleicher individueller Präferenzen, anders verhalten, je nachdem, in welcher Vielfalt, örtlichen Konzentration und räumlichen

Erreichbarkeit (wieder definiert über Entfernungen, Verkehrswege etc.) Sport-, Erholungs- und Freizeiteinrichtungen verfügbar sind.

In allen drei genannten Fällen sind die räumlichen Bedingungen nicht als Faktoren mit direktem Einfluss auf soziales Verhalten zu verstehen, sondern öffnen – bei entsprechenden individuellen Interessen – Handlungsoptionen oder werden als Beschränkungen empfunden, während sie bei anderen Interessen als belanglos erscheinen.

Entsprechend können auch zeitliche Bedingungen in ihrer indirekten Wirkung als Opportunitätsstrukturen gedeutet werden. So ist z. B. die personelle Kontinuität von Nachbarschaften (bzw. der schnelle Wechsel aufgrund hoher Fluktuation) eine wichtige Voraussetzung für intensive Nachbarschaftsbeziehungen. Dies gilt im Guten wie im Bösen, da sich im Laufe der Zeit möglicherweise gegenseitige Unterstützung entwickelt oder Konflikte eskalieren.

Weitere Rahmenbedingungen mit dem Charakter von Opportunitäten sind die zeitlichen Überschneidungen der Anwesenheitszeiten der Bewohner. Als Merkmale sind hier neben dem Anteil der berufstätigen Wohnbevölkerung vor allem die Differenzen im Umfang von „Tag- und Nachtbevölkerung“, der Anteil der örtlichen Bevölkerung daran, der Anteil an Berufspendlern und die Länge der Pendelzeiten wie auch die Variation der berufsbedingten Abwesenheitszeiten – insbesondere aufgrund von Schichtarbeit – zu nennen.

Diese hier nur exemplarisch genannten Bedingungen beschreiben, inwiefern sich die Verkehrskreise der Bewohner in zeitlicher und räumlicher Hinsicht „überschneiden“ könnten. Sie geben damit zwar keine Auskunft über das tatsächliche Sozialverhalten im Einzelfall. Aber sie begründen Erwartungen gegenüber dem Sozialverhalten von Personen mit sonst gleichen Präferenzen und Dispositionen: nämlich auf relativ homogenes Verhalten solcher Personen unter ähnlichen Opportunitätsbedingungen.

(b) Äußere Anlässe oder Notwendigkeit für Kontakte

Abschließend wenden wir uns einigen Grenzfällen zu, bei welchen die theoretischen Annahmen über die Wirkungsweisen der Gelegenheiten weniger klar zu trennen sind zwischen indirekten Einflüssen durch bloße Gestaltung größerer oder kleinerer Spielräume für Verhalten einerseits und direkten Einflüssen auf soziales Verhalten andererseits.

Ausgangspunkt solcher Überlegungen sind unterschiedliche örtliche Konzentrationen von Problemlagen: Nur wenn hinreichend viele Personen zur selben Zeit am selben Ort gleichartige Probleme erfahren, ergeben sich soziale Gelegenheiten zum gemeinsamen Handeln. Trotz gleicher Probleme und Interessen werden sich deshalb Personen je nach Kontext anders verhalten (können). Beispiele für regionale Kontexte dieser Art sind z. B. Regionen mit mangelnden Infrastruktureinrichtungen. Örtliche Konzentrationen von Personen mit ähnlichen Interessen entstehen z. B. durch die Art der Zuwanderung zu Neubaugebieten, wenn sich viele Personen in gleicher Lebenszyklusphase (z. B. Eltern mit Kindern im Kindergarten- oder Schulalter) zusammenfinden.

(4) Selektivität (vgl. Hummell 1972: 138 f.)

Hummell (1972: 138f.) beschreibt schließlich als Restkategorie solche Korrelate zwischen regionalen und individuellen Eigenschaften, bei denen unter den aktuellen Bedingungen keine inhaltlichen Zusammenhänge der oben beschriebenen Art auszumachen sind. Ein Vorschlag zu ihrer Deutung weist auf Prozesse in der Vergangenheit hin, durch die über die Selektivität regionaler Wanderungen oder räumlich begrenzte Entwicklungen eine Trennung scheinbar homogener Populationen stattgefunden hat. Dabei beruht die scheinbare Homogenität auf einer an sich zu groben Klassifikation der Population anhand verfügbarer sozio-demographischer Merkmale. Zumindest unter Bezug auf die aktuellen Verhältnisse handelt es sich hier also nur um scheinbare Einflüsse des Kontextes. Dazu ein Beispiel:

Wenn sich z. B. Arbeiter in einem überwiegend von Arbeitern bewohnten Viertel anders verhalten als Arbeiter in einem überwiegend von Angestellten und Beamten bewohnten Viertel, so mag das am sozialen Einfluss ihrer Umgebung liegen (z. B. beim Wahlverhalten) oder an ihrer Orientierung an der Umgebung oder an unterschiedlichem Zugang zu Ressourcen (z. B. bei Bildungsentscheidungen für die Kinder) und insofern einer der oben genannten Einflussformen zugehören. Es kann aber auch Folge zurückliegender Selektions- bzw. Wanderungsprozesse sein, durch die eine Segregation unterschiedlicher Arten von Arbeitern erfolgte. Die formal als „Regionaleigenschaften“ eingeführten Daten (im Beispiel die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Berufsgruppen im Wohnquartier) müssen dann in ihrer theoretischen Interpretation eher als verkappte Individualdaten angesehen werden, mit denen eine ursprünglich zu grob erhobene Berufskategorie „Arbeiter“ nachträglich differenziert wird (vgl. Hummell 1972: 139).

Zur entsprechenden Beschreibung regionaler Eigenschaften sind offensichtlich über die Kenntnis der aktuellen Zusammensetzung der Bevölkerung nach demographischen, ökonomischen und sozialen Eigenschaften hinaus auch Informationen über potentiell bedeutsame Entwicklungen der Vergangenheit nötig, etwa über die wirtschaftliche Entwicklung eines Gebiets zum Industriestandort oder über den massenhaften Wegfall von Arbeitsplätzen in einer Krisensituation, über einschneidende Zu- oder Abwanderungswellen, Zerstörungen mit nachfolgender Neubesiedlung usw..

Kleinräumige und flächendeckende Informationen über solche Entwicklungen werden in der Regel nur indirekt über Veränderungen der Zahl von Einwohnern, von Beschäftigten, des Steueraufkommens usw. erreichbar sein.

### 1.3 Merkmale, die potentiell bedeutsame Umgebungseigenschaften indizieren

In diesem Abschnitt wird zusammengefasst, welche Gebietseigenschaften aufgrund der vorher diskutierten Zusammenhänge potentiell Einfluss nehmen auf das Verhalten von Personen. Unbeachtet der jeweiligen Interpretation der Zusammenhänge wird hier anhand einiger Beispiele der Frage nachgegangen, wie die bedeutsamen Gebietseigenschaften direkt oder indirekt durch verfügbare Regionaldaten beschrieben werden können.

(1) In vielen Erklärungsansätzen wird die unterschiedliche Verfügbarkeit von Ressourcen als wichtiger Einflussfaktor auf individuelles Verhalten genannt. Die Menge solcher Ressourcen ist groß und reicht von den örtlichen Gegebenheiten für Wohnen, Arbeiten und Freizeit, über die Bildungsangebote für Erwachsene und insbesondere Kinder, die Verfügbarkeit von Dienstleistungen und Einkaufsmöglichkeiten, bis hin zu Kontaktmöglichkeiten zu anderen Personen mit ähnlichen Interessen und Vorlieben. Indirekt spielt hier auch die Anbindung an öffentliche Verkehrswege und die Entfernung von Ballungszentren eine Rolle, da Ressourcen auf diesem Wege überregional verfügbar werden. Vergleicht man demgegenüber die Liste von Regionaldaten, wie sie vor allem die amtliche Statistik bereitstellt (Statistik Regional, früher der gemeinsame Datenkatalog MKRO für die Kreis- und Gemeinde-Ebene (siehe Kapitel 8.1.1), so findet man viele Angebote mit zum Teil direktem und häufiger noch indirektem Bezug. Wir geben dazu drei Beispiele:

(a) Wohnen:

Auf der Ebene von Gemeinden ist hier vor allem der Wohngebäude- und Wohnungsbestand mit der durchschnittlichen Zahl der Wohnungen pro Gebäude und der Verteilung der Wohnungen mit unterschiedlicher Zimmerzahl zu nennen. Für eine komplexere, dann aber nur indirekte Beschreibung der Situation kann zusätzlich auf Daten über

- die Bodennutzung, wie etwa auf Größenverhältnisse zwischen Wohn-, Gewerbe- und Erholungsflächen oder den Anteil der Verkehrsflächen,
- mögliche Belastungen auf dem Wohnungsmarkt durch Veränderungen der Bevölkerung aufgrund von Geburten, Sterbefällen und Wanderungsbewegungen auf der einen und Veränderungen im oben genannten Wohnungsbestand zwischen Perioden auf der anderen Seite

zurückgegriffen werden.

(b) Arbeiten:

Die Bedingungen des Arbeitsmarktes (wieder auf der Ebene von Gemeinden) werden unmittelbar durch die Zahl der Beschäftigten mit und ohne Sozialversicherungspflicht und, indirekt ergänzend, durch Veränderungen dieser Zahlen zwischen den Perioden, die Wanderungsbewegungen zwischen Gemeinden und – leider nur veraltet über die letzte Volkszählung 1987 flächendeckend in den alten Bundesländern und für alle Gruppen verfügbar – die Pendlerströme über Gemeindegrenzen beschrieben.

(c) Verkehr:

Als drittes und abschließendes Beispiel soll die regionale Verkehrsanbindung und damit u.a. der indirekte Zugang zu Ressourcen (etwa aus den Bereichen Arbeit, Bildung, Freizeit) an anderen als dem jeweils eigenen Wohnort genannt werden. Hier handelt es sich um ein relationales Merkmal (Verbindung zwischen jeweils zwei Orten). Entsprechende Merkmale sind im Regionalstatistischen Datenkatalog nicht vertreten, da sich alle dort genannten Merkmale nur auf jeweils einzelne Gemeinden oder Kreise beziehen. Unter der Rubrik „Verkehr“ eignet sich allenfalls der Kraftfahrzeugsbestand (auch dieser aber nur auf Kreisebene verfügbar) zur indirekten Kennzeichnung der Anbindung.

Indirekte Kennzeichnungen der Verkehrsanbindung einer Region sind aber u.a.

- auf Grundlage der Volkszählungsdaten über die Berufs-Pendlerströme (siehe dazu auch die Gebietstypologien nach Boustedt und BIK, Kapitel 4.2.1 bis 4.2.5);
- auf der Grundlage von digitalen Fahrplänen der Deutschen Bahn (z. B. Zahl der täglichen Ankünfte/Abfahrten) und/oder
- auf der Grundlage ebenfalls weit verbreiteter Geo-Informationssysteme (GIS), etwa über Entfernungen zu den nächstgelegenen Ballungsgebieten (z. B. RegioGraph, ATKIS), verfügbar bzw. können relativ leicht ermittelt werden.

Diese nur knappen Beispiele sollen vor allem die Möglichkeiten der ergänzenden Beschreibung der jeweilig interessierenden Sachverhalte durch indirekte Kennzeichnung der Merkmale illustrieren. Die unseres Wissens umfangreichste Arbeit zur Entwicklung komplexer Regionaldaten aus verfügbaren Informationen liefert von Klitzing (unter Mitwirkung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, 1989)<sup>1)</sup>. Obwohl seine Darstellungen auf die Volkszählung 1987 bezogen sind und damit hinsichtlich

1) Friedrich von Klitzing, 1989: Handbuch zur kleinräumigen Nutzung von Daten der Volkszählung 1987. DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, Reihe H, Heft 36. Köln: Deutscher Städtetag.

Umfang und zeitlicher Verknüpfung eine Datenlage voraussetzen, die von aktuelleren Daten in der Regel nicht erreicht wird, können sie viele Anregungen geben. Auf aktuellen Daten der laufenden Raumbearbeitung aufbauend, liefert INKAR (Kapitel 8.4) Indikatoren und Karten.

(2) Ebenfalls häufig findet man Hinweise auf solche potentiell bedeutsamen Regionaleigenschaften, die wir aufgrund von Vermutungen über eine vorausgegangene (selbst-) Auswahl der örtlichen Bevölkerung („Selektivität“; Hummel 1972) zusammengefasst haben. Formal geht es dabei um Versuche zu einer differenzierenden Beschreibung der örtlichen Bevölkerung unterhalb der Kategorien verfügbarer demographischer, ökonomischer oder sozialer Merkmale.

Erklärungen für solche differenzierenden Beschreibungen werden in der Vergangenheit gesucht und beschränken sich meist auf sehr allgemeine Hinweise, wie etwa auf die Bedeutung unterschiedlicher historischer, wirtschaftlicher und/oder politischer Entwicklung.

Direkte Daten darüber sind in regionaler Gliederung mit wenigen Ausnahmen nicht flächendeckend vorhanden. Ausnahmen betreffen etwa die Religionszugehörigkeit sowie Geburten- und Sterbefälle, derer sich die amtliche Statistik bereits sehr früh und systematisch angenommen hatte. Andere Daten, wie etwa über regionale Mobilität, gibt es nicht flächendeckend; sie sind erst nachträglich von Historikern zusammengetragen worden (siehe dazu Hinweise im Archiv des Zentrums für Historische Sozialforschung in Köln). Da sich aus solchen Häufigkeiten allein jedoch selten auf die (selektive) Wanderung von Bevölkerungsgruppen schließen lässt, müssen entsprechende Aussagen meist indirekt über Veränderungen im Zeitablauf erschlossen werden, etwa durch kombinierte Vergleiche der regionalen

- Zusammensetzung der Bevölkerung
- und der Zahl und Art der lokalen Arbeitsplätze, der Art und Größe der örtlichen Gewerbebetriebe usw.

Von gewerblichen Anbietern (infaS GEOdaten, microm, GfK, (siehe Kapitel 7.4)) sind neuerdings auch aktuelle Regionaldaten dieser Art erhältlich, die ursprünglich zur regionalen Marktanalyse, zum zielgenauen Einsatz von Werbemitteln und für das Direktmarketing erhoben wurden, sich aber prinzipiell auch zur Ergänzung von Umfragedaten eignen. Es handelt sich dabei um flächendeckend erhobene und kleinräumig gegliederte Daten zur Wohnumgebung und zu aggregierten Konsum- und Verhaltensgewohnheiten. Über ein Beispiel für diese sekundäre Nutzung (allerdings zur Auswahl der Stichprobe und nicht zur Ergänzung der Umfragedaten) berichtet Salentin (1994, 1997).

(3) Schließlich findet man auch allgemeine Hinweise auf die „Funktionen des Raumes“, seine Eignung für unterschiedliche Nutzungen und die daraus folgenden Konsequenzen für das Verhalten der örtlichen Bevölkerung (s.o., Abschnitt 1.1). Die damit angesprochenen einflussreichen Bedingungen sind nicht immer klar von den vorher beschriebenen Ressourcen zu trennen.

Soweit es sich bei diesen nur grob umschriebenen Bedingungen nicht um Ressourcen im oben beschriebenen Sinne handelt, wird man Daten darüber vor allem indirekt über die aktuellen Nutzungen der Fläche bzw. über die Änderung dieser Nutzung im Zeitablauf gewinnen, also zum Beispiel über die

- Veränderung der Flächennutzung,
- Änderung der Gewerbestruktur,
- Änderung der Haus- und Wohnungsgrößen

zwischen den Perioden.

Auf Datenangebote in ihrer jeweils aktuellen Fassung verweist vor allem das „Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik“ (Böltken 2000: 210ff.), in dem die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, der Deutsche Städtetag, das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung und die Bundesagentur für Arbeit die Informationen über ihre regionalstatistischen Quellen bündeln. In diesem Buch werden einzelne dieser Quellen ausführlich beschrieben in Kapitel 8.4.

## 1.4 Die Abgrenzung von Region als Analyseeinheit

Hinter der Abgrenzung von Region als Analyseeinheit steht die Frage, wie weit Regionen oder Umgebungen gefasst werden können, damit noch Eigenschaften mit annähernd „einheitlichem Einfluss“ auf alle dort lebenden Personen anzunehmen sind? Und eine erste Antwort muss lauten: Räume mit vergleichbaren Strukturmerkmalen oder Räume mit einer gleichen oder ähnlichen Entwicklung, also Gebiete, die mit Blick auf eine für die Analyse zentrale Variable gleiche Bedingungen aufweisen, können als Regionen abgegrenzt werden.

Die einfachste thematische Untergliederung des Untersuchungsraumes einer nationalen Umfrage nach relevanten Strukturmerkmalen besteht in der Ausweisung großer, administrativ abgegrenzter Regionen, die sich hinsichtlich eines zentralen Merkmals unterscheiden: über eine unterschiedliche historische Entwicklung oder eine unterschiedliche politische, soziale oder wirtschaftliche Struktur.

Hierunter fällt in der Bundesrepublik Deutschland z. B. das mit der deutsch-deutschen Vereinigung von 1990 entstandene „West-Ost-Gefälle“ (Gatzweiler & Irmen 1997). Dieses ist entstanden durch die unterschiedliche Entwicklung beider deutscher Staaten in den unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systemen bis zur Vereinigung und dem nach der Vereinigung einsetzenden Transformationsprozess in Wirtschaft und Gesellschaft Ostdeutschlands. Die Analyse-Regionen sind die alten und die neuen Bundesländer.

In den 80er Jahren wurde in der Bundesrepublik Deutschland ein „Süd-Nord-Gefälle“ sichtbar, das seine Ursachen in einer räumlich ungleichen Entwicklung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt hatte (Friedrichs, Häußermann & Siebel 1986). Die Unterteilung geschieht in drei Gruppen auf der Ebene von Bundesländern oder Regierungsbezirken in den Merkmalen:

1. agrarisch strukturiert, 2. altindustrialisiert, 3. neuindustrialisiert.

Weitere Möglichkeiten der Unterscheidung von Regionen bestehen in einer synthetischen oder analytischen Typisierung z. B. über einen Stadt-Land-Index. Während die Vermutung eines West-Ost-Unterschiedes über die unterschiedliche Sozialisation der befragten Personen in unterschiedlichen politischen Systemen unhinterfragt akzeptiert und als anscheinend hilfreiches Kontextmerkmal zur Erklärung von Einstellungen eingesetzt wird, bedarf es bei einer abgestuften Unterscheidung in „Stadt“ und „Land“ schon einer komplexeren Argumentation. Die Komplexität der Argumentation ergibt sich durch die unterschiedlichen Dimensionen, die bei einer Unterscheidung von „Stadt“ und „Land“ berücksichtigt werden müssten (Hoffmeyer-Zlotnik 2000: 64), z. B.

- eine Dimension des räumlichen Status mit Indikatoren zur Beschreibung des Raumes über Merkmale von Dichte, Größe, Homogenität, etc.;
- eine Dimension des wirtschaftlichen Status mit Indikatoren zur Beschreibung der Wirtschaftsstruktur und des Arbeitsmarktes;
- eine Dimension des familialen Status mit Indikatoren zur Beschreibung der demographischen Struktur;
- eine Dimension des sozialen Status mit Indikatoren zur Beschreibung der sozio-ökonomischen Struktur der Bewohner;
- eine Dimension des ethnischen Status mit Indikatoren zur Beschreibung der ethnischen Struktur;
- Indikatoren über Verflechtungszusammenhänge. Welche Dimensionen und welche Indikatoren heranzuziehen sind, entscheidet sich über die Forschungsfrage.

## 1.5 Für welche Regionen liegen Daten vor, die mit Umfragedaten kombiniert werden können?

Für die Ergänzung von Umfragedaten sind regionalen Einheiten interessant, über die Merkmale flächendeckend, über möglichst große Zeiträume und hinsichtlich der Merkmalskategorien vergleichbar erhoben wurden und in entsprechender Form auch verfügbar sind. Dieses trifft vor allem für solche regionalen Einheiten zu, für die im normalen „Tagesgeschäft“ von Verwaltungen oder von Wirtschaftsunternehmen ein laufender Bedarf an entsprechenden Daten besteht und damit eine bestandssichernde Fortschreibung der Daten zumindest gefördert wird.

In erster Linie sind hier für die Bundesrepublik Deutschland die administrativen Gebietseinheiten mit ihren offiziellen Abgrenzungen und ihrer einheitlichen Kennzeichnung zu nennen. Sie reichen von der Blockseite (das ist eine Straßenseite zwischen zwei Straßeneinmündungen) bis zu den Bundesländern. Sie zeichnen sich durch eine relative Beständigkeit über Zeit, geordnete und nachvollziehbare Übergänge bei den (trotz Erfordernis der Kontinuität) auftretenden Veränderungen und einen nach Art der Merkmale und zeitlicher Verteilung der Fortschreibungen verlässlichen Datenanfall aus (vgl. Kapitel 3.1, 8.1, 8.2).

Unterhalb der Gemeinde-Ebene gibt es bundesweit vergleichbare Daten über kleine Gebietseinheiten bis hinunter zu Blöcken oder gar Blockseiten nur in eigens – zum Teil auf der Basis von Begehungen – erstellten Datensätzen gewerblicher Markt- und Meinungsforschungsinstitute, Adressverlage und Versandunternehmen (siehe Kapitel 7.4). Von größeren Gemeinden und insbesondere von Städten werden ebenfalls Daten über Gemeinde- bzw. Stadtteile („statistische Bezirke“) in zum Teil (jeweils) standardisierter Form und vergleichbar über Zeit vorgehalten. Sie eignen sich vorzüglich zur Ergänzung lokaler Umfragen, bereiten aber in aller Regel große Probleme bei der Verwendung in überregionalen Untersuchungen, weil die nötigen Arbeiten zur Harmonisierung der Merkmalsprogramme und der kategorialen Gliederung der einzelnen Merkmale leicht überhand nehmen. Eine Ausnahme bilden hier nur die im Rahmen eines Städteverbundes in einheitlicher Form angebotenen Daten (vgl. Kapitel 8.3.1, 8.4).

Auch auf der Ebene von Gemeinden und Städten sowie Kreisen gibt es ein reichhaltiges Angebot gebietsbezogener Daten, die zum Teil (vgl. Kapitel 8.1, für europäische Vergleiche auch Kapitel 8.3) interregional standardisiert sind. Die in vergleichbarer Form angebotenen Daten werden im „Regionalstatistischen Datenkatalog des Bundes und der Länder“ beschrieben (Kapitel 8.1). Zu Daten oberhalb der Ebenen von Gemeinden und Kreisen, wird auf die Kapitel 3 und 4 (sowie im europäischen Bereich auf Kapitel 8.3) verwiesen. Auf der Ebene insbesondere von Gemeinden ergeben sich aber Verwendungsprobleme aus ganz anderen als den eben genannten Gründen. So folgt die Abgrenzung von Gemeinden in verschiedenen Bundesländern sehr unterschiedlichen Gesichtspunkten. Relativ einfach erscheinende Merkmale wie die „Größe“ einer Gemeinde kennzeichnen

deshalb im bundesweiten Vergleich weniger die Unterschiede der jeweiligen sozialen Umgebungen als die Folgen früherer regionalpolitischer Entscheidungen (hier: zur Gebietsreform).

Die Forderung nach Vergleichbarkeit der Regionaldaten verlässt an dieser Stelle den technischen Bereich und richtet sich auf die inhaltlich angemessene Abgrenzung regionaler Einheiten, die zum Teil nicht übereinstimmt mit den regionalen Grenzen administrativer Zuständigkeiten. Glücklicherweise kommt diese Forderung nach inhaltlich angemessenen Grenzen regionaler Einheiten nicht erst bei der Wiederverwendung von Regionaldaten bei Umfragen ins Spiel, sondern berührt ebenso das Handeln von staatlichen wie gewerblichen Institutionen.

Im administrativen Bereich gibt es deshalb dringenden Bedarf an Regionaldaten, die den engeren Bereich einer Gemeinde oder eines Kreises überschreiten, sich aber andererseits nicht notwendig auf die regionalen Abgrenzungen der administrativ jeweils nächsthöheren Ebene beziehen, wie etwa den Kreis als administratives Umfeld einer Gemeinde. Planungsregionen, Kommunalverbände oder Raumordnungsregionen sind solche aus originär inhaltlichen Gründen entstandene Regionaleinheiten „höherer Ebene“ (vgl. Kapitel 3). Zur vergleichenden Analyse solcher Regionen hat das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR, früher die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR)) Regionaltypologien auf Basis von Gemeinden, Kreisen und Planungsregionen (mit entsprechend unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten) entwickelt und passt diese laufend den Veränderungen der regionalen Einheiten an. Über diese Typologien und über die Verwendbarkeit in der vergleichenden Sozialforschung wird ausführlich in Kapitel 4.3 dieses Buches berichtet.

Auf zum Teil andere Gesichtspunkte gestützt, aber im Prinzip ähnlichen inhaltlichen Forderungen nach angemessener Abgrenzung kommunikativer, sozialer, wirtschaftlicher Umgebungen folgend, sind Gebiete aufgrund der sie verbindenden Pendlerströme (Boustedt, BIK, vgl. Kapitel 4.2), aufgrund einheitlicher Erreichbarkeit durch Massenmedien insbesondere in der Werbung (Nielsen: vgl. Kapitel 3.2) oder auch nur aufgrund leichter Organisierbarkeit von Adressziehungen oder des Postversandes (Postleitzahlen, vgl. Kapitel 3.3), Telefonvorwahlen etc. zusammengefasst worden. Auch die administrativ geregelten räumlichen Zuständigkeiten von z. B. Arbeitsämtern, Kirchen und Schulen führen zu jeweils unterschiedlichen Abgrenzungen regionaler Einheiten.

## Literatur

- Böltken, F., 2000:* Raumebeobachtung und das Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik; in: Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Statistische Woche 2000 in Nürnberg, Tagungsbericht. Oberhausen: VDSt: 210-219.
- Boustedt, O., 1975:* Grundriß der empirischen Regionalforschung. Teil I: Raumstrukturen. Taschenbücher zur Raumplanung Bd. 4. Hannover: Hermann Schroedel.
- Bronfenbrenner, U., 1976:* Ökologische Sozialisationsforschung. Stuttgart: Klett.
- Crow, K. & M. Hennig, 1995:* Wohnen und soziale Infrastruktur von Familien in den neuen Bundesländern; in: Bertram, H. (Hrsg.): Ostdeutschland im Wandel: Lebensverhältnisse – Politische Einstellungen. Opladen: Leske und Budrich: 99-123.
- Engel, U., 1998:* Einführung in die Mehrebenenanalyse: Grundlagen, Auswertungsverfahren und praktische Beispiele. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fischer, C.S., 1972:* Urbanism as a Way of Life. A Review and an Agenda; in: Sociological Methods and Research 1: 187-242.
- Fischer, C.S., 1975:* Toward a Subcultural Theory of Urbanism; in: American Journal of Sociology 80: 1319-1341.
- Friedrichs, J., Häußermann, H. & W. Siebel, 1986:* Zum Problem des Süd-Nord-Gefälles in der Bundesrepublik; in: Friedrichs, J., Häußermann, H. & W. Siebel (Hrsg.): Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik. Sozialwissenschaftliche Analysen. Opladen: Westdeutscher Verlag: 2-10.
- Gatzweiler, H.-P. & E. Irmén, 1997:* Die Entwicklung der Regionen in der Bundesrepublik Deutschland; in: Friedrichs, J. (Hrsg.): Die Städte in den 90er Jahren. Demographische, ökonomische und soziale Entwicklungen. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 37-66.
- Geißler, C., 1990:* Wohnung und Arbeitsplatz. Forschungsergebnisse und Folgerungen für planungsrechtliche Festsetzungen; in: Informationen zur Raumentwicklung 8/9: 449-462.
- Gierke, W.B. & U. Loeber-Pautsch, 1997:* Regionale Disparitäten. Zur Situation der beruflichen Weiterbildung in der Region Oldenburg; in: Loeber-Pautsch, U., Nitsch, W., Rieß, F., Schulte-Fortkamp, B. & D. Sterzel (Hrsg.): Quer zu den Disziplinen: Beiträge aus der Sozial-, Umwelt- und Wissenschaftsforschung. Hannover: Offizin Verlag: 127-152.
- Hard, G., 1973:* Die Geographie. Eine wissenschaftstheoretische Einführung. Berlin, New York: de Gruyter.
- Herlyn, U., 1998:* Milieus; in: Häußermann, H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen: Leske und Budrich: 151-161.
- Hoffmeyer-Zlotnik, J. H.P., 2000:* Regionalisierung sozialwissenschaftlicher Umfragedaten. Siedlungsstruktur und Wohnquartier. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Hummell, H.J., 1972:* Probleme der Mehrebenenanalyse. Stuttgart: Teubner.
- Klitzing, F. von, 1989:* Handbuch zur kleinräumigen Nutzung von Daten der Volkszählung 1987. DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, Reihe H, Heft 36. Köln: Deutscher Städtetag.
- Kramer, C., 1998:* Regionale Disparitäten im Bildungswesen – immer noch oder schon wieder aktuell?; in: Braun, M. & P. Ph. Mohler (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft 4. Soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag: 77-113.
- Leser, H. (Hrsg.), 1998:* DIERCKE-Wörterbuch Allgemeine Geographie. 10. Aufl. München und Braunschweig: Deutscher Taschenbuch Verlag und Westermann.
- Salentin, K., 1994:* Direktmarketingadressen für Umfragezwecke? in: ZUMA-Nachrichten 35: 54-65.
- Salentin, K., 1997:* Erfahrungen mit Stichproben aus Adressverlagen des Direktmarketing; in: Sodeur, W. (Hrsg.): Regionale Analyse mit kleinen Gebietseinheiten. Opladen: Leske und Budrich: 49-62.
- Weiske, C. & J. Fabian, 1995:* Differenzierung im sozial-räumlichen System der Wohnmilieus. KSPW FS II-92-48. Halle: KSPW.



Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik<sup>\*)</sup>

## 2 Techniken der Regionalisierung

### 2.1 Die Typisierung des Raumes zu Regionstypen

Eine Regionalisierung von Umfragedaten strukturiert und untergliedert die Stichproben nach jenen wirtschaftlichen, baulichen, planerischen, demographischen und/oder sozialen Merkmalen des Raumes, die hinsichtlich der Forschungsfrage als Kontextmerkmale einen Sinn ergeben. Das heißt, eine befragte Person wird in einem Merkmalsraum verortet, welcher einen Kontext für Denken und Handeln der befragten Person darstellt.

Vorausgesetzt, die Forschungsfrage beschäftigt sich z. B. mit der Einstellung der Befragten (die Grundgesamtheit beinhaltet zum Beispiel alle Personen im Alter ab 18 Jahren, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen) zu den im Land lebenden Ausländern, dann muss zunächst hinterfragt werden, welche Kontextmerkmale Denken und Handeln der befragten Personen beeinflussen können. Um beispielhaft unterschiedliche Typen von Merkmalen anzuführen, werden im folgenden drei Ebenen betrachtet:

- a) eine Unterscheidung nach politischen oder kulturellen Abgrenzungen: z. B. die Unterscheidung nach „West“, definiert über die alten Bundesländer, und „Ost“, bestehend aus den neuen Bundesländern. Die ehemalige DDR unterschied sich von der alten Bundesrepublik durch eine andere politische Sozialisation. Auch war der Umgang mit Ausländern in den vor 1990 bestehenden beiden deutschen Staaten jeweils ein anderer.
- b) eine Unterscheidung nach einer siedlungsstrukturellen Typisierung: z. B. die Berücksichtigung unterschiedlicher Kontaktmöglichkeiten mit Ausländern in „Stadt“ und „Land“, bedingt schon über die gegenüber dem Land höhere Ausländerdichte in der Stadt. Daneben zeichnen sich Städte durch eine höhere Konzentration von Bildungs- und Ausbildungsstätten aus, so dass in der Stadt, gegenüber dem Land, auch allgemein ein höheres Bildungsniveau anzunehmen ist. Geht man davon aus, dass Kontaktmöglichkeiten und Bildungsniveau die Einstellung zu Ausländern beeinflussen, so muss diese Fragestellung einen Stadt-Land-Unterschied aufweisen.
- c) eine Unterscheidung nach einem sozialstrukturellen Merkmal: z. B. die Unterscheidung nach der Ausländerdichte in der Wohnbevölkerung. Mit steigender Ausländerdichte steigen auch die Kontaktmöglichkeiten. Wenn höhere Kontaktmöglichkeiten die Einstellung beeinflussen, dann muss die Ausländerdichte in der Wohnbevölkerung einen Einfluss auf die Einstellung haben.

Betrachtet man diese drei Möglichkeiten der Abgrenzung (a) oder der Typisierung (b, c) des Raumes Bundesrepublik Deutschland, so entstehen über die Regionalisierung nach außen funktional oder strukturell abgegrenzte räumliche Einheiten, die (bei b und c), in der Regel vielfach vorkommend, einen „Typ“ darstellen. Im folgenden soll nun gezeigt werden, wie eine Typisierung durchgeführt werden kann.

### 2.2 Die Technik der Regionalisierung

Methodisch kann die Strukturierung des Raumes, d.h. die Regionalisierung (im Sinne der Sozialforschung) synthetisch oder analytisch vorgenommen werden. Die *synthetische* Regionalisierung fasst nach ihrer Ähnlichkeit hinsichtlich eines ausgewählten Merkmalssets (Ähnlichkeitsprinzip) diskrete räumliche Grundeinheiten zu möglichst homogenen Regionen zusammen (Sinz 1995: 806). Technisch geht die synthetische Regionalisierung von einer kleinsten Gebietseinheit, einer „Zelle“, aus und gruppiert benachbarte Zellen nach ihrer Ähnlichkeit hinsichtlich eines ausgewählten Merkmalssets<sup>1)</sup> zu „Regionen“. Hierbei wird die Zahl der Bezugseinheiten über Typen reduziert (siehe Beispiel in Kapitel 2.1). Diese Art der Typisierung dient dem Zweck, regionale Strukturunterschiede herauszuarbeiten, mit dem Ziel, unterschiedliche Räume über ein Ordnen und Gruppieren miteinander zu vergleichen. Die *analytische* Regionalisierung geht von der Region als Untersuchungseinheit aus, unterteilt den gesamten Untersuchungsraum nach einer Reihe für die spezielle Analyse wesentlicher Faktoren und gliedert die Raumelemente nach dem „Verflechtungsprinzip“ unter Berücksichtigung von „Interaktionsbeziehungen zwischen den Systemelementen des betrachteten Raumes“ (Sinz 1995: 806).

<sup>\*)</sup> Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, ZUMA, Mannheim

1) Die verwendeten Merkmale sollten theoriegeleitet ausgewählt werden und können topographische, wirtschaftliche, soziale, städtebauliche, architektonische und/oder bauliche Strukturen abbilden.

Technisch basiert die Abgrenzung von Regionen auf drei Elementen,

- den räumlichen Grundeinheiten,
- einem Set von Merkmalen zur Abgrenzung homogener Regionen,

und bei Bedarf:

- einem Verflechtungsmerkmal.

Die räumlichen Grundeinheiten für eine Typisierung sind nach administrativen, statistischen oder datenerhebungstechnischen Kriterien abgegrenzte Raumeinheiten. Diese Raumeinheiten können Zählbezirke der amtlichen Statistik oder „Stimmbezirke“, wie beim ADM-Master-Sample<sup>2)</sup>, oder ökologische Bereiche oder „Sichtbereiche“ (siehe Hoffmeyer-Zlotnik 1984) oder „Gemeinden“ (Böltken 1997; Behrens & Marhenke 1997) oder „Kreise“ (Böltken & Irmen 1997) sein. Für die Regionalisierung nationaler Umfragedaten bieten sich am ehesten die administrativen Raumeinheiten „Gemeinde“ und „Kreis“ an, da auf diesen Ebenen für die gesamte Bundesrepublik Deutschland Daten von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder (siehe Kapitel 8.1) angeboten werden.

### 2.2.1 Beispiele für eine synthetische Regionalisierung

Analyseregionen aus Politik und Wirtschaft sind oft synthetische Regionen, die auf den räumlichen Grundeinheiten von „Gemeinde“ oder „Kreis“ aufsetzen und diese gemäß vorgegebener Kriterien zu Einheiten einer funktionalen, mittleren Größe aggregieren. Am stärksten orientiert sich hierbei die Europäische Statistik (siehe Kapitel 8.3) und regionale Förderung an den über die Hierarchie der nationalen Verwaltungseinheiten vorgegebenen Aggregatebenen. Aber auch die Marktforschung orientiert sich an Marktregionen mittlerer Größe, die aus Aggregaten von Kreisen bestehen. Im Sinne einer analytischen Regionalisierung sind hier zwei Modelle möglich, die anhand der Nielsen-Gebiete demonstriert werden können:

Zunächst wird ein Gesamttraum in überschaubare Analyseregionen untergliedert. Hier bieten sich die Bundesländer und innerhalb der Bundesländer die Kreise an.

Die A.C. Nielsen Company fasst

- a) die 16 Länder der Bundesrepublik Deutschland zu einer überschaubaren Anzahl von 7 nach Möglichkeit vergleichbaren Beobachtungsregionen zusammen.
- b) Innerhalb dieser Regionen wird eine Unterteilung in (Nielsen-)Ballungsräume vorgenommen, indem benachbarte Kreise nach dem Merkmal eines Mindestmaß an Bevölkerungsdichte zu Ballungsräumen mit einer Mindestdichte an Bevölkerung zusammengefasst werden.

Bei den drei anfangs genannten Beispielen für eine Regionalisierung mit Hinblick auf die Forschungsfrage der „Einstellung der Deutschen zu Ausländern“ trifft auf den Tatbestand der synthetischen Regionalisierung einerseits die Unterscheidung nach „Ost“ und „West“ bzw. nach den Bundesländern, aber auch andererseits die Ausweisung von Ballungsräumen zu.

### 2.2.2 Beispiele für eine analytische Regionalisierung

Die analytische Regionalisierung führt zu einer Abgrenzung von Verflechtungsgebieten. Verflechtungsgebiete bestehen in der Regel aus einem Kern und einem mit diesem in Beziehung stehendem Umland. Ideale Beispiele für Verflechtungsgebiete stellen die (Stadt-) Regionen von Christaller (1933) und Burgess (1925) bis Boustedt (1966, 1975) und BIK (Behrens & Marhenke 1997) dar.

Alle Verflechtungsgebiete bestehen aus einem Zentrum oder Kerngebiet und einem mehr oder weniger abgestuften Umland.

- Christaller definiert zentrale Orte und betrachtet deren Einzugsbereiche. Das hierbei verwendete Maß für die Verflechtung ist die „Reichweite“, über die ein „Zentrum“ von den Nutzern aus dem Umland in Anspruch genommen wird.
- Burgess sieht die Stadtregion als ein auf ein Oberzentrum ausgerichtetes Modell konzentrischer Ringe, unterschieden über unterschiedliche Kriterien der Dichte und der Nutzung. Das Maß der Verflechtung ist die Ausrichtung auf das Zentrum.
- Boustedt, und in dessen Revision das BIK, grenzen die Stadtregion über die Kernstadt und deren Umland ab. Die Zonen des Modells werden über Dichtemaße unterschieden; als Verflechtungsmaß wird die Pendlerbeziehung zwischen Umland und Kern betrachtet.

Das in der deutschen Umfrageforschung heute gebräuchlichste Instrument einer analytischen Regionalisierung ist die Abgrenzung der Stadtregionen des BIK bzw. die diese Abgrenzungen nutzenden Gemeindetypen (je nach Zugehörigkeit zu Regionen und Teilregion). Dieser Index wird über die ADM-Institute den dort erstellten Datensätzen sozialwissenschaftlicher

<sup>2)</sup> Das ADM-Master-Sample ist das Grundkonzept für die Stichprobenziehung der Institute des Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (ADM) bei Random-Route-Verfahren (siehe: Arbeitsgemeinschaft ADM-Stichproben und Bureau Wendt 1994).

Umfragen in der Regel zugespielt. Die Abgrenzung der Regionen des BIK wird in Kapitel 4.2 beschrieben. Das in der Regionalforschung häufigste Instrument sind raumordnerische Analyse- bzw. Raumordnungsregionen und deren (siedlungsstrukturelle) Gebietstypen des BBR, die ebenfalls nach Verflechtungsbeziehungen und Dichtemaßen abgegrenzt wurden, dabei aber zusätzlich die politische und planerische Relevanz berücksichtigen.

Als Beispiel für eine analytische Regionalisierung sind auch die Raumordnungsregionen des Bundes<sup>3)</sup> zu sehen. Raumordnungsregionen (vgl. Kapitel 3.1) stellen als Beobachtungs- und Planungseinheiten auf der Ebene von Kreisen (als räumlichen und datenmäßig abgedeckten Bausteinen) räumliche Aggregate dar. Die Raumordnungsregionen, orientiert an bundesweit vergleichbaren Vorgaben der Länder, auf Verflechtungsanalysen basierend, müssen als Raumeinheiten für Planung, als Planungsregionen sowohl eine fundierte Datenbasis als auch eine eindeutig zugeordnete Planungshoheit und genügend Spielraum für die Umsetzung von Planung ausweisen. Dieses führt zu Raumordnungsregionen, „die das oberzentrale Standortsystem der Bundesrepublik und die dazugehörigen Einzugsbereiche annähern“ (BfLR 1995: 2). Die 97 Raumordnungsregionen orientieren sich an den Planungsregionen der Länder. Sie bauen als funktionale Einheiten auf der räumlichen Grundeinheit „Kreis“ auf, berücksichtigen in der Regel die Abgrenzungen von Regierungsbezirken und respektieren generell die Grenzen der Bundesländer, selbst wenn dies in einigen Fällen der zugleich angestrebten funktionalräumlichen Abgrenzung widerspricht. Damit bilden Raumordnungsregionen ein räumliches Raster bundesweit vergleichbarer Analyse- bzw. Raumordnungsregionen für Zwecke der Raumbewertung und Politikberatung. Ziel der Raumordnung ist das Bemühen des Staates, eine den „sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Erfordernissen entsprechende Ordnung“ (Ley 1966: 1509) des Raumes herbeizuführen (siehe: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1994: 5 f.), damit z. B. die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in unterschiedlichen Regionen hergestellt werden kann.

### 2.3 Technik der Indexbildung

Für die Typisierung auf den unterschiedlichen Ebenen der räumlichen Betrachtung gibt es eine Reihe von Instrumenten, auf die der Forscher zurückgreifen kann. Auf der Ebene nationaler Umfragen bieten sich siedlungsstrukturelle Typisierungen (z. B. die „Siedlungsstrukturellen Kreistypen“ oder die „Siedlungsstrukturellen Gemeindetypen“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung<sup>4)</sup>) und die Typisierung von Stadtregionen (die Instrumente des BIK) an. Auf der Ebene der Stadt existiert ein Instrumentarium zur Klassifikation von Städten (Friedrichs 1995; Hoffmeyer-Zlotnik 2000). Eine Untergliederung von Städten, aufbauend auf administrativen Abgrenzungen, ist nicht flächendeckend für die Bundesrepublik Deutschland, sondern nur in Kooperation mit einzelnen Kommunen (als Fallstudie) möglich. Für eine tiefe Untergliederung der Stadt in soziale Räume (u.a. Friedrichs 1977) oder Wohnquartiere (siehe: Hoffmeyer-Zlotnik 2004) liegen Instrumente vor, die entweder kleinräumig aufbereitete Zensusdaten erfordern, die zur Zeit aber nicht zur Verfügung stehen (siehe Kapitel 7.1), oder die entweder eine eigene Datenerhebung voraussetzen (siehe Kapitel 7.3) oder die bestehenden kommunalstatistischen Ansätze (KOSTAT, IRB, siehe Kapitel 8.4) nutzen.

Zusätzlich zur Nutzung existenter Instrumente räumlich struktureller Typisierungen wie z. B. BIK (Kapitel 4.2) oder BBR (Kapitel 4.4) kann der Forscher aus ihm zugänglichen Daten im Sinne der Forschungsfrage eigene Maßzahlen und Indikatoren bilden. Das hierzu am häufigsten benutzte Verfahren ist die Generierung einer Maßzahl zur Kennzeichnung von Strukturen, Veränderungen oder Verflechtungen. Dieses geschieht mittels „Quotenbildung“, d.h. es wird eine Teilmasse durch die Gesamtmasse geteilt und auf Prozentanteile normiert. Solche Maßzahlen zur Kennzeichnung von Strukturen dienen dazu, das innere Gefüge von Beobachtungs- oder Analyseeinheiten darzustellen. Es können folgende Typen von Kennziffern, Maßzahlen oder Indizes unterschieden werden:

- Leistungskennzahlen: Diese stellen die (vor allem wirtschaftliche) Leistungskraft einer Region dar. Leistungskennzahlen beschreiben Beziehungen.
- Versorgungsziffern: Diese zeigen den Grad der Versorgung von Personengruppen mit Gütern und Dienstleistungen.
- Maßzahlen zum Versorgungsgrad: Diese geben Informationen über Strukturen von Bedarf und Verbrauch.
- Maßzahlen zur Darstellung von Veränderungen: Diese beschreiben eine Entwicklung zwischen zwei Zeitpunkten.
- Maßzahlen zur Darstellung von Raumverflechtungen: Diese zeigen Art, Intensität und Richtung von Verflechtungs- und Austauschbeziehungen unterschiedlicher (Teil-) Regionen zueinander, wie z. B. jegliche Art räumlicher Mobilität.

3) Raumordnungsregionen stellen räumlich eine Zwischenstufe zwischen den Regierungsbezirken und den Stadt- und Landkreisen dar.

4) Die Siedlungsstrukturellen Typisierungen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung sind über das Statistische Bundesamt in Wiesbaden (Datei GV2000) oder über das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in Bonn-Bad Godesberg zu beziehen.

## Literatur

- Arbeitsgemeinschaft ADM-Stichproben und Bureau Wendt, 1994:* Das ADM-Stichprobensystem Stand: 1993; in: Gabler, S., Hoffmeyer-Zlotnik, J. H.P. & D. Krebs (Hrsg.): Gewichtung in der Umfragepraxis. Opladen: Westdeutscher Verlag: 188-202.
- Behrens, K. & W. Marhenke, 1997:* Die Abgrenzung von Stadtregionen und Verflechtungsgebieten in der Bundesrepublik Deutschland; in: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Jahrbuch für Statistik und Landeskunde Baden-Württemberg 1997. Stuttgart: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: 165-186.
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.), 1994:* Raumordnungsbericht 1993. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Drucksache 12/2143.
- Böltken, F., Görmar, W., Irmen, E., Janich, H., Kessler, H.R., Runge, L., Sinz, M. & F.T. Wittmann, 1996:* Neuabgrenzung von Raumordnungsregionen nach den Gebietsreformen in den neuen Bundesländern. Bonn: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. Arbeitspapiere 5/1996.
- Böltken, F., 1997:* Neue siedlungsstrukturelle Gemeindetypen für die Raumbearbeitung; in: Mitteilungen und Informationen der BfLR 3, 1997: 4-5.
- Böltken, F. & E. Irmen, 1997:* Neue siedlungsstrukturelle Regions- und Kreistypen; in: Mitteilungen und Informationen der BfLR 1, 1997: 4-5.
- Boustedt, O., 1966:* Stadtregionen; in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. Hannover: Gebr. Jänecke: 1916-1932.
- Boustedt, O., 1975:* Grundriß der empirischen Regionalforschung. Teil III: Siedlungsstrukturen. Taschenbücher zur Raumplanung Bd. 6. Hannover: Hermann Schroedel.
- Burgess, E.W., 1925:* The Growth of the City: An Introduction to a Research Project; in: Park, R.E., Burgess, E.W. & R.D. McKenzie: The City. Suggestions for Investigation of Human Behavior in the Urban Environment. Chicago, London: The University of Chicago Press. Reprint 1967: 47-62.
- Christaller, W., 1933:* Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen. Jena – Neudruck 1980: Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Friedrichs, J., 1977:* Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. Reinbek: Rowohlt.
- Friedrichs, J., 1995:* Stadtsoziologie. Opladen: Leske und Budrich.
- Hoffmeyer-Zlotnik, J. H.P., 1984: Zur Beschreibung von Wohnquartieren – Die Entwicklung eines Instruments. ZUMA-Arbeitsbericht 84/05.
- Hoffmeyer-Zlotnik, J. H.P., 2000:* Regionalisierung sozialwissenschaftlicher Umfragedaten. Siedlungsstruktur und Wohnquartier. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Hoffmeyer-Zlotnik, J. H.P., 2004:* Wohnquartiersbeschreibung: Ein Instrument zum Erfassen von Nachbarschaften; in: Kecskes, R, M. Wagner & C. Wolf (Hrsg.): Angewandte Soziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 77-102.
- Ley, N. 1966:* Raumordnung und Landesplanung in der Bundesrepublik Deutschland; in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. Hannover: Gebr. Jänecke: 1508-1529.
- Sinz, M., 1995:* Region; in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: 805-808.

Kurt Behrens\*)

### 3 Die wichtigsten Regionalabgrenzungen für die Bundesrepublik Deutschland – Ein Überblick

Die Darstellung zu Regionsabgrenzungen in diesem Kapitel trennt in administrative und nicht-administrative Einheiten. Um dem Nutzer handhabbare und nachvollziehbare Informationen zu geben, wird die Gemeindedatei des Statistischen Bundesamt, GV 2000 mit Gebietsstand zum 31.12.2002, als Basis herangezogen. Die Gemeindedatei wird jährlich aktualisiert und ermöglicht damit die konkrete Anwendung unterschiedlicher Regionalabgrenzungen in der Bundesrepublik.

Regionalinformationen werden von amtlicher Seite in der Bundesrepublik durch die Bundes-, Landes- und Kommunalstatistik zur Verfügung gestellt; sie beziehen sich dabei auf Verwaltungseinheiten als Gebietseinheiten. Hierbei haben wir es eindeutig mit administrativen Einheiten zu tun. Denn Verwaltungseinheiten wie Gemeinden, Kreise, Regierungsbezirke oder Bundesländer bezeichnen geographische Gebiete mit Verwaltungsbehörden, die hoheitliche Aufgaben innerhalb ihres gesetzlichen und institutionellen Rahmens wahrnehmen.

Zu den nicht-administrativen Gebietseinheiten gehören Raumeinheiten, die als funktionsräumliche Gebiete in der Landes- und Raumplanung eingesetzt werden oder die als raumtypisierte Gebiete Siedlungs- und Verflechtungsstrukturen oder Marktgebiete abbilden. Die nicht-administrativen Raumeinheiten bauen in unterschiedlicher Weise auf den administrativen Einheiten Gemeinde und Kreis auf, da amtliches statistisches Material und kleinräumige Daten auf diesen Ebenen verfügbar sind. Mikrogeografische Datenanbieter offerieren auch Daten für nicht-administrative Gebietseinheiten unterhalb der Gemeindeebene (siehe auch Kapitel 7.4). Ausweisungseinheiten sind überwiegend die Postzustellbezirke, und sie reichen bis auf Straßenabschnittsebene. Den Mikrogeografischen System liegen unterschiedliche Datenbasen zugrunde; zur Justierung der ausgewiesenen Strukturdaten und Marktpotenziale dienen letztlich die amtlichen Gemeindedaten.

Als Ergänzung zu den hier gebildeten Gruppen der administrativen und nicht-administrativen Gebietseinheiten ist auf die Statistik der EU mit der NUTS-Systematik<sup>1)</sup> hinzuweisen, die als übergeordnete Klassifikation auf den nationalen Verwaltungseinheiten aufbaut. Zu den Sonderfällen für administrative Daten auf lokaler Ebene sind die Stadtbezirksinformationen der größeren Städte zu rechnen, die bis auf Baublockebene reichen können, und die Informationen zu Wahl- bzw. Stimmbezirken. Auf die NUTS-Systematik und die innerstädtischen Gliederungen wird unter Kapitel 3.1.2 näher eingegangen.

#### 3.1 Administrative Gebietseinheiten

Die administrative Verwaltungsgliederung ist entsprechend den hoheitlichen Aufgaben hierarchisch eingeteilt nach Bundesländern (16), Regierungsbezirken (39), Landkreisen und kreisfreien Städten (440) und den Gemeinden (13.122).

Der Gebietsstand für diese in Klammern gesetzten Angaben bezieht sich auf den 31.12.2002. Diese Angabe zum Gebietsstand ist im Hinblick auf die Gebietseinheiten immer zu beachten, da die durchgreifende Gebiets- und Gemeindereform in den östlichen Bundesländern noch nicht abgeschlossen ist und in den westlichen Bundesländern, wieder in stärkerem Maß über die Auflösung größerer bzw. Zusammenlegung kleinerer Verwaltungseinheiten nachgedacht wird. Zu detaillierten Informationen siehe „Sonderfälle“, Kapitel 3.1.3.

Die administrativen Gebietseinheiten sind eindeutig in der 8-stelligen Gemeindekennziffer festgelegt. Am Beispiel der Stadt Viernheim in Hessen soll das veranschaulicht werden.

\*) Kurt Behrens, BIK ASCHPURWIS + BEHRENS GmbH, Hamburg

1) NUTS: Nomenclature of Territorial Units for Statistik, Nomenclature des unités territoriales statistiques - NUTS, Régions statistiques de l' Europe

Abbildung 3.1.1: Viernheim, Stadt hat die GKZ 06 4 31 020

## Aufteilung der Gemeindekennziffer am Beispiel Viernheim, Stadt

Länder- und Stadtstaaten		Regierungsbezirk	Stadt- und Landkreis		Gemeindekennziffer		
0	6	4	3	1	0	2	0
↓		↓	↓	↓	↓	↓	↓
06 Hessen		064 Darmstadt	06431 Bergstraße		06431020 Viernheim, Stadt		

In den Gemeindeverzeichnissen und der Gemeindedatei des Statistischen Bundesamtes werden die administrativen Gebietseinheiten zum Jahresendstand 31.12. eines Jahres ausgewiesen. Auf Basis der quartalsweisen Änderungsmitteilungen ist es jederzeit möglich, Zwischenstände zu bilden.

Zu den administrativen Gebietseinheiten auf der GV2000 zählen darüber hinaus folgende Raumeinheiten: Oberpostdirektionsbezirke, Finanzsamtsbezirke, Arbeitsamtsbezirke, Oberlandesgerichtsbezirke, Land- und Amtsgerichtsbezirke sowie die Bundestagswahlkreise.

### 3.1.1 Gebietsänderungen / Gebietsstände

Noch einige generelle Anmerkungen zum Thema Gebietsänderungen. In den westlichen Bundesländern hat die grundlegende Gemeindereform in den 70er Jahren stattgefunden; ein etwa zehnjähriger Prozess, der Ende der 70er-Jahre bis auf kleine Ausnahmen abgeschlossen war. Die Menge von damals über 24.000 Gemeinden reduzierte sich auf 8.506 Gemeinden Ende 2002. Allerdings mit ganz unterschiedlichen Auswirkungen in den einzelnen Bundesländern. NRW hatte nur noch drei Gemeinden mit weniger als 5.000 EW und Länder wie Schleswig-Holstein oder Rheinland-Pfalz behielten eine sehr kleingemeindliche Struktur.

Abbildung 3.1.2: Bundesländer und Regierungsbezirke

Länder/Regierungsbezirke \* Gebietsstand 31.12.2002

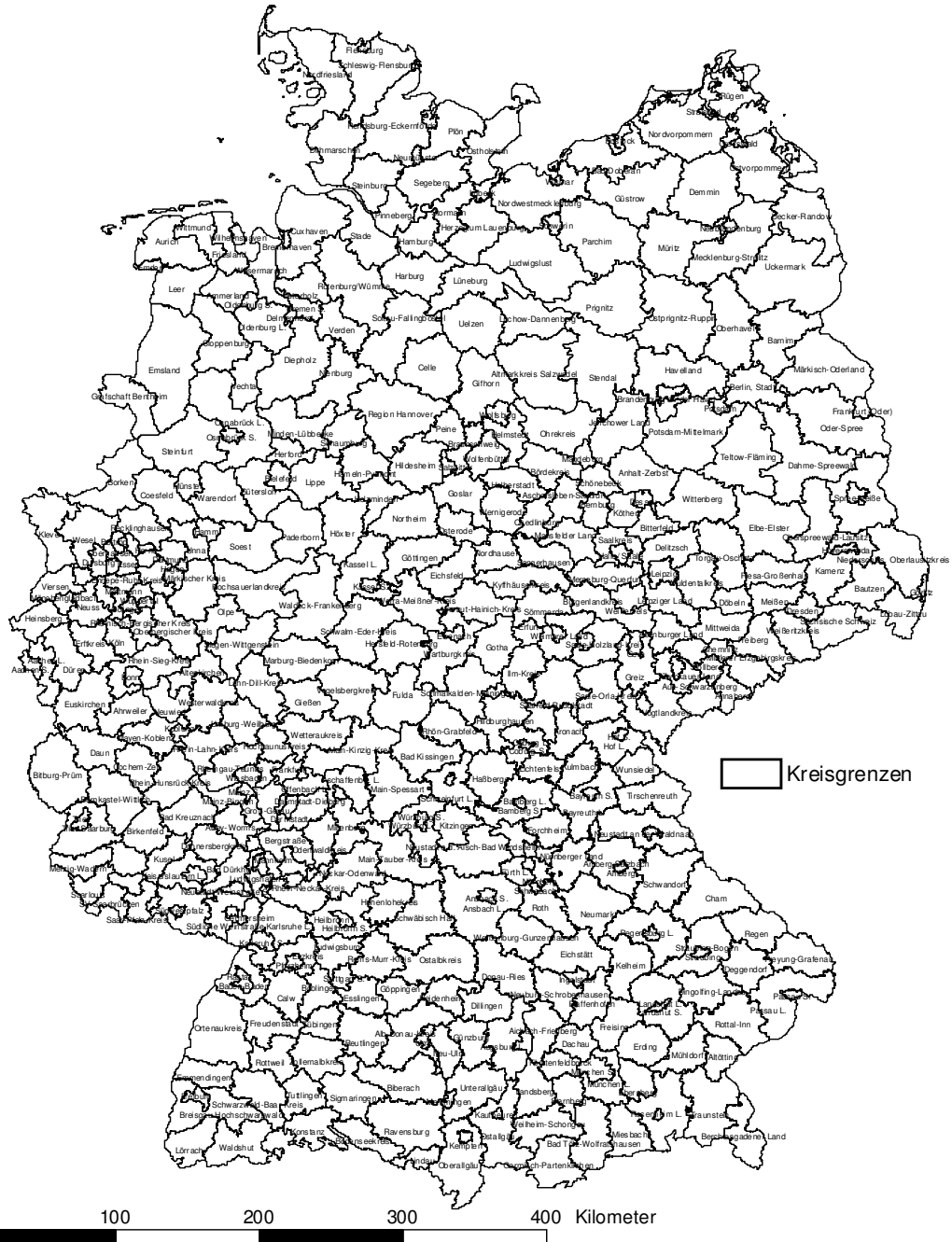


\*Die Regierungsbezirke in Rheinland-Pfalz sind in 2001 aufgelöst worden;  
Stadt und Landkreis Hannover sind zur Region Hannover verschmolzen

BIK ■ ASCHPURWIS + BEHRENS GMBH

Abbildung 3.1.3: Landkreise und kreisfreie Städte

Landkreise und kreisfreie Städte\* Gebietsstand 31.12.2002





Die Tabelle 3.1.1 zeigt die Entwicklung der Gemeindereform in den westlichen Bundesländern im Zeitablauf

**Tabelle 3.1.1: Entwicklung der Gemeindereform in den westlichen Bundesländern**

Größenklassen	Anzahl Gemeinden Stichtag			
	30.06.60	30.06.75	30.06.78	31.12.02
Unter 500 EW	10.760	3.179	1.851	1.501
500 bis unter 1.000 EW	5.706	2.170	1.396	1.273
1.000 bis unter 2.000 EW	3.850	1.883	1.624	1.552
2.000 bis unter 3.000 EW	1.309	860	809	859
3.000 bis unter 5.000 EW	1.097	841	893	934
5.000 bis unter 10.000 EW	869	914	938	1.057
10.000 bis unter 20.000 EW	380	588	619	749
20.000 bis unter 50.000 EW	199	308	336	414
50.000 bis unter 100.000 EW	55	84	85	96
100.000 EW und mehr	57	69	68	71
Gesamt	24.282	10.896	8.519	8.506

Ein ähnlicher Prozess vollzieht sich zurzeit in den östlichen Bundesländern. Von ursprünglich 7.613 Gemeinden 1990 gibt es zum Stand 31.12.2002 noch 4.643 selbständige Gemeinden. Die Kreisreform ist weitgehend abgeschlossen und die Gemeindereform in Sachsen ebenfalls. Zurzeit betrifft die Gemeindereform sehr stark das Land Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommerns Reform läuft an und Sachsen-Anhalt sowie Thüringen haben erst zaghafte Anläufe in Richtung Gemeindereform genommen. Die Tabelle oben zeigt die Wirkung der Gemeindereform durch Zusammenlegung kleinerer Gemeinden einerseits und die Eingemeindung von Randgemeinden größerer Städte andererseits.

In der Tabelle auf der nächsten Seite wird dieser Entwicklungsprozess in den Bundesländern nach Größenklassen aufgezeigt. Damit kann der nach Bundesländern unterschiedliche Stand transparent gemacht werden. Die Tabellenwerte nach Größenklassen beziehen sich auf den Stand 31.12.2002.

Nach einer längeren stabilen Phase beginnt in den alten Bundesländern die Gemeindereform zwar nicht neu, raumordnerische und ökonomische Aspekte führen jedoch dazu, Verwaltungsebenen zu straffen und administrative Gebietseinheiten entweder entfallen zu lassen, wie bei der Auflösung der Regierungsbezirke im Bundesland Rheinland-Pfalz, oder zu einer neuen Regionaleinheit zu verschmelzen, wie z. B. aufgrund der Stadt-Umland-Verflechtung die Stadt Hannover mit umliegenden Landkreisen. Die laufenden Gebietsänderungen erfordern die exakte Angabe der Gebietsstände, damit im Umgang mit regionalisierten Umfragedaten eine verbindliche Basis geschaffen werden kann. Die Anwendung abweichender Gebietsstände kann zu strukturellen Verzerrungen z. B. in der Ausweisung von Ergebnissen führen (siehe auch Kapitel 3.1.2).

Um Rationalisierungspotenziale auf Gemeindeebene auszunutzen, hat es im letzten Jahr in Schleswig-Holstein ebenfalls die Zusammenlegung kleinerer Kommunen gegeben. Ein Prozess, der sich generell fortsetzen wird. Zur Bündelung von Verwaltungsaufgaben haben sich bereits mit den Gemeindereformen West wie Ost Verwaltungsgemeinschaften als administrative Zwischenstufen gebildet, die so auch auf der Gemeindegliederung des Statistischen Bundesamtes als Gebietseinheiten geführt werden.

Tabelle 3.1.2: Gemeindegrößenklassen nach Bundesländern

Bundesland	Anzahl Gemeinden  1990    2002		Gemeindegrößenklassen									
			unter 500 EW	500 b.u. 1.000 EW	1.000 b.u. 2.000 EW	2.000 b.u. 3.000 EW	3.000 b.u. 5.000 EW	5.000 b.u. 10.000 EW	10.000 b.u. 20.000 EW	20.000 b.u. 50.000 EW	50.000 b.u. 100.00 0 EW	100.00 0 EW und mehr
			Schles.-Holstein	1.131	1.129	431	294	197	61	46	48	31
Hamburg	1	1										1
Niedersachs.	1.031	1.026	23	212	262	114	86	126	115	69	11	8
Bremen	2	2										2
Nordrh.-Westf	396	396					3	52	126	139	46	30
Hessen	426	426		1	10	23	70	151	113	46	7	5
Rheinl.-Pfalz	2.304	2.306	1.010	585	369	133	78	85	25	13	4	4
Baden-Württ.	1.111	1.111	35	49	110	166	233	269	152	74	14	9
Bayern	2.051	2.056	2	132	604	362	418	314	160	46	10	8
Saarland	52	52						12	27	11	1	1
Berlin-West	1	1										1
<b>Zwischen- summe BRD-West</b>	<b>8.506</b>	<b>8.506</b>	<b>1.501</b>	<b>1.273</b>	<b>1.552</b>	<b>859</b>	<b>934</b>	<b>1.057</b>	<b>749</b>	<b>414</b>	<b>96</b>	<b>71</b>
Berlin-Ost	1	1										1
Brandenburg	1.793	886	329	211	131	44	54	59	34	20	2	2
M.-Vorpommern	1.124	979	416	305	127	40	42	24	16	4	4	1
Sachsen	1.626	535	2	8	111	106	140	98	44	2	2	4
Sachsen-Anhalt	1.364	2.235	484	361	215	67	44	26	15	1	1	2
Thüringen	1.705	1.007	374	254	149	62	102	33	13	1	1	3
<b>Zwischen- summe BRD-Ost</b>	<b>7.613</b>	<b>4.643</b>	<b>1.605</b>	<b>1.139</b>	<b>733</b>	<b>319</b>	<b>382</b>	<b>240</b>	<b>122</b>	<b>80</b>	<b>10</b>	<b>13</b>
<b>BRD Gesamt</b>	<b>16.119</b>	<b>13.149</b>	<b>4.607</b>	<b>3.685</b>	<b>3.837</b>	<b>2.037</b>	<b>2.250</b>	<b>2.354</b>	<b>1.620</b>	<b>908</b>	<b>202</b>	<b>155</b>

Die „Binnenstruktur“ eines Bundeslandes wird in den nachfolgenden Abbildungen am Beispiel Schleswig-Holstein veranschaulicht. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es in Schleswig-Holstein keine Regierungsbezirke gibt.

Abbildung 3.1.4: Gemeinden und Kreise in Schleswig-Holstein

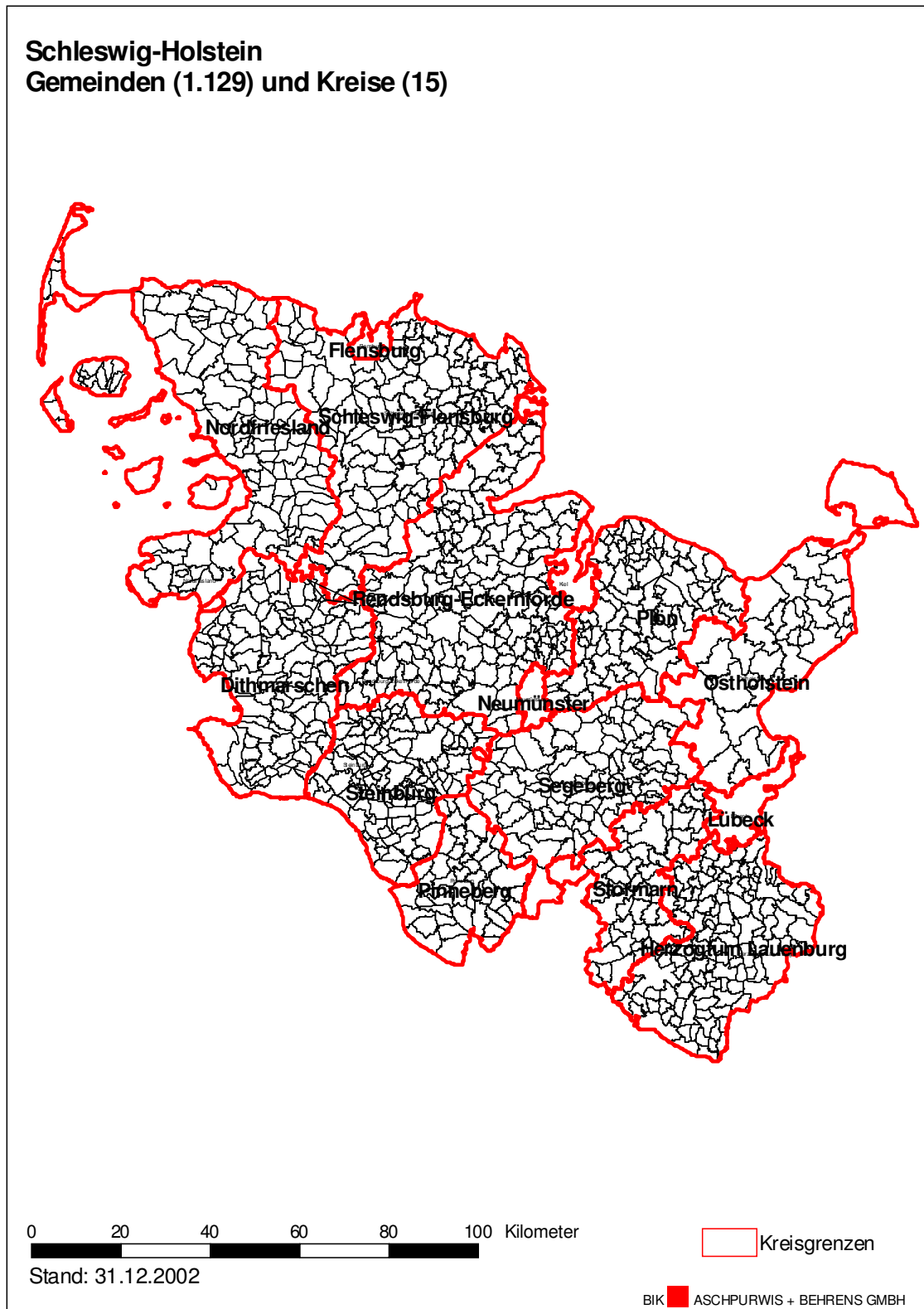
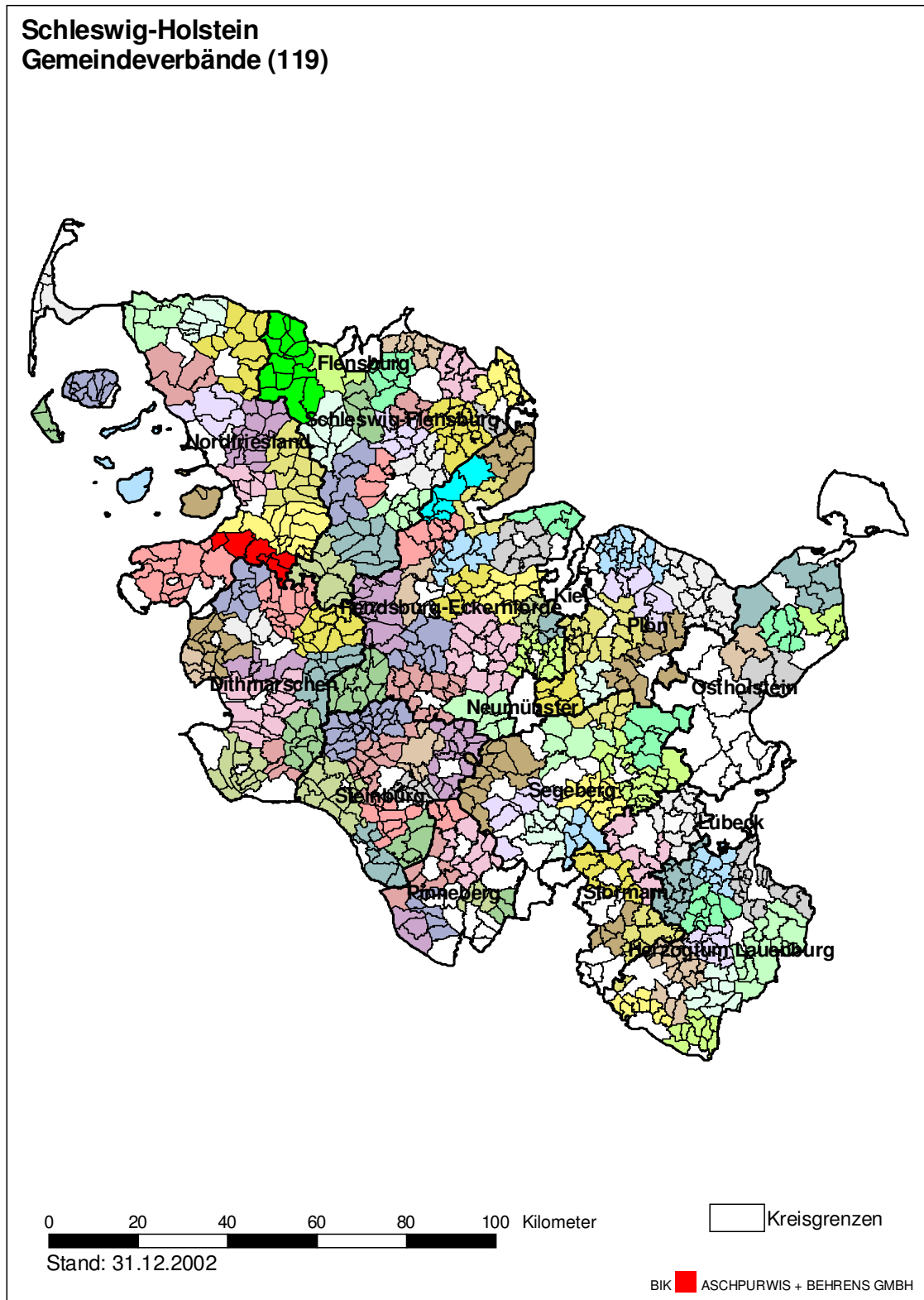


Abbildung 3.1.5: Gemeindeverbände in Schleswig-Holstein



### 3.1.2 Gemeindegrößenklassen

Die Einteilung von Gemeinden nach Größenklassen sichert die regionale Repräsentanz bei der Stichprobenbildung durch entsprechende Zellenbildung im Schichtungssystem und auf der Ebene der Auswertung und sozialwissenschaftlichen Analyse dienen sie der Strukturierung des Datenmaterials. Bei Stichprobenergebnissen und der Regionalisierung von Umfragedaten hat die Größenklasseneinteilung generell eine steuernde Funktion.

Es kommt daher nicht nur in Gemeinschaftsuntersuchungen mit mehreren Beteiligten, sondern auch im Einzelfall auf eine genaue Beachtung der Gebietsveränderungen an, die durch den jeweiligen Stand der Gemeindedatei dokumentiert werden. Der Prozess der Datengewinnung und -aufbereitung kann bei abweichenden Gebietsständen zu Ergebnissen führen, bei denen die Interpretation der Daten und die daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen problematisch sind.

Gebietsbezogene Veränderungen mit Rückwirkungen auf die Größenklassenbesetzung sind vor allem in den östlichen Bundesländern zu beachten, da sowohl die Gemeindereform wie auch die generelle Bevölkerungsabnahme zu Unterschieden in den Bevölkerungsanteilen der Gemeindegrößenklassen führen können.

Zwei Beispiele:

- In einer Stichprobe mit einem länger angelegten Untersuchungszeitraum wird eine Gemeinde in der Zelle 100.000 – 250.000 Einwohner gezogen. Durch Bevölkerungsabgang der Kernstadt hat die Gemeinde zum Zeitpunkt der Datenaufbereitung und Gewichtung weniger als 100.000 EW. D.h., die Gemeinde wandert in die benachbarte „kleinere“ Gemeindegrößenklassen. Das kann dazu führen, dass durch die Potenzialverschiebungen die Stichprobenergebnisse aufgrund von Gewichtungsprozeduren nach Größenklassen verzerrt werden.
- Werden Randgemeinden einer größeren Gemeinde oder Stadt eingemeindet, dann können sich die demographischen Gesamtstrukturen erkennbar verändern, da die eher ländlich geprägten Rand-Gemeinden andere Alters-, Haushalts- und Familienstrukturen aufweisen.

Da die Gemeindegrößenklassen (unabhängig davon ob nach BIK-Regionen oder der Einteilung politisch) für die Bildung von Stichproben und die Ausweisung von Untersuchungsergebnissen eine strukturierende und steuernde Funktion haben, ist die Entwicklung der Anzahl und Größe der Gemeinden bei der Regionalisierung von Umfragedaten zu beachten und zu beobachten. Der Gebietsstand gibt hierüber Aufschluss, und bei abweichenden Gebietsständen muss mit Übersetzungs- oder Schlüsseldateien eine Anpassung vorgenommen werden, um verzerrungsfreie Ergebnisse aus Stichprobenerhebungen zu erzielen.

### 3.1.3 Sonderfälle

Ergänzend zu den administrativen Gebietseinheiten, wie sie in der 8-stelligen Gemeindekennziffer verankert sind, gibt es eine übergeordnete Ebene durch die EU und kleinräumige Unterteilungen innerhalb der Gemeindegrenzen in den größeren Städten.

Der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament haben im Mai 2003 nach einer längeren Vorlaufphase eine gemeinsame statistische Klassifikation der Gebietseinheiten beschlossen. Diese sog. „NUTS-Verordnung“<sup>2)</sup> schafft einen Rechtsrahmen, der die Erhebung, Erstellung und Vorbereitung harmonisierter Regionalstatistiken in der Gemeinschaft erleichtert.

Festgelegt werden drei hierarchisch gebildete Ebenen, die sich an den administrativen Gegebenheiten der Mitgliedsländer orientieren, d.h. die in den Mitgliedsstaaten bestehenden Verwaltungseinheiten bilden das erste Kriterium zur Festlegung der Gebietsebenen.

Auf deutsche Verhältnisse übertragen bedeutet das folgendes:

NUTS 1	Bundesländer (16)
NUTS 2	Regierungsbezirke (41) einschließlich Trier und Koblenz in Rheinland-Pfalz
NUTS 3	Landkreise und Stadtkreise (441) Berlin ohne Trennung in Ost/West und Region Hannover als Zusammenfassung von Stadt und Landkreis Hannover

2) Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS: Nomenclature of Territorial Units for Statistik)

Bei den innerstädtischen Gliederungen handelt es sich im Prinzip auch um administrative Raumeinheiten. In den größeren Städten ab 50.000 Einwohnern liegen solche Untergliederungen vor, und die Kommunalstatistik stellt Daten für diese Flächeneinheiten zur Verfügung.

Berlin, Bremen und Hamburg werden mit ihrer Ortsteilgliederung im GV 2000 des Statistischen Bundesamtes geführt. Als weitere wesentliche Quelle für die Sammlung und Bereitstellung kleinräumiger Daten ist die KOSTAT-DST GmbH zu nennen. Das ist ein Zusammenschluss von Großstädten, die für knapp 100 Städte die kleinräumigen Gliederungen mit Sachdaten zu Bevölkerung und Haushalten bereitstellt.

Für den Nutzer ist bei den innerstädtischen Gliederungen zu beachten, dass sich trotz aller Bemühungen keine einheitliche Begriffsbildung zu Stadtbezirken, Stadtteilen/ Ortsteilen, statistischen Bezirken durchgesetzt hat. Ein Stadtbezirk in Hamburg kann über 300.000 Einwohner haben, während ein kleinerer Stadtbezirk in Nürnberg nur 37 Einwohner umfassen kann.

Die Anzahl der Gliederungsebenen in einer Stadt ist einerseits größenabhängig, andererseits aber durch die kommunalen Anforderungen geprägt. Die Kommunen sind hier frei in ihrer Gestaltung und der Gliederungstiefe der Raumeinheiten sowie der Bereitstellung der Daten. In der nachfolgenden Übersicht sind Beispiele mit unterschiedlicher innerstädtischer Gliederung dargestellt. Da es keine verbindliche Nomenklatur gibt, sind die hierarchischen Strukturen neutral als Ebenen bezeichnet; die kleinsten administrativen Einheiten reichen in einigen Städten bis auf die Blockebene, d.h. die Ausweisung von Straßenabschnitten.

**Tabelle 3.1.3: Beispiele für eine innerstädtische Gliederungen:**

GKZ	Name	Bevölkerung am 31.12.2001	Ebene 1	Ebene 2	Ebene 3	Ebene 4
06412000	Frankfurt/M.	641.076	16	46	118	
02200000	Hamburg	1.710.932	7	98	180	928
04011000	Bremen	540.950	5	23	89	
11000000	Berlin	3.337.232	12	195	ca. 800	ca. 12.000
09162000	München	1.227.958	25	105	450	
05111000	Düsseldorf	570.765	10	49		2.000
05315000	Köln	967.940	9	85		4.000
05113000	Essen	591.889	9	50	312	

## 3.2 Nicht-administrative Regionsabgrenzungen

Die Auflistung der nicht-administrativen Regionseinheiten bezieht sich auf die Inhalte des GV2000 des statistischen Bundesamtes. Dabei werden die Ausweisungsebenen Gemeinde und Kreis unterschieden. Die nachfolgende Darstellung bezieht nur Regionalabgrenzungen mit ein, die im GV2000 zum aktuellen Stand mit Daten gefüllt waren.

### 3.2.1 Gemeindeebene

- Gemeindetyp neu
- Ordnungsräume
- Verdichtungsräume
- Stadt- Landgliederung Eurostadt
- Landwirtschaftliche Wirtschaftsgebiete
- Verflechtungsbereich mittlerer Stufe
- Stadtregionen – BIK

### 3.2.2 Kreisebene

- Kreistyp
- Nielsegebiete
- Ballungsräume
- Arbeitsmarktregion
- Raumordnungsregion

Die vollständige Dokumentation zum GV 2000 erfolgt im Anhang zu Kapitel 3.

### 3.3 Postleitzahlengebiete und administrative Gebietseinheiten

In der Markt- und Marketingforschung gibt es eine für kleinräumige Gebiete oft genutzte Flächeneinheit: die fünfstelligen Postleitzahlengebiete. Diese als Postzustellbezirke definierten Gebiete erlauben es, größere Gemeinden zu untergliedern. Sie erfüllen vor allem in der Marketingforschung eine Scharnierfunktion in der Verbindung von Sachdaten mit z. B. adressbasierten Kunden- und Vertriebsdateien. Bei Mailingaktionen steuern die Fünfsteller die Ansprache spezifischer Zielgruppen oder die branchenbezogene Auswahl von Unternehmen und Betrieben. In solchen Fällen der Marktanalyse und -bearbeitung werden für die regionale/ lokale Zuordnung die fünfstelligen Postleitzahlengebiete genutzt.

In den Katalogen von Adressanbietern und bei den Anbietern mikrogeografischer Systeme werden für den Post-Fünfsteller demographische Strukturdaten über die Bevölkerung und Haushalte angeboten. Die Basisdaten zur Bevölkerung werden in der Regel aus der amtlichen Statistik übernommen und in Umrechnungsschritten auf die nicht mit den administrativen Gebietseinheiten kompatiblen Postleitzahlengebiete umgerechnet. Amtliche Bevölkerungs- oder Haushaltszahlen werden als Eckwerte zur Füllung dieser nicht-administrativen Flächen mit Sachdaten herangezogen.

Die Systematik der Post folgt einem hierarchischen Ansatz mit: 10 Postleitzonen, 83 Postleitregionen und 8.278 Postleitzahlengebieten (Stand: 31.12.1999).

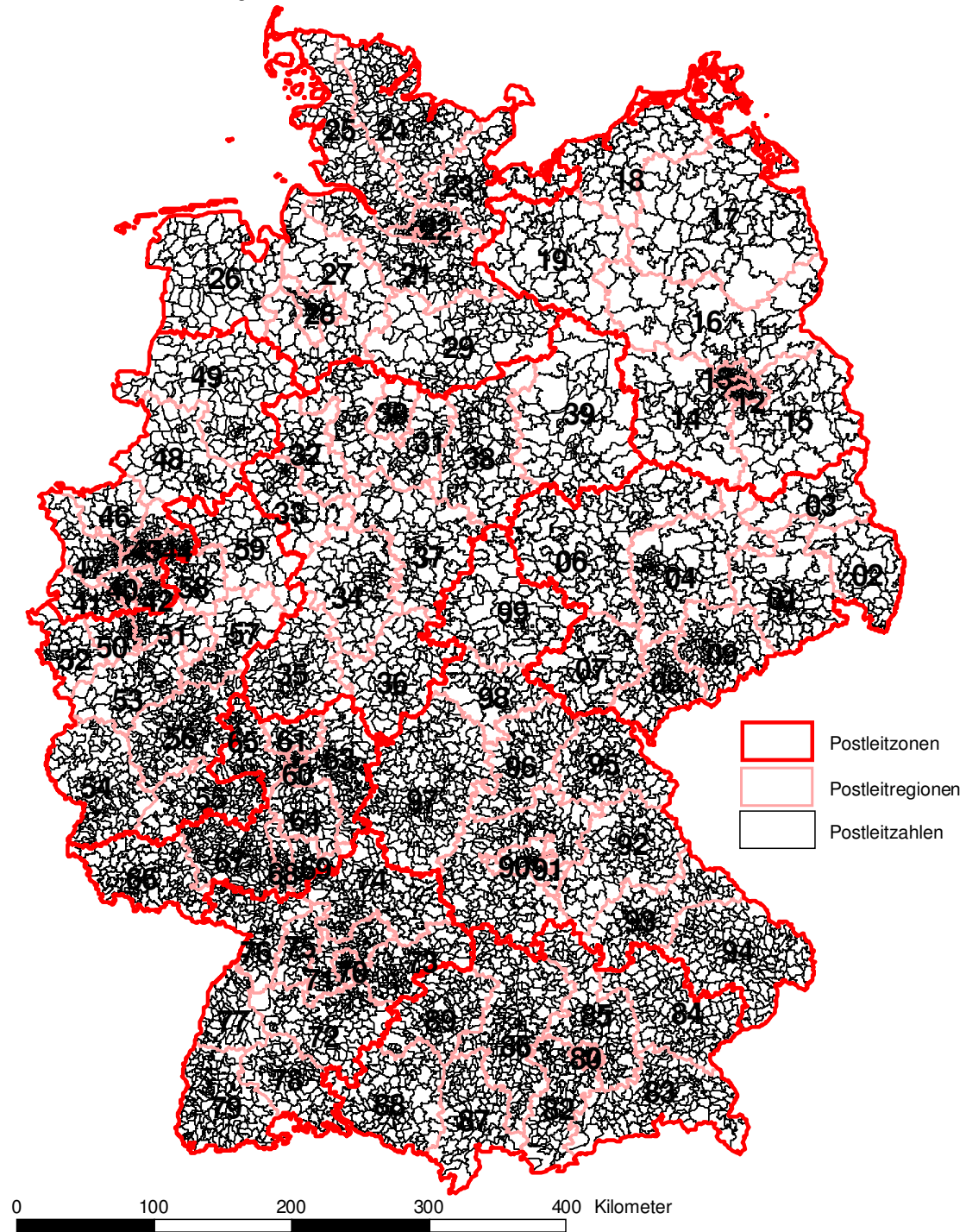
Zum Gebietsstand 31.12.2002 gibt es in Deutschland:

- 13.122 Gemeinden
- 8.278 Postleitzahlbereiche (5-Steller-Zustellbezirke ohne Großkunden-PLZ, und ohne Postfach-PLZ).


Diese Flächeneinteilungen sind nicht aufeinander abgestimmt. Da sie unterschiedlichen Zwecken dienen, gibt es vor allem in ländlichen Regionen diffizile Überschneidungsverhältnisse, die vor der Zuordnung von auf administrativen Gebietseinheiten basierenden Sachdaten gelöst werden müssen.

Abbildung 3.3.1: Postleitzonen/Postleitregionen/Postleitzahlen

Postleitzonen/Postleitregionen/Postleitzahlen



Stand: 31.12.1999

BIK  ASCHPURWIS + BEHRENS GMBH



Statistisches Bundesamt

## Von GV100 bis GV-ISys

Im Zuge der Planung und Vorbereitung einer Volks- und Berufszählung wurde Anfang der 50er Jahre der Amtliche Gemeindeschlüssel (AGS) entwickelt und dem Gemeindeleitband zugrundegelegt. Dieser Schlüssel kennzeichnet jede Gemeinde Deutschlands eindeutig durch einen achtstelligen Schlüssel (Stellen 1-2: Land, Stelle 3: Regierungsbezirk, Stellen 4-5 Kreis, Stellen:8 Gemeinde). Das Gemeindeverzeichnis GV100 beinhaltet die regionale Gliederung Deutschlands auf der Basis des achtstelligen Amtlichen Gemeindeschlüssels und enthält auf Gemeindeebene ausgewählte statistische Kennzahlen wie Fläche und Einwohner. Weitere räumliche Gebietsgliederungen, wie Finanzamtsbezirk, Bundestagswahlkreis oder Raumordnungsregionen werden auf Kreis- bzw. Gemeindeebene geführt. Der beim Statistischen Bundesamt unter der Bezeichnung GV100 erhältliche Datenbestand zeichnet sich durch ein vom Großrechner geprägtes Datenformat ASCII mit fester Satzstruktur aus und eignet sich zum Einlesen in spezielle Softwareprodukte.

Das Gemeindeverzeichnis GV100 wurde im Jahr 2000 mit Datenbestand ab 1.1.1998 durch das neu konzipierte Gemeindeverzeichnis GV2000 abgelöst. Die regionale Gliederung des Gemeindeverzeichnisses GV2000 basiert auf dem internen zwölfstelligen Regionalschlüssel. Da die Zugehörigkeit vieler Gemeinden zu einem Gemeindeverband mehr und mehr an Bedeutung gewann, wurde der achtstellige Amtliche Gemeindeschlüssel zwischen der Kreis- und Gemeindekennzeichnung um vier Stellen erweitert, die der Kennzeichnung der Verbandszugehörigkeit einer Gemeinde dienen. Der aus dem Regionalschlüssel abzuleitende Amtliche Gemeindeschlüssel (AGS) ist weiterhin im GV2000 enthalten. Die Gebietsänderungen werden mit juristischem und statistischen Wirkungsdatum verbucht, so dass die Historie der Gemeinden abgebildet werden kann.

Der Datenbestand des Gemeindeverzeichnisses wurde mit Einführung des GV2000 um zusätzliche nichtadministrative Gebietsgliederungen erweitert. Außerdem wurden weitere Datenformate zur Verfügung gestellt, die auch problemlos mit jeder PC-Standardsoftware weiterverarbeitbar sind. Der Datenbestand GV100 wird im gewohnten Format weiterhin, als Auszug aus GV2000, für die Nutzer bereitgestellt.

Ab 2006 wird das Gemeindeverzeichnis Informationssystem (GV-ISys) zur Verfügung stehen und dann das GV2000 ablösen. Das Datenangebot von GV-ISys wird weiter ausgebaut und externen Nutzern über Internet zur Verfügung gestellt. Der Nutzer hat Zugriff auf monatsaktuelle Gebietsstände und kann kostenfreie Recherchen im kompletten Datenbereich des Gemeindeverzeichnisses durchführen. Über Schnittstellen wird der Zugriff auf weitere Daten, wie z. B. kartografische Darstellungen von Daten mit regionaler Gliederung oder siedlungsstrukturelle Ergebnisse, ermöglicht.

GV2000			Datensatzbeschreibung			
Amtliches Gemeindeverzeichnis mit Historienführung						Satzart 10
Landdaten						
Feldbez. EF - Nr.	Satzstellen		Anzahl	Feldformat 1)		Inhalt / Bemerkungen
	von	bis		allg.	Intern	
EF1	1	- 2	2	C	ALN	Satzart 10 = Landdaten 20 = Regierungsbezirksdaten 30 = Regionsdaten 40 = Kreisdaten 50 = Verbandsdaten 60 = Gemeindedaten 70 = Gemeindeteildaten
EF2	3	- 23	21			Regionalschlüssel
EF2U1	3	- 4	2	C	ALN	Land
EF2U2	5		1	C	ALN	Regierungsbezirk
EF2U3	6	- 7	2	C	ALN	Kreis
EF2U4	8	- 11	4	C	ALN	Verband
EF2U5	12	- 14	3	C	ALN	Gemeinde
EF2U6	15	- 23	9	C	ALN	Gemeindeteil
EF3	24	- 31	8			Regionalschlüssel
EF3U1	24	- 25	2	C	ALN	Land
EF3U2	26		1	C	ALN	Regierungsbezirk
EF3U3	27	- 28	2	C	ALN	Kreis
EF3U4	29	- 31	3	C	ALN	Gemeinde
EF4	32	- 39	8	C	ALN	Wirkungsdatum (jjjjmmtt)
EF5	40		1	C	ALN	Fehlerkennzeichen
						Landbezeichnung
EF10	41	- 90	50	C	ALN	Langfassung
EF11	91	- 120	30	C	ALN	Kurzfassung
EF12	121	- 122	2	C	ALN	Textkennzeichen Landesregierung
EF13	123	- 172	50	C	ALN	Name
EF14	173	- 222	50	C	ALN	Straße und Haus-Nr.
EF15	223	- 227	5	C	ALN	PLZ
EF16	228	- 277	50	C	ALN	Ort

1) ALN = alphanumerisch, NOV = numerisch ohne Vorzeichen, NMV = numerisch mit Vorzeichen, GEP = gepackt, GLD = Gleitkomma, X = hexadezimal, PO = gepackt ohne Vorzeichen, C = charakter (Zeichen), P = gepackt

2) leer = normaler Datensatz, V = Vorlaufinformation, S = Sonderfall, A = ASP- Beschreibung

FORM DB100 02.11.92

Regierungsbezirksdaten						Satzart 20
Feldbez. EF - Nr.	Satzstellen		Anzahl	Feldformat 1)		Inhalt / Bemerkungen
	von	- bis		allg.	Intern	
EF1	1	- 2	2	C	ALN	Satzart 10 = Landdaten 20 = Regierungsbezirksdaten 30 = Regionsdaten 40 = Kreisdaten 50 = Verbandsdaten 60 = Gemeindedaten 70 = Gemeindeteildaten
EF2	3	- 23	21			Regionalschlüssel
EF2U1	3	- 4	2	C	ALN	Land
EF2U2	5	- 7	1	C	ALN	Regierungsbezirk
EF2U3	6	- 7	2	C	ALN	Kreis
EF2U4	8	- 11	4	C	ALN	Verband
EF2U5	12	- 14	3	C	ALN	Gemeinde
EF2U6	15	- 23	9	C	ALN	Gemeindeteil
EF3	24	- 31	8			Regionalschlüssel
EF3U1	24	- 25	2	C	ALN	Land
EF3U2	26	- 28	1	C	ALN	Regierungsbezirk
EF3U3	27	- 28	2	C	ALN	Kreis
EF3U4	29	- 31	3	C	ALN	Gemeinde
EF4	32	- 39	8	C	ALN	Wirkungsdatum (jjjjmmtt)
EF5	40	- 40	1	C	ALN	Fehlerkennzeichen
EF10	41	- 90	50	C	ALN	Langfassung
EF11	91	- 120	30	C	ALN	Kurzfassung
EF12	121	- 122	2	C	ALN	Textkennzeichen 91 - Bezirk der innerstädtischen Gliederung Hamburgs 93 - Bezirk der innerstädtischen Gliederung Berlins Verw.-Sitz des Regierungsbezirkes
EF13	123	- 172	50	C	ALN	Name
EF14	173	- 222	50	C	ALN	Straße und Haus-Nr.
EF15	223	- 227	5	C	ALN	PLZ
EF16	228	- 277	50	C	ALN	Ort

1) ALN = alphanumerisch, NOV = numerisch ohne Vorzeichen, NMV = numerisch mit Vorzeichen, GEP = gepackt, GLD = Gleitkomma, X = hexadezimal, PO = gepackt ohne Vorzeichen, C = charakter (Zeichen), P = gepackt

2) leer = normaler Datensatz, V = Vorlaufinformation, S = Sonderfall, A = ASP- Beschreibung

FORM DB100 02.11.92

Regionsdaten					Satzart 30
Feldbez. EF - Nr.	Satzstellen		Feldformat 1)		Inhalt / Bemerkungen
	von	bis	Anzahl	allg. Intern	
EF1	1	- 2	2	C ALN	Satzart 10 = Landdaten 20 = Regierungsbezirksdaten 30 = Regionsdaten 40 = Kreisdaten 50 = Verbandsdaten 60 = Gemeindedaten 70 = Gemeindeteildaten
EF2	3	- 23	21		Regionalschlüssel
EF2U1	3	- 4	2	C ALN	Land
EF2U2	5	- 5	1	C ALN	Regierungsbezirk
EF2U3	6	- 7	2	C ALN	Kreis
EF2U4	8	- 11	4	C ALN	Verband
EF2U5	12	- 14	3	C ALN	Gemeinde
EF2U6	15	- 23	9	C ALN	Gemeindeteil
EF3	24	- 31	8		Regionalschlüssel
EF3U1	24	- 25	2	C ALN	Land
EF3U2	26	- 26	1	C ALN	Regierungsbezirk
EF3U3	27	- 28	2	C ALN	Kreis
EF3U4	29	- 31	3	C ALN	Gemeinde
EF4	32	- 39	8	C ALN	Wirkungsdatum (jjjjmmtt)
EF5	40	- 40	1	C ALN	Fehlerkennzeichen
EF10	41	- 90	50	C ALN	Regionsbezeichnung
EF11	91	- 120	30	C ALN	Langfassung
EF12	121	- 122	2	C ALN	Kurzfassung
EF13	123	- 172	50	C ALN	Textkennzeichen
EF14	173	- 222	50	C ALN	Verwaltungssitz der Region
EF15	223	- 227	5	C ALN	Name
EF16	228	- 277	50	C ALN	Straße und Haus-Nr.
					PLZ
					Ort

- 1) ALN = alphanumerisch, NOV = numerisch ohne Vorzeichen, NMV = numerisch mit Vorzeichen, GEP = gepackt, GLD = Gleitkomma, X = hexadezimal, PO = gepackt ohne Vorzeichen, C = charakter (Zeichen), P = gepackt  
2) leer = normaler Datensatz, V = Vorlaufinformation, S = Sonderfall, A = ASP- Beschreibung

FORM DB100 02.11.92

Kreisdaten, 1. administrative Gebietseinheiten						Satzart 40	
Feldbez.	Satzstellen			Feldformat 1)		Inhalt / Bemerkungen	
	EF - Nr.	von	- bis	Anzahl	allg.		Intern
EF1	1	-	2	2	C	ALN	Satzart 10 = Landdaten 20 = Regierungsbezirksdaten 30 = Regionsdaten 40 = Kreisdaten 50 = Verbandsdaten 60 = Gemeindedaten 70 = Gemeindeteildaten
EF2	3	-	23	21			Regionalschlüssel
EF2U1	3	-	4	2	C	ALN	Land
EF2U2	5	-		1	C	ALN	Regierungsbezirk
EF2U3	6	-	7	2	C	ALN	Kreis
EF2U4	8	-	11	4	C	ALN	Verband
EF2U5	12	-	14	3	C	ALN	Gemeinde
EF2U6	15	-	23	9	C	ALN	Gemeindeteil
EF3	24	-	31	8			Regionalschlüssel
EF3U1	24	-	25	2	C	ALN	Land
EF3U2	26	-		1	C	ALN	Regierungsbezirk
EF3U3	27	-	28	2	C	ALN	Kreis
EF3U4	29	-	31	3	C	ALN	Gemeinde
EF4	32	-	39	8	C	ALN	Wirkungsdatum (jjjjmmtt)
EF5	40	-		1	C	ALN	Fehlerkennzeichen
EF10	41	-	90	50	C	ALN	Kreisbezeichnung
EF11	91	-	120	30	C	ALN	Langfassung Kurzfassung
EF12	121	-	122	2	C	ALN	Textkennzeichen 41 - Kreisfreie Stadt 42 - Stadtkreis 43 - Kreis 44 - Landkreis 45 - Stadtverband 91 - Stadtteil der innerstädtischen Gliederung Hamburgs 93 - Stadtbez. der innerstädtischen Gliederung Berlins Verwaltungssitz des Kreises
EF13	123	-	172	50	C	ALN	Name
EF14	173	-	222	50	C	ALN	Straße und Haus-Nr.
EF15	223	-	227	5	C	ALN	PLZ
EF16	228	-	277	50	C	ALN	Ort

1) ALN = alphanumerisch, NOV = numerisch ohne Vorzeichen, NMV = numerisch mit Vorzeichen, GEP = gepackt, GLD = Gleitkomma, X = hexadezimal, PO = gepackt ohne Vorzeichen, C = charakter (Zeichen), P = gepackt

2) leer = normaler Datensatz, V = Vorlaufinformation, S = Sonderfall, A = ASP-Beschreibung

FORM DB100 02.11.92

Kreisdaten, 2. nicht-administrative Gebietseinheiten					Satzart 40	
Die Felder mit roter Schrift sind in der Access-Anwendung nicht enthalten.						
Feldbez EF - Nr.	Satzstellen			Feldformat 1)		Inhalt / Bemerkungen
	von	- bis	Anzahl	allg.	Intern	
EF60	278	- 289	12			Regionstyp neu
EF60U1	278	- 287	10	C	ALN	Zuordnungsstand (tt.mm.jjjj)
EF60U2	288	- 289	2	C	ALN	Grundtyp
EF61	290	- 301	12			Regionstyp neu
EF61U1	290	- 299	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF61U2	300	- 301	2	C	ALN	Differenzierter Typ
EF62	302	- 313	12			Kreistyp neu
EF62U1	302	- 311	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF62U2	312	- 313	2	C	ALN	Kreistyp
EF63	314	- 325	12			Nielsengebiete
EF63U1	314	- 323	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF63U2	324	- 325	2	C	ALN	Nielsengebiet
EF64	326	- 338	13			Ballungsräume
EF64U1	326	- 335	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF64U2	336	- 338	3	C	ALN	Ballungsraum
EF65	339	- 351	13			Arbeitsmarktregion
EF65U1	339	- 348	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF65U2	349	- 351	3	C	ALN	Arbeitsmarktregion
EF66	352	- 364	13			Raumordnungsregion
EF66U1	352	- 361	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF66U2	362	- 364	3	C	ALN	Raumordnungsregion
EF67	365	- 378	14			Planungsregion der Länder
EF67U1	365	- 374	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF67U2	375	- 378	4	C	ALN	Planungsregion

1) ALN = alphanumerisch, NOV = numerisch ohne Vorzeichen, NMV = numerisch mit Vorzeichen, GEP = gepackt, GLD = Gleitkomma, X = hexadezimal, PO = gepackt ohne Vorzeichen, C = charakter (Zeichen), P = gepackt

2) leer = normaler Datensatz, V = Vorlaufinformation, S = Sonderfall, A = ASP- Beschreibung

FORM DB100 02.11.92

Gemeindeverbandsdaten						Satzart 50
Feldbez.	Satzstellen			Feldformat 1)		Inhalt / Bemerkungen
EF - Nr.	von	- bis	Anzahl	allg.	Intern	
EF1	1	- 2	2	C	ALN	Satzart 10 = Landdaten 20 = Regierungsbezirksdaten 30 = Regionsdaten 40 = Kreisdaten 50 = Verbandsdaten 60 = Gemeindedaten 70 = Gemeindeteilaten
EF2	3	- 23	21			Regionalschlüssel
EF2U1	3	- 4	2	C	ALN	Land
EF2U2	5		1	C	ALN	Regierungsbezirk
EF2U3	6	- 7	2	C	ALN	Kreis
EF2U4	8	- 11	4	C	ALN	Verband
EF2U5	12	- 14	3	C	ALN	Gemeinde
EF2U6	15	- 23	9	C	ALN	Gemeindeteil
EF3	24	- 31	8			Regionalschlüssel
EF3U1	24	- 25	2	C	ALN	Land
EF3U2	26		1	C	ALN	Regierungsbezirk
EF3U3	27	- 28	2	C	ALN	Kreis
EF3U4	29	- 31	3	C	ALN	Gemeinde
EF4	32	- 39	8	C	ALN	Wirkungsdatum (jjjimmmt)
EF5	40		1	C	ALN	Fehlerkennzeichen
EF10	41	- 90	50	C	ALN	Verbandsbezeichnung
EF11	91	- 120	30	C	ALN	Langfassung Kurzfassung
EF12	121	- 122	2	C	ALN	Textkennzeichen 51 - Ämter 52 - Samtgemeinden 53 - Verbandsgemeinden 54 - Verwaltungsgemeinschaften 55 - Kirchspielslandgemeinden 56 - Verwaltungsverbände 58 - Erfüllende Gemeinde 59 - Beauftragende Gemeinde 91 - Pseudosatz d. innerstädtischen Gliederung Hamburgs 92 - Pseudosatz d. innerstädtischen Gliederung Bremens 93 - Pseudosatz d. innerstädtischen Gliederung Berlins
EF13	123	- 172	50	C	ALN	Name
EF14	173	- 222	50	C	ALN	Straße und Haus-Nr.
EF15	223	- 227	5	C	ALN	PLZ
EF16	228	- 277	50	C	ALN	Ort

1)ALN = alphanumerisch, NOV = numerisch ohne Vorzeichen, NMV = numerisch mit Vorzeichen, GEP = gepackt, GLD = Gleitkomma, X = hexadezimal, PO = gepackt ohne Vorzeichen, C = charakter (Zeichen), P = gepackt

2) leer = normaler Datensatz, V = Vorlaufinformation, S = Sonderfall, A = ASP- Beschreibung

FORM DB100 02.11.92

Gemeindedaten, 1. administrative Gebietseinheiten						Satzart 60
Feldbez. EF - Nr.	Satzstellen			Feldformat 1)		Inhalt / Bemerkungen
	von	- bis	Anzahl	allg.	Intern	
EF1	1	- 2	2	C	ALN	Satzart 10 = Landdaten 20 = Regierungsbezirksdaten 30 = Regionsdaten 40 = Kreisdaten 50 = Verbandsdaten 60 = Gemeindedaten 70 = Gemeindeteildaten
EF2	3	- 23	21			Regionalschlüssel
EF2U1	3	- 4	2	C	ALN	Land
EF2U2	5		1	C	ALN	Regierungsbezirk
EF2U3	6	- 7	2	C	ALN	Kreis
EF2U4	8	- 11	4	C	ALN	Verband
EF2U5	12	- 14	3	C	ALN	Gemeinde
EF2U6	15	- 23	9	C	ALN	Gemeindeteil
EF3	24	- 31	8			Regionalschlüssel
EF3U1	24	- 25	2	C	ALN	Land
EF3U2	26		1	C	ALN	Regierungsbezirk
EF3U3	27	- 28	2	C	ALN	Kreis
EF3U4	29	- 31	3	C	ALN	Gemeinde
EF4	32	- 39	8	C	ALN	Wirkungsdatum (jjjjmmtt)
EF5	40		1	C	ALN	Fehlerkennzeichen
EF10	41	- 90	50	C	ALN	Gemeindebezeichnung
EF11	91	- 120	30	C	ALN	Langfassung
EF12	121	- 122	2	C	ALN	Kurzfassung Textkennzeichen
						61 - Kreisfreie Stadt
						62 - Stadtkreis
						63 - Stadt
						64 - Kreisangehörige Gemeinde
						65 - gemeindefr. Gebiet, bewohnt
						66 - gemeindefr. Gebiet, unbewohnt
						67 - Große Kreisstadt
						68 - amtsangehörige Gemeinde
						69 - amtsfreie Gemeinde
						91 - Ortsteil der innerstädtischen Gliederung Hamburgs
						92 - Ortsteil der innerstädtischen Gliederung Bremens
						93 - Ortsteil der innerstädtischen Gliederung Berlins
						Verwaltungssitz der Gemeinde
EF13	123	- 172	50	C	ALN	Name
EF14	173	- 222	50	C	ALN	Straße und Haus-Nr.
EF15	223	- 227	5	C	ALN	PLZ
EF16	228	- 277	50	C	ALN	Ort
EF17	278	- 298	21			Fläche
EF17U1	278	- 288	11	C	NOV11K00	Fläche in ha
EF17U2	289	- 298	10	C	ALN	Erhebungsdatum (tt.mm.jjjj)
EF18	299	- 330	32			Fortgeschriebene Bevölkerung
EF18U1	299	- 309	11	C	NOV11K00	Insgesamt
EF18U2	310	- 320	11	C	NOV11K00	Männlich
EF18U3	321	- 330	10	C	ALN	Erhebungsdatum



Gemeindedaten, 1. administrative Gebietseinheiten						Satzart 60	
Die Felder mit blauer Schrift sind im Gemeindeverzeichnis GV2000 noch nicht gefüllt.							
Die Felder mit roter Schrift sind in der Access-Anwendung nicht enthalten.							
Feldbez.	Satzstellen			Feldformat 1)		Inhalt / Bemerkungen	
	EF - Nr.	von	bis	Anzahl	allg.		Intern
EF19	331	-	340	10	C	ALN	Eurostat - Gemeindegchlüssel
EF20	341	-	343	3	C	ALN	Kennzeichnung, ob PLZ eindeutig leer = Gemeinde hat nur eine PLZ sonst : Gemeinde hat mehrere PLZ
EF21	344	-	345	2	C	ALN	Oberpostdirektionsbezirk
EF22	346	-	349	4	C	ALN	Finanzamtsbezirk
EF23	350	-	353	4			Gerichtbarkeit
EF23U1	350			1	C	ALN	Oberlandesgerichtsbezirk
EF23U2	351			1	C	ALN	Landgerichtsbezirk
EF23U3	352	-	353	2	C	ALN	Amtsgerichtsbezirk
EF24	354	-	358	5	C	ALN	Arbeitsamtsbezirk
EF25	359			1	C	ALN	EDV-Ausstattung 0 = nicht vorhanden 1 = vorhanden
EF50	360	-	366	7	C	ALN	Registergericht
EF26	367	-	369	3	C	ALN	Bundestagswahlkreise
EF27	370	-	372	3	C	ALN	Landtagswahlkreise
EF28	373	-	465	93			Ang. für lfd. Bevölkerungsstatistiken
EF28U1	373	-	380	8	C	ALN	AGS der abgebenden Gemeinde
EF28U2	381	-	382	2	C	ALN	Art der Gebietsstandsänderung
EF28U3	383	-	393	11	C	NOV11K0	aufgenommene Bevölkerung, insgesamt
EF28U4	394	-	404	11	C	NOV11K0	aufgenommene Bevölkerung, männlich
EF28U5	405	-	415	11	C	NOV11K0	aufgenommene Fläche in ha
EF28U6	416	-	465	50	C	ALN	Bemerkung
EF29	466	-	476	11	C	NOV11K0	VZ 1939 Bevölkerung, insgesamt
EF30	477	-	487	11	C	NOV11K0	VZ 1950 Bevölkerung, insgesamt
EF31	488	-	498	11	C	NOV11K0	Bevölkerung, männlich
EF32	499	-	509	11	C	NOV11K0	VZ 1961 bzw. 1964 im Beitrittsgebiet Bevölkerung, insgesamt
EF33	510	-	520	11	C	NOV11K0	Bevölkerung, männlich
EF34	521	-	531	11	C	NOV11K0	Bevölkerung, insgesamt
EF35	532	-	542	11	C	NOV11K0	Bevölkerung, männlich
EF36	543	-	553	11	C	NOV11K0	Bevölkerung, insgesamt
EF37	554	-	564	11	C	NOV11K0	Bevölkerung, männlich
EF38	565	-	575	11	C	NOV11K0	Haushalte
EF39	576	-	586	11	C	NOV11K0	Wohnungen

1) ALN = alphanumerisch, NOV = numerisch ohne Vorzeichen, NMV = numerisch mit Vorzeichen, GEP = gepackt, GLD = Gleitkomma, X = hexadezimal, PO = gepackt ohne Vorzeichen, C = charakter (Zeichen), P = gepackt

2) leer = normaler Datensatz, V = Vorlaufinformation, S = Sonderfall, A = ASP- Beschreibung

FORM DB100 02.11.92

Gemeindedaten, 2. nicht-administrative Gebietseinheiten						Satzart 60	
Die Felder mit blauer Schrift sind im Gemeindeverzeichnis GV2000 noch nicht gefüllt.							
Die Felder mit roter Schrift sind in der Access-Anwendung nicht enthalten.							
Feldbez.	Satzstellen			Feldformat 1)		Inhalt / Bemerkungen	
	EF - Nr.	von	bis	Anzahl	allg.		Intern
EF60	587	-	593	7	C	ALN	Geographische Mittelpunktkoordinaten
EF61	594	-	605	12			Gemeindetyp neu
EF61U1	594	-	603	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF61U2	604	-	605	2	C	ALN	Gemeindetyp
EF62	606	-	617	12			Ordnungsräume
EF62U1	606	-	615	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF62U2	616	-	617	2	C	ALN	Ordnungsraum
EF63	618	-	629	12			Verdichtungsräume
EF63U1	618	-	627	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF63U2	628	-	629	2	C	ALN	Verdichtungsraum
EF64	630	-	641	12			Stadt- Landgliederung Eurostadt
EF64U1	630	-	639	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF64U2	640	-	641	2	C	ALN	Stadt- Landgliederung
EF65	642	-	653	12			Landwirtschaftl. Wirtschaftsgebiete
EF65U1	642	-	651	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF65U2	652	-	653	2	C	ALN	LWG
EF66	654	-	665	12			Regionalverbände
EF66U1	654	-	663	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF66U2	664	-	665	2	C	ALN	Regionalverband
EF67	666	-	677	12			Planungsregionen
EF67U1	666	-	675	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF67U2	676	-	677	2	C	ALN	Planungsregion
EF68	678	-	689	12			Umlandbereiche
EF68U1	678	-	687	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF68U2	688	-	689	2	C	ALN	Umlandbereich
EF69	690	-	704	15			Reisegebiete
EF69U1	690	-	699	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF69U2	700	-	704	5	C	ALN	Reisegebiet
EF70	705	-	719	15			Verflechtungsbereich mittl. Stufe
EF70U1	705	-	714	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF70U2	715	-	719	5	C	ALN	Zentralität
EF71	720	-	737	18			BIK - Regionen
EF71U1	720	-	729	10	C	ALN	Zuordnungsstand
EF71U2	730	-	737	8	C	ALN	BIK - Region

1) ALN = alphanumerisch, NOV = numerisch ohne Vorzeichen, NMV = numerisch mit Vorzeichen, GEP = gepackt, GLD = Gleitkomma, X = hexadezimal, PO = gepackt ohne Vorzeichen, C = charakter (Zeichen), P = gepackt

2) leer = normaler Datensatz, V = Vorlaufinformation, S = Sonderfall, A = ASP- Beschreibung

FORM DB100 02.11.92

## 4 Auswahl von Instrumenten zur Regionalisierung

Vorgestellt werden zwei Instrumentarien zur räumlichen Abgrenzung und Typisierung von Regionen, die BIK-Stadtregionen, die auf den Boustedt-Stadtregionen aufsetzen und diese weiterentwickelt haben (Kapitel 4.2) und die siedlungsstrukturellen Gebietstypen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR), die die Bundesrepublik Deutschland über drei Ebenen, die Raumordnungsregionen, die Kreise und die Gemeinden typisieren (Kapitel 4.3).

Kurt Behrens<sup>\*)</sup>

### 4.1 Vom Nutzen ausgewählter Instrumente

Der Nutzen von Regionalisierungsabgrenzungen leitet sich im wesentlichen aus dem Verwendungszusammenhang ab und lässt sich wie oben versucht, in Fallgruppen zusammenfassen. Der Schwerpunkt sowohl bei den Forschungsansätzen als auch den laufenden Berichtssystemen ergibt sich aus den Anforderungen der Raumordnung und Landesplanung im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland und folgt im wesentlichen hoheitlichen Aufgaben.

Ein weiteres großes Feld in der Anwendung regionalisierter Daten und räumlicher Gliederungssysteme stellt die Markt-, Media- und Sozialforschung dar. Bei Stichprobenerhebungen geht es im Kern immer um die Herstellung regionaler Repräsentanz – auch bei national angelegten Stichproben. Die ADM-Stichprobensysteme für den Face-to-Face- und den CATI-Bereich sichern mit den aktuellen Auswahlgrundlagen genau diese Anforderung ab. Für die zufallsgesteuerte Auswahl der Stichprobenelemente werden die siedlungsstrukturellen Bedingungen der Bundesrepublik durch die Schichtung nach den BIK-Typen (siehe Kapitel 4.2, insbesondere 4.2.5) sichergestellt. Auf der lokalen Ebene sind es die Gemeinden und bei den Großstädten in den Ballungsräumen wird auch die innerstädtische Gliederung erfasst.

Der Nutzen ausgewählter Instrumente zur Regionalisierung hängt von der räumlichen Gliederungstiefe ab und kann sich in spezifischen Anforderungen bis auf kleinste administrative Ebenen der Straßenabschnitte und Blockseiten beziehen. Im Regelfall ist es aber die kommunale Ebene der Gemeinden, da hier noch wichtige Eckdaten zu Bevölkerung und Haushalten zur Verfügung stehen. Die einheitliche Verfügbarkeit der Sachdaten ist unter dem Nutzungsgesichtspunkt der Regionalisierung von entscheidender Bedeutung. „Regionale Standards“ setzen genau hier an und schaffen die Grundlage regionaler Gliederungssystematiken mit Normdaten aus dem Mikrozensus als Datenübersicht im Sinne machbarer Anwendungen.

---

<sup>\*)</sup> Kurt Behrens, BIK ASCHPURWIS + BEHRENS GmbH, Hamburg

Kurt Behrens<sup>\*)</sup>

## 4.2 Stadregionen: Von Boustedt zu BIK

Es gibt eine lange Entwicklungsgeschichte zur Ansiedlung von Menschen, großstädtischen Agglomerationen, Ballungsgebieten, Verdichtungsräumen oder den Stadregionen als Gravitationskernen von Bevölkerung und Wirtschaft.

Das erste Glied dieser Kette wurde 1826 von J.H. von Thünen mit dem ersten ringförmigen Raumgliederungsmodell, den „Thünenschen Kreisen“ (Thünen 1826) geformt. Noch im ausgehenden 19. Jahrhundert beschäftigten sich Autoren wie Kohl (1841), Brückner (1890) und Hasse (1891/1892) mit der Bevölkerungs- und Raumentwicklung. Anfang des 20. Jahrhundert war es Schott (1912), der die großstädtischen Agglomerationen des Deutschen Reiches 1871 – 1910 beschrieb. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden die Forschungsansätze von Isenberg (1957) und Boustedt (1953) zu den Ballungsgebieten sowie Stadregionen in der Bundesrepublik Deutschland wieder aufgenommen.

### 4.2.1 Boustedt-Stadregionen

Ausgehend von den in den USA definierten „Standard Metropolitan Areas“ (SMA), die auf Basis eines sozio-ökonomischen Konzepts entwickelt wurden, erarbeitete Olaf Boustedt Anfang der 50er-Jahre die Bestimmung von Stadregionen in der Bundesrepublik Deutschland. Während das US-Modell nur eine Gliederung in Kernstadtkreis und Umlandkreise vorsah, wurde für das Stadregionsmodell eine Differenzierung des Umlandes in Ergänzungsgebiet, Verstädterte Zone und Randzone vorgenommen.

Boustedt-Stadregionen werden aufgrund sozio-ökonomischer und funktionaler Abgrenzungskriterien seit 1950 zu den Volkszählungsständen in der Bundesrepublik definiert. Ihre Gebietsgliederung basiert auf Gemeindegrenzen und ist zu den Großzählungsjahren 1950, 1961 und 1970 als räumliche Gliederungssystematik erstellt worden.

Der Rahmen für eine auf kleinräumiger Ebene (Gemeinden) differenzierenden Systematik wird von geeigneten statistischen Merkmalen determiniert, die bundesweit und einheitlich verfügbar sind. Das Datenpotenzial dafür enthalten die Großzählungen bis 1970.

Auf Basis der Gemeindestatistiken der 1950er Volks- und Berufszählung wurde die Boustedt-Stadregionssystematik entwickelt. Neben der Auspendlerquote in das Kerngebiet waren die Bevölkerungsdichte und die Agrarerwerbsquote als Strukturmerkmal von großem Gewicht. Damit stützt sich das Modell auf einen Verflechtungs-, einen Dichte- und einen Erwerbsstrukturindikator. Darüber hinaus wurden aufgrund empirischer Untersuchungen Schwellenwerte festgelegt, die nur jene Räume als Stadregionen definieren, die über einen Einzugsbereich von mindestens 80.000 Einwohner verfügen. Die Kernstadt sollte dabei in der Regel 40.000 Einwohner nicht unterschreiten (Nellner 1975).

Der Zensus von 1961 diente eine Dekade später zur Prüfung der Abgrenzungskriterien des Stadregionenmodells. Die Veränderung der Systematik kam aus Gründen der Vergleichbarkeit und Kontinuität trotz zu beobachtendem Strukturwandel noch nicht in Betracht. Dies betrifft vor allem das Merkmal Agrarerwerbsquote. Die tendenziell starke Abwanderung aus der Landwirtschaft wurde zu dem Zeitpunkt noch weitgehend durch eine Konzeptionsänderung im Hinblick auf die amtliche statistische Erfassung der Erwerbsstruktur kompensiert. Man entschloss sich, die 1950 angewandten Kriterien und Schwellenwerte auch für die Fortschreibung zum Jahre 1961 beizubehalten.

Zur Zeit der Volks- und Berufszählung von 1970 war aufgrund des strukturellen Wandlungsprozesses eine Modifizierung der Regionssystematik notwendig. Auch eine Neukonzeption wurde bereits erwogen, im Hinblick auf die Vergleichbarkeit mit den 1950er und 1961er Ergebnissen aber zurückgestellt.

Die Überarbeitung der Systematik erfolgte derart, dass durch Schwellenwertveränderungen möglichst keine ins Gewicht fallende Veränderungen der Regionsaußengrenzen und nur strukturelle Verschiebungen anfallen.

So lässt sich zusammenfassend feststellen, dass für die 1970er Stadregionssystematik zur äußeren Abgrenzung die Berufspendlerquote und die Agrarquote, zur inneren Differenzierung die Einwohner-Arbeitsplatz-Dichte herangezogen wurde. Überarbeitet wurde die innere Gliederung nach dem Aspekt der räumlichen Nähe zum Kern. Im einzelnen wurden folgende Definitionskriterien angewandt (siehe Tabelle 4.2.1):

<sup>\*)</sup> Kurt Behrens, BIK ASCHPURWIS + BEHRENS GmbH, Hamburg

**Tabelle 4.2.1: Abgrenzungskriterien der Boustedt-Stadtregionen 1970**

	Äußere Abgrenzung	Ergänzungsgebiet	Verstädterte Zone	Randzone
Dichtemerkmale: Einwohner/ Arbeitsplatzdichte	----	mind. 600	250 bis unter 600	unter 250
Strukturmerkmale: Agrarquote	unter 50 %	----	----	----
Verflechtungsmerkmale: Auspendlerquote	mind. 25 %	----	---	----

Mit diesem Instrumentarium wurden nach dem letzten Stand von 1970 in den alten Bundesländern 72 Boustedt-Stadtregionen definiert, von denen die kleinste Einheit 100.000 Einwohner aufweist.

Mit diesem Definitionsstand wurden die Boustedt-Stadtregionen im ADM-Stichprobensystem zur Verbesserung der regionalen Repräsentanz eingesetzt.

#### 4.2.2 Boustedt-Revision durch BIK

Mit dem Definitionsstand von 1970 konnten die Veränderungen in der siedlungsstrukturellen Entwicklung sowie der funktionalen Raumverflechtung nicht mehr abgebildet werden. Deshalb erfolgte die Revision dieses Ansatzes auf Basis der VZ 1987 außerhalb der öffentlich-rechtlichen Forschungseinrichtungen für das ADM-Stichprobensystem und führte zu den BIK-Stadtregionen.

Es war vor allem die Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse mit ihrem Berater Friedrich Wendt, die das Bemühen von BIK seit Anfang der 80er Jahre unterstützten. Durch die Verschiebung der ursprünglich für 1983 geplanten Volkszählung konnte das Projekt erst mit der VZ '87 in Angriff genommen werden. Die Verfügbarkeit, Beschaffung und Aufbereitung der Gemeindedaten aus den Großzählungen war schon ein Prozess von Jahren, so dass die tatsächlichen Arbeiten zur Boustedt-Revision erst 1990/91 datengestützt beginnen konnten.

Der Begriff *Boustedt-Revision* wurde ganz absichtlich gewählt, da es nach allen Voranalysen und methodischen Überlegungen darum ging, den Ansatz der Boustedt-Stadtregionen aufzunehmen und den aktuellen siedlungsstrukturellen Bedingungen anzupassen. Das ging vor allem nur mit den VZ-Daten auf Gemeindeebene. Die Stadt-Umland-Verflechtungen mussten für die äußere Abgrenzung und innere Struktur auf den Prüfstand gestellt und modellgerecht weiter entwickelt werden.

Die demographischen und sozio-ökonomischen Veränderungen seit den 60er Jahren haben sich großräumig als Dekonzentrationsprozesse bemerkbar gemacht. Dabei wirken sich die wirtschaftsstrukturellen Verschiebungen zugunsten des tertiären Sektors mit kleineren Betriebsgrößen und höherer Flexibilität ebenso aus wie das Verhalten der Wohnbevölkerung auf der Suche nach geeigneten Wohnstandorten. Verlierer des räumlichen Strukturwandels sind die Kernstädte von Agglomerationen; den größten Anteil am Zuwachs verzeichnen Regionen mit Verdichtungsansätzen (Irmen & Blach 1994).

Kleinräumiger betrachtet wirken sich diese Prozesse in einer Art und Weise aus, die man allgemein unter dem Begriff Suburbanisierung fassen kann (Bucher & Kocks 1987) und die in den 80er Jahren teilweise auch etwas dramatischer als „counter-urbanisation“ firmierten (Champignon 1989). Gemeint sind die empirisch nachgewiesenen regionalen Stadt-Umland-Ausbreitungseffekte in der Reifephase industrieller bzw. postindustrieller Entwicklung, welche für die heutige Betrachtung der Siedlungsstruktur von erheblicher Bedeutung sind.

**Tabelle 4.2.2: Bevölkerung nach Größenklassen 1961 – 1987**

Politische Gemeindegrößenklassen	Einwohner 1961	Einwohner 1970	Einwohner 1987
	Anteil	Anteil	Anteil
unter 2.000 EW	6,2	6,0	6,1
2.000 bis 5.000 EW	8,3	8,4	9,0
5.000 bis 20.000 EW	22,7	24,0	25,8
20.000 bis 50.000 EW	15,1	16,0	16,8
50.000 bis 100.000 EW	9,3	9,5	9,4
100.000 bis 500.000 EW	19,3	18,4	17,0
über 500.000 EW	19,0	17,8	15,9
Bundesrepublik	100,0	100,0	100,0

Die überregionalen Dekonzentrationstendenzen werden differenziert von kleinräumigen Ausbreitungsprozessen, wobei Gemeinden niedriger Zentralität bzw. ohne zentralörtliche Funktion Bevölkerung und Arbeitsplätze stark anziehen. Am höchsten sind die Zuwachsraten in den ländlichen Gemeinden des weiteren Umlands von Groß- und Mittelstädten (vgl. Irmen & Blach 1994, auf der Basis der siedlungsstrukturellen Gebietstypen des BBR). Bei nach wie vor deutlichen Zentrum-Peripherie-Gegensätzen in einem polyzentrischen Siedlungssystem findet also eine Bedeutungsverlagerung entlang verdichteter Strukturen statt. Die Bevölkerungsentwicklung von 1961 – 1987 in Gemeindegrößenklassen veranschaulicht den Suburbanisierungsprozess (Tabelle 4.2.2).

Die dynamischen Strukturveränderungen waren der Hauptgrund für die Notwendigkeit einer Überarbeitung der Boustedt-Systematik. Die Entwicklung seit 1961 ist für die von Boustedt verwendeten Indikatoren in einem ausführlichen Arbeitspapier mit Strukturtabellen dokumentiert (BIK ASCHPURWIS + BEHRENS GMBH 1993). Ein weiterer Grund zur intensiven Bearbeitung des Boustedt-Ansatzes war die Gebietsreform in den alten Bundesländern mit der nach Bundesländern ganz unterschiedlichen Verringerung der Gemeinden in den Bundesländern von ehemals 24.500 auf 8.500 Gemeinden (siehe auch Kapitel 3.1.1).

#### 4.2.3 BIK-Stadtregionen 1992

Um die siedlungsstrukturellen Bedingungen und die Sozialstruktur in den Großstichproben der („kommerziellen“) Markt-, Media- und Sozialforschung abbilden zu können, wurden bis Anfang der 90er Jahre die Boustedt-Stadtregionen eingesetzt. Die regionale Repräsentanz der Stichproben konnte auf diese Weise optimiert werden und darüber hinaus wurde die Ausweisung der Befragungsergebnisse nach Boustedt-Gemeindegrößenklassen vorgenommen.

Das Ziel von Stadtregionsabgrenzungen ist generell die Gewinnung einer Systematik mit vergleichbaren Raumeinheiten, die darüber hinaus eine Analyse von Strukturen und Entwicklungsprozessen in diesen sozio-ökonomisch und siedlungsstrukturell besonders heterogenen wie dynamischen Räumen gestattet. Die konkrete Umsetzung der BIK-Stadtregionen wurde erst nach Aufbereitung der Großzählungsdaten der VZ '87 auf Gemeindeebene möglich. Seit 1992 wird im ADM-Stichprobensystem und in der Markt- und Mediaforschung mit den BIK-Stadtregionen und den daraus abgeleiteten Typen gearbeitet.

Für die neuen Bundesländer musste aufgrund der Datenlage ein modifiziertes Vorgehen gefunden werden (BIK ASCHPURWIS + BEHRENS GMBH 1992). In Abhängigkeit von der Datenlage und unter Berücksichtigung der Veränderungsprozesse sowie auch der Gebietsreform hat BIK die Stadtregionssystematik ab Mitte der 90er-Jahre zu einer flächendeckenden räumlichen Gliederungssystematik weiterentwickelt (siehe Kapitel 4.2.4: BIK-Regionen).

#### Vorgehensweise / Methodengerüst

Das konkrete Abgrenzungsmodell der Stadtregionen beinhaltet neben multivariaten statistischen Verfahren eine bundesweite Pendlerstromanalyse. Struktur- und Verflechtungsdaten bilden jeweils eine eigene Analyseebene, da Strukturmerkmale allein Richtung und Reichweite der Raumbeziehungen und Stadt-Umland-Verflechtungen nicht erfassen können.

Grundgedanke dabei ist, dass sich regionale Strukturen mit einem Variablensystem abbilden lassen, dass von übergeordneten sozio-ökonomischen Effekten geprägt ist. Hier werden regional differenzierende Determinanten zugrunde gelegt, die eine mit geeigneten Indikatoren beschreibbare Siedlungs- und Verflechtungsstruktur bedingen.

Eines der Hauptprobleme geografisch relevanter Erklärungsansätze liegt darin, aus der Vielzahl möglicher Variablen die voneinander unabhängigen Einflussfaktoren herauszukristallisieren, die dann weiteren Analysen (z. B. Cluster- und Diskriminanzanalysen) zugrunde gelegt werden können.

Eine Problemlösung nach diesem Ansatz beinhaltet zunächst:

- a) Die Anlage und Pflege eines regional gegliederten Datenbestandes, die Bildung relevanter Indikatoren sowie deren Transformation und Analyse der Häufigkeitsverteilungen und statistischen Kennwerte.
- b) Die Faktorenanalyse, um ein handhabbares und interpretierbares Faktoren- bzw. Variablenset für das weitergehende Analysemodell zu extrahieren.
- c) Die Cluster-Analyse zur Gruppierung im multivariaten Modell.
- d) Die Diskriminanzanalyse zur Prüfung der in der Cluster-Analyse gewonnenen Klassen (vgl. hierzu Backhaus, Erichson & Plinke 1987; Bauer 1986; Bortz 1985)

Zielpendleranalyse zur Bestimmung und äußeren Abgrenzung von Stadtregionen:

In Anlehnung an die Stadtregionssystematik von Boustedt und bei der Gemeindegrößenverteilung auf dem Stand von 1987 kommen als Mindestgröße für Kerne etwa 40.000 Einwohner in Frage. Dieses Kriterium kann allerdings nicht allein stehen. Interessant ist auch die Zahl der Einpendler in den vermeintlichen Verdichtungskern und die Anzahl der Gemeinden, aus denen schwerpunktmäßig Personen ins Zielgebiet auspendeln.

Hier wird im Gegensatz zum Boustedt-Ansatz (nur Berufspendler) die Zahl der aus der VZ '87 verfügbaren Gesamtpendler (Berufs- und Ausbildungspendler) zugrunde gelegt, da die herausragende Anziehungskraft und Bedeutung eines Zentrums durch die Einbeziehung der Gesamtpendlerzahl besser repräsentiert wird als durch Berufspendler allein.

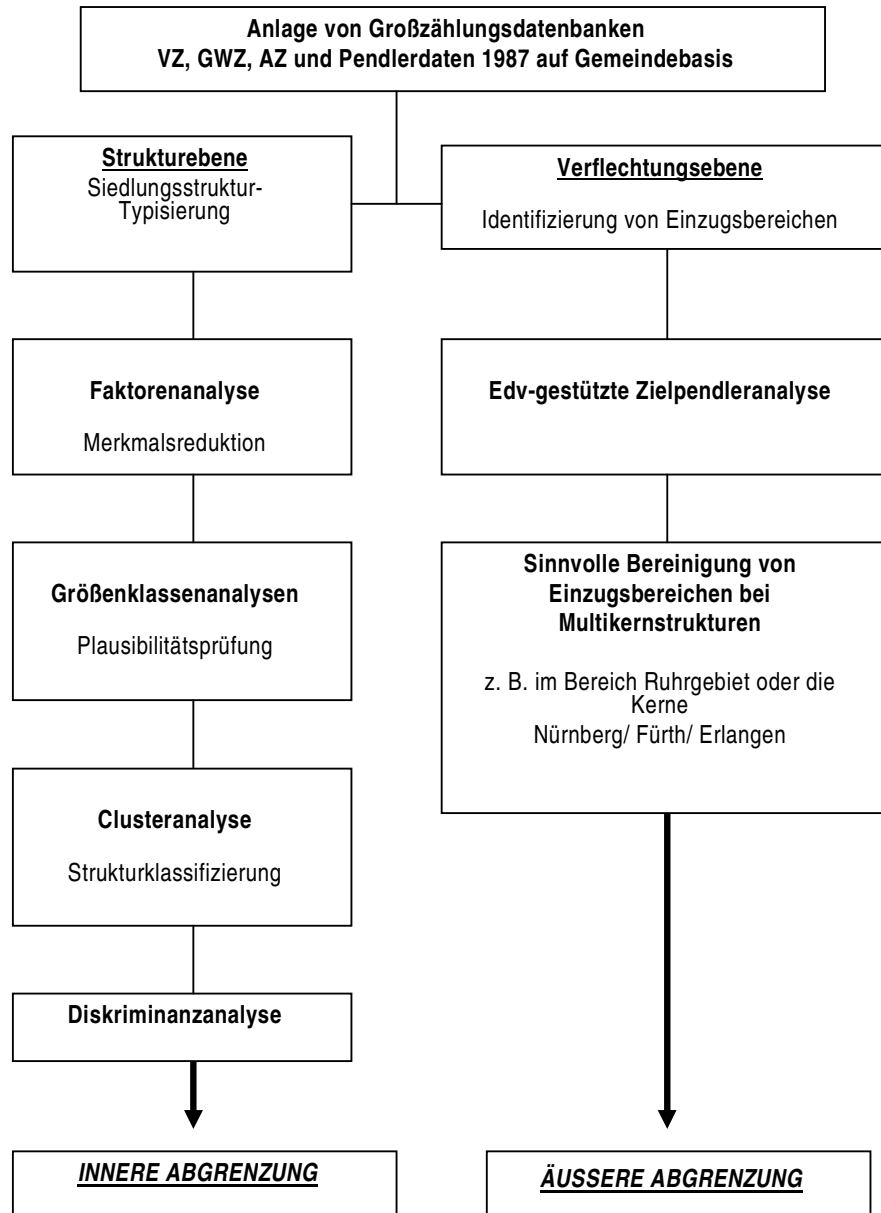
Um eine maschinelle, d.h. EDV-gestützte Lösung des Verflechtungsproblems zu gewährleisten, wird eine relationale Datenbank mit Zielpendlerdaten derart eingerichtet, dass eine eindeutige Zuordnung jeder Gemeinde zur wichtigsten Zielgemeinde möglich ist. Damit ist jede Gemeinde funktional mit der wichtigsten Zielgemeinde verbunden, und zwar mit der Anzahl ihrer Zielpendler und dem entsprechenden Pendleranteil an der Wohnbevölkerung (= Zielpendlerquote).

Innere Differenzierung von Stadtregionen:

Die innere Differenzierung von Stadtregionen (ähnlich der Boustedt-Zonen) stellt im Prinzip eine Analyse der Siedlungsstruktur mit sozio-ökonomischen Komponenten dar. Sie wird flächendeckend durchgeführt, d.h. sie bezieht sich auf alle Gemeinden der „alten“ Bundesrepublik auf dem Stand von 1987 und ist zunächst unabhängig davon, ob Gemeinden zu einer über Pendlerdaten identifizierten Stadtregion gehören oder nicht.

Um interpretierbare und nachvollziehbare Gliederungsergebnisse zu erhalten, ist eine sorgfältige Auswahl und gleichzeitig eine Begrenzung des Merkmalkatalogs unerlässlich. Innerhalb des Stadtregionsmodells müssen Teilräume zusammengefasst werden, die sich möglichst ähnlich sind und gleichzeitig von anderen Teilräumen trennscharf unterscheiden.

Abbildung 4.2.1: BIK-Stadtregionen / Methodischer Rahmen





Im ersten Schritt wird der aus den Großzählungsdaten VZ 1987, AZ 1987 und GWZ 1987 zur Verfügung stehende komplexe Merkmalkatalog auf interpretierbare Faktoren oder Indikatoren reduziert. Die Faktorenanalyse ist ein geeignetes Verfahren, um einen Variablenkatalog explorativ auf Zusammenhänge zu untersuchen. Ziel dabei ist, aus einem komplexen Variablenraum wenige interpretierbare „Hintergrundvariablen“ bzw. Faktoren zu extrahieren. Insbesondere bei großflächigen Untersuchungen mit kleinräumig gegliederten Daten ermöglicht dieses Verfahren durch die Datenreduktion eine Erleichterung empirischer Forschungsarbeit.

Im zweiten Schritt werden die Faktoren (bzw. die auf sie am höchsten ladenden Variablen) zur räumlichen Dichtestruktur-Klassifizierung der Gemeinden angewandt.

Nach sorgfältigen Tests haben sich vier Merkmale als dafür besonders geeignet herausgeschält:

- Tagbevölkerungsdichte,
- durchschnittliche Wohnfläche pro Wohnung,
- Anteil der Eigentümerwohnungen,
- Anteil der Einpersonen-Haushalte.

Diese vier Variablen werden indiziert (Bundesdurchschnitt = 100) und gemeinsam in die Clusteranalyse einbezogen. Nach ausgiebigen Tests mit 3 bis 6 Gruppen zeigte die Voreinstellung von 4 Clustern die besten Ergebnisse.

Diese Analyseform wird hier angewandt, um Gemeinden in mehrere Gruppen zusammenzufassen, so dass sie innerhalb eines Clusters möglichst homogen, zwischen Clustern aber deutlich verschieden sind. Im Gegensatz zu Klassenbildungen über willkürlich gesetzte Schwellenwerte hinsichtlich einer Variablen liegt das wesentliche Charakteristikum der Clusteranalyse in der gleichzeitigen Heranziehung *aller* relevanten Variablen.

Nach diesem Verfahren bilden sich bei größeren Zentren – beinahe idealtypisch – (hauptsächlich) zonal und (teilweise) sektoral angeordnete Abgrenzungen vom Zentrum zur Peripherie. Es zeigt sich, dass vom Gruppierungssystem keine Unterscheidung zwischen Kern und Ergänzungsgebiet (nach Boustedt) – vorgenommen wird, sondern dass Zentrum und hochverdichtetes Umland durch ihre Ähnlichkeit tendenziell demselben Cluster zugeordnet werden.

Es bildet sich um die Kernbereiche eine suburbane Zone. Der daran anschließende dritte Bereich verliert sich oft im Geflecht der Mittelzentren (vor allem in Hessen). Der vierte Dichtestruktur-Typ kennzeichnet ländlich-periphere Struktur und ist in hochverdichteten Regionen, wie z. B. Frankfurt/Wiesbaden/Darmstadt kaum von Bedeutung.

Die aus dem Clusterverfahren hervorgegangene Klassifizierung wurde anschließend einer Diskriminanzanalyse unterzogen. Diese statistische Prozedur bietet u.a. die Möglichkeit, ein bereits bestehenden Klassifizierungsmodell – wie hier die Zugehörigkeit jeder Gemeinde zu einem Strukturtyp 1, 2, 3 oder 4 – mit einer entsprechenden Diskriminanzschätzung zu vergleichen.

Als Ergebnis wurden insgesamt 93,2 % von den in die Analyse einbezogenen 8.502 Gemeinden identisch zugeordnet. Die große Übereinstimmung zwischen diskriminanzanalytisch geschätzter Klassifizierung und der tatsächlichen Gruppenzugehörigkeit ist damit eine Bestätigung der Ergebnisse der Clusteranalyse.

### Definition von BIK-Stadtregionen

Um Stadtregionen aus dem Gesamtmuster an Einzugsbereichen zu extrahieren, die von der Größenordnung her einen Rückbezug zu den Boustedt-Regionen gestatten, wurde eine Reihe von Mindestgrößen-Kriterien in das Abgrenzungsmodell eingebaut. Relevante Merkmale sind dabei vor allem die Einwohnerzahl der Kernstadt eines Einzugsbereiches und die Größenordnung sowie Intensität der Pendleranbindung.

Aus dem oben angesprochenen Ansatz der Zielpendleranalyse ergibt sich insgesamt ein Set aus Mindestanforderungen, das sich wie folgt aus den empirischen Merkmalsverteilungen herauskristallisiert hat:

- Mindestgröße der Kernstadt: ca. 40.000 EW
- Anzahl der Gesamteinpender in die Kernstadt: >= 10.000 Pers.
- Anzahl der Zieleinpender in die Kernstadt: >= 5.000 Pers.
- Zielpendlerquote einer Gemeinde in Richtung Kernstadt: >= 10 %
- Anzahl der angebotenen Gemeinden: >= 2 Gem.
- Gesamtgröße des Einzugsbereichs: >= 80.000 EW

Nach diesen Kriterien bilden sich zunächst bundesweit über 100 Stadtregionen. Diese hohe Anzahl im Vergleich zu den 72 Boustedt-Regionen sollte nicht weiter irritieren, da in der Boustedt-Systematik viele Bereiche (z. B. Rhein/Ruhr) zusammengefasst wurden. Im Endeffekt handelt es sich um 7 Neuzugänge (zu den Veränderungen, siehe unten).

Die Zielpendlerquote (Auspenderstrom/Einwohner Richtung wichtigster Zielgemeinde) von 10 % ist entsprechend der festzustellenden relativ niedrigen Pendlerpriorität in Verbindung mit der Häufigkeitsverteilung gewählt worden, die bei 10 % in der Verteilung deutlich abfällt. Bundesweit hat die Zielpendlerquote den Mittelwert von 15,5 %, bei einer Standardabweichung von 8,3.

Multikernstrukturen:

Das einzige Problem der Computer-gestützten Zielpendleranalyse stellen die Multikernstrukturen in der Bundesrepublik dar. Liegen mehrere große Zentren auf engem Raum zusammen, können sich keine eindeutigen Einzugsbereiche abzeichnen. In solchen Fällen – beispielsweise im Ruhrgebiet, Wiesbaden/Mainz, Nürnberg/ Fürth/ Erlangen etc. – wurde eine manuelle Bereinigung vorgenommen.

Merkmalsausprägungen nach Strukturtypen:

Eine geeignete Darstellung der zonalen Strukturunterschiede innerhalb der BIK-Stadtregionen ist der Tabelle 4.2.3 zu entnehmen. Hier sind die 4 Strukturtypen mit den durchschnittlichen Ausprägungen der konstituierenden Indikatoren abgebildet.

Den 4 Indikatoren gemein ist eine eindeutige und durchgehende Zentrum-Peripherie-Differenzierung bei den Klassenmittelwerten. Die stärkste differenzierende Kraft ist die Tagbevölkerungsdichte, die die zentralörtliche Funktion des Zentrums besonders plastisch beschreibt. Sie beträgt im Kernbereich durchschnittlich 1.387 Personen pro qm und fällt zum Peripheren Bereich hin auf 54 Personen je qm ab.

**Tabelle 4.2.3: Auswertung nach Strukturtypen in den BIK-Stadtregionen**

<u>Strukturtyp</u>	Tagebevölk. Dichte Personen Pro qkm	Wohnfläche pro Wohnung in qm	Anteil Eigentümer- Wohnung in %	Anteil Einpersonen- Haushalt in %
Kernbereich	1387.3	81.9	41.6	32.1
Verdichtungsbereich	525.2	92.2	50.6	27.3
Übergangsbereich	168.0	102.8	62.0	23.0
Peripherer Bereich	54.2	108.1	67.4	18.8
Gesamt	279.1	101.7	60.9	22.7

Ebenfalls absteigend verhält sich in diesem Muster der Anteil der Einpersonenhaushalte. Bei der durchschnittlichen Wohnfläche pro Wohnung liegt der niedrigste Wert (82 qm) im von Wohnraumknappheit gekennzeichneten Kernbereich und steigt zur Peripherie auf 108 qm an.

Analog dazu verhält sich der Indikator „Anteil der Eigentümerwohnungen“ (einschließlich selbst genutztes Eigentümerhaus) in diesem Raster. Im aus Immobiliensicht teureren Kernbereich beträgt dieser Anteil 42 % und steigt bis zum peripheren Bereich auf 67 %.

Der *Kernbereich* enthält in der Regel hochverdichtete Zentren sowie angrenzende Gemeinden mit hoher Verdichtung (etwa vergleichbar mit „Kernstadt“ + „Ergänzungsgebiet“ = „Kerngebiet“).

Der *Verdichtungsbereich* lässt sich vorstellen als Mittel zwischen „Kerngebiet“ und „Verstädterte Zone“.

Der *Übergangsbereich* charakterisiert eine im Zuge der Suburbanisierung etwas erweiterten „Verstädterten Zone“, die zum Teil die bei Boustedt definierte „Randzone“ absorbiert hat.

Der *periphere Bereich* kennzeichnet die eher ländlichen Gemeinden, die in der Boustedt-Systematik der „Randzone“ entsprechen.

Kennzeichnend für die neue Stadtregionssystematik ist die Aufhebung der bei Boustedt sehr ausgeprägten zonalen Struktur. Die Gemeindestrukturtypen in der BIK-Systematik zeichnen die heterogene siedlungsstrukturelle Entwicklung nach und differenzieren die Umlandgemeinden innerhalb der Stadtregionen.

### **Veränderungen von Boustedt zu BIK**

Der Menge nach ändert sich vom Übergang von Boustedt zu BIK nichts; es bleiben 72 Stadtregionen mit mehr als 100.000 EW (Kernstadt und Einzugsbereich). Konkrete Änderungen ergeben sich in folgenden Punkten:

Sieben Neuzugänge in Süddeutschland:

- Bad Kreuznach (Rheinland-Pfalz)
- Offenburg (Baden-Württemberg)
- Landshut (Bayern)
- Rosenheim (Bayern)
- Coburg (Bayern)
- Kempten (Bayern)
- Passau (Bayern)

Ein Abgang / ein Sonderfall:

- Die Region Emden wurde nicht mehr mit einbezogen, da die Kernstadt mit dem Einzugsbereich Kernbereich nicht die erforderliche Bevölkerungsmenge aufweist.
- Die Region Hamm entfällt als Stadt ohne Einzugsbereich; sie bleibt aber als Stadt mit mehr als 100.000 EW in der Liste der Kernbereiche.

Doppel- und Multikernstrukturen:

- Herford zu Bielefeld (Doppelkernstruktur)
- Wetzlar zu Gießen (Doppelkernstruktur)
- Aalen zu Heidenheim (Doppelkernstruktur)
- Friedrichshafen als Zugang zu Ravensburg (Doppelkernstruktur)
- Neunkirchen und Homburg zu Saarbrücken (Multikernstruktur)
- Rüsselsheim (vorher Wiesbaden/Mainz) aufgrund der Pendelverflechtung zu Frankfurt
- Köln-Leverkusen aus der Boustedt-Region Rhein/Ruhr entflochten
- Rheydt/Mönchengladbach/Viersen z. T. in die Region Ruhr integriert.

Es zeigt sich bei dieser flächendeckenden Analyse – vor allem in anbeacht der Zugänge – ein Süd-Nord-Wachstumsgefälle bezüglich von Stadtregionen, dass tendenziell die großräumigen Struktur-Disparitäten in der Bundesrepublik West nachzeichnet.

In der Tabelle 4.2.4 sind in alphabetischer Reihenfolge die Stadtregionen nach alter Boustedt-Systematik und nach neuen BIK-Stadtregionen für die westlichen Bundesländer dargestellt. In beiden Fällen ist der Gebiets- und Bevölkerungsstand auf den 1.1.1987 bezogen.

Mit der Auslieferung des aktuellen Face-to-Face-ADM-Stichprobensystems 2004 wird die neue, flächendeckende BIK-Systematik eingesetzt. Die „ma“ 2005 der Media-Analyse wird bei den Stichproben noch beide Systematiken beinhalten; das Redressement ma 2005 wird aber auf Basis der neuen BIK-Regionen erfolgen (siehe hierzu Kapitel 4.2.4).

Tabelle 4.2.4: Vergleich Boustedt- / BIK-Stadtregionen

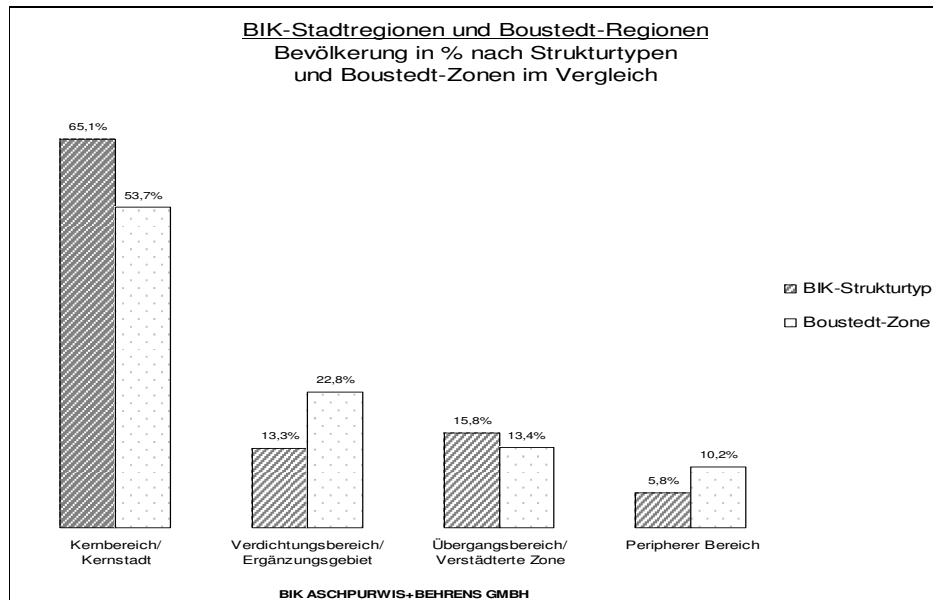
Kernstädte der Boustedt-Regionen	Einwohnerzahlen Kernstadt/ Ergänzungsgebiet/ Verstädterte Zone Summen 1 – 3 *)	Kernstädte der BIK-Stadtregionen	Einwohnerzahlen Kernbereich/ Verdichtungsgebiet/ Übergangsbereich Summen 1 – 3 *)
Aachen	540.344	Aachen	312.900
Aalen	83.171	.....	.....
Aschaffenburg	154.922	Aschaffenburg	159.755
Augsburg	416.130	Augsburg	409.028
Bamberg	142.609	Bamberg	123.294
Basel/Lörrach (nur D)	129.048	Lörrach	96.722
Bayreuth	99.565	Bayreuth	92.518
Bielefeld	530.982	Bielefeld/Güters- loh/Herford	627.454
.....	.....	Bad Kreuznach	.. 82.768
Bonn/Siegburg	563.325	Bonn	522.142
Braunschweig/ Wolfenbüttel	347.991	Braunschweig/Salz- gitter/Wolfenbüttel	481.650
Bremen	801.962	Bremen	822.609
Bremerhaven	196.787	Bremerhaven	131.541
Celle	71.222	Celle	94.310
.....	.....	Coburg	76.165
Darmstadt	319.303	Darmstadt	369.916
Düren	109.646	Düren	145.098
Emden	57.493	.....	.....
Flensburg	99.597	Flensburg	119.577
Frankfurt/Offenbach	1.867.595	Frankfurt/Offenbach/ Rüsselsheim/ Hanau	1.971.750
Freiburg	277.569	Freiburg	331.137
Fulda	89.106	Fulda	108.742
Gießen	193.846	Gießen/Wetzlar	322.178
Göppingen	193.814	Göppingen/Schwä- bisch-Gmünd	228.078
Göttingen	152.983	Göttingen	149.857
Goslar	103.586	Goslar	94.093
Hamburg	2.052.540	Hamburg	2.259.098
Hameln	94.078	Hameln	94.077
Hamm	241.829	.....	.....
Hannover	1.922.604	Hannover	1.088.279
Heidenheim	78.247	Heidenheim-Aalen	164.628

Kernstädte der Boustedt-Regionen	Einwohnerzahlen Kernstadt/ Ergänzungsgebiet/ Verstädterte Zone Summen 1 – 3 *)	Kernstädte der BIK- Stadtregionen	Einwohnerzahlen Kernbereich/ Verdichtungsbereich/ Übergangsbereich Summen 1 – 3 *)
Heilbronn	254.923	Heilbronn	289.596
Herford	256.406	.....	.....
Hildesheim	141.995	Hildesheim	171.058
Ingolstadt	150.600	Ingolstadt	139.082
Kaiserslautern	121.752	Kaiserslautern	164.086
Karlsruhe	490.320	Karlsruhe	502.173
Kassel	395.624	Kassel	364.369
.....	.....	Kempten	67.442
Kiel	319.446	Kiel	352.560
Koblenz/Neuwied	299.163	Koblenz/Neuwied	350.220
.....	.....	Köln-Leverkusen	1.709.545
.....	.....	Landshut	76.221
Lübeck	235.576	Lübeck	264.450
Lüdenscheid	129.886	Lüdenscheid	101.533
Lüneburg	79.401	Lüneburg	89.175
Marburg	95.670	Marburg	127.380
Minden	210.339	Minden	123.074
Mönchengladbach/ Rheydt/Viersen	499.815	.....	.....
München	1.832.898	München	1.993.017
Münster	260.643	Münster	326.482
Neumünster	88.650	Neumünster	83.422
Neunkirchen/ Ottweiler	118.562	.....	.....
Nürnberg/Fürth/ Erlangen	1.100.768	Nürnberg/Fürth/ Erlangen	1.055.389
.....	.....	Offenburg	94.214
Oldenburg i.O.	140.149	Oldenburg i.O.	218.986
Osnabrück	274.902	Osnabrück	295.713
Paderborn	142.178	Paderborn	177.422
.....	.....	Passau	84.244
Pforzheim	227.451	Pforzheim	210.232
Ravensburg	71.175	Ravensburg/ Friedrichshafen	200.305

\*) In beiden Systematiken wird der sog. „Periphere Bereich“ ländlich strukturierter und überwiegend kleinerer Gemeinden für die Stichprobenziehung im ADM-Stichprobensystem und darauf aufbauend im Redressement der Media-Analyse bis 2004 nicht berücksichtigt (siehe auch Kapitel 4.2.5).

Mit der Auslieferung des aktuellen Face-to-Face-ADM-Stichprobensystems 2004 wird die neue, flächendeckende BIK-Systematik eingesetzt. Die „ma“ 2005 der Media-Analyse wird bei den Stichproben noch beide Systematiken beinhalten; das Redressement „ma“ 2005 wird aber auf Basis der neuen BIK-Regionen erfolgen (siehe hierzu Kapitel 4.2.4).

**Abbildung 4.2.2: BIK-Stadtregionen und Boustedt-Regionen**

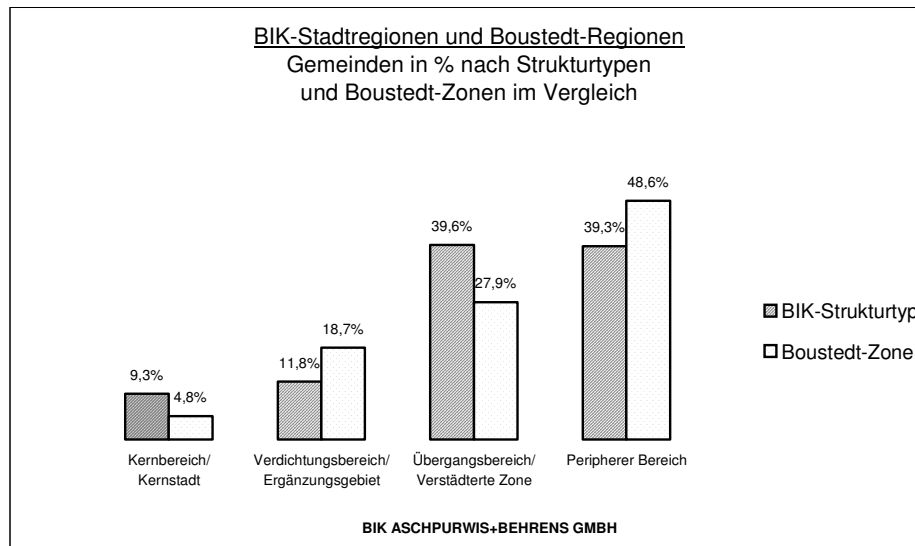


Die von BIK durchgeführte Boustedt-Revision spiegelt in ihrem Ergebnis vor allem die bereits beschriebenen siedlungsstrukturellen Veränderungen wider. Kernstädte mit den hochverdichteten angrenzenden Gemeinden wachsen zu Kernbereichen zusammen, und durch die Stadt-Umland-Ausbreitungseffekte, verbunden mit stärkerer Mobilität, nimmt der Anteil der Gemeinden im Übergangsbereich zu.

#### 4.2.4 BIK-Regionen 2000

Die Bildung der BIK-Stadtregionen als Fortführung der Boustedt-Systematik wurde im vorangegangenen Punkt ausführlich beschrieben. Damit sollte die Vorgehensweise zur Definition der Stadtregionen dokumentiert werden. Mit dem 92er-Bearbeitungsstand zeichneten sich bereits die weitergehenden Schritte zur Überarbeitung dieser Stadtregionssystematik ab:

- *Vereinheitlichung West – Ost*  
Nach der Boustedt-Revision für die westlichen Bundesländer wurde analog die Stadtregionssystematik auf die östlichen Bundesländer übertragen. Sowohl von der Datenlage als auch von den Definitionskriterien bestehen 2000 im Vergleich zur 92er-Systematik unterschiedliche Voraussetzungen, die aufgehoben werden mussten
- *Verändertes Pendelverhalten*  
vor allem in den östlichen Bundesländern
- *Veränderte Siedlungsstruktur*  
durch anhaltende Suburbanisierungsprozesse
- *Definition von Ballungsräumen*  
als große Agglomerationen mit hoher Verdichtung
- *Bildung einer flächendeckenden Gebietssystematik*  
zur überschneidungsfreien Abbildung von Ballungsräumen, Stadtregionen, Mittel- und Unterzentren als Verflechtungsgebiete

**Abbildung 4.2.3: BIK-Stadtregionen und Boustedt-Regionen**

Aus der Anforderung zur Definition von Ballungsräumen entwickelte sich der Ansatz zu einer flächendeckenden Raumgliederung. Der ganz pragmatische Ansatz zur Definition von Ballungsräumen lag einfach darin, die äußere Abgrenzung durch die Einzugsbereiche anderer, eigenständiger Stadtregionen oder Mittelzentren-Gebiete am äußeren Rand vorzunehmen. In großen Ballungsraumgebieten wie München gibt es auch Mittelzentrengebiete mit eigenen Einzugsgebieten innerhalb des Ballungsraumes, die aber aufgrund ihrer Pendlerausrichtung auf die Kernstadt zum Ballungsraum gehören.

Die Schaffung einer flächendeckenden Gebietssystematik ist die konsequente Weiterentwicklung des Stadtregionenkonzepts zur Abbildung der Stadt-Umlandverflechtung auf unterschiedlichen Ebenen. In der Bundesrepublik ist die siedlungsstrukturelle Entwicklung durch das Raumordnungskonzept der zentralen Orte mit Ober-, Mittel- und Unterzentren geprägt. Die Kerngemeinden z. B. bei den Unterzentren-Gebieten sind Gemeinden mit weniger als 10.000 EW, die aber mit ihren Umlandgemeinden eine Größenordnung von bis zu 25.000 EW erreichen.

Bei der Entwicklung des Stadtregionenkonzepts standen umfassende Daten auf Gemeindeebene aus der VZ 87 zur Verfügung. Im Idealfall hätten Daten aus einer neuen Volkszählung mit regionalisierten Daten zur Verfügung gestanden, die eine vergleichbare Datenbasis hätte liefern können. Eine nächste VZ wird es, wie wir heute wissen, erst in einigen Jahren geben und die Verfügbarkeit von regionalisierten Daten wird im Vergleich zur VZ '87 sehr eingeschränkt sein. Ein wesentlicher Baustein zur Regionsabgrenzung wird ganz fehlen: *das (generelle) Pendlerverhalten*.

Für diesen wichtigen Informationsbereich wurde als Ersatz die Berufs-Pendlerdatei der Bundesanstalt für Arbeit mit den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten herangezogen. Mit den Informationen zum Wohn- und Arbeitsort liegt eine einheitliche Datenbasis für die ganze Bundesrepublik auf Gemeindeebene vor, mit der Pendlerbeziehungen zwischen Kerngemeinden und den Umlandgemeinden analysiert werden können. Die Verwendung dieser Quelle ermöglichte auch das identische Vorgehen in der BRD-West und -Ost und brachte die vorher nicht mögliche Vergleichbarkeit für die BIK-Regionen 2000.

### Definition der BIK-Regionen 2000

Um die Erweiterung zu einer flächendeckenden Systematik unter Einbeziehung der Mittel- und Unterzentrengebiete mit der einheitlichen Verwendung der Pendlerdaten in West – Ost deutlich zu machen, heißen die überarbeiteten BIK-Berufs-Stadtregionen von 1992 jetzt *BIK-Regionen*.

Die BIK-Regionen sind ein hierarchisch abgestuftes räumliches Gliederungssystem, das die Bundesrepublik in überschneidungsfreie Verflechtungsgebiete unterschiedlicher Größe einteilt. Hierbei gibt es auch Solitärstädte ohne Einzugsbereich, wie z. B. die Stadt Hamm mit über 100.000 EW, die aber nicht mit den Umlandgemeinden verflochten ist. Solitärstädte müssen mindestens 15.000 EW haben und werden entsprechend ihrer Bevölkerungszahl den jeweiligen Regionstypen zugeordnet.

- *Ballungsräume*

Die Ballungsräume sind große, hochverdichtete Agglomerationen, in denen die Kernstädte mit ihrem Umland mindestens 750.000 Einwohner erfassen. Es gibt 13 Ballungsräume, in denen in 8,4 % der Gemeinden gebunden sind und 27,1 % der Bevölkerung leben.

- *Stadtregionen*

Stadtregionen sind größere Verdichtungs- und Verflechtungsbereiche mit mindestens 100.000 Einwohnern. In den 133 Stadtregionen leben 37,4 % der Bevölkerung in 24,9 % der Gemeinden.

Ballungsräume und Stadtregionen zusammen entsprechen in Zuschnitt und Flächendeckung etwa den Stadtregionen von Boustedt und den bisherigen BIK-Stadtregionen auf dem Definitionsstand von 1992.

- *Mittelzentrengebiete*

Haben Kernstadt und Umland zusammen zwischen 25.000 und 100.000 Einwohner, bilden sie ein Mittelzentrengebiet. Zu den 337 Mittelzentrengebieten zählen 25,7 % der Gemeinden mit 19,7 % der Bevölkerung.

- *Unterkentrengebiete*

Zu diesem Regionstyp gehören die kleinen Verflechtungsgebiete mit 6.000 bis 25.000 Einwohnern. Nur 6,3 % der Bevölkerung, aber 10,4 % der Gemeinden fallen in die 320 Unterkentrengebiete.

- *Keine BIK-Region*

Hierunter fallen Gemeinden, die zu keiner der genannten BIK-Regionen gehören, weil sie keine ausreichend hohe Zielpendlerquote auf eine Kernstadt haben und als Solitärstadt zu klein sind. Fast ein Drittel der Gemeinden, aber nur 9,6 % der Bevölkerung, gehören in diese Kategorie.

**Tabelle 4.2.5: Gemeinden und Bevölkerung in den Regionstypen**

Regionstyp	Anzahl BIK-Regionen		Anzahl Gemeinden Stand 12/2002		Bevölkerung Stand 12/2001	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
<b>4 Ballungsraum</b>	13	1,62	1.098	8,37	22.308.547	27,06
<b>3 Stadtregion</b>	133	16,56	3.266	24,89	30.796.524	37,36
<b>2 Mittelzentrengebiet</b>	337	41,97	3.369	25,67	16.200.729	19,65
<b>1 Unterkentrengebiet</b>	319	39,73	1.360	10,36	5.226.298	6,34
<b>BIK-Regionen gesamt</b>	<b>802</b>	<b>99,88</b>	<b>9.093</b>	<b>69,30</b>	<b>74.532.098</b>	<b>90,41</b>
<b>0 keine BIK-Region</b>	( 1	0,12)	4.029	30,70	7.908.220	9,59
<b>Gesamt</b>	<b>803</b>	<b>100,00</b>	<b>13.122</b>	<b>100,00</b>	<b>82.440.318</b>	<b>100,00</b>

### Methodisches Vorgehen

Die Methode zur Erstellung der BIK-Regionen orientiert sich stark an den Boustedt- und den BIK-Stadtregionen. Die Stadt-Umland-Beziehungen über die Berufspendler ermöglichen die äußere Abgrenzung der Regionen und mit den verfügbaren Strukturmerkmalen kann die innere Gliederung dieser Verflechtungsgebiete vorgenommen werden.

#### Äußere Abgrenzung:

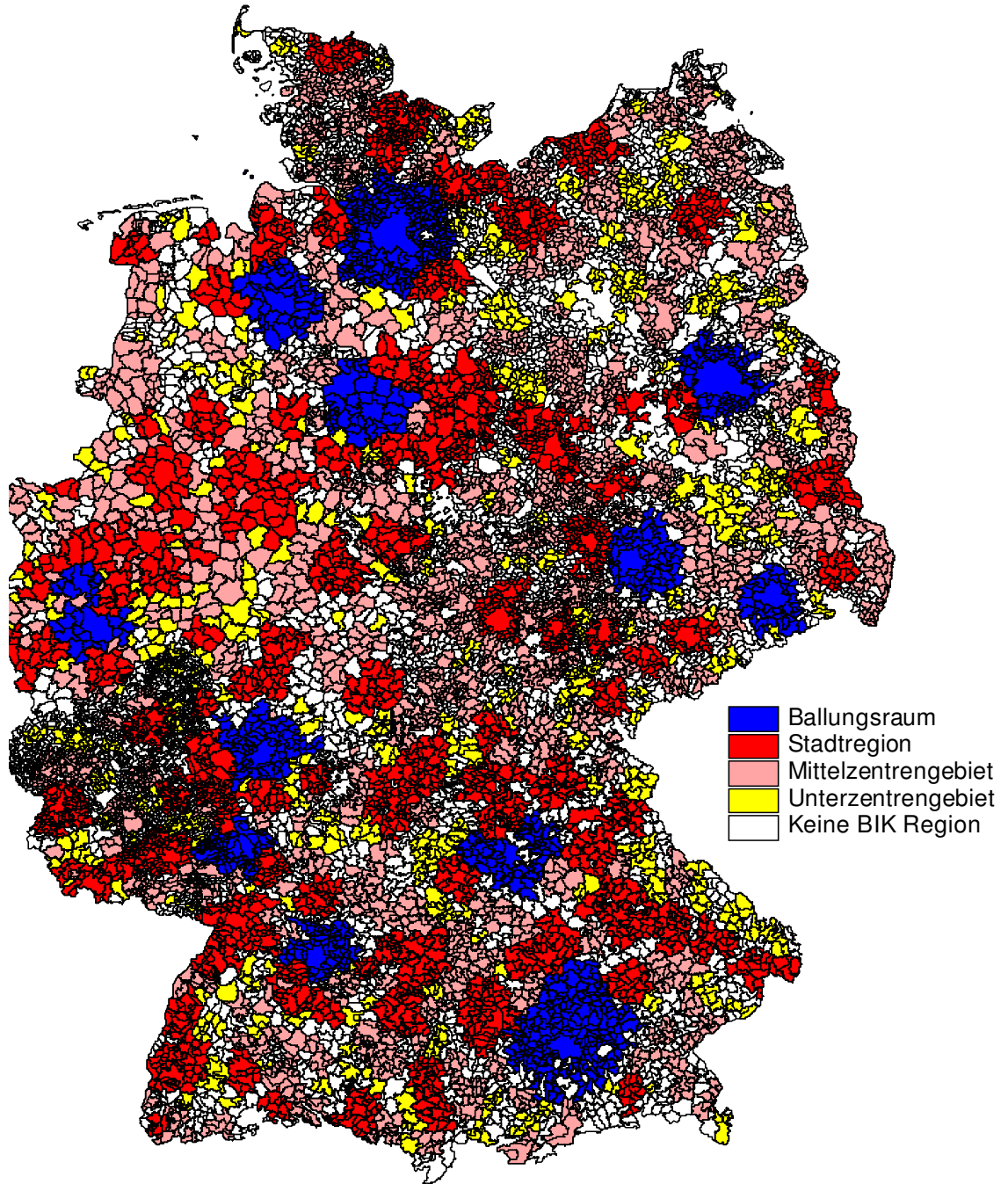
Zu einer BIK-Region gehören die Gemeinden, deren Pendlerpriorität (Arbeitsort der größten Fraktion der Auspendler) auf eine gemeinsame Kernstadt gerichtet ist, wenn die Pendlerquote mindestens 7% beträgt, also mindestens 7 % der Wohnbevölkerung als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in diese Kernstadt einpendeln. Pendlerquote und Pendlerpriorität wurden auf Grundlage der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wohn- und Arbeitsort, Stand 30.6.1999 (Bundesanstalt für Arbeit 2000) und der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Gemeinden, Stand 31.12.1998 (Statistische Landesämter 1999) berechnet. Daneben wurden folgende Schwellenwerte berücksichtigt:

- Mindestgröße der Kernstadt: 5.000 Einwohner
- Mindestens 6.000 Einwohner in der BIK-Region
- Mindestens eine angebundene Gemeinde
- Solitärstädte ohne angebundene Gemeinden gelten ebenfalls als BIK-Region, wenn sie mindestens 15.000 Einwohner haben



Abbildung 4.2.4: BIK Regionstypen

BIK Regionstypen Gebietsstand 12/02



**Zuordnung von Subzentren:**

In den Ballungsräumen z. B. folgt die räumlich-funktionale Verflechtung nicht dem einfachen Kern-Umland-Schema. Deshalb wurden Kernstädte, die ihrerseits eine Pendlerpriorität von 5 % oder mehr auf eine andere Kernstadt haben, mit ihrem Umland der BIK-Region dieser hierarchisch höher stehenden Kernstadt zugeordnet. So ist z. B. die Stadt Fürth zwar Pendlerziel innerhalb eines eigenen Einzugsbereiches, weist jedoch selbst eine deutliche Pendlerpriorität auf Nürnberg auf. Deshalb gehört Fürth mit seinem Einzugsbereich zur BIK-Region Nürnberg.

Darüber hinaus wurden keine weiteren Zusammenfassungen von Multikernstrukturen – wie z. B. dem Ruhrgebiet – durchgeführt. Damit bleibt die aus den Pendlerverflechtung ermittelbare Binnendifferenzierung der großen Agglomerationsräume erhalten.

**Enklaven- und Exklavenbereinigung:**

Abschließend wurden die BIK-Regionen angemessen arrondiert, indem einzelne Gemeinden, die innere oder äußere Inseln bildeten, ihrer Umgebung angepasst wurden. Diese Bereinigung wurde allerdings auf das notwendige Minimum beschränkt, um die Aussagekraft der Systematik im räumlichen Detail nicht zu beeinträchtigen.

**Die Strukturtypen: Innere Gliederung der BIK-Regionen:**

Es liegt auf der Hand, dass funktional zusammengehörige Räume im Innern sehr heterogen sein können. In unserer sichtbaren Umwelt ist das an unterschiedlichen Siedlungsstrukturen und Gebäudetypen unmittelbar erkennbar. Standen für die Boustedt-Revision aus der Volkszählung 1987 noch regionalstatistische Daten in tiefer räumlicher und sachlicher Gliederung zur Verfügung, musste jetzt bei der Modellbildung die weniger ergiebige Datenlage berücksichtigt werden.

Das am deutlichsten gliedernde und flächendeckend auf Gemeindeebene vorhandene statistische Merkmal ist die Nutzungsdichte. In methodischer Anlehnung an die Revision der Boustedt-Stadtregionen im Jahr 1970 wurde als Strukturierungskriterium die Einwohner-/Arbeitsplatzdichte gewählt:

$$\frac{\text{Bevölkerung} + \text{svp. Beschäftigte am Arbeitsort}}{\text{Fläche (in qkm)}}$$

Die Datengrundlage bilden wiederum die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Stand 30.6.99, und die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 31.12.99. Diese Stände bilden die Grundlage der BIK-Regionen, wobei der Gebietsstand sowie die Sachdaten jährlich fortgeschrieben werden.

Die Gemeinden in den BIK-Regionen werden nach der Einwohner-/Arbeitsplatzdichte in vier Klassen eingeteilt. Die Gemeinden außerhalb der BIK-Regionen bilden eine fünfte Klasse.

Die Strukturtypen sind ein eigenständiges Gliederungsmerkmal und können unabhängig von den BIK-Regionen für Analysen verwendet werden.

**Strukturtyp 1: Kernbereich:**

Gemeinden gehören zum Kernbereich, wenn die Einwohner-/Arbeitsplatzdichte 1.000 oder mehr beträgt. Insgesamt fallen 443 Gemeinden und mit 43,1 % ein großer Teil der Bevölkerung in den Kernbereich.

Es ist wichtig, zwischen der Zuordnung einer Gemeinde zu einem Strukturtyp und ihrer Verflechtungsfunktion zu unterscheiden: So muss der Pendlerzielort einer BIK-Region nicht unbedingt zum Strukturtyp „Kernbereich“ gehören, denn der Strukturtyp einer Gemeinde ist kein Verflechtungs-, sondern wird über die Dichtefunktion gebildet.

**Strukturtyp 2: Verdichtungsbereich:**

Beträgt die Einwohner-/Arbeitsplatzdichte zwischen 500 und 1.000, gehört eine Gemeinde zum Verdichtungsbereich. 15,4 % der Bevölkerung in 694 Gemeinden gehören dazu.

**Strukturtyp 3: Übergangsbereich:**

Der Übergangsbereich enthält Gemeinden mit einer Einwohner-/Arbeitsplatzdichte zwischen 150 und 500. Er repräsentiert den suburbanen Bereich. In der gesamten Bundesrepublik leben 21,3 % der Bevölkerung in den 2451 Gemeinden des Übergangsbereiches.

**Strukturtyp 4: Peripherer Bereich:**

Gemeinden in Einzugsbereichen, die eine Einwohner-/Arbeitsplatzdichte von unter 150 haben, fallen in den Peripheren Bereich. Besonders in Norddeutschland gehören die meisten Gemeinden in Einzugsbereichen zu diesem Strukturtyp. Deutschlandweit sind es 5.505 Gemeinden, in denen 10,6 % der Bevölkerung leben.

**Strukturtyp 5: Keine BIK-Region:**

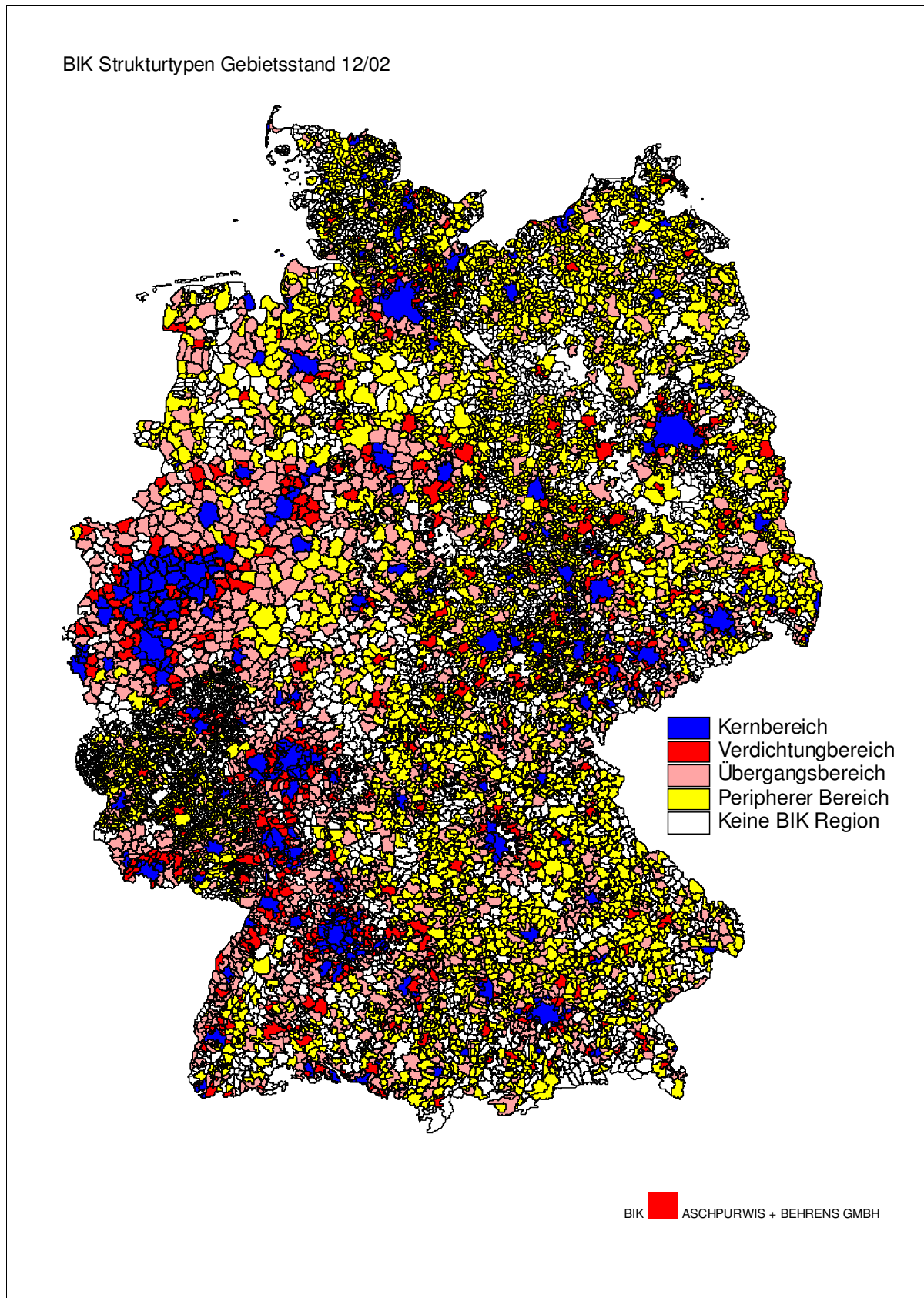
Zu diesem Strukturtyp gehören alle Gemeinden außerhalb der Einzugsbereiche – unabhängig von ihrer Nutzungsdichte. 9,6 % der Bevölkerung leben hier; es handelt sich vor allem um Gemeinden, die nicht mit anderen Gemeinden verflochten sind.

**Tabelle 4.2.6: Gemeinden und Bevölkerung nach Strukturtypen**

Regionstyp	Anzahl BIK-Regionen		Anzahl Gemeinden Stand 12/2002		Bevölkerung Stand 12/2001	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
<b>4 Ballungsraum</b>	13	1,62	1.098	8,37	22.308.547	27,06
<b>3 Stadtregion</b>	133	16,56	3.266	24,89	30.796.524	37,36
<b>2 Mittelzentrengbiet</b>	337	41,97	3.369	25,67	16.200.729	19,65
<b>1 Unterzentrengbiet</b>	319	39,73	1.360	10,36	5.226.298	6,34
<b>BIK-Regionen gesamt</b>	<b>802</b>	<b>99,88</b>	<b>9.093</b>	<b>69,30</b>	<b>74.532.098</b>	<b>90,41</b>
<b>0 keine BIK-Region</b>	( 1	0,12)	4.029	30,70	7.908.220	9,59
<b>gesamt</b>	<b>803</b>	<b>100,00</b>	<b>13.122</b>	<b>100,00</b>	<b>82.440.318</b>	<b>100,00</b>

Ergänzend zur Strukturtable 4.2.6 zeigt die nachstehende Karte (Abbildung 4.2.5), wie unterschiedlich sich innerhalb der Regionstypen die Gemeinden nach Strukturtypen verteilen.

Abbildung 4.2.5: BIK Strukturtypen



#### 4.2.5 Aufbau des ADM-Stichprobensystems

Beim ADM-Stichprobensystem (ADM & AG.MA 1999) handelt es sich bei Face-to-Face-Erhebungen um ein Flächenstichprobensystem, bei dem von der Stichprobenanlage mehrstufig geschichtete Stichproben eingesetzt werden. Die Schichtung von Bevölkerungs-Stichproben hat den Vorteil der erhöhten Messpräzision. Zur Verbesserung der regionalen Repräsentanz werden im ADM-System die geographischen Einheiten Landkreise bzw. kreisfreie Städte für die Ziehung von Stichproben zu einem zellenbezogenen Aufbau Landkreise x 10 Gemeindegrößenklassen verknüpft. In diesem Schichtungssystem werden bei den Gemeindegrößenklassen die BIK-Regionen berücksichtigt.

Immerhin leben rund 60 % der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in Stadtregionen und Ballungszentren, für die die Verflechtung der Umlandgemeinden zur Kernstadt bzw. zum Kerngebiet kennzeichnend ist. Damit wird die Notwendigkeit zur Abbildung der siedlungsstrukturellen Bedingungen im Stichprobensystem deutlich.

Die regionalen Verteilungsmuster werden mit den zur Zeit noch verbindlichen BIK-Stadtregionen in der Stichprobenanlage berücksichtigt und nachfolgend bei der Gewichtung von Datensätzen angewandt, so dass die Ausweisung von Ergebnissen die Regionalstruktur widerspiegelt.

Um die Wirksamkeit dieser Vorgehensweise zu zeigen, wird nachstehend als Beispiel das Verbreitungsgebiet einer regionalen Abonnements-Zeitung gezeigt, das ein Gebiet mit knapp 1,5 Millionen Personen abdeckt. In der Tabelle 4.2.7 werden die unterschiedlichen Anteile für die Bevölkerung zu den Größenklassen dargestellt:

**Tabelle 4.2.7: Verteilung der Einwohner auf Gemeindegrößenklassen im Regionsgebiet**

Gemeindegrößenklassen	Politisch	BIK-Stadtregionen
unter 5.000 EW	120.000	90.000
5.000 bis unter 20.000 EW	850.000	440.000
20.000 bis unter 100.000 EW	510.000	160.000
100.000 bis unter 500.000 EW	---	480.000
500.000 EW und mehr	---	310.000
Gesamt	1.480.000	1.480.000

Im oben dargestellten regionalen Beispielsgebiet gibt es – gemessen an der tatsächlichen Größe – keine Gemeinde mit mehr als 100.000 Einwohnern. Es gibt mehrere Städte mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern, die mit ihren Einzugsbereichen als Stadtregionen die Größenklasse 100.000 bis unter 500.000 Einwohnern erreichen und insgesamt ein Potenzial von 480.000 Personen repräsentieren.

Ein weiteres Phänomen zeigt sich in der Stadtregionen-Größenklasse ab 500.000 Einwohner: 310.000 Personen ab 14 Jahren aus dem Verbreitungsgebiet der Zeitung liegen im Einzugsbereich eines Ballungsraumes, der mit Kernstadt und Einzugsbereich ein Bevölkerungspotenzial von mehr als 500.000 Einwohnern aufweist. Das bedeutet, dass die Bevölkerung aus den Umlandgemeinden des Ballungsraumes in der entsprechenden Größenklasse ausgewiesen wird. 790.000 Personen in dem als Beispiel zugrunde gelegten Verbreitungsgebiet leben in Stadtregionen bzw. Ballungsräumen; das entspricht 53% der Gesamtbevölkerung dieses Gebietes. Durch die Regionalklassifizierung im ADM-Stichprobensystem wird dieses Potenzial adäquat erfasst und ermöglicht die entsprechende Ausweisung von Stichprobenergebnissen.

#### Regionalklassifizierungen im ADM-Stichproben-System

Wie bereits erwähnt, werden zur Sicherung der regionalen Repräsentanz der ADM-Zufallsstichproben bei der Zellenbildung im Schichtungssystem die Gemeindegrößenklassen von 7 auf 10 Klassen erweitert. Eine Strukturierung, die sich lediglich auf die 7 politischen Gemeindegrößenklassen bezieht, wird als nicht ausreichend angesehen. Der Hintergrund liegt in der ausdifferenzierten Siedlungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland, in der es zwischen den dicht besiedelten Räumen und den eher ländlich strukturierten Gebieten Unterschiede in der demographischen Struktur sowie dem Konsum- und Mediennutzungsverhalten gibt.

Würde man zur Schichtung die üblichen Gemeindegrößenklassen heranziehen, so würden die Gemeinden innerhalb eines Kreises entsprechend der politischen Größe in der „klassischen“ 7er-Einteilung zugeordnet:

1:		bis unter	2.000 EW
2:	2.000	bis unter	5.000 EW
3:	5.000	bis unter	20.000 EW
4:	20.000	bis unter	50.000 EW
5:	50.000	bis unter	100.000 EW
6:	100.000	bis unter	500.000 EW
7:	500.000	EW und mehr	

Die Zuordnung der Gemeinden ausschließlich nach ihrer Einwohnerzahl würde die Zusammenhänge, wie sie zwischen Städten und ihren Umlandgemeinden bestehen, nicht berücksichtigen. Für die Darstellung von Marktforschungsergebnissen ist es aber von Bedeutung, wie unterschiedlich sich die Befragten in den Untersuchungsgebieten (= Marktgebieten) verhalten. Deshalb werden in den ADM-Stichproben-Systemen die BIK-Regionen verwendet.

Die Zellen im Stichprobensystem werden aus den Landkreisen/kreisfreien Städten und den Gemeindegrößenklassen gebildet. Die Gemeindegrößenklassen werden hierbei in erweiterter Form in einer 10er-Einteilung unter Verwendung der BIK-Systematik herangezogen:

1:		bis unter	2.000 EW	
2:	2.000	bis unter	5.000 EW	
3:	5.000	bis unter	20.000 EW	
4:	20.000	bis unter	50.000 EW	
5:	50.000	bis unter	100.000 EW	- Regionsgemeinden
6:	50.000	bis unter	100.000 EW	- Kernbereich
7:	100.000	bis unter	500.000 EW	- Regionsgemeinden
8:	100.000	bis unter	500.000 EW	- Kernbereich
9:	500.000	EW und mehr		- Regionsgemeinden
10:	500.000	EW und mehr		- Kernbereich

Die Gemeinden, die nicht zu einer BIK-Region gehören, werden innerhalb einer Schicht (Landkreise) entsprechend ihrer tatsächlichen (politischen) Größe zugeordnet. Siehe BIK-Regionsgrößenklassen auf den folgenden Seiten.

Bei Zellenbildung im Stichprobensystem nach Landkreisen x Gemeindegrößenklassen werden die Gemeinden als Gebiets-einheiten nach Größe angeordnet. Zu weiteren Detail-Aspekten der Schichtung und Ziehung im Rahmen des ADM-Stichprobensystems verweisen wir auf die Publikation ADM & AG.MA (Hrsg.), 1999: Stichprobenverfahren in der Umfrageforschung.

Das Stadtregionskonzept hat ausgehend von Boustedt bereits sehr früh Eingang in das ADM-Stichprobensystem gefunden und trägt dazu bei, die siedlungsstrukturellen Gegebenheiten der Bundesrepublik Deutschland und damit verbundene demographische sowie verhaltensbezogene Unterschiede in Bevölkerungsstichproben verbessert abzubilden.

Zur Zeit befinden sich die ADM-Stichprobensysteme in einer Übergangsphase. Die bestehende Face-to-Face-Auswahlgrundlage beinhaltet noch die Stadtregionssystematik und für beide Systeme wird die neue Systematik der BIK-Regionen mit der Auslieferung der Auswahlgrundlagen 2003 etabliert.

Mit dem Gesamtmodell der BIK-Regionen:

- Ballungsräume
- Stadtregionen
- Mittel- und Unterzentren

liegt inzwischen eine flächendeckende und aufeinander bezogene räumliche Gliederungssystematik vor, die regionale Gebietsstrukturen insgesamt transparent macht und es ermöglicht, regionale Verflechtungsgebiete/Marktgebiete besser abzubilden.

### BIK-Regionsgrößenklassen

Die BIK-Regionsgrößenklassen klassifizieren die Gemeinden in den BIK-Regionen gemäß der Bevölkerungszahl der jeweiligen Regionsgröße. Die BIK-Regionsgrößenklasse gibt also nicht die tatsächliche Größe der Gemeinde selbst an, sondern richtet sich nach dem Umfang der Bevölkerung des Raumes, in den die Gemeinde funktional eingebunden ist.

Die BIK-Regionsgrößenklassen werden nach folgenden Regeln gebildet:

- a) wenn die Gemeinde zu einer BIK-Region gehört, erhält die Gemeinde die Größenklasse, die sich aus der Summe der Bevölkerung aller Gemeinden der BIK-Region (Kern und Umland) ergibt.
- b) Nur wenn die Gemeinde nicht zu einer BIK-Region gehört, wird die Gemeinde nach ihrer tatsächlichen Bevölkerung klassifiziert.

### Siebener-Systematik:

Für die überwiegend praktizierte Siebener-Systematik der BIK-Regionsgrößenklassen (GKBIK7) gilt folgende Einteilung (siehe Tabelle 4.2.8):

**Tabelle 4.2.8: Gemeinden und Bevölkerung in den Siebener-Größenklassen nach BIK-Systematik**

GKBIK7	Bevölkerung in der BIK-Region bzw. in der Gemeinde	Anzahl Gemeinden (Gebietsstand 12/02)		Bevölkerung (Sachdatenstand 12/01)	
		abs.	in %	abs.	in %
1	Unter 2.000 EW	2.822	21,51	1.881.417	2,28
2	2.000 bis unter 5.000 EW	733	5,89	2.463.037	2,99
3	5.000 bis unter 20.000 EW	1.366	10,41	6.759.468	8,20
4	20.000 bis unter 50.000 EW	2.084	15,88	9.600.653	11,65
5	50.000 bis unter 100.000 EW	1.732	13,20	8.730.483	10,59
6	100.000 bis unter 500.000 EW	3.111	23,71	26.805.383	32,51
7	500.000 EW und mehr EW	1.234	9,40	26.199.877	31,78
Gesamt		13.122	100,0	82.440.318	100,0

### Zehner-Systematik

Für die Stichprobenziehung werden die Größenklassen auf 10 Einheiten erweitert. Dazu wird die 7er-Systematik in den größeren Einheiten ab 50.000 EW nach Regionsgemeinden im Umland und der Kernstadt/Kernbereich weiter differenziert. Da alle Gemeinden nach Strukturtyp 1 – 4 (Kernbereich, Verdichtungs-, Übergangs- und peripherer Bereich, siehe Kapitel 4.2.4) differenziert werden können, erfolgt die Zuordnung in den Größenklassen nach dieser Zuordnung. Unterschieden wird die Kernstadt/ Kernbereich gegenüber den Umlandgemeinden in der Region. Diese Differenzierung folgt der Tatsache, dass sich die demographischen Strukturen zwischen den Kernstädten/Kerngemeinden und den Umlandgemeinden unterscheiden und in der Aufteilung der Größenklassen diese Binnendifferenzierung von höher verdichteten Regionen bei der Stichprobenbildung berücksichtigt werden kann.

Tabelle 4.2.9: Gemeindegroßenklassen in 10er-Einteilung nach BIK-Systematik

Klasse	Bevölkerung in der BIK-Region bzw. in der Gemeinde	Strukturtyp der Gemeinde
1	Unter 2.000 E.	Keine BIK-Region (5)
2	2.000 bis unter 5.000 E.	Keine BIK-Region (5)
3	5.000 bis unter 20.000 E	Alle (1-5)
4	20.000 bis unter 50.000 E.	Kern-, Verdichtungs-, Übergangs- oder Peripherer Bereich (1, 2, 3 oder 4)
5	50.000 bis u. 100.000 E.	Verdichtungs-, Übergangs- oder Peripherer Bereich (2, 3 oder 4)
6	50.000 bis u. 100.000 E.	Kernbereich (1)
7	100.000 bis unter 500.000 E.	Verdichtungs-, Übergangs- oder Peripherer Bereich (2, 3 oder 4)
8	100.000 bis unter 500.000 E.	Kernbereich (1)
9	500.000 E. und mehr	Verdichtungs-, Übergangs- oder Peripherer Bereich (2, 3 oder 4)
10	500.000 E. und mehr	Kernbereich (1)

Tabelle 4.2.10: Gemeinden und Bevölkerung in den Zehner-Größenklassen

GKBIK10	Anzahl Gemeinden (Gebietsstand 12/02)		Bevölkerung (Sachstand 12/01)	
	abs.	in %	abs.	in %
1	2.822	21,51	1.881.417	2,28
2	773	5,89	2.463.037	2,99
3	1.366	10,41	6.759.468	8,20
4	2.084	15,88	9.600.653	11,65
5	1.684	12,83	6.789.205	8,24
6	48	0,37	1.941.278	2,35
7	2.942	22,42	13.208.452	16,02
8	169	1,29	13.596.931	16,49
9	1.050	8,00	6.914.784	8,39
10	184	1,40	19.285.093	23,39
Gesamt	13.122	100,00	82.440.318	100,00



#### 4.2.6 Anwendung auf Umfragedaten

Die Anwendung der BIK-Systematik bedeutet im Umgang mit Umfragedaten immer zweierlei: Die Bildung/Ziehung der Stichprobe und die entsprechende Ausweisung der Ergebnisse. D.h., Schichtung und Gewichtung hängen unmittelbar zusammen.

In der Stichprobenanlage werden in Abhängigkeit von der Größe einer (nationalen) Stichprobe neben den Schichtungsmerkmalen Bundesland, Regierungsbezirk und Landkreis/kreisfreie Stadt als weiteres räumliches Merkmal die Gemeindegrößenklassen herangezogen. Stadt-Land-Unterschiede in der demographischen Struktur, den Lebensformen, den Einstellungen sowie dem Konsum- und Mediennutzungsverhalten können auf diese Weise im Untersuchungsansatz berücksichtigt werden. Die Anwendung der BIK-Systematik mit ihren Gebietskategorien schaffen den räumlichen Kontext für die Analyse von Untersuchungsergebnissen.

##### BIK-Systematik in der Stichprobenbildung

Die BIK-Gemeindegrößenklassen (siehe 4.2.5) werden im ADM-Stichprobensystem zur Schichtung herangezogen, um die regionale Repräsentanz zu verbessern. Der Verflechtungszusammenhang von Kernstädten und Umlandgemeinden wird dabei berücksichtigt.

Benutzt man nur die politische Größe einer Gemeinde (= die Zahl der Einwohner) zur Zellenbildung im Stichprobensystem, dann vernachlässigt man den Verflechtungszusammenhang. So gehören in der politischen Gemeindegrößenklasse 5.000 – 20.000 Einwohner rund ein Drittel der Gemeinden zu größeren Verflechtungsgebieten wie Ballungsräumen oder Stadtregionen. In Gemeinden der politischen Größenklasse 20.000 – 50.000 Einwohner lebt sogar rund die Hälfte der Bevölkerung in größeren Verflechtungsgebieten.

Zur besseren Veranschaulichung haben wir die Größenklasseneffekte politisch und nach BIK-Systematik in den Abbildungen 4.2.6 und 4.2.7 in Kartenform dargestellt. Aus Darstellungsgründen wird sowohl für die Zuordnung der Gemeinden zu Größenklassen politisch als auch nach Gemeindegrößenklassen BIK die Einteilung in 7 Klassen gewählt.

Der Prozess der Suburbanisierung hat dazu geführt, dass das Merkmal „Größe“ einer Gemeinde immer weniger über die sozio-demographische Zusammensetzung einer Gemeinde aussagt, während die Lage im Kern oder dem weiteren Einzugsbereich einer Großstadt bzw. einer Kernstadt immer wichtiger wird (vgl. dazu auch Böltken, Kapitel 4.3).

Vergleicht man die Verteilung des Merkmals Haushaltgröße innerhalb der politischen Gemeindegrößenklassen nach dem Grad des Verflechtungszusammenhangs, dann werden die Unterschiede deutlich (Tabelle 4.2.11).

In Tabelle 4.2.11 werden zur Verdeutlichung für jede Größenklasse zwei Gruppen von Gemeinden gebildet. Zur ersten Gruppe gehören Gemeinden, die zum Kern- und Verdichtungsbereich von Stadtregionen gehören. In der zweiten, der Vergleichsgruppe sind die Gemeinden zusammengefasst, die nicht zu einem BIK-Verflechtungsgebiet gehören.

Abbildung 4.2.6: Verteilung der Gemeinden auf die politischen Gemeindegrößenklassen

Verteilung der Gemeinden auf die sieben politischen Gemeindegrößenklassen  
 Gebietsstand: 12/02, Bevölkerungsstand: 12/01

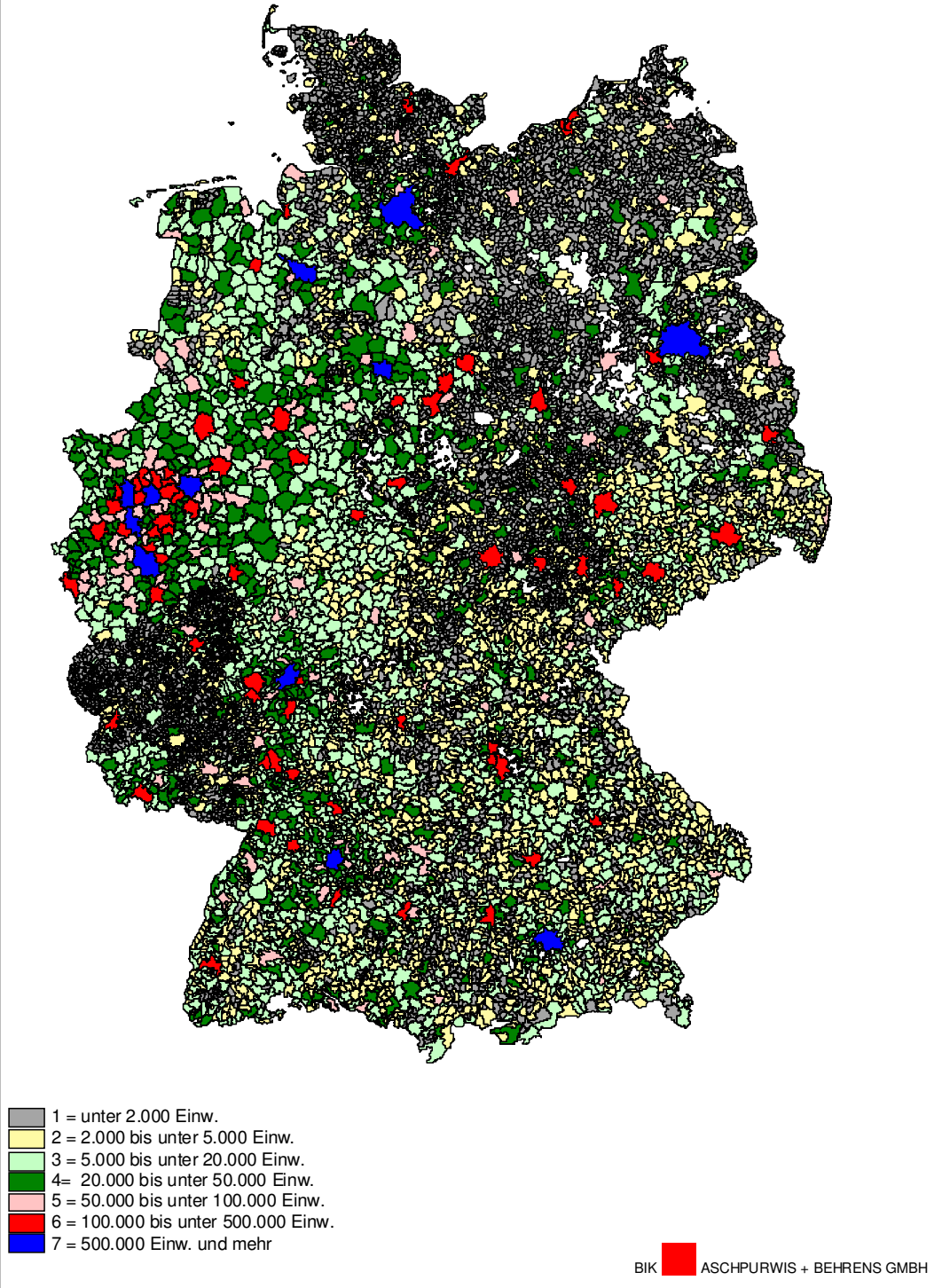
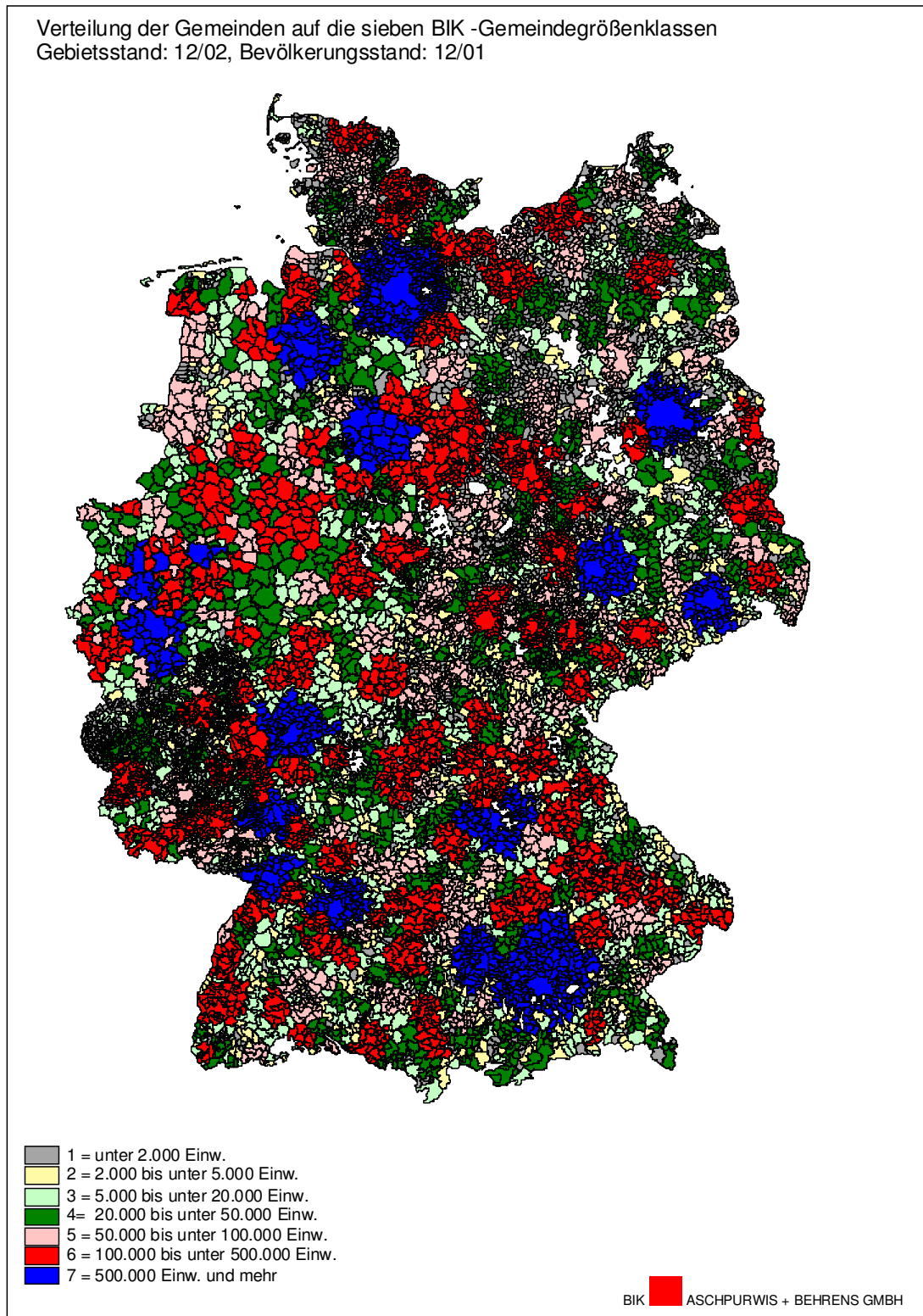


Abbildung 4.2.7: Verteilung der Gemeinden auf die BIK Gemeindegrößenklassen



Die gewählte Gruppierung soll die lagebedingten Unterschiede in den Haushaltsstrukturen von Gemeinden deutlich machen und zeigen, dass mit politischen Gemeindegrößenklassen in der Stichprobenbildung der Differenzierungsgrad aufgrund siedlungsstruktureller Unterschiede nicht adäquat abgebildet werden kann.

**Tabelle 4.2.11: Haushaltsgrößen innerhalb der politischen Gemeindegrößenklassen**

Gemeindegrößenklassen	Haushaltsgröße					Gesamt
	Anteile in %					
	1-P-HH	2-P-HH	3-P-HH	4-P-HH	5-P-HH	
<b>Unter 2.000 Einwohner</b>						
Gemeinde einer Stadtregion	13,0	34,0	21,2	22,4	9,3	100
Gemeinde gehört nicht dazu	11,8	33,0	20,9	22,5	11,8	100
<b>2.000 bis unter 5.000 EW</b>						
Gemeinde einer Stadtregion	15,4	35,0	26,6	17,0	6,0	100
Gemeinde gehört nicht dazu	13,2	32,1	20,6	21,8	12,2	100
<b>5.000 bis unter 20.000 EW</b>						
Gemeinde einer Stadtregion	18,4	37,5	20,4	17,4	6,3	100
Gemeinde gehört nicht dazu	15,6	33,4	20,2	20,5	10,4	100
<b>20.000 bis unter 50.000 EW</b>						
Gemeinde einer Stadtregion	18,6	40,6	19,4	15,9	5,5	100
Gemeinde gehört nicht dazu	18,3	36,1	19,9	18,1	7,5	100
<b>50.000 bis unter 100.000 EW</b>						
Gemeinde einer Stadtregion	21,4	39,1	18,8	15,6	5,1	100
Gemeinde gehört nicht dazu	18,6	35,9	18,0	19,9	7,7	100
<b>100.000 bis unter 500.000 EW</b>						
Kernbereich eines Verflechtungsraumes	25,3	38,0	19,0	13,6	4,1	100
<b>500.000 Einwohner und mehr</b>						
Kernbereich eines Verflechtungsraumes	29,1	39,4	15,5	12,2	3,9	100

Quelle: Tageszeitungsdatensatz „ma“ 2003 – 123.529 Fälle, Grundlage dieser Tabelle sind noch die BIK-Stadtregionen (107 Einheiten)

Bevölkerungstichproben werden im ADM-System haushalts-proportional gezogen, und die Strukturunterschiede in der Tabelle haben damit unmittelbare Auswirkungen auf Abbildungstreue von Grundgesamtheiten. Bedenkt man darüber hinaus, welche personen- und haushaltsbezogenen Informationen mit dem Auswahlelement Haushalt zusammenhängen, (z. B. Kinder im Haushalt, Anzahl Verdiener, Ausstattung mit Telekommunikation etc.), wird die Bedeutung regionaler Repräsentanz erkennbar.

#### **Anwendung der BIK-Systematik als regionale Auswertungsdimension bei Umfragedaten**

Die Unterschiede in der sozio-demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung in den verschiedenen Gemeindetypen spiegelt sich auch in der Auswertung der Daten nach BIK-Gemeindegrößenklassen (10er-Einteilung) anhand der Daten der „ma“ 2002 Pressemedien wider. Die „ma“ (Media-Analyse) ist eine bevölkerungsrepräsentative Umfrage, die halbjährlich rund 12.000 Personen nach ihrer Mediennutzung befragt. Der hier ausgewertete Datensatz besteht aus zwei Erhebungswellen, die in der Zeit vom April 2001 bis Februar 2002 stattfanden. (Weitere Informationen zur „ma“: [www.agma-mmc.de](http://www.agma-mmc.de))

Die Stichprobe wurde auf Basis des ADM-Stichprobenrahmens für Face-to-Face-Stichproben gezogen. Die Schichtung erfolgte nach Kreisen x BIK-Gemeindegrößenklassen (10er-Einteilung) <sup>1)</sup>

1) Vgl. dazu: Behrens & Löffler 1999.

Ausgewertet und tabellarisch dargestellt haben wir die Themenbereiche:

- Sozio-Demographie der Befragten
- Haushaltsstrukturen und Kinder im Haushalt

**Tabelle 4.2.12: Familienstand und Wohnungsart**

	BIK Gemeindegrößenklassen Angaben in %							
	b.u. 2.000 EW	2.000 b.u. 5.000 EW	5.000 b.u. 20.000 EW	20.000 b.u. 50.000 EW	50.000 b.u. 100.000 EW	100.000 b.u. 500.000 EW	500.000 EW und mehr	Gesamt
<b>Familienstand des Befragten</b>								
ledig – mit Partner im HH	3,7	3,8	3,2	3,6	4,4	4,4	4,7	4,1
ledig – ohne Partner im HH	19,2	20,1	19,5	19,0	20,2	21,0	20,2	20,0
verheiratet	64,5	62,8	62,3	60,4	58,9	57,1	55,9	58,8
<b>geschieden/verwitwet</b>								
– mit Partner im HH	1,5	1,7	1,6	1,5	1,5	1,8	1,6	1,6
geschieden/verwitwet								
– ohne Partner im HH	11,0	11,6	13,4	15,5	15,0	15,7	17,6	15,4
<b>Wohnungsart</b>								
im eigenen Haus	70,7	64,5	57,6	48,5	43,3	42,8	29,8	44,4
in einer Eigentumswhg.	2,0	3,5	4,1	4,5	2,9	4,5	5,8	4,6
zur Miete, zur Untermiete	26,5	31,2	37,7	46,5	53,1	52,2	63,8	50,4
keine Angabe	0,8	0,8	0,6	0,5	0,7	0,4	0,5	0,6

Quelle: Tageszeitungsdatensatz „ma“ 2003 – 123.529 Fälle  
Grundlage dieser Tabelle sind noch die BIK Stadtregionen (107 Einheiten)

**Tabelle 4.2.13: Haushaltsgröße und Kinder im Haushalt**

	BIK Gemeindegrößenklassen Angaben in %							
	b.u. 2.000 EW	2.000 b.u. 5.000 EW	5.000 b.u. 20.000 EW	20.000 b.u. 50.000 EW	50.000 b.u. 100.000 EW	100.000 b.u. 500.000 EW	500.000 EW und mehr	Gesamt
<b>Personen im HH insgesamt</b>								
1 Person	11,8	13,1	15,4	18,3	18,8	21,5	24,2	19,8
2 Personen	33,0	32,0	33,6	36,0	36,5	36,9	39,6	36,6
3 Personen	20,7	20,5	20,1	19,9	20,5	19,2	18,4	19,4
4 Personen	22,5	21,9	20,4	18,2	18,0	16,6	13,8	17,1
5 Personen und mehr	12,0	12,5	10,5	7,6	6,2	5,8	4,0	7,0
<b>Kinder im HH</b>								
Kinder insgesamt bis unter 3 Jahre	5,8	5,8	5,3	4,8	4,7	4,1	4,1	4,6
Kinder insgesamt bis unter 6 Jahre	7,9	7,8	7,6	6,2	5,6	5,6	5,1	6,1
Kinder insgesamt bis unter 14 Jahre	21,3	21,3	20,7	17,7	16,1	15,0	12,8	16,3

Quelle: Tageszeitungsdatensatz „ma“ 2003 – 123.529 Fälle  
Grundlage dieser Tabelle sind noch die BIK Stadtregionen (107 Einheiten)

Weitere ausgewertete, hier nicht ausgewiesene Merkmalsbereiche, wie z. B. Wohnsituation/Arbeit und Beruf/Einkaufsverhalten/Freizeitbeschäftigungen/Internet-Nutzung/Mediennutzung von ausgewählten Print-Medien machen die regionsspezifischen Unterschiede transparent.

Unterschiede in der Sozio-Demographie können, bedingt durch die Siedlungsstruktur, auch zu Unterschieden im Konsumverhalten (z. B. Kauf beim Versandhandel), bei den Freizeitbeschäftigungen und der Medien-Nutzung führen.

Je zielgruppengenaue z. B. ein Zeitschriftentitel ausgerichtet ist (Beispiel: Computer BILD Spiele), umso deutlicher wird bei der regionalen Betrachtung, wo die anvisierte Zielgruppe wohnt. Kernleser der Zeitschrift „Computer BILD Spiele“ findet man vor allem in Gebieten, wo zum einen männliche Jugendliche und junge Erwachsene wohnen und zum anderen Alternativen der Freizeitgestaltung fehlen.

Durch den Einsatz der BIK-Systematik wird die regionale Verteilung der Merkmalsträger besser erfasst und die regionale Repräsentanz, z. B. des Konsumentenverhaltens und der Mediennutzung, der Ausstattung und Anschaffungsabsichten der Haushalte, das Berufs- und Einkaufsverhalten erhöht.

## Literatur

- ADM & AG.MA (Hrsg.), 1999:* Stichproben-Verfahren in der Umfrageforschung. Opladen: Leske und Budrich.
- Backhaus, Erichsen & Plinke, 1987:* Multivariate Analysemethoden. 4. Aufl.. Berlin: Springer-Verlag.
- Bauer, F., 1986:* Datenanalyse mit SPSS. 2. Aufl.. Berlin: Springer-Verlag.
- Behrens, K. & W. Marhenke, 1995/96:* Die Abgrenzung von Stadtregionen und Verflechtungsgebieten in der Bundesrepublik. Jahrbuch für Statistik und Landeskunde Baden-Württemberg, Jahresband 1995/96. Stuttgart: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: 165-186.
- Behrens, K. & U.Löffler, 1999:* Der Aufbau des ADM-Stichprobensystems; in: ADM & AG.MA (Hrsg.): Stichproben-Verfahren in der Umfrageforschung. Opladen: Leske und Budrich: 69-89.
- BIK Aschpurwis + Behrens GmbH, 1992:* BIK-Stadtregionen in den neuen Bundesländern. Hamburg: BIK-internes Arbeitspapier.
- BIK Aschpurwis + Behrens GmbH, 1993:* Die Abgrenzung von Stadtregionen in der Bundesrepublik (Boustedt-Revision) auf Basis des Zensus 1987. Hamburg: BIK-internes Arbeitspapier.
- Bortz, J., 1985:* Lehrbuch der Statistik: Für Sozialwissenschaftler. 2. Aufl..Berlin: Springer-Verlag.
- Boustedt, O., 1953:* Die Stadtregion. Ein Beitrag zur Abgrenzung städtischer Agglomerationen; in: Allgemeines Statistisches Archiv 37: 13-26.
- Brückner, N., 1890:* Die Entwicklung der großstädtischen Bevölkerung im Gebiet des Deutschen Reiches. Allgemeines Statistisches Archiv Nr. 1.
- Bucher, H. & M.Kocks, 1987:* Die Suburbanisierung in der ersten Hälfte der 80er Jahre; in: Informationen zur Raumentwicklung 11/12: 689-707.
- Bundesanstalt für Arbeit, 2000:* Datei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten auf Gemeindeebene. Stand 6/2000. Nürnberg: Bundesanstalt für Arbeit.
- Champion, A.G. (Hrsg.), 1989:* Counterurbanization. The Changing Pace and Nature of Population Deconcentration. London: E.Arnold.
- Hasse, E., 1891/92:* Die Intensität großstädtischer Menschenanhäufungen. Allgemeines Statistisches Archiv Nr. 2.
- Irmen, E. & A.Blach, 1994:* Räumlicher Strukturwandel. Konzentration, Dekonzentration und Dispersion; in: Informationen zur Raumentwicklung 7/8: 445-457.
- Isenberg, G., 1957:* Die Ballungsgebiete in der Bundesrepublik Deutschland. Bad Godesberg: Institut für Raumforschung.
- Kohl, J.G., 1841:* Der Verkehr und die Ansiedlung von Menschen in ihrer Abhängigkeit von der Gestaltung der Erdoberfläche. Dresden.
- Nellner, W., 1975:* Das Konzept der Stadtregionen und ihre Neuabgrenzung 1970; in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland. Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Band 103. Hannover: Hermann Schroedel: 1-26.
- Nellner, W., 1984:* Ein neues Modell für die Erfassung von Agglomerationsräumen; in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Agglomerationsräume in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungs- und Sitzungsberichte Band 157. Hannover: Hermann Schroedel: 11-40.
- Schott, S., 1912:* Die großstädtischen Agglomerationen des Deutschen Reiches 1871-1910. Breslau: Korn.
- Thünen, J.H. von, 1826:* Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie. 3. Aufl. Berlin. Neuausgabe: Darmstadt 1966: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Holger Breiholz<sup>\*)</sup>

#### 4.2.7 BIK-Typen – Eine Anwendung auf Mikrozensus-Daten

Der Mikrozensus ist die jährliche amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Als wesentlicher Baustein im System der amtlichen Statistik stellt er seit 1957 im früheren Bundesgebiet und seit 1991 in den neuen Ländern (einschließlich Berlin-Ost) statistische Informationen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung und der Familien, den Arbeitsmarkt sowie die berufliche Gliederung und Ausbildung der Erwerbsbevölkerung zur Verfügung. Seine eigentlichen Kernbereiche sind die erwerbsstatistischen und sozio-demographischen Merkmale, deren Kombination mit den sozio-ökonomischen Variablen eine umfassende Analyse des Arbeitsmarktgeschehens unter Einbeziehung sozialer Einflussfaktoren ermöglicht.

Bei einem Auswahlsatz von rund 1 % der Wohnbevölkerung stellt der Mikrozensus die größte Haushaltsbefragung in Deutschland dar. Aufgrund seines großen Stichprobenumfanges sind die Mikrozensus-Ergebnisse als Adjustierungs-, Kontroll- und Hochrechnungsinstrument für Erhebungen der empirischen Sozialforschung sowie der Markt- und Meinungsforschung von großer Bedeutung. Dabei beschränkt sich die Lieferung verlässlicher Eckdaten zur Einordnung kleinerer Stichprobenerhebungen nicht nur auf bundesweite Erhebungen, sondern auch auf regionale Stichproben. Über den seit 1990 gültigen Stichprobenplan macht der Mikrozensus Analysen für regionale Einheiten unterhalb der Ebene der Regierungsbezirke möglich.

Auswahleinheiten des Mikrozensus sind künstlich abgegrenzte Flächen (sogenannte Auswahlbezirke), die aus mehreren räumlich nahe beieinander liegenden kleineren Wohngebäuden, einem Gebäude mittlerer Größe oder einzelnen Teilen eines großen Gebäudes bestehen. Das gesamte Bundesgebiet wurde für die Stichprobenziehung in über 40.000 Auswahlbezirke mit durchschnittlich neun Wohnungen aufgeteilt, von denen jährlich 1 % in die Mikrozensus-Erhebung einbezogen werden. Die Auswahlbezirke sind durch die Angaben der Auswahlgrundlagen (Volkszählung 1987 für das frühere Bundesgebiet bzw. Bevölkerungsregister Statistik für die neuen Länder und Berlin-Ost) über Kreis, Gemeinde, Straße und Hausnummer räumlich eindeutig beschrieben.

Mit Hilfe des amtlichen Gemeindeverzeichnisses der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder kann der Mikrozensus-Bandsatz erweitert werden. Er enthält dann auch die auf Gemeinden basierenden administrativen und nichtadministrativen Gebietsgliederungen. Zu letzteren zählen auch die von BIK Aschpurwis + Behrens GmbH entwickelten und unter dem Begriff BIK-Region zu subsumierenden gemeindegrenzen Regionalabgrenzungen und -typisierungen.

Seit dem Erhebungsjahr 2001 ist im Datensatz des Mikrozensus ein 8-stelliger BIK-Schlüssel enthalten, der sich auf die im Jahr 2000 von Grund auf neu erarbeiteten BIK-Regionen bezieht. Die ersten drei Stellen ordnen jedem Auswahlbezirk bzw. jeder Erhebungseinheit des Mikrozensus eine der insgesamt 802 BIK-Regionen zu<sup>1)</sup>.

Die vierte Stelle gibt Auskunft über den BIK-Regionstyp (0=keine BIK-Region, 1=Unterzentrengebiet, 2=Mittelzentrengebiet, 3=Stadtregion, 4=Ballungsraum), die fünfte Stelle über den BIK-Strukturtyp (1=Kernbereich, 2=Verdichtungsbereich, 3=Übergangsbereich, 4=peripherer Bereich, 5=keine BIK-Region). Die Siebener-Systematik der BIK-Regionsgrößenklassen nimmt die sechste Stelle, die Zehner-Einteilung der BIK-Regionsgrößenklassen die Stellen 7 und 8 ein. Regions- und Strukturtyp sowie Größenklassen stellen eigenständige Auswertungsmerkmale dar und können jenseits der BIK-Regionen für empirische Analysen mit Mikrozensus-Daten verwendet werden.

Nicht nur der Übergang auf neue BIK-Regionssystematiken, auch die häufig anzutreffende zeitliche Diskontinuität von Gemeindegebietsgrenzen (mit nachfolgender Überarbeitung der BIK-Regionen) bringt Brüche in den Zeitreihen mit sich, die die Analyse zeitlicher Entwicklungen regionalstatistisch relevanter Variablen auch anhand von Mikrozensus-Daten erschweren. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Zuge der Mikrozensus-Aufbereitung stets ein aktueller Gemeindegebietsstand (mit zugehörigem BIK-Schlüssel) aus dem amtlichen Gemeindeverzeichnis zugespielt wird<sup>2)</sup> und Mikrozensus-Files verschiedener Erhebungsjahre sich demzufolge nicht auf einen einheitlichen Gemeindegebietsstand beziehen.

<sup>\*)</sup> Holger Breiholz, Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Bonn

1) Gemeinden, die keiner BIK-Region angehören, weisen die Kennung "000" auf.

2) Der Gemeindebestand im amtlichen Gemeindeverzeichnis wird monatlich im Statistischen Bundesamt aufgrund der Meldungen der Statistischen Landesämter aktualisiert.



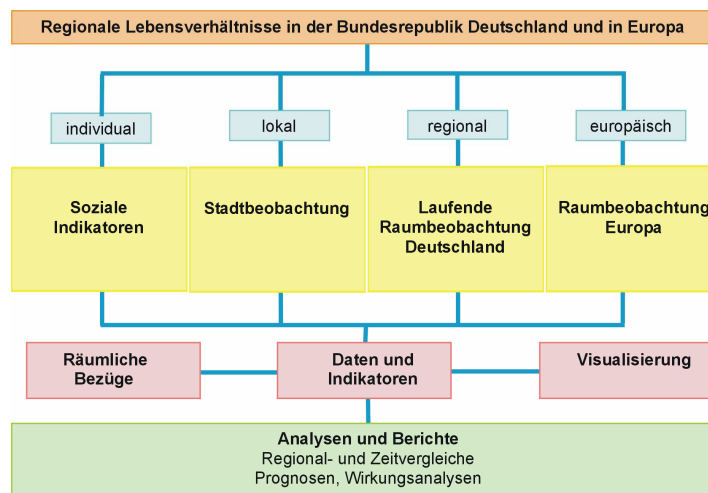
Ferdinand Böltken\*)

### 4.3 Die siedlungsstrukturellen Gebietstypen im Raubeobachtungssystem des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung

#### 4.3.1 Zur Organisation von Raum- und Zeitvergleichen

Zur Beobachtung der Raum- und Stadtentwicklung, zum Vergleich regionaler Lebensbedingungen und Disparitäten, zur Analyse räumlicher und raumrelevanter Entwicklungsrichtungen führt das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ein raumbezogenes Informationssystem. Es setzt sich auf der regionalen Ebene aus der „Laufenden Raubeobachtung“ für die Bundesrepublik Deutschland<sup>1)</sup> und der Raubeobachtung Europa<sup>2)</sup> zusammen. Die Stadtentwicklung wird mit der „Stadtbeobachtung“ bzw. „Innerstädtischen Raubeobachtung“ analysiert<sup>3)</sup>. Die alltäglichen Lebensbedingungen der Bürger, ihre Wahrnehmung des räumlichen Kontextes, ihre Reaktionen auf diese Bedingungen werden mit der „Laufenden BBR-Umfrage“<sup>4)</sup> bzw. mit „sozialen Indikatoren“ erhoben.

#### Übersicht 4.3.1: Das Raubeobachtungssystem des BBR



„Raumentwicklung“ ist ein komplexer Prozess. Kleinräumige Ereignisse schlagen sich in der Entwicklung des weiteren räumlichen Kontextes nieder, großräumige, regionale Tendenzen zeitigen kleinräumige Wirkungen und berühren den Alltag der Bürger. Deren Betroffenheit wiederum, die Wahrnehmungen, Bewertungen und Handlungsweisen schlagen sich auch in räumlichen Kategorien nieder, etwa in Wanderungsentscheidungen bei unzureichenden regionalen Arbeitsmarktbedingungen. Diesen Wechselbezügen versucht das raumbezogene Informationssystem des BBR gerecht zu werden, indem die Inhalte und die groß- und kleinräumigen Raumbezüge systematisch miteinander verbunden sind: Großräumige Phänomene lassen sich räumlich differenzieren, kleinräumige zu regionalen Tendenzen zusammenfassen, Bewertungen und Verhaltensweisen der Bürger können mit den räumlichen Verhältnissen in Beziehung gesetzt werden.

Voraussetzung des Zusammenspiels dieser Instrumente ist Vergleichbarkeit. Einmal die Vergleichbarkeit der Daten und Indikatoren zwischen verschiedenen Raumeinheiten. Zweitens die Vergleichbarkeit der Daten über längere Zeiträume. Drittens, und das ist – zumindest in der empirischen Sozialforschung – weniger selbstverständlich, die Vergleichbarkeit der räumlichen Bezüge und ihre Konstanzhaltung über längere Zeiträume.

\*) Ferdinand Böltken, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

1) Datenbasis: Regionalstatistik des Bundes und der Länder für Gemeinden und Kreise. Es erfolgt eine regelmäßige Publikation der Indikatoren in Printform und als CD-ROM: Janich u.a. 2002.

2) Datenbasis: Eurostat auf der Ebene II der europäischen Raumgliederungen, in der Bundesrepublik Kreise. Indikatorenpublikation wie oben.

3) Datenbasis: Kommunalstatistik für Stadtteile.

4) Die BBR-Umfrage wird seit 1985 im Westen, seit 1990 in Ost und West durchgeführt, jeweils als voneinander unabhängige Stichproben mit n=2.000. Das Fragenprogramm wird so weit als möglich konstant gehalten, über die Ergebnisse wird regelmäßig berichtet (Böltken 2000a, 2001; Meyer u.a. 2003).

Kontinuierlich fortlaufende, bundesweit in vergleichbarer Weise für verschiedene räumliche Ebenen verfügbare Daten, die zudem eine nachprüfbar und anerkannte Qualität aufweisen und insofern auch im politischen Diskurs „belastbar“ sind, werden vor allem von der amtlichen Regional- und Kommunalstatistik bereitgestellt. Daraus ergibt sich als pragmatische Anforderung an das Beobachtungssystem, dass es auf räumlichen Einheiten aufbauen sollte, für die abgestimmte Merkmalsprogramme der Regional- und Kommunalstatistik vorliegen<sup>5)</sup>. Damit ist dann auch der Bezug auf statistikrelevante administrative Abgrenzungen, auf Länder, auf Stadt- und Landkreise, auf Gemeinden und kommunalstatistische Gebietsgliederungen als räumlicher Grundlage der entsprechenden Daten weitgehend vorgegeben.

Mit dem Bezug auf administrative Einheiten ist allerdings noch nicht die Vergleichbarkeit der Raumbezüge gesichert. Vielmehr müssen auf allen räumlichen Ebenen Modifikationen der administrativen Vorgaben vorgenommen bzw. Entscheidungen über die Wahl der angemessenen Einheiten getroffen werden: Regionen können nicht als Übernahme der Landesvorgaben abgegrenzt werden, sondern müssen (siehe Kapitel 4.3.1) nach bundesweiten Vergleichsmaßstäben abgestimmt werden; Kreise können nicht übernommen werden, sondern müssen z. T. zu Kreisregionen zusammengefasst werden; Gemeinden müssen z. T. zusammengefasst werden, um eine bundesweit sinnvolle Vergleichsbasis zu haben.

#### **Analyseeinheiten für die großräumige regionale Perspektive: die „Raumordnungsregionen“**

Um Probleme mit regionalem Bezug in den Griff zu bekommen, entwerfen die Bundesländer Regionalpläne. Dazu werden „Planungsregionen“ abgegrenzt. Sie orientieren sich soweit als möglich an den in einer Region vorhandenen wechselseitigen Abhängigkeiten und Verflechtungen. Dabei handelt es sich meist um die Verflechtung eines (groß)städtischen Zentrums mit seinem Umland, wobei das Zentrum Versorgungsfunktionen mit Gütern und Dienstleistungen für das Umland übernimmt. Beide zusammen bilden dann eine „Funktionalregion“, für die eine gemeinsame Regionalplanung sinnvoll ist. An diesen funktionalräumlichen Planungsregionen der Länder orientieren sich die vom BBR abgegrenzten Analyseregionen.

---

5) Um die Datenlage für vergleichende Analysen zu verbessern, hat sich das „Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik“ (Böltkén, 2000b: 210ff.) konstituiert. Dabei geht es auch um die Verbesserung des bundesweit vergleichbaren regionalstatistischen Datenangebot auf Gemeindeebene. Das vorhandene Angebot wird als Katalog (Regio-Stat) und als Datensatz (Statistik regional) publiziert und ist bei den Statistischen Landesämtern zu beziehen (siehe Kapitel 8.1).

Abbildung 4.3.1: Planungsregionen der Länder

Planungsregionen der Länder  
August 1997

Nummern und Namen der Planungsregionen

Schleswig-Holstein (SH)

- 1 Planungsraum 1-Schleswig-Holstein Süd
- 2 Planungsraum 2-Schleswig-Holstein Ost
- 3 Planungsraum 3-Schleswig-Holstein Mitte
- 4 Planungsraum 4-Schleswig-Holstein Süd-West
- 5 Planungsraum 5-Schleswig-Holstein Nord

Niedersachsen (NI)

In Niedersachsen sind grundsätzlich die Kreise, insofern diese kleiner sind als die Fläche kreisfreie Städte, insofern Träger der Regionalplanung die Planungsregionen, Ausdrucksform: Kreisverband Göttingen Hannover und Landverband Göttingen Braunschweig, sind den Kreisverwaltungen zugeordnet.

- 1 Landverband Göttingen Braunschweig
- 2 Landkreis Göttingen
- 3 Stadt Göttingen
- 4 Landkreis Hildesheim
- 5 Landkreis Osterode am Harz
- 6 Kreisverband Göttingen Hannover
- 7 Landkreis Diepholz
- 8 Landkreis Haverhorst
- 9 Landkreis Hildesheim
- 10 Landkreis Lüneburg
- 11 Landkreis Osterode
- 12 Landkreis Schaumburg
- 13 Landkreis Verden
- 14 Landkreis Verden
- 15 Landkreis Verden
- 16 Landkreis Verden
- 17 Landkreis Verden
- 18 Landkreis Verden
- 19 Landkreis Verden
- 20 Landkreis Verden
- 21 Landkreis Verden
- 22 Landkreis Verden
- 23 Landkreis Verden
- 24 Landkreis Verden
- 25 Landkreis Verden
- 26 Landkreis Verden
- 27 Landkreis Verden
- 28 Landkreis Verden
- 29 Landkreis Verden
- 30 Landkreis Verden
- 31 Landkreis Verden
- 32 Landkreis Verden
- 33 Landkreis Verden
- 34 Landkreis Verden
- 35 Landkreis Verden
- 36 Landkreis Verden
- 37 Landkreis Verden
- 38 Landkreis Verden
- 39 Landkreis Verden
- 40 Landkreis Verden

Nordrhein-Westfalen (NW)

- 1 Regierungsbezirk Düsseldorf
- 2 Regierungsbezirk Köln
- 3 Regierungsbezirk Aachen
- 4 Regierungsbezirk Bonn
- 5 Regierungsbezirk Münster
- 6 Regierungsbezirk Detmold
- 7 Regierungsbezirk Hamm
- 8 Regierungsbezirk Arnsberg
- 9 Regierungsbezirk Lippe
- 10 Regierungsbezirk Paderborn
- 11 Regierungsbezirk Bielefeld
- 12 Regierungsbezirk Hamm
- 13 Regierungsbezirk Hamm
- 14 Regierungsbezirk Hamm
- 15 Regierungsbezirk Hamm
- 16 Regierungsbezirk Hamm
- 17 Regierungsbezirk Hamm
- 18 Regierungsbezirk Hamm
- 19 Regierungsbezirk Hamm
- 20 Regierungsbezirk Hamm
- 21 Regierungsbezirk Hamm
- 22 Regierungsbezirk Hamm
- 23 Regierungsbezirk Hamm
- 24 Regierungsbezirk Hamm
- 25 Regierungsbezirk Hamm
- 26 Regierungsbezirk Hamm
- 27 Regierungsbezirk Hamm
- 28 Regierungsbezirk Hamm
- 29 Regierungsbezirk Hamm
- 30 Regierungsbezirk Hamm
- 31 Regierungsbezirk Hamm
- 32 Regierungsbezirk Hamm
- 33 Regierungsbezirk Hamm
- 34 Regierungsbezirk Hamm
- 35 Regierungsbezirk Hamm
- 36 Regierungsbezirk Hamm
- 37 Regierungsbezirk Hamm
- 38 Regierungsbezirk Hamm
- 39 Regierungsbezirk Hamm
- 40 Regierungsbezirk Hamm

Hessen (HE)

- 1 Planungsregion Nordhessen
- 2 Planungsregion Mittelhessen
- 3 Planungsregion Südhessen

Rheinland-Pfalz (RP)

- 1 Region Mittelrhein-Nordwest
- 2 Region Süd
- 3 Region Rheingebiet
- 4 Region Rheinhell
- 5 Region Rheinnord

Baden-Württemberg (BW)

- 1 Region Stuttgart
- 2 Region Tübingen
- 3 Region Ostwürttemberg
- 4 Region Ulm
- 5 Region Neckar
- 6 Region Neckar
- 7 Region Neckar
- 8 Region Neckar
- 9 Region Neckar
- 10 Region Neckar
- 11 Region Neckar
- 12 Region Neckar

Mecklenburg-Vorpommern (MV)

- 1 Planungsregion Vorpommern
- 2 Planungsregion Mittelmecklenburg
- 3 Planungsregion Vorpommern
- 4 Planungsregion Nordmecklenburg

Bayern (BY)

- 1 Region Bayerischer Untermain
- 2 Region Nürnberg
- 3 Region Mittelfranken
- 4 Region Oberfranken
- 5 Region Oberfranken
- 6 Region Oberfranken
- 7 Region Oberfranken
- 8 Region Oberfranken
- 9 Region Oberfranken
- 10 Region Oberfranken
- 11 Region Oberfranken
- 12 Region Oberfranken
- 13 Region Oberfranken
- 14 Region Oberfranken
- 15 Region Oberfranken
- 16 Region Oberfranken
- 17 Region Oberfranken
- 18 Region Oberfranken

Sachsen (SN)

- 1 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 2 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 3 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 4 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 5 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 6 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 7 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 8 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 9 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 10 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 11 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 12 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 13 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 14 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 15 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 16 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 17 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge
- 18 Planungsregion Ost-Elbe/Ostoberge

Sachsen-Anhalt (ST)

- 1 Regierungsbezirk Magdeburg
- 2 Regierungsbezirk Halle
- 3 Regierungsbezirk Dessau

Thüringen (TH)

- 1 Planungsregion Nordthüringen
- 2 Planungsregion Nordthüringen
- 3 Planungsregion Ostthüringen
- 4 Planungsregion Südthüringen

Brandenburg (BB)

- 1 Region Pignitz-Ostprignitz
- 2 Region Uckermark
- 3 Region Ostprignitz
- 4 Region Uckermark
- 5 Region Uckermark

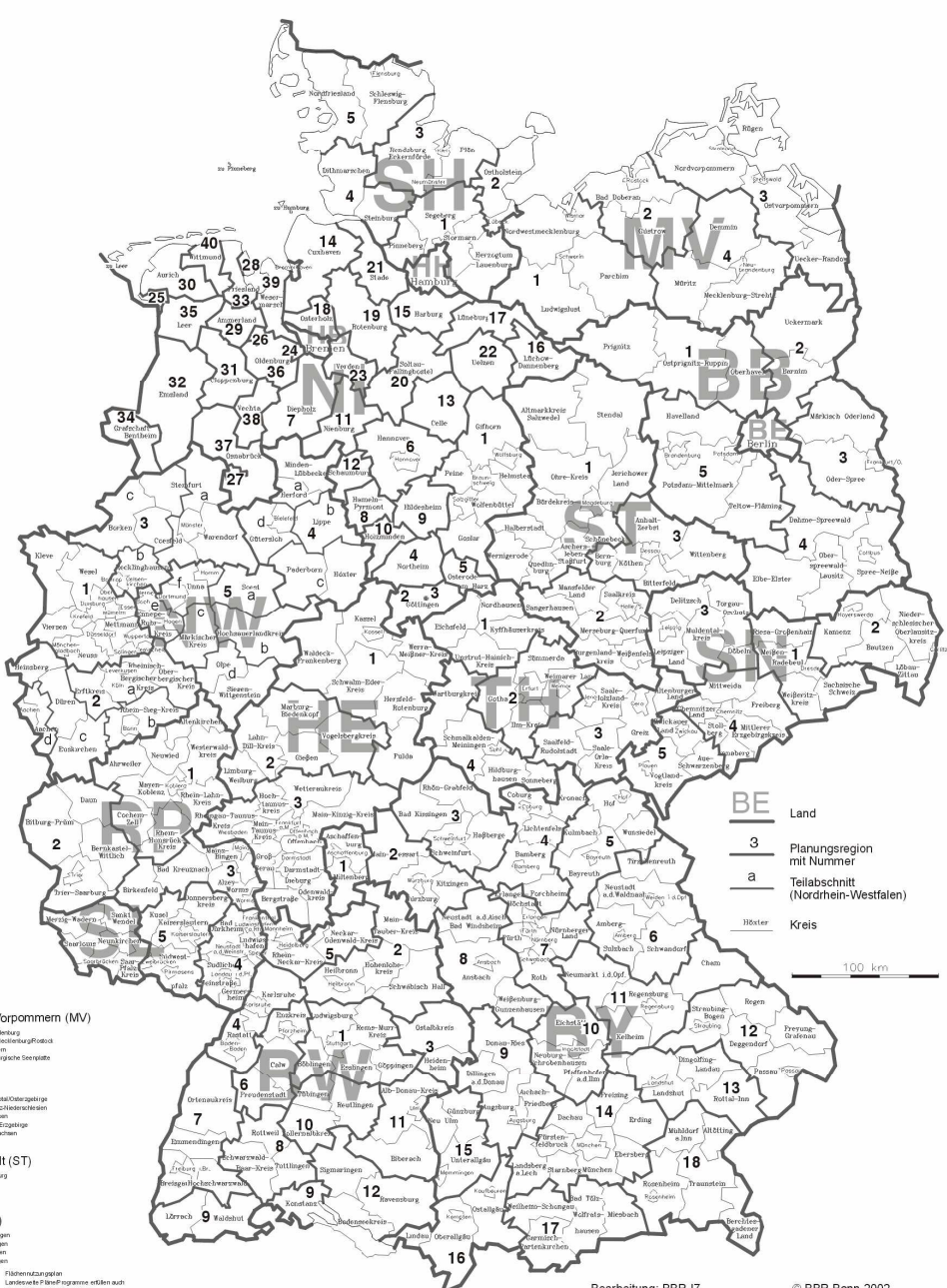


Abbildung 4.3.2: Raumordnungsregionen

Raumordnungsregionen 1.1.1997



© BBR Bonn 2000

- Raumordnungsregionsgrenze
- Saar 67 Name und Nummer der Raumordnungsregion
- Kreisgrenze

Raumordnungsregionen sind -mit Ausnahme der Stadtstaaten- großräumige, funktional abgegrenzte Raumeinheiten für die Raumordnungsberichterstattung des Bundes. Sie entsprechen in der Regel den Planungsregionen der Länder, in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen vergleichbaren regionalen Gliederungen.

Allerdings: Die von den Ländern festgelegten Planungsregionen entsprechen den jeweiligen Erfordernissen oder Sichtweisen der Länder und sind bundesweit keineswegs vergleichbar abgegrenzt. Vergleichbarkeit muss also zunächst organisiert und abgestimmt werden. Dazu wurden zu Anfang der 80er Jahre für die alte Bundesrepublik sogenannte „Raumordnungsregionen“ gebildet (ARL 1981; Becker 1982; Guber 1995; Sinz 1995), die dann nach der deutschen Einheit durch analoge Abgrenzungen für die neuen Länder ergänzt wurden (Görmar u.a. 1991). Schließlich musste nach den Gebietsreformen in den Neuen Ländern eine Neuabgrenzung der Raumordnungsregionen und anschließend ein bundesweiter Abgleich vorgenommen werden. Dies wurde mit einer empirischen Überprüfung der funktionalräumlichen Verflechtungen verbunden (Böltken u.a. 1996), wobei die „Funktionalräumlichkeit“ der bestehenden Regionsabgrenzungen mit Hilfe der Pendlerverflechtungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten untersucht wurde (so wie es auch bei den BIK-Regionen der Fall ist, vgl. 4.2). Räumliche Basiseinheiten dieser Regionen sind kreisfreie Städte und Landkreise, um den Bezug auf die entsprechende Regionalstatistik zu sichern.

### **Analyseeinheiten für die kleinräumige regionale Perspektive: Kreise und Kreisregionen**

Die nach den Gebietsreformen in den letzten Jahren verbliebenen 440 Kreise der Bundesrepublik<sup>6)</sup> bilden im System der Raumbeschreibung die regionalstatistische Basiseinheit, weil auf dieser Ebene ein breites Merkmalspektrum zur Verfügung steht. Dennoch kann die administrative Ebene „Kreis“ unter Vergleichsgesichtspunkten nicht einfach als Ebene der Berichterstattung übernommen werden. Wie bei den Planungsregionen müssen vielmehr landesspezifische Sondersituationen berücksichtigt werden.

Während z. B. in NRW auch größere Städte (50.000 bis 100.000 E) nicht als „kreisfrei“ ausgewiesen werden, die Städte statistisch also in Landkreisen bzw. deren statistischen Werten aufgehen, werden etwa in Süddeutschland und im Nordosten auch kleinere Stadtgemeinden (um/unter 50.000 EW) als Stadtkreise ausgewiesen. Sie würden bei einer nur an der Kreisfreiheit orientierten Aggregation aus einer regionalen (Stadt-Umland) Situation ausgeblendet, die siedlungsstrukturell dem Aggregat einer kreisangehörigen größeren Stadtgemeinde mit ihrem Kreis entspricht. Man würde also im Fall kleinerer kreisfreier Städte eine Differenzierung vornehmen, die aus bundesweiter Perspektive für Gemeinden und Gemeindetypisierungen angemessen wäre, nicht jedoch für Kreise als regionale Aggregation von (nicht großstädtischen) Gemeinden.

Wegen dieser Vergleichsproblematik und der Abgrenzung der regionalen Ebene Kreis von der lokalen Ebene Gemeinde werden kreisfreie Städte nur dann als eigenständige Einheiten ausgewiesen, wenn sie den großstädtischen Kern von (Raumordnungs-)Regionen bilden. Der Schwellenwert dafür wird bei 100.000 EW angesetzt. Ab dieser Bevölkerungszahl sind bis auf wenige Ausnahmen Städte kreisfrei. Sie bilden i.d.R. als „Kernstädte“ die Oberzentren von Raumordnungsregionen. Kreisfreie Städte unterhalb dieser Größe werden mit ihrem Umlandkreis zu Kreisregionen zusammengefasst und insofern der Situation von kreisangehörigen Gemeinden und ihrem Umland gleichgestellt.

### **Analyseeinheiten für die lokale Perspektive: Gemeinden und Gemeindeverbände**

Wie bei den Planungsregionen und Kreisen stellt sich auch auf Ebene der Gemeinden ein bundesweites Vergleichsproblem. Die historisch bedingten Siedlungsstrukturunterschiede in der Bundesrepublik schlagen sich bis heute – trotz der Gemeindegebietsreformen – in unterschiedlichen Gemeindeverfassungen und – Gemeindeabgrenzungen nieder. Zum Teil haben sogar gerade die Gebietsreformen zu sehr unterschiedlichen Gemeindegrenzen geführt. Während z. B. in NRW sehr große Gemeinden gebildet wurden (die dem alltagsrelevanten Kontext nur begrenzt entsprechen), blieben in anderen Ländern kleine (aus administrativer Sicht kaum tragfähige) Gemeinden erhalten, z. B. in Rheinland-Pfalz die „Ortsgemeinden“. Auf dieser Ebene lassen sich alltagsrelevante Kontextbedingungen möglicherweise besser abbilden, aber die Ergebnisse können mit denen anderer Länder kaum verglichen werden.

So würde man in Rheinland-Pfalz eine siedlungsstrukturelle Heterogenität ausweisen, die in NRW selbst dann überdeckt würde, wenn es sich um vergleichbare Siedlungsstrukturbedingungen handelte. Bei Unkenntnis dieses Umstandes werden dann bei bundesweiten Analysen Fehlschlüsse möglich. So könnte man in sehr kleinen Gemeinden vorgefundene Ergebnisse eben durch diese Gemeindegröße zu erklären versuchen, obwohl sich das Merkmal durch Eigenschaften des Landes Rheinland-Pfalz erklärt. Diese Problematik besteht nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb einzelner Bundesländer. So werden z. B. in Niedersachsen einerseits relativ große, tragfähige Gemeinden ausgewiesen, zum Teil aber auch sehr kleine Gemeinden, die ihre Aufgaben nur beschränkt erfüllen können und die deshalb zu tragfähigen Gemeindeverbänden zusammengefasst werden. Diese

6) Stand: 31.12.00. In den neuen Bundesländern waren 1990 noch 216 Kreise vorhanden, die dann auf 113 reduziert wurden, um mit einer entsprechend vergrößerten Bevölkerung „tragfähig“ zu sein. In den alten Ländern blieben die Kreise bis zum Stichtag konstant. Inzwischen (mit Wirkung vom 1.11.01) wurde die „Region Hannover“ gebildet, als Zusammenschluss der bis dahin kreisfreien Stadt Hannover und des sie umgebenden Landkreises Hannover, mit dem statistischen Status eines Landkreises. Noch wird die amtliche Kreisstatistik als „darunter“ Position auch für die Stadt Hannover ausgewiesen. Das gilt aber heute schon nicht für alle sonstigen statistischen Quellen. Vermutlich wird auf Dauer die Merkmalsfülle der Kreisstatistik nur noch für die Region Hannover insgesamt zur Verfügung stehen. Zu hoffen ist auf eine dies auffangende Ausweitung der Gemeindestatistik. In diesem Beitrag wird noch auf die alte Abgrenzung und die entsprechenden Kreisdaten zurück gegriffen.

Zusammenfassungen sind gerade für raumordnerische Fragestellungen zuständig<sup>7)</sup> und verfügen über eine gemeinsame Verwaltung, die ansonsten auf der Gemeindeebene angesiedelt ist.

Diese Gemeindezusammenschlüsse existieren mehr oder weniger ausgeprägt in allen Flächenländern, die aus welchen Gründen auch immer eine kleinräumige Struktur der Gemeinden bewahrt haben. Das gilt vor allem für die neuen Länder. Es ist nicht ohne eine gewisse Paradoxie: diese kleinräumigen Zuschnitte werden i.d.R. als die einzig gültige „administrative“ Ebene übernommen, obwohl die administrativen Aufgaben vor allem von den Gemeindeverbänden bzw. den Verwaltungsgemeinschaften wahrgenommen werden.

Für bundesweite Vergleiche kleinräumiger Lebensbedingungen unterhalb der Kreisebene jedenfalls ist die Ebene „Gemeinde“ für kleine Ortsgemeinden nur sehr beschränkt geeignet. Vorzuziehen ist die Ebene der Gemeindezusammenschlüsse bzw. die der „Einheitsgemeinden“, die bereits eine tragfähige Struktur haben.

Dieser Vergleichsgegenstand wird noch durch den der Datenverfügbarkeit unterstützt: Sehr kleine Gemeinden geraten schnell an Datenschutzprobleme wegen zu geringer Fallzahl bei inhaltlicher Ausdifferenzierung. Es macht auch von diesem Blickwinkel aus wenig Sinn, eine kleinräumige Kontextabgrenzung vorzunehmen, die nicht statistisch abgedeckt werden kann.

**Tabelle 4.3.1: Gemeinden und Gemeindeverbände pro Land**

Gemeinden und Gemeindeverbände/Einheitsgemeinden am 31.12.2000			
Land		Anzahl	
		Gemeinden	Gemeindeverbände / Einheitsgemeinden
1	Schleswig-Holstein	1.132	225
2	Hamburg	1	1
3	Niedersachsen	1.054	452
4	Bremen	2	2
5	Nordrhein-Westfalen	396	396
6	Hessen	430	430
7	Rheinland-Pfalz	2.306	212
8	Baden-Württemberg	1.112	462
9	Bayern	2.102	1.418
10	Saarland	52	52
11	Berlin	1	1
12	Brandenburg	1.474	218
13	Mecklenburg-Vorpommern	1.000	181
14	Sachsen	544	343
15	Sachsen-Anhalt	1.289	216
16	Thüringen	1.017	256
West		8.587	3.650
Ost		5.325	1.215
Insgesamt		13.912	4.865

Die im Jahre 2000 insgesamt fast 14.000 Gemeinden reduzieren sich dann auf weniger als 5.000 Einheitsgemeinden bzw. Gemeindeverbände. Davon betroffen sind im Westen vor allem Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, während z. B. Nordrhein-Westfalen und Hessen wegen der Bildung großer Einheitsgemeinden gar nicht tangiert werden (siehe Tabelle 4.3.1). Im Osten sind alle Flächenländer stark vom Umstieg auf Verwaltungsgemeinschaften betroffen: Über 5.300 Ortsgemeinden werden zu ca. 1.200 Gemeindeverbänden zusammen geführt. Angesichts dieser Länderunterschiede ist klar, dass ein Vergleich von Ortsgemeinden nach deren Einwohnerzahl wenig Sinn macht. So ist im Fall großer, neu gebildeter Einheitsgemeinden wie in

7) z. B. in Rheinland-Pfalz: Schulwesen, Brandschutz und technische Hilfe, Unterhaltung zentraler Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen, Bau und Unterhaltung überörtlicher Sozialeinrichtungen, Wasserversorgung, Flächennutzungsplanung usw.

NRW ein ehemaliges Dorf nun Teil einer größeren Gemeinde bzw. Stadt; seine Bewohner würden entsprechend als „Städter“ eingestuft, während im Falle kleinteiliger Gemeindestrukturen die Bewohner weiterhin Dörfler bleiben, obwohl das von ihnen mitgenutzte Zentrum des Gemeindeverbandes ebenso groß sein kann wie das einer großen Einheitsgemeinde. Auch mit Blick auf die „Zentralität“ gilt dies Problem: Im Fall der großen Einheitsgemeinde ist der zentrale Ort Teil der Gemeinde geworden (und alle Ortsteile haben dann die Eigenschaft, Teil eines zentralen Ortes zu sein), bei Verwaltungsgemeinschaften bleibt das Zentrum eigenständig, die von ihm in gleicher Weise versorgten Mitgliedsgemeinden haben nicht die Eigenschaft, Teil eines Zentrums zu sein.

#### 4.3.2 Die siedlungsstrukturellen Gebietstypen des BBR

Die siedlungsstrukturellen Gebietstypen des BBR bieten als pragmatisches Analyseraster eine erste Orientierung auf der für die raumbezogene Forschung zentralen Dimension „Siedlungsstruktur“. Die Gebietstypen beschränken sich auf diese eine Dimension, die sie zudem mit nur wenigen, unmittelbar nachvollziehbaren Merkmalen erfassen. Diese eine Dimension wird man natürlich bei spezifischen Fragestellungen durch weitere inhaltliche Merkmale ergänzen (was mit dem Hintergrund des räumlichen Informationssystems und der aus ihm abgeleiteten Indikatoren<sup>8)</sup> problemlos möglich ist) und so komplexere Typen bilden. Der allgemeine Nenner „Siedlungsstruktur“ eignet sich daher vor allem zu Querschnittsvergleichen verschiedener Entwicklungsrichtungen auf verschiedenen inhaltlichen Ebenen.

##### Komponenten der Siedlungsstruktur: Größe, Dichte, Heterogenität und Verflechtung

Versteht man unter Siedlungsstruktur „das eine Fläche bedeckende Netz von Dörfern und Städten unterschiedlicher Größe“<sup>9)</sup>, so ist zunächst eine Operationalisierung von „Städten“ und „Dörfern“ zu leisten, dann deren „Vernetzung in der Fläche“, also die Lage der Siedlungen im Raum und ihr Verhältnis zueinander zu berücksichtigen.

Städte und Dörfer werden üblicherweise nach ihrer Einwohnerzahl bzw. Größe unterschieden. Das ist insofern angemessen, als sich „Größe“ nicht zufällig ergibt: Es müssen Gründe vorliegen, warum Ansiedlungen zu großen Städten werden. Die Ansiedlung mag mit bestimmten natürlichen Gegebenheiten (Bodenschätze, Klima, Lage an Flüssen usw.) zusammenhängen, sie mag am politischen Willen zur Stadtgründung auch an „künstlichen“ Standorten liegen, an militärischen Gesichtspunkten usw.. Ausgangspunkt sind Gelegenheiten oder Zielvorstellungen, die dann ihrerseits „Gelegenheiten“ zu Handel und Wandel schaffen, die sich im Falle einer „günstigen“ Lage selbst verstärken und zum Wachstum und zur internen Differenzierung der Stadt beitragen.

„Größe“ ist dabei durchaus auch ein soziologisch bedeutsames Unterscheidungsmerkmal von Stadt. So nimmt mit zunehmender Größe die gegenseitige Bekanntschaft der Einwohner ab (Weber 1976: 727). Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Regelungen des Umgangs von einander Unbekannten zu entwickeln. Sie müssen umso stärker institutionalisiert sein, je mehr sie sich mit „Dichte“ und „Vielfalt“ auf begrenztem Raum verbinden (Simmel 1966: 381-389).

Diese Vielfalt ergibt sich auch aus der für „Städte“ charakteristischen Fähigkeit und Funktion, überlokale Bedürfnisse zu befriedigen. Das gilt einmal für den städtischen „Markt“, der nicht nur die Bedürfnisse der Stadtbewohner, sondern auch die des Umlandes befriedigt. Zum anderen „versorgt“ die Stadt ihr Umland mit anderen „zentralen“ Infrastrukturangeboten, etwa mit Blick auf Bildungs- und Kultureinrichtungen: Ein Ort ist aus dieser Perspektive umso mehr „Stadt“, je mehr er mit seiner Ausstattung nicht nur die eigene Bevölkerung, sondern auch das Umland mitversorgt und vom Umland in Anspruch genommen wird. Daraus wiederum ergeben sich dann weitergehende Regelungsnotwendigkeiten für städtische Interaktionen und Institutionen, für Rechte und Pflichten, für die Organisation von Arbeitsteiligkeit und Verwaltung (Bahrdt 1998: 63-67).

Wenn man „Stadt“ nicht nur über „Größe“, sondern über ihre Vielfalt, ihre infrastrukturelle Ausstattung und über ihre Beziehung zum Umland definiert, stößt man auf das Konzept der „zentralen“ Orte (Christaller 1933). Die Einstufung von Orten je nach ihrer Ausstattung und Bedeutung für ihr Umland ist (nicht nur in Deutschland) in der raumbezogenen Planung bewährte Praxis (Blotvogel 1996; Stiens & Pick 1999: 13), zumal die Zuordnung von „Zentralität“ zu einem großen Anteil naturwüchsig ist. Sie spiegelt in der Regel die gewachsenen Strukturen in einer Region, die „Vernetzungen von Städten und Dörfern“ wider. Darüber hinaus werden mit der Zuweisung von Zentralität in einem planerisch beeinflussten Städtenetz die vorhandenen Strukturen nicht nur widergespiegelt, sondern durch entsprechende Aufgabenzuweisungen und Ausstattungen durch die Regionalplanung gezielt gesteuert. Insofern bilden sich „städtische“ Verhältnisse und Funktionen nicht nur nach den skizzierten historischen Zusammenhängen, sondern werden planerisch geschaffen. Das gilt auch für den Zuschnitt von Gemeinden, der spätestens nach den Gebietsreformen in den 70er Jahren in der alten BRD nicht mehr der traditionellen Vorstellung von „Städten und Dörfern“ als geschlossene Siedlungen entspricht. Damit verliert dann auch das Merkmal „Größe“ seine an sich unstrittige Bedeutung zur Klassifikation von Gemeinden, während die „Zentralität“ an Bedeutung gewinnt.

8) Die neueste Indikatorenpublikation ist als CD-ROM „INKAR“ (Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung) für 2004 zu beziehen. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) 2005.

9) „... sowie in ökonomischer Hinsicht die Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten innerhalb dieses Netzes, die Qualität und Quantität ... der Arbeitskräfte, die Ausstattung mit öffentlichen Grundleistungen und das sie verbindende Transportsystem.“ (Ritter 1970: 2893)

Über das System der zentralen Orte gerät Region und Regionalplanung in den Blick. Ähnlich wie bei „Zentralität“ existieren hier Strukturen, die an den historisch gewachsenen Verhältnissen, an den vorhandenen Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Umland anknüpfen. Auf diese gewachsenen Strukturen setzen die siedlungsstrukturellen Gebietstypen des BBR auf: Auf Städte, die sich über ihre Bedeutung für das Umland, über die historische gewachsene Funktionalität und planerisch verstetigte „Zentralität“ definieren. Auf Regionen als die Gebiete, für die das Zentrum seine Versorgungsleistungen anbietet.

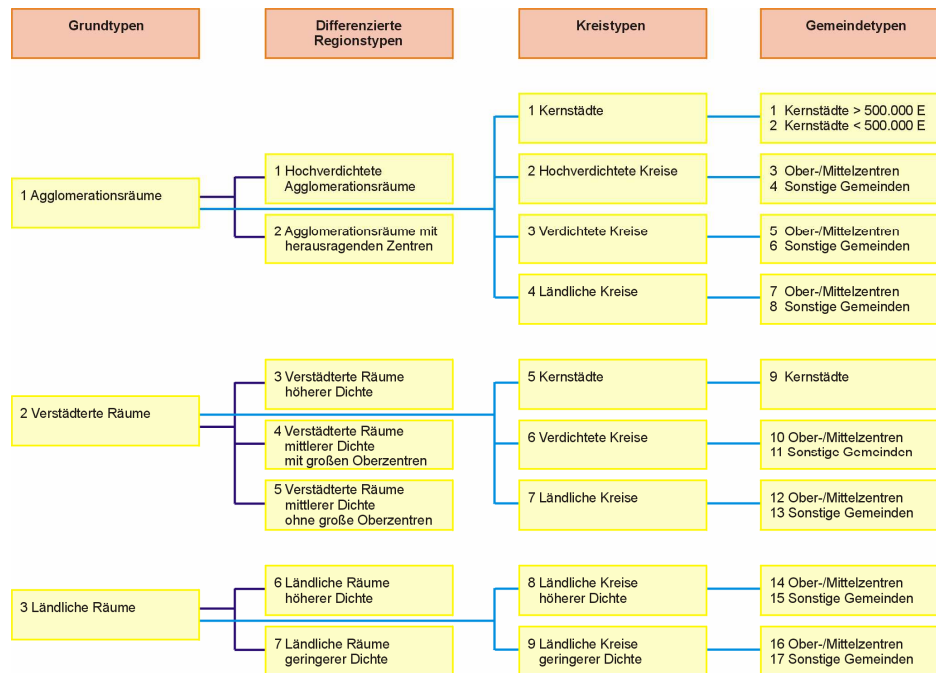
### Das System der siedlungsstrukturellen Gebietstypen

Räumliche und regionalstatistische Grundlage der siedlungsstrukturellen Gebietstypen des BBR sind die jeweils vergleichbar abgegrenzten (Raumordnungs-) Regionen, die Kreise und Kreisregionen, die Einheitsgemeinden und Gemeindeverbände. Auf jeder dieser Ebenen werden sehr einfache Klassifikationen vorgenommen. Ihre Komplexität gewinnen die Typisierungen, indem die Ebenen miteinander verschränkt sind.

Die Ebenen dieser Gebietstypen sind hierarchisch aufgebaut bzw. miteinander verzahnt, um der wechselseitigen Beziehung der verschiedenen Ebenen gerecht zu werden: Großräumige Lebensbedingungen und Entwicklungsrichtungen können nach kleineren regionalen Bezügen und auf der lokalen Ebene differenziert werden, kleinräumige Bedingungen können in ihren mittel- und großräumigen Kontext eingeordnet werden.

Dabei werden auf allen Ebenen bundesweit einheitliche, sehr einfache Kriterien angelegt. Die Einheitlichkeit gestattet es, beliebige Zusammenfassungen oder Differenzierungen innerhalb und zwischen den drei Raumebenen vorzunehmen. Einfach können die Dinge sein, weil sie sich an vorhandenen, z. T. höchst komplex gewachsenen Strukturen orientieren, die insgesamt die Siedlungsstruktur der Bundesrepublik und das daran geknüpfte Institutionengefüge ausmachen.

### Übersicht 4.3.2: Siedlungsstrukturelle Gebietstypen des BBR



### Siedlungsstrukturelle Regionstypen

Die Regionstypen dienen dem Vergleich großräumiger siedlungsstruktureller Disparitäten und Entwicklungstendenzen. Ausgangspunkt der großräumigen Siedlungsstrukturklassifikation sind die landesscharf abgegrenzten Raumordnungsregionen. Mit Ausnahme der Stadtstaaten bilden sie in akzeptabler Annäherung funktionalräumliche Zusammenhänge ab, i.d.R. den funktionalräumlichen Zusammenhang von oberzentralen Kernen und deren Umland. Im Falle der Stadtstaaten erfolgt eine entsprechende landesübergreifende Abgrenzung des Umlands, um zu bundesweit vergleichbaren funktionalräumlichen Analyseregionen zu gelangen. Diese Analyseregionen bilden die Basis der Regionaltypisierung. Als zentrale Merkmale zur Kennzeichnung der Siedlungsstruktur werden auf der Ebene der Analyseregionen die Größe der Zentren (Einwohnerzahl), die



Bevölkerungsdichte (Einwohner pro Fläche) der Regionen sowie die unterschiedliche Verteilung der Bevölkerung innerhalb der Regionen verwendet.

Es werden Regions-Grundtypen und differenzierte Regionstypen vorgeschlagen. Zur Analyse großräumiger siedlungsstruktureller Entwicklungstendenzen wird der Rückgriff auf die differenzierten Regionstypen empfohlen. Die Grundtypen sind dagegen eher für stark vereinfachende regionale Darstellungen geeignet. Zudem dienen sie als Basis der Kreistypisierung. Bei ihnen wird die interne Heterogenität der Regionstypen auf der Kreisebene abgebildet.

Bei den Grundtypen werden als Kriterien lediglich die Größe der jeweiligen Oberzentren und die Bevölkerungsdichte der Region angelegt. Dabei orientieren sich die angelegten Schwellenwerte an den zu Beginn der 80er Jahre eingeführten Kriterien, an international üblichen Konventionen sowie an der ausreichenden Vertretung von Regionen in den einzelnen Klassen.

#### Übersicht 4.3.3: Siedlungsstrukturelle Regionstypen: Abgrenzungskriterien

<p>Regionstyp I (Agglomerationsräume)  <b>fasst Regionen zusammen mit  Oberzentren &gt;300000 EW oder Bevölkerungsdichte um &gt;300 EW/qkm</b></p>
<p>Regionstyp II (Verstädterte Räume)  <b>umfasst Regionen mit  Oberzentren &gt;100000 EW oder Bevölkerungsdichte &gt;150 EW/qkm,  bei einer Mindestdichte von 100 EW/qkm</b></p>
<p>Regionstyp III (Ländliche Räume)  <b>umfasst Regionen mit  Bevölkerungsdichte &lt;150 EW/qkm und ohne Oberzentrum &gt;100.000 EW,  Regionen mit Oberzentrum &gt;100.000 EW und einer Dichte um &lt;100 EW/qkm</b></p>

Innerhalb der 3 Grundtypen werden die Regionen nach ihren siedlungsstrukturellen Unterschieden differenziert, wobei versucht wurde, die wesentlichen Unterschiede mit möglichst wenigen Klassen zu fassen:

Im Regionstyp I wird danach unterschieden, ob die Oberzentren von einem stark verdichteten Umland umgeben sind oder aus einem relativ gering verdichteten Umland herausragen.

Beim Regionstyp II wird eine dreifache Unterscheidung vorgenommen, die den in diesem Typ charakteristischen fließenden Übergängen gerecht zu werden versucht: Regionen, die in ihrem Verdichtungsgrad dem Regionstyp I nahe kommen (>200 EW/qkm); Regionen mittlerer Dichte mit großstädtischen Zentren; Regionen mittlerer Dichte ohne große Oberzentren.

Im Regionstyp III werden die insgesamt durch eine geringe Dichte gekennzeichneten Regionen (<150 EW/qkm) danach unterschieden, ob sie im Vergleich ländlicher Regionen eine noch relativ hohe Dichte (>100 EW/qkm) oder aber eine selbst für diese Kategorie geringe Dichte (<100 EW/qkm) aufweisen.

Es ergeben sich dann im Überblick folgende differenzierte Regionstypen (siehe Übersicht 4.3.4):

## Übersicht 4.3.4: Differenzierte Regionstypen

<p><i>Grundtyp I: Agglomerationsräume</i></p> <p>1 Hochverdichtete Agglomerationsräume Regionen mit Oberzentren &gt;100000 E und Umland-Dichte &gt;300 EW/qkm: Typisch für diese regionale Situation sind die polyzentrisch geprägten Agglomerationen wie Rhein-Ruhr, Rhein-Main-Neckar.</p> <p>2 Agglomerationsräume mit herausragenden Zentren Regionen mit Zentren &gt;100.000 EW und Umland-Dichte &lt;300 E/qkm: Typisch für diese Situation eines starken Kern-Umland Gefälles sind die Stadtstaaten und ihr Umland. Neben Berlin, Hamburg, Bremen, München, Hannover, Nürnberg, Dresden und Leipzig (= überragende Zentren mit ca. 500.000 EW) zählen auch Aachen und Chemnitz zu dieser Kategorie.</p>
<p><i>Grundtyp II: Verstädterte Räume</i></p> <p>3 Verstädterte Räume höherer Dichte Regionen mit Dichte &gt;200 EW/qkm: Verstädterte Regionen, die neben der relativ hohen Dichte (&gt;200 EW/qkm) i.d.R. ein großstädtisches Oberzentrum aufweisen (z. B. ROR 34 Halle/S, ROR 35 Münster) oder aber in der Nachbarschaft solcher Zentren liegen (z. B. ROR 73 Ostwürttemberg, ROR 80 Bayerischer Untermain).</p> <p>4 Verstädterte Räume mittlerer Dichte mit großen Oberzentren Regionen mit Dichte 100-200 EW/qkm, mit OZ &gt;100000 EW: Regionen mittlerer Dichte, bei denen „Verstädterung“ (bei einer Mindestdichte von ca. 100 EW/qkm) an dem Vorhandensein einer Großstadt festgemacht wird, und zwar auch dann, wenn die Region ansonsten relativ gering besiedelt ist (z. B. ROR 8 Mittleres Mecklenburg/Rostock, ROR 28 Lausitz-Spreewald, ROR 90 Regensburg).</p> <p>5 Verstädterte Räume mittlerer Dichte ohne große Oberzentren Regionen mit Dichte &gt;150 und &lt;200 EW/qkm, ohne Zentrum &gt;100.000 EW: Regionen, in denen kein großstädtisches Zentrum vorhanden ist, in denen aber eine größere Verdichtung als in ländlichen Räumen vorliegt (&gt;150 EW/qkm).</p>
<p><i>Grundtyp III: Ländliche Räume</i></p> <p>6 Ländliche Räume höherer Dichte Regionen mit Dichte &gt;100 EW/qkm: Regionen, die eine für ländliche Räume relativ hohe Bevölkerungsdichte und i.d.R. ein bedeutsames Zentrum aufweisen.</p> <p>7 Ländliche Räume geringerer Dichte Regionen mit einer Dichte &lt;100 EW/qkm: Regionen, die eine insgesamt geringe Bevölkerungsdichte aufweisen.</p>

Abbildung 4.3.3 zeigt die räumliche Verteilung und Tabelle 4.3.2 einige Strukturdaten der Regionstypen, die die Siedlungsstruktur der Bundesrepublik in groben Zügen skizzieren: Dabei wird einmal die ausgeprägte „Ländlichkeit“ in den (nördlichen) Regionen des Ostens deutlich. Sie zeigt sich nicht nur an den hier besonders stark vertretenen ländlichen Räumen geringerer Dichte, sondern auch am hier vorherrschenden Agglomerationsraumtyp „mit herausragenden Zentren“ bzw. mit sehr stark ländlich geprägtem Umland.

Abbildung 4.3.3: Siedlungsstrukturelle Regionstypen

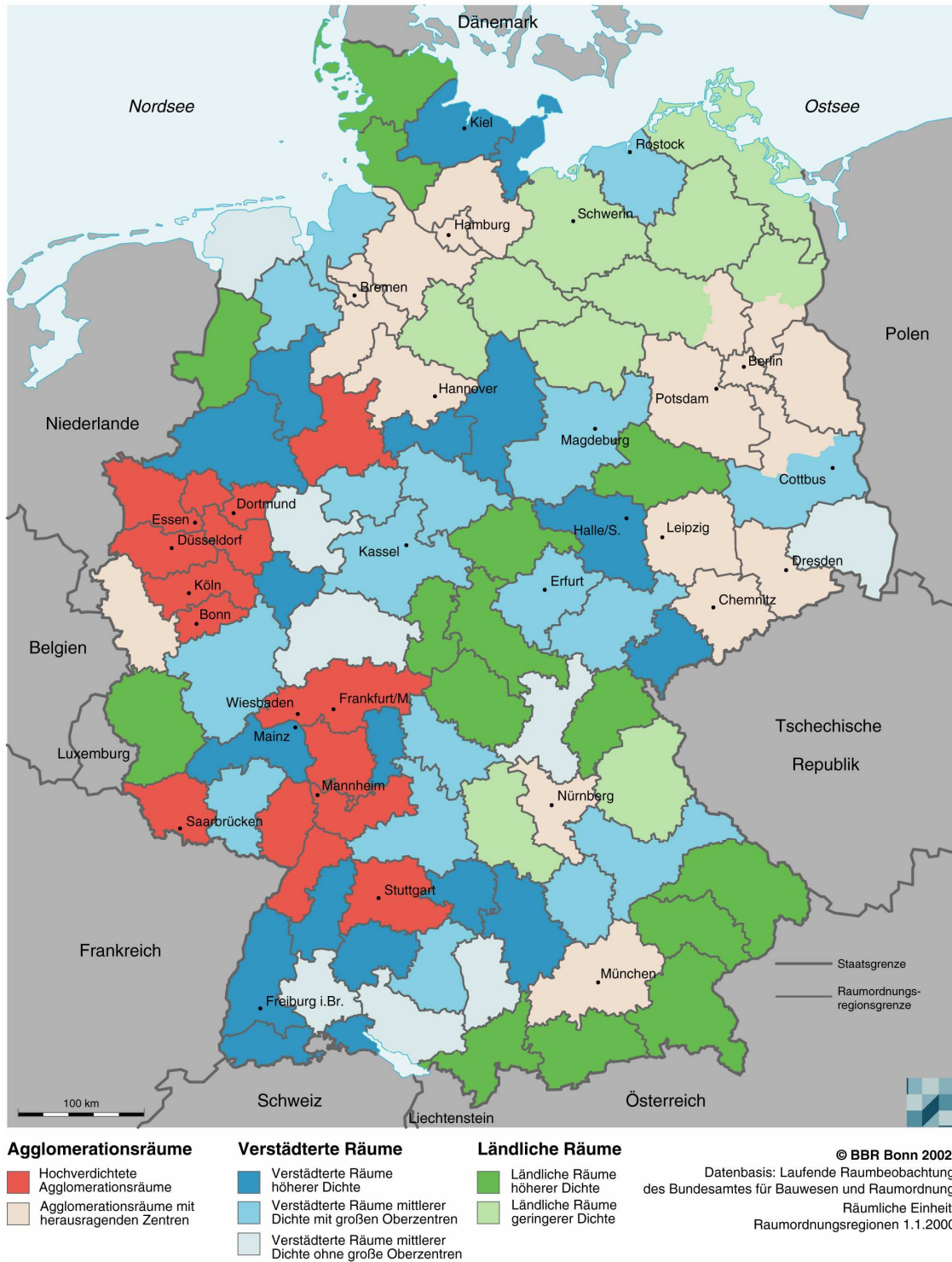


Tabelle 4.3.2: Siedlungsstrukturelle Regionstypen der Bundesrepublik

Siedlungsstrukturelle Regionstypen der Bundesrepublik						
	Fläche in qkm	Bevöl- kerung in 1.000	Bevölke- rungs- dichte	Bevölkerungs- entwicklung in %		Zahl der ROR 2000
				80-00	90-00	
Bundesrepublik	357.022	82.260	230	4,9	3,2	97
I Agglomerationsräume	96.296	42.976	446	4,9	3,0	32
1 Hochverdichte Aggl.räume	37.655	24.106	640	5,8	3,4	15
2 Aggl.räume m. herausragenden Zentren	58.640	18.870	322	3,7	2,4	17
II Verstädterte Räume	152.369	28.567	187	5,5	3,8	42
3 Verst. Räume höherer Dichte	52.385	12.321	235	7,0	4,5	17
4 Verst. Räume mittl. Dichte m. gr. OZ	70.685	11.117	157	3,8	2,8	17
5 Verst. Räume mittl. Dichte o. gr. OZ	29.299	5.129	175	5,9	4,5	8
III Ländliche Räume	108.357	10.717	99	3,4	2,2	23
6 Ländl. Räume höherer Dichte	59.293	7.195	121	6,1	3,8	15
7 Ländl. Räume geringerer Dichte	49.063	3.522	72	-1,7	-0,9	8
Alte Länder						
I Agglomerationsräume	67.172	34.805	518	6,5	4,2	24
1 Hochverdichte Aggl.räume	37.655	24.106	640	5,8	3,4	15
2 Aggl.räume m. herausragenden Zentren	29.517	10.699	362	7,9	6,0	9
II Verstädterte Räume	116.930	22.945	196	11,5	7,3	34
3 Verst. Räume höherer Dichte	45.402	10.805	238	11,4	6,8	15
4 Verst. Räume mittl. Dichte m. gr. OZ	46.726	7.699	165	12,4	8,1	12
5 Verst. Räume mittl. Dichte o. gr. OZ	24.802	4.442	179	10,2	6,9	7
III Ländliche Räume	64.347	7.278	113	11,9	7,4	16
6 Ländl. Räume höherer Dichte	47.260	5.703	121	12,2	7,2	12
7 Ländl. Räume geringerer Dichte	17.086	1.575	92	11,0	8,3	4
Neue Länder						
I Agglomerationsräume	29.124	8.171	281	-1,3	-2,0	8
2 Aggl.räume m. herausragenden Zentren	29.124	8.171	281	-1,3	-2,0	8
II Verstädterte Räume	35.439	5.622	159	-13,4	-8,3	8
3 Verst. Räume höherer Dichte	6.983	1.517	217	-16,6	-9,7	2
4 Verst. Räume mittl. Dichte m. gr. OZ	23.959	3.418	143	-11,5	-7,5	5
5 Verst. Räume mittl. Dichte o. gr. OZ	4.497	687	153	-15,7	-9,0	1
III Ländliche Räume	44.010	3.439	78	-10,9	-7,4	7
6 Ländl. Räume höherer Dichte	12.033	1.493	124	-12,0	-7,5	3
7 Ländl. Räume geringerer Dichte	31.977	1.947	61	-10,0	-7,3	4

Das gilt insbesondere für die Analyseregion Berlin, die aus der Raumordnungsregion Berlin und den an sie angrenzenden Landkreisen gebildet wurde<sup>10)</sup>. Diese Situation eines scharfen Stadt-Umland-Gefälles ist auch bei den die Stadtstaaten Bremen und Hamburg umfassenden Analyseregionen gegeben, wenn auch nicht in der extremen Form wie im Falle Berlins, wie sich dann auf der Kreisebene (s.u.) zeigt. Ansonsten aber sind die Regionen des Westens sehr viel stärker verdichtet, wobei besonders markant das Ruhrgebiet und die Rhein-Main Schiene als Aneinanderreihung von Agglomerationsräumen hervorsticht. Diese sehr starke Verdichtung wird dann noch bestätigt durch die i.d.R. an die Agglomerationsräume angrenzenden verstärkten Räume, insbesondere die verstärkten Räume höherer Dichte.

### Siedlungsstrukturelle Kreistypen

Die Typisierung der Kreise und Kreisregionen erfolgt wiederum nach bundesweit einheitlichen Kriterien<sup>11)</sup>. Als generelles Maß der siedlungsstrukturellen Gegebenheiten wird – außerhalb der Kernstädte, die einen eigenen Kreistyp bilden – die Bevölkerungsdichte verwendet. Sie korreliert hoch mit der Siedlungsdichte, der Größe und Erreichbarkeit von Zentren, der Arbeitsplatzdichte, der verfügbaren Infrastruktur bzw. generell den vorhandenen oder erreichbaren „Gelegenheiten“ (Görmar & Irmen 1991). Es werden vier Dichtekategorien gebildet, die sich an deutschen Vorgaben und international üblichen Schwellenwerten orientieren (>300; >150; >100; <100 EW/qkm). Mit den als eigenständige Kategorie eingestuften kreisfreien Städten über 100.000 Einwohnern ergeben sich dann 5 Kreistypen.

1. Kernstädte = kreisfreie Städte >100.00 Einwohner
2. Hochverdichtete Kreise = Landkreise/Kreisregionen mit einer Dichte > 300 EW/qkm
3. Verdichtete Kreise = Kreise/Kreisregionen mit einer Dichte <300 EW/qkm und >150 EW/qkm
4. Ländliche Kreise höherer Dichte = Kreise/Kreisregionen mit Dichte <150 EW/qkm und >100 EW/qkm
5. Ländliche Kreise geringerer Dichte = Kreise/Kreisregionen mit Dichte <100EW/qkm

Diese Klassifizierung nach Dichte erfolgt zunächst unabhängig von der Lage der Kreise im großräumigen regionalen Kontext.

Um diesen großräumigen siedlungsstrukturellen Kontext zu berücksichtigen, werden Kernstädte und die nach Dichte klassifizierten Kreise bzw. Kreisregionen nach ihrer Zugehörigkeit zu den funktional abgegrenzten Analyseregionen bzw. nach der Zugehörigkeit zu den großräumigen Regionsgrundtypen differenziert. Damit kann einmal der Einfluss des großräumigen Kontextes auf ansonsten vergleichbare regionale Situationen untersucht werden, zum anderen eine Differenzierung dieser großräumigen Kontexte erfolgen.

Bei der Kombination der Kreis-Dichteklassen und der Regionstypen ergeben sich theoretisch 3 x 5 Kreisklassifikationen (jeweils Kernstädte und 4 Dichteklassen in drei Grundtypen). Dabei tauchen einzelne Dichteklassen nicht oder nur mit einigen wenigen Fällen in allen drei Grundtypen (die ja selbst nach Dichte unterschieden werden) auf. Um ausreichende Fallzahlen innerhalb der Grundtypen zu erhalten, werden deshalb die Kreisdichteklassen regionstypspezifisch zusammengefasst.

Es ergeben sich dann die folgenden Kreis(regions)typen (Übersicht 4.3.5):

10) Dabei bildet die Analyseregion Berlin mit den weit ins brandenburgische Umland hineinragenden Kreisen eine sicherlich unbefriedigende, nur pragmatisch zu rechtfertigende Abgrenzung. Hier wäre eine gemeindescharfe Abgrenzung vorzuziehen, wie sie etwa mit dem „engerem Verflechtungsraum“ der brandenburgischen Raumbearbeitung vorliegt, siehe: ([www.brandenburg.de](http://www.brandenburg.de)). Unter dem Gesichtspunkt der Verfügbarkeit der kreisscharfen Regionalstatistik bietet sich jedoch hier keine Alternative.

11) Bei den Kreistypen und ihrer Kernstadt-Umland Orientierung stellt wiederum die Region Hannover ein besonders Problem dar. Soll diese Orientierung weiterhin gelten, wird man „Kernstadt“ nicht mehr über die Kreisfreiheit definieren bzw. auf Stadtkreise beschränken können. Es würde dann eine Disaggregation von Kreisen und der Rückgriff auf die Gemeindestatistik notwendig werden.

### Übersicht 4.3.5: Siedlungsstrukturelle Kreistypen: Abgrenzungskriterien

<p><b>Grundtyp I: Agglomerationsräume</b></p> <p><b>1 Kernstädte im Regionstyp I</b> Kreisfreie Städte &gt;100000 E</p> <p><b>2 Hochverdichtete Kreise im Regionstyp I</b> Kreise und Kreisregionen mit einer Dichte <math>\geq 300</math> EW/qkm</p> <p><b>3 Verdichtete Kreise im Regionstyp I</b> Kreise und Kreisregionen mit einer Dichte <math>\geq 150</math> EW/qkm</p> <p><b>4 Ländliche Kreise im Regionstyp I</b> Kreise und Kreisregionen mit einer Dichte &lt;150 EW/qkm</p>
<p><b>Grundtyp II: Verstärkerte Räume</b></p> <p><b>5 Kernstädte im Regionstyp II</b> Kreisfreie Städte &gt;100000 E</p> <p><b>6 Verdichtete Kreise im Regionstyp II</b> Kreise und Kreisregionen mit einer Dichte <math>\geq 150</math> EW/qkm</p> <p><b>7 Ländliche Kreise im Regionstyp II</b> Kreise und Kreisregionen mit einer Dichte &lt;150 EW/qkm</p>
<p><b>Grundtyp III: Ländliche Räume</b></p> <p><b>8 Ländliche Kreise höherer Dichte</b> Kreise und Kreisregionen mit einer Dichte <math>\geq 100</math> EW/qkm</p> <p><b>9 Ländliche Kreise geringerer Dichte</b> Kreise und Kreisregionen mit einer Dichte &lt;100 EW/qkm</p>

Die Kreistypen verfeinern die mit den Regionstypen vorgegebene großräumige Siedlungsstruktur der Bundesrepublik (Abbildung 4.3.4, Tabelle 4.3.3). Dabei kann man sich auf die Regions-Grundtypen beschränken, weil sich deren Heterogenität auf der Kreisebene quasi „naturwüchsig“ widerspiegelt und die auf der Regionsebene vorgenommene einfache Klassenbildung weiter differenziert.

Abbildung 4.3.4: Siedlungsstrukturelle Regionstypen

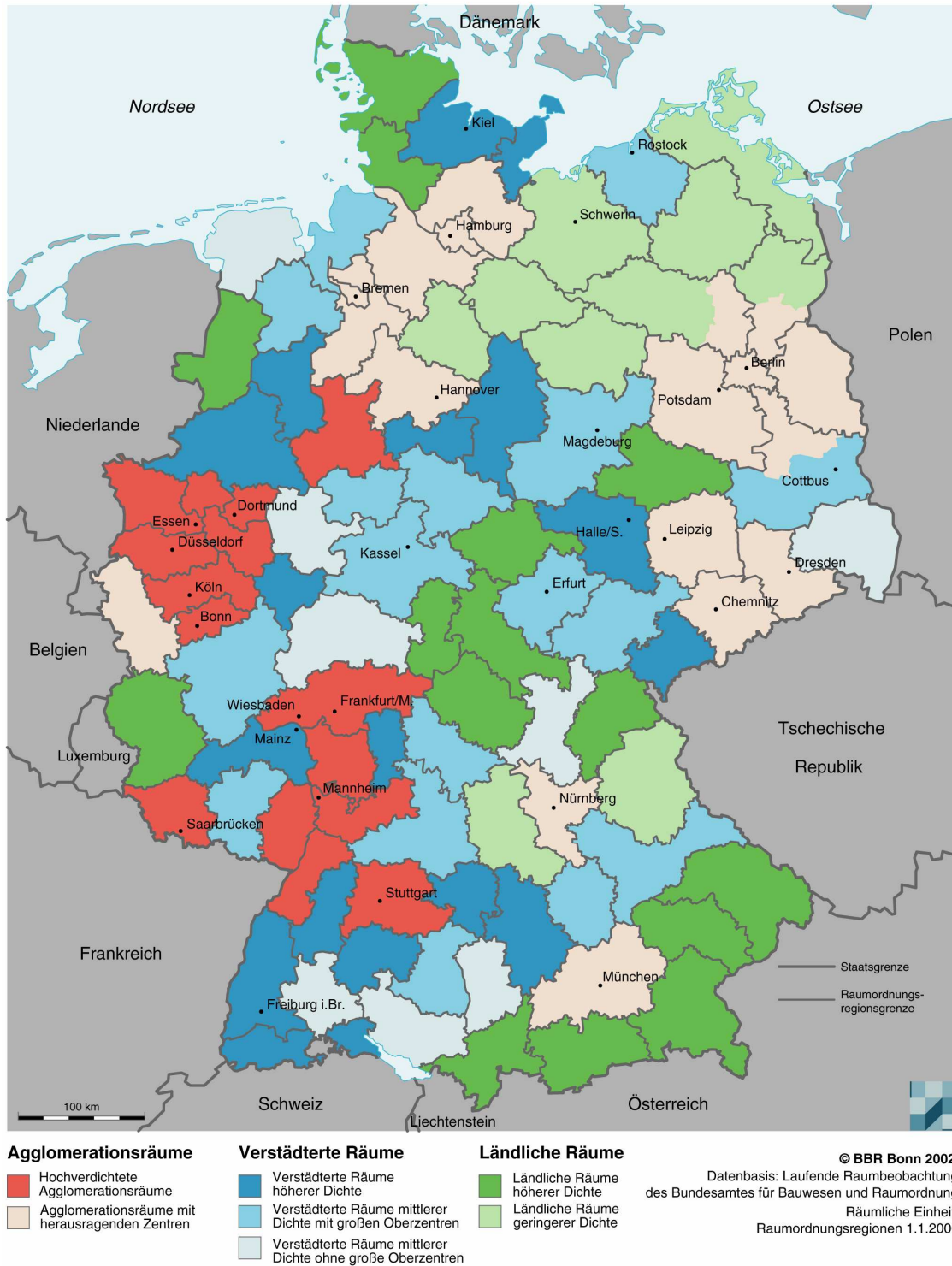


Tabelle 4.3.3: Siedlungsstrukturelle Kreistypen der Bundesrepublik Deutschland

Siedlungsstrukturelle Kreistypen der Bundesrepublik						
	Fläche in qkm	Bevöl- kerung in 1.000	Bevölke- rungs- dichte	Bevölkerungs- entwicklung in %		Zahl der Kreise
				80-00	90-00	
				2000		2000
Bundesrepublik	357.022	82.260	230	4,9	3,2	440
I Agglomerationsräume	96.296	42.976	446	4,9	3,0	150
1 Kernstädte	9.095	19.576	2.152	-0,7	-1,5	44
2 Hochverdichtete Kreise	24.723	13.096	530	11,2	6,4	43
3 Verdichtete Kreise	30.707	6.855	223	8,9	7,1	40
4 Ländliche Kreise	31.770	3.448	109	8,8	8,9	23
II Verstädterte Räume	152.369	28.567	187	5,5	3,8	188
5 Kernstädte	4.220	4.704	1.115	-4,6	-4,8	29
6 Verdichtete Kreise	74.263	15.587	210	8,3	5,8	91
7 Ländliche Kreise	73.887	8.276	112	6,8	5,4	68
III Ländliche Räume	108.357	10.717	99	3,4	2,2	102
8 Ländliche Kreise höherer Dichte	47.642	6.490	136	6,9	4,1	59
9 Ländliche Kreise geringerer Dichte	60.715	4.227	70	-1,4	-0,7	43
Alte Länder	248.449	65.027	262	8,8	5,6	327
I Agglomerationsräume	67.172	34.805	518	6,5	4,2	120
1 Kernstädte	7.247	14.835	2.047	-1,4	-0,4	39
2 Hochverdichtete Kreise	24.121	12.861	533	11,8	6,6	41
3 Verdichtete Kreise	23.706	5.601	236	15,4	9,8	30
4 Ländliche Kreise	12.098	1.508	125	17,7	12,1	10
II Verstädterte Räume	116.930	22.945	196	11,5	7,3	141
5 Kernstädte	2.923	3.400	1.163	1,1	0,5	21
6 Verdichtete Kreise	61.895	13.395	216	13,5	8,4	72
7 Ländliche Kreise	52.112	6.150	118	13,8	8,9	48
III Ländliche Räume	64.347	7.278	113	11,9	7,4	66
8 Ländliche Kreise höherer Dichte	38.067	5.106	134	13,1	7,9	44
9 Ländliche Kreise geringerer Dichte	26.279	2.172	83	9,3	6,4	22
Neue Länder	108.573	17.232	159	-7,5	-5,2	113
I Agglomerationsräume	29.124	8.171	281	-1,3	-2,0	30
1 Kernstädte	1.848	4.742	2.566	1,4	-4,7	5
2 Hochverdichtete Kreise	602	235	391	-13,5	-3,0	2
3 Verdichtete Kreise	7.002	1.254	179	-12,9	-3,3	10
4 Ländliche Kreise	19.672	1.940	99	2,7	6,6	13
II Verstädterte Räume	35.439	5.622	159	-13,4	-8,3	47
5 Kernstädte	1.297	1.304	1.006	-16,7	-16,2	8
6 Verdichtete Kreise	12.367	2.192	177	-15,2	-7,4	19
7 Ländliche Kreise	21.774	2.125	98	-9,4	-3,6	20
III Ländliche Räume	44.010	3.439	78	-10,9	-7,4	36
8 Ländliche Kreise höherer Dichte	9.575	1.384	145	-11,1	-7,7	15
9 Ländliche Kreise geringerer Dichte	34.436	2.055	60	-10,7	-7,2	21



So wird bei der Kategorie „Agglomerationsräume mit herausragenden Zentren“ deutlich, dass hier einerseits fließende Übergänge zu den hoch verdichteten Agglomerationsräumen, mit nur schwach ausgeprägter „Ländlichkeit“, bestehen (etwa bei München, Nürnberg, Chemnitz, Dresden), während andererseits ein abruptes Gefälle von dominanten, z. T. metropolitanen Kernen zu einem Umland sehr geringer Dichte vorliegt (herausragendes Beispiel: Berlin). Bei den „hochverdichteten Agglomerationsräumen“ wird deren Verdichtungsgrad mit der Ballung von Kernstädten und hochverdichteten Kreisen eindrucksvoll bestätigt: es findet sich nur ein Kreis (Neckar-Odenwald-Kreis in der Raumordnungsregion „Unterer Neckar“), der nach seiner Dichte als „ländlich“ eingestuft wird.

In den „Verstädterten Räumen“ wird die auf der Regionsebene vorgenommene Differenzierung ebenfalls plastischer. So ist die siedlungsstrukturelle Situation der „Verstädterten Räume höherer Dichte“ davon geprägt, dass relativ große Kernstädte von einem verdichteten Umland umgeben sind (etwa Zwickau, Freiburg, Augsburg, Pforzheim oder Kiel). Bei den „Verstädterten Regionen mittlerer Dichte“ wird deutlich, wie sich die relativ geringe Dichte der Regionen mit großen Oberzentren ergibt: Diese großstädtischen Zentren sind häufig (z. B.: Regensburg, Ingolstadt, Oldenburg, Rostock) von sehr gering verdichteten ländlichen Kreis umgeben, während Regionen ohne große Zentren sich durch eine relativ homogene Siedlungsstruktur mittlerer Dichte auszeichnen (Mittelhessen, Arnberg, Oberfranken West, Oberlausitz).

In den Ländlichen Räumen schließlich wird auf der Kreisebene insbesondere die herausragende „Ländlichkeit“ im Norden der neuen Länder betätigt: nur in einer einzigen Kreisregion (Nordwestmecklenburg) findet sich eine Dichtewert  $>100 \text{ EW/qkm}^{12}$ . Ansonsten liegt hier eine für die Bundesrepublik einzigartige Aneinanderreihung von Landkreisen sehr geringer Bevölkerungsdichte vor, während ansonsten in den ländlichen Räumen eher ein Nebeneinander von mehr oder weniger verdichteten ländlichen Kreisen zu beobachten ist.

### Siedlungsstrukturelle Gemeindetypen

Die Typisierung auf der Basis der Einheitsgemeinden und Gemeindeverbände ist wiederum höchst einfach und beschränkt sich ausschließlich auf siedlungsstrukturelle Aspekte bzw. auf die Dimension Siedlungsstruktur. Dabei werden die Gemeinden zunächst durch ihren regionalen Kontext klassifiziert: Einmal nach ihrer Lage im großräumigen regionalen Kontext bzw. nach ihrer Zugehörigkeit zu den Regionsgrundtypen, dann nach der Zugehörigkeit zu Stadt- und Landkreisen verschiedener Dichte bzw. Gelegenheitsfülle, wie sie durch die Kreistypen abgegrenzt werden. Damit wird dem siedlungsstrukturellen Kontext ein sehr starker Einfluss eingeräumt. Das begründet sich aus der Erwartung, dass ansonsten „gleiche“ Gemeinden je nach ihrer siedlungsstrukturellen Lage unterschiedliche Lebensbedingungen, Optionen oder Beschränkungen aufweisen.

Auf der Gemeindeebene selbst werden nur 4 Stufen gebildet. Es wird danach unterschieden ob es sich um große oder mittlere Großstädte, um sonstige Städte oder um eher kleinstädtisch-dörfliche Gemeinden handelt. Um die siedlungsstrukturell zentrale Kern-Umland-Beziehung der Kreistypen aufzugreifen und zu differenzieren, wird zur Abgrenzung der Großstädte der Kreistyp „Kernstadt“ (kreisfreie Stadt  $>100.000$  Einwohner) zugrunde gelegt<sup>13</sup>). Diese Städte werden nach dem üblichen Schwellenwert von 500.000 in mittlere ( $<500.000$ ) und große ( $>500.000$ ) Groß- bzw. Kernstädte unterteilt<sup>14</sup>).

Außerhalb der Kernstädte wird auf eine Unterscheidung nach Gemeindegröße verzichtet, weil sich hier wiederum die landesspezifischen Ausprägungen der Gebietsreformen stärker auswirken als die Gemeindeeigenschaften selbst. So würden etwa in NRW eine im Zuge der Gebietsreformen zu einer Gemeinde zusammengefasste Schar von Dörfern (die nun zu „Stadtteilen“ werden) in eine Größenklasse geraten, die in anderen Ländern „ausgewachsenen“ Städten vorbehalten ist. Das Merkmal Größe eignet sich insofern aus Vergleichsgründen nur sehr beschränkt zur Unterscheidung von „Stadt“ und „Dorf“ bzw. generell zur Unterscheidung von Siedlungen, wenn diese nicht mehr dem Charakter von „gewachsenen“, zusammenhängenden Ansiedlungen entsprechen.

Entscheidender als nur „Größe“ sind dann die Eigenschaften von „Stadt“, die sich im klassischen Stadtmodell mit „Größe“ verbinden: Dichte, Heterogenität, städtische Normen und Institutionen, kernstädtische Funktionen für das Umland. Diese Versorgungsleistungen von Siedlungen im engeren und weiteren regionalen Zusammenhang werden durch das „System der zentralen Orte“ bzw. entsprechender Zuweisungen durch die Landesplanung definiert, durch planerische Einflussnahmen gefördert oder behindert, wodurch dieses System eine sich selbst verstärkende Dynamik entfaltet.

12) Dieser Dichtewert kommt dadurch zustande, dass die kreisfreie Stadt Schwerin, mit knapp 100.000 EW (und Stadt Wismar) mit dem Landkreis Nordwestmecklenburg zu einer Kreisregion zusammengefasst wurde.

13) Damit wird erreicht, dass die vorgelagerten Regionaltypen auf der Gemeindeebene durchgängig differenziert bzw. von der Gemeindeebene widerspruchsfrei auf die Kreisebene aggregiert werden kann, was vor allem für die Regionalisierung von Umfragedaten nützlich ist. Allerdings werden mit dieser Entscheidung einige kreisangehörige Gemeinden  $>100.000$  nicht als Kernstädte ausgewiesen. Sollten sich „Regionalisierungen“ im Sinne des Zusammenschlusses des Stadt- und Landkreises Hannover ausbreiten, muss diese Entscheidung überdacht werden.

14) Beim Schwellenwert  $>500.000$  EW wurde der Stand des Jahres 1990 zugrunde gelegt und die Klassifikation konstant gehalten. Damit wurde erreicht, dass Städte wie Dresden und Leipzig gemäß Ihrer herausragenden Bedeutung eingestuft wurden, obwohl sie erheblich an Bevölkerung verloren haben (was sich inzwischen durch Eingemeindungen und z. T. Bevölkerungsgewinne wieder zu ändern beginnt).

Die Abstufung der Zentralität wird in den Bundesländern z. T. sehr differenziert auch noch für kleinere Orte vorgenommen. Allerdings ist die allzu feine Ausdifferenzierung von Orten (Klein-Unterzentren usw.) angesichts der tendenziell abnehmenden Ortsgebundenheit von Lebensbedingungen zumindest für den bundesweiten Vergleich nicht sehr sinnvoll (Blotvogel 1995: 1117). Dagegen bildet die Einstufung als zumindest „Mittelzentrum“ eine bundesweit geltende Trennungslinie (siehe Übersicht 4.3.6):

#### Übersicht 4.3.6: Zentralörtliche Einrichtungen

	MKRO 1983	Schleswig-Holstein 1995		MKRO 1972
	Oberzentren		Mittelzentren	
	1	2	3	4
<b>Bildung</b>	Hoch-/Fachhochschule Wissenschaftliche bzw. Fachbibliothek	Fachhochschule, Universität schulisches Berufsbildungszentrum Berufs- und Ausbil- dungszentrum Spezialschulen mit über- regionaler Bedeutung Fachakademien	Weiterführende Schulen, Schule f. Behinderte, berufsbildende Schulen Weiterbildung	weiterführende Schulen berufsbildende Schulen Sonderschulen
<b>Gesund- heits- und Sozial- wesen</b>	Schwerpunkt Krankenhaus	Schwerpunkt- Krankenhaus Einr. z. Sozialbetreuung f. Ausländer	Krankenhaus (Regelversorgung) Einr. der Behindertenhilfe Wohnstätten f. Behinderte Jugendzentrum	Krankenhaus für Akutkranke Fachärzte
<b>Kultur, Sport</b>	Theater bzw. Konzertbau Zoologischer Garten Mehrzweckhalle Sportstadion mit Großsporthalle Großschwimmhalle für über- regionale Veranstaltungen	Theater Konzerthalle Kongresseinrichtung große Sporthallen und - stadien große Hallen- und Freibäder	Theater Sport- und Freizeithalle erw. Leichtathletikanlage Kino, Museum, Kultur- haus u.ä. Einr.	Volkshochschule Öffentliche Bücherei Größere Sportanlage (400-m-Bahn) sowie Nebenanlagen Sporthalle (mind. 27 x 45 m) Hallenbad; Freibad Spezialsportanlagen (z. B. Tennisplätze)
<b>Handel, Banken, Verkehr, Verwal- tung</b>	Großkaufhaus Einkaufs- und Dienstleis- tungseinrichtungen in mögl. spezialisierte Differenzierung Größere Einricht. des Bank-, Kredit-, Versicherungs- wesens Hotel mit Konferenz- und Tagungseinr. Behörden höherer oder mittlerer Verwaltungsebene Gerichte höherer oder mittlerer Instanz Bundesautobahn-Anschluß Intercity-Halt Viels. Angebot hochwertiger Arbeitsplätze Vielfältiges u. hochquali- fiziertes Arbeitskräftepotential	Versicherungen und größere Geldinstitute Behörden der höheren Stufe und umfassende Einkaufsmöglichkeiten (spezialisierte Waren- bedarf), z. B. Großkaufhäuser Technologie- transfereinrichtung	Behörden der unteren Stufe und vielseitige Einkaufsmöglichkeiten (gehobener Bedarf), z. B. Kaufhäuser, Fachgeschäfte u. a. Hotels und andere Beherbergungsstätten	Vielseitige Einkaufsmög- lichkeiten, z. B. Kauf- oder Warenhaus bzw. Fachgeschäfte handwerkliches Dienst- leistungsangebot für den gehobenen Bedarf Mehrere größere Kreditinstitute Direkter Anschluß an das Bundesfernstraßen- netz Anbindung an das Eisenbahnnetz

Modifizierte Darstellung nach:

- 1 Katalog oberzentraler Einrichtungen (gemäß Entschließung „Oberzentren“ der MKRO vom 16.6.1983)
- 2 u. 3 Landesraumordnungsplan Schleswig-Holstein, Entwurf – Neufassung, Stand 30.8.1995
- 4 Katalog für die anzustrebende Ausstattung von zentralen Orten mittlerer Stufe  
(gemäß Entschließung „Zentral-örtliche Verflechtungsbereiche mittlerer Stufe in der Bundesrepublik Deutschland“ der MKRO vom 15.6.1972)

„Städtische“ Funktionen im Sinne der das Umland mitversorgenden Aufgaben können in der Hierarchie der zentralörtlichen Einstufungen ab „Mittelzentrum“ angenommen werden (siehe Übersicht 4.3.6, bei der die bereits recht betagten MKRO – Ministerkonferenz für Raumordnung – Empfehlungen und ihre aktuelle (1995) Umsetzung im Bundesland Schleswig-Holstein aufgeführt sind). Dabei ist die zentralörtliche Funktion einer Gemeinde zwar hoch mit der Gemeindegröße korreliert, aber auch vom jeweiligen regionalen Kontext abhängig. In relativ dünn besiedelten Regionen wächst auch bevölkerungsmäßig kleineren Mittelpunkorten eine relativ hohe „Zentralität“ zu, während in dicht besiedelten Regionen angesichts der Ballung von Siedlungen und Angeboten auch zahlenmäßig großen Siedlungen nur eine relativ geringe zentralörtliche Bedeutung zuzuordnen ist. Dies entspricht durchaus dem theoretischen Konzept von Stadt: Wenn eine Vielfalt an Gütern und Dienstleistungen für das Umland angeboten werden muss, führt das zur Notwendigkeit institutioneller Regelungen, zu vielfältigen Begegnungen, zur Ausprägung „urbaner“ Verhaltensweisen auch in relativ kleinen Städten.

Das Konzept der zentralen Orte ist als raumordnerische Leitvorstellung nicht unumstritten, nicht zuletzt wegen seiner ausgeprägt hierarchischen Ordnungsvorstellung. Gleichwohl spiegelt die Verteilung der zentralen Orte in der Regel die gewachsenen, langfristig stabilen Strukturen in einer Region (das „Netz von Städten und Dörfern“) durchaus wider. Diese Stabilität wird durch zentralörtliche Aufgabenzuweisungen und Ausstattungen weiter verstärkt. Auch diese strukturstabilisierende, durch die empirischen Verflechtungsanalysen der Raumordnungsregionen bestätigte Tendenz findet Kritik. Aus Sicht der langfristigen Raubeobachtung bieten diese Festlegungen aber eine beständigere Basis als die Einwohnerzahl allein. Das bestätigt sich gerade zur Zeit in den neuen Ländern, in denen nun zahlreiche Eingemeindungen auf Grund sinkender „Tragfähigkeiten“ zu heftigen Wechsels der Gemeindegrößen führen, obwohl sich in der siedlungsstrukturellen Situation wenig geändert zu haben braucht.

Die siedlungsstrukturellen Gemeindetypen jedenfalls nutzen die zentralörtlichen Einstufungen zur Unterscheidung von „Städten“ und „Dörfern“ außerhalb der bzw. im Umland der Kernstädte: Gemeinden, die als „Oberzentrum“ oder „Mittelzentrum“ ausgewiesen wurden und damit wichtige Funktionen für ihr Umland zu übernehmen haben, werden als Städte eingeordnet. Gemeinden mit geringerer oder überhaupt keiner zentralörtlichen Funktion werden als „kleinstädtisch/dörfliche“ Kontexte eingeordnet. Insgesamt ergeben sich dann 4 Klassen:

1. Kernstädte > 500.000 Einwohner
2. Kernstädte >100.000 Einwohner
3. Ober- und Mittelzentren
4. Gemeinden mit geringerer zentralörtlicher Funktion

Dabei werden die Gemeinden nicht als einzelne Ortsgemeinden, sondern je nach ihrer Zugehörigkeit zu einer Verwaltungsgemeinschaft und nach der höchsten zentralörtlichen Funktion einer ihrer Mitgliedsgemeinden klassifiziert. Diese Orientierung an der Vergleichsebene der Verwaltungsgemeinschaften eröffnet für die Raubeobachtung auch die Option, bei Datenzugangsproblemen bei kleinen Gemeinden ohne Informationsverlust auf das Aggregat Gemeinschaft umzusteigen.

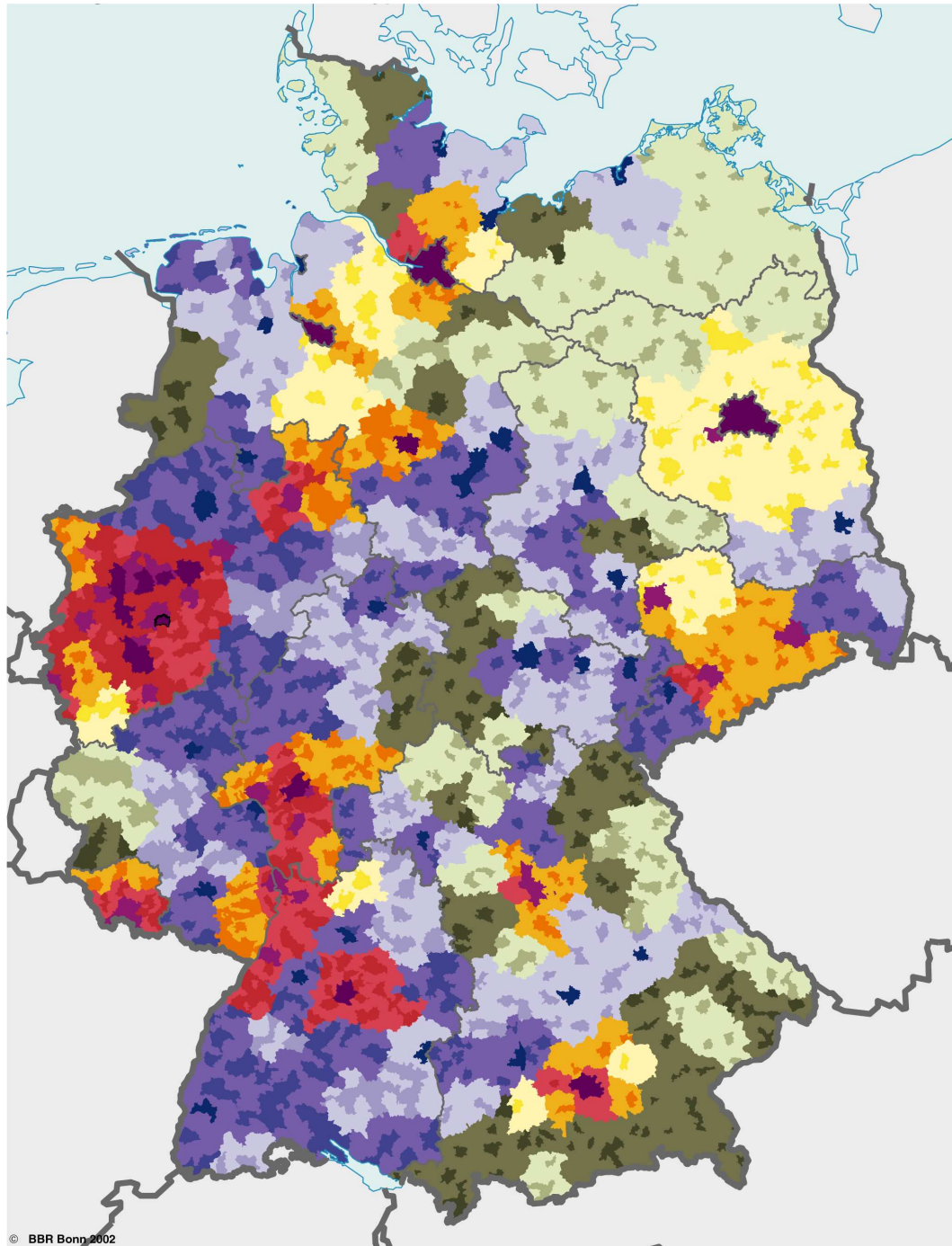
Diese sehr einfache Unterscheidung von 4 Klassen auf der Gemeindeebene wird dann durch die Berücksichtigung des siedlungsstrukturellen Kontextes „regionalisiert“: Auf der unmittelbaren regionalen Ebene durch die Kreise bzw. Kreistypen, auf der großräumigen Ebene durch die Analyseregionen bzw. Regionstypen.

Durch diese Einordnung in den engeren und weiteren räumlichen Kontext führt die simple Unterscheidung der Gemeinden nach „Kernstadt/Stadt/Kleinstadt-Dorf“ zu einem komplexen Bild der für die Bundesrepublik typischen Siedlungsstruktur. Die großräumigen Konzentrationen insbesondere im Westen erweisen sich als ein dichtes Netz eng benachbarter ober- oder mittelzentraler Städte, mit hoher Gelegenheitsfülle für die Städte selbst, aber auch für ihr weniger gut ausgestattetes, häufig hochverdichtetes Umland. Das gilt vor allem für die (differenzierten) Regionstypen 1 und 3 (hochverdichtete Agglomerationen und verstädtete Regionen höherer Dichte, siehe Übersicht 4.3.4). Aber auch außerhalb der hochverdichteten Regionen verteilen sich „Städte“ mit zentralen, das Umland mit versorgenden Einrichtungen und Angeboten relativ engmaschig über Deutschland, auch in den dünnbesiedelten Regionen. Diese für die Bundesrepublik kennzeichnende relativ ausgewogene Siedlungsstruktur stößt allerdings in den ländlichen Räumen Mecklenburgs und Brandenburgs an Tragfähigkeitsgrenzen; es werden immer größere Gebietszuschnitte gebildet, die dann die Erreichbarkeit der zentralen Einrichtungen beschränken.

Tabelle 4.3.4: Siedlungsstrukturelle Gemeindetypen der Bundesrepublik

Regionstyp/Kreistyp	Gemeindetyp	Verwaltungs- gemeinschaften/ Einheitsgemeinden		Gemeinden	
		Anzahl	Durchschn. Einwohner- zahl 31.12.2000	Anzahl	Durchschn. Einwohner- zahl 31.12.2000
<b>I Agglomerationsräume</b>					
1 Kernstädte	1 Kernstädte > 500 T	12	985,3	12	985,3
	2 Kernstädte < 500 T	41	189,1	41	189,1
2 Hochverdichtete Kreise	3 OZ/MZ	202	42,0	256	33,1
	4 sonstige Gemeinden	353	13,1	505	9,1
3 Verdichtete Kreise	5 OZ/MZ	118	28,1	187	17,7
	6 sonstige Gemeinden	427	8,3	774	4,6
4 Ländliche Kreise	7 OZ/MZ	60	23,9	145	9,9
	8 sonstige Gemeinden	247	8,1	1159	1,7
<b>II Verstädterte Räume</b>					
5 Kernstädte	9 Kernstädte	29	162,2	29	162,2
6 Verdichtete Kreise	10 OZ/MZ	238	31,8	698	10,8
	11 sonstige	920	8,7	2587	3,1
7 Ländliche Kreise	12 OZ/MZ	169	20,5	526	6,6
	13 sonstige	699	6,9	2426	2,0
<b>III Ländliche Räume</b>					
8 Ländliche Kreise höherer Dichte	14 OZ/MZ	116	25,2	185	15,8
	15 sonstige	656	5,4	1627	2,2
9 Ländliche Kreise geringerer Dichte	16 OZ/MZ	102	16,4	309	5,4
	17 sonstige	476	5,4	2446	1,0
Bundesrepublik		4.865	16,9	13.912	5,9

Abbildung 4.3.5: Siedlungsstrukturelle Gemeindetypen 2000



© BBR Bonn 2002

**Agglomerationsräume**

- Kernstädte > 500.000 Einw.
- Kernstädte < 500.000 Einw.
- Hochverdichtete Kreise
- Ober-/Mittelzentren
- sonstige Gemeinden
- Verdichtete Kreise
- Ober-/Mittelzentren
- sonstige Gemeinden
- Ländliche Kreise
- Ober-/Mittelzentren
- sonstige Gemeinden

**Verstädterte Räume**

- Kernstädte
- Verdichtete Kreise
- Ober-/Mittelzentren
- sonstige Gemeinden
- Ländliche Kreise
- Ober-/Mittelzentren
- sonstige Gemeinden

**Ländliche Räume**

- Verdichtete Kreise
- Ober-/Mittelzentren
- sonstige Gemeinden
- Ländliche Kreise
- Ober-/Mittelzentren
- sonstige Gemeinden

Datenbasis: Laufende Raumbewertung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung  
 Räumliche Einheit: Gemeinden 1.1.2000

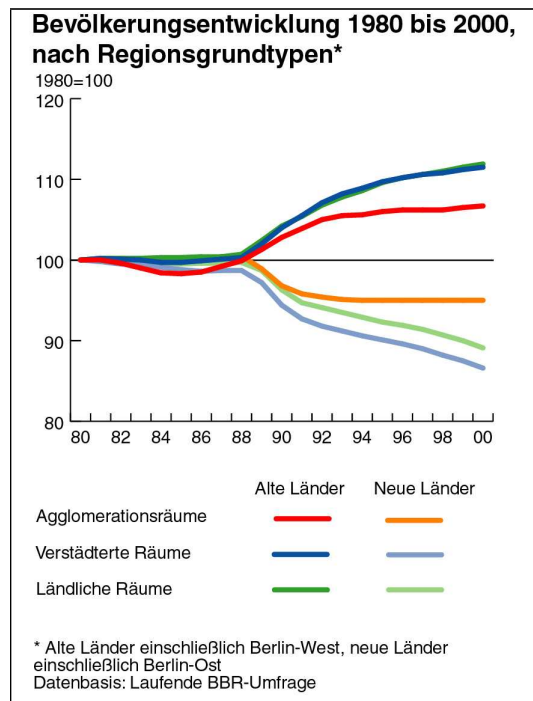
### 4.3.3 Anwendungen 1: Siedlungsstruktur- und Verhaltenseffekte

Im folgenden werden zwei Anwendungsbeispiele vorgestellt, bei denen die „geschachtelte“ Struktur der Siedlungsstrukturtypen zur immer präziseren und auf das Wesentliche beschränkten Beschreibung genutzt wird. Einmal wird die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland vor und nach der Wende geschildert und zweitens die Bedeutung siedlungsstruktureller Gegebenheiten für „raumrelevantes“ Verhalten diskutiert.

#### Siedlungsstruktur als deskriptives Analyseraster

Am Beispiel der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland seit 1980 soll die analytische und heuristische Funktion der Siedlungsstrukturtypen veranschaulicht werden. Dabei ist zunächst für den im folgenden dargestellten Zeitraum anzumerken, dass solche Vergleiche über Zeit nur bei einem konstant gehaltenen Raumbezug möglich sind. Allein aus diesem Grund ist es sinnvoll und gerechtfertigt, die Raumbezüge der Raumb Beobachtung so weit als möglich konstant zu halten und zur Abgrenzung Kriterien zu wählen, die nicht allzu großem Wandel unterworfen sind. Bei dem hier dargestellten Zeitraum freilich ist von Konstanz allenfalls im Westen zu sprechen; im Osten haben sich im Beobachtungszeitraum dagegen dramatische Veränderungen der Raumbezüge ergeben, die durch Rückrechnungen bzw. Rückschätzungen der Daten auf den aktuellen Gebietsstand aufgefangen werden mussten.

Abbildung 4.3.6:



Würde man nicht nach Ost und West differenzieren, würde sich die Bevölkerungsentwicklung bei Agglomerationsräumen, verstädterten und ländlichen Räumen insgesamt als relativ stabil darstellen. Dahinter aber verbergen sich dramatische Entwicklungsunterschiede zwischen Ost und West, zumindest ab 1989, also nach der Wende in Deutschland und Europa. Aber auch in den 80er Jahren zeigen sich unterschiedliche Entwicklungsrichtungen, die z. T. auf den jeweiligen raumordnerischen Zielvorstellungen<sup>15)</sup>, z. T. auf davon unabhängigen Prozessen beruhen.

In der alten BRD lassen sich solche Prozesse vor allem in den Agglomerationsräumen beobachten. Sie verlieren in der ersten Hälfte der 80er Jahre an Bevölkerung, um dann wieder zuzunehmen. Das ist z.T. auf politisch gesetzte Rahmenbedingungen<sup>16)</sup> (etwa die Beeinflussung der Außenwanderung) zurückzuführen. Zum Teil aber ist das schwache Bevölkerungswachstum in den westlichen Agglomerationsräumen auf ihre vergleichsweise geringe Attraktivität für Binnenwanderer zurückzuführen.

15) Der Einfluss normativ/politisch gesetzter Rahmenbedingungen kann als holistisch (Blau 1961) oder als Opportunität (Hummel 1972) eingestuft werden.

16) S.o.

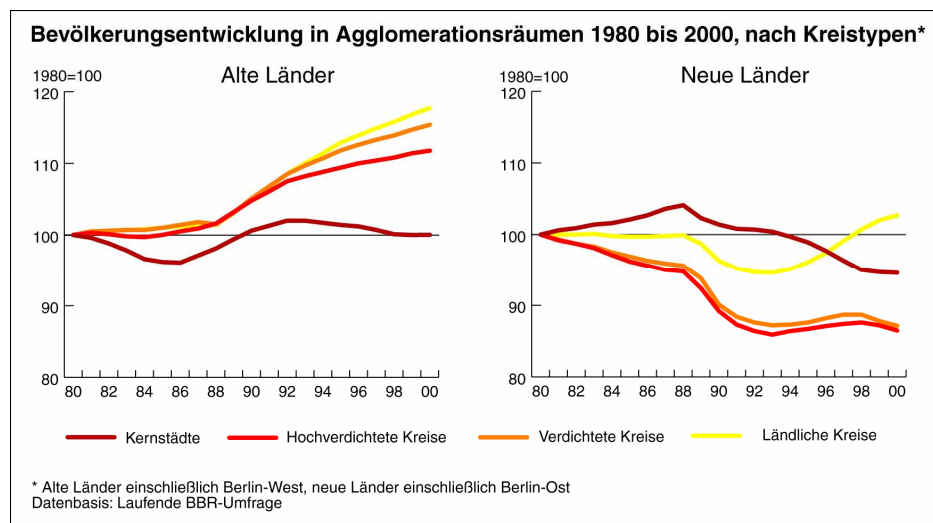
Das hat auch damit zu tun, dass die hier geballte „Gelegenheitsfülle“ einerseits auch „von außerhalb“ wahrgenommen werden kann, zum anderen zunehmend auch in weniger verdichteten Regionen zur Verfügung steht<sup>17)</sup>. Dabei können wir der Indikatorenbasis der Laufenden Raubeobachtung entnehmen, dass neben der räumlichen Bewegung bzw. Wanderung hier auch die im Verhältnis zu den sonstigen Regionstypen besonders schwach ausgeprägte natürliche (relativ wenige Geburten im Verhältnis zu Sterbefällen) Entwicklung von Bedeutung ist<sup>18)</sup>.

Im Osten stellt sich die Situation gerade umgekehrt dar: Relativ stabil ist die Entwicklung in den Agglomerationen (einschließlich des stark geförderten Ost-Berlin), während insbesondere die ländlichen Räume bereits zu DDR-Zeiten eine negative Entwicklungsbilanz aufweisen.

Dramatisch und nahezu spiegelbildlich dann die Entwicklung ab 1989: Im Osten verzeichnen die Regionen mit zunehmender Ländlichkeit dramatische Bevölkerungsverluste, wozu nicht nur die Abwanderungen, sondern auch die außerordentlichen Einbrüche bei den Geburten und die zunehmende Alterung der Bevölkerung beitragen<sup>19)</sup>.

Im Westen nimmt dagegen die Bevölkerung sehr stark zu, vor allem außerhalb der Agglomerationsräume. Hier tragen auch die positiven natürlichen Raten zur positiven Entwicklung bei, während ansonsten die Bevölkerungsgewinne vor allem aus der ost-westdeutschen Binnenwanderung und aus der Außenwanderung resultieren. Diese außerordentlichen Bewegungen ebbten dann in der Mitte der 90er Jahre ab. In den Agglomerationsräumen stagniert die Bevölkerung, während sie in den verdichteten und ländlichen Räumen im Westen weiter zunimmt, im Osten weiter abnimmt.

**Abbildung 4.3.7:**



Diese großräumigen Entwicklungstendenzen, für deren Erklärung wegen der kreisscharfen Abgrenzung der Regionen das gesamte Merkmalsspektrum der amtlichen Regionalstatistik einschließlich der Wanderungsverflechtung zur Verfügung steht, können nun mit den siedlungsstrukturellen Kreistypen differenziert und präzisiert werden. Das wird in Abbildung 4.3.7 für die Agglomerationsräume geleistet. Dabei zeigen sich wiederum höchst unterschiedliche Entwicklungsrichtungen in Ost und West.

Im Westen (einschl. Westberlin) wird zunächst deutlich, dass die Zentren der Agglomerationsräume, die kreisfreien Kernstädte, nach den in den Wendezeiten erfahrenen Zuwächsen wieder Bevölkerungsverluste erfahren. Dagegen wächst die Bevölkerung im Umland dieser Kernstädte, und zwar umso stärker, je weniger die Dichte der Kreise ausgeprägt ist bzw. je ländlicher die Siedlungsstruktur der Kreise.

Im Osten ist die siedlungsstrukturelle Entwicklung in den Agglomerationsräumen insofern mit der des Westens vergleichbar, als auch hier die Kernstädte nach der Wende an Bevölkerung verlieren, freilich weit dramatischer als im Westen. Dramatisch ist auch die Bevölkerungsabnahme im relativ bevölkerungsdichten Umland dieser Kerne. Dagegen nimmt die Bevölkerung in den ländlich geprägten Umlandkreisen ab 1993 deutlich zu und entspricht insofern den Entwicklungen im Westen.

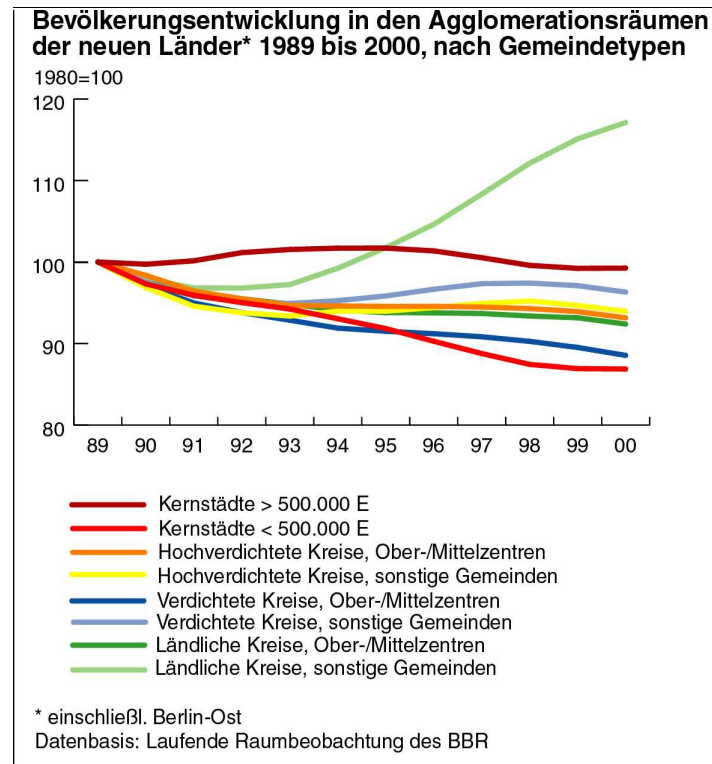
17) Kontexte als „Opportunitätsstrukturen“, Hummell 1972

18) Kontext-Selektivität: Junge Familien bleiben in oder ziehen nach „familiengerechten“ Wohnstandorten. Dabei nutzen sie tatsächliche oder unterstellte „Opportunitäten“

19) Also auch hier eine Mischung von „Selektivität“ und „Opportunität“

Diese Umlandsituation ist charakteristisch für den Regionstyp 2 „Herausragendes Zentrum mit relativ schwach besiedeltem Umland“. Im Westen findet sich diese Situation vor allem im Umland von Hamburg, Bremen und München, im Osten im Umland von Berlin und im Umland von Leipzig. Diese Umlandbedingungen sind typische Zonen von Suburbanisierungsprozessen, bei denen eine Verlagerung aus der Kernstadt in das weniger dicht bevölkerte Umland oder aber eine Zuwanderung von außen in dieses Umland erfolgt. Diese Bevölkerungssuburbanisierung wird begleitet von einer Wohnungssuburbanisierung bzw. durch den dort erschwinglichen Wohnungsbau getragen<sup>20)</sup>.

Abbildung 4.3.8:



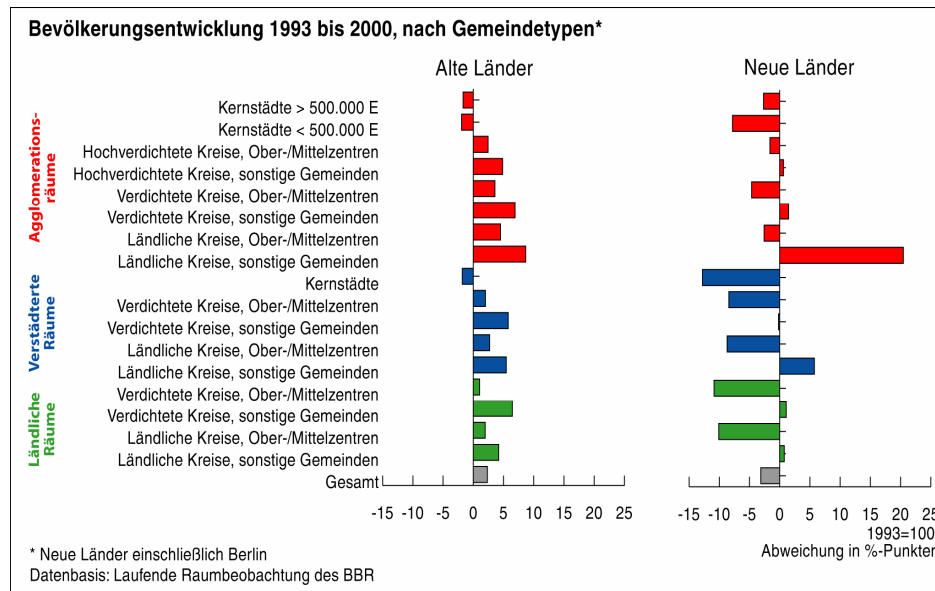
Differenziert man in den Agglomerationsräumen des Ostens für den Zeitraum seit der Wende auf der Gemeindeebene weiter (Abbildung 4.3.8), dann zeigen die großen Kernstädte (einschließlich Ostberlin) noch eine relativ konstante Bevölkerungsentwicklung, was mit dem Angebot an Arbeitsplätzen zusammenhängt und für eine auch ansonsten relativ ausgeprägte Attraktivität spricht<sup>21)</sup>. Dagegen verlieren die kleineren Kernstädte über 100.000 Einwohner dramatisch an Bevölkerung. Auch die Gemeinden im Umland verlieren i.d.R. Bevölkerung. Dabei zeigt sich, dass mit abnehmender Dichte der Kreise der Unterschied zwischen den „Städten“ (den Ober- und Mittelzentren) und den eher kleinstädtisch/dörflich geprägten Orten immer größer wird. Besonders ausgeprägt ist das im ländlich geprägten Umland: hier zeichnen sich die Orte geringer Zentralität seit 1993 durch außerordentliche Zuwächse aus (was natürlich auch an den geringen Ausgangswerten liegt), während die Städte eher auf dem Stand des Jahres 1993 stagnieren.

20) Suburbanisierung ist zunächst auf „Opportunitäten“ zurückzuführen, auf je nach Lebenssituation unterschiedlich relevanten „Gelegenheiten“, und zwar sowohl am alten städtischen Wohnort (der bislang, z. B. für junge Singles, hervorragende Gelegenheiten bot, nach Eintreffen von Kindern aber Defizite deutlich werden ließ) als auch am neuen Standort im Umland (von dem man weiß oder annimmt, dass er familiengerechte Gelegenheiten bietet). Der je nach Lebenslage unterschiedlichen Relevanz der Kontexteigenschaften entspricht dann die soziale Selektivität der Wanderungen, die dann wieder zu bestimmten Kontexteigenschaften führt.

21) Nicht unmittelbar schlagen sich hier die Eingemeindungen der letzten Jahre nieder, durch die ein Teil der suburbanen Wanderungen zu Umzügen an den Stadtrand wurden. Diese Eingemeindungen wurden „zurückgerechnet“, die Bevölkerungsentwicklung ist insofern kein Artefakt. Die Eingemeindungen verleihen jedoch nun den Städten einen attraktiven „Stadtrand“.



Abbildung 4.3.9:



Dieser Zuwachs in kleineren Orten des ländlich geprägten Umlands ist im Osten vor allem auf das sehr gering verdichtete unmittelbare Umland Berlins zurück zu führen. Hier bieten sich Suburbanisierungsbedingungen, die in dieser Größenordnung ansonsten weder im Osten noch im Westen vorliegen (Abbildung 4.3.9).

#### Zur „Verhaltensrelevanz“ von Siedlungsstruktur

Das Phänomen der Stadt-Umland-Wanderung ist insofern ein angemessener Prüfstein für die BBR- Gebietstypen, als es tatsächlich auf der Dimension „Siedlungsstruktur“ liegt. Einmal geht es um Eigenschaften von Wohnstandorten: Ob man umzieht, hängt von der persönlichen Lebenslage und von Eigenschaften der Wohnung, aber auch von Bedingungen des Wohngebiets ab. Diese Bedingungen wiederum hängen auch von der Lage des Gebietes innerhalb des Wohnortes ab: Wohnt man im oder in der Nähe des Zentrums unter „urbanen“ Verhältnissen oder im eher ländlich geprägten Stadtrand? Ob dies überhaupt einen großen Unterschied macht, wird wiederum von dem Wohnort insgesamt abhängen: während beispielsweise „Zentrumsnähe“ bei Großstädten möglicherweise belastend ist, ist sie in anderen Ortstypen möglicherweise attraktiv, weil nur dort die Infrastrukturversorgung befriedigend ist, usw. Das Verhalten „Wandern“ oder „Nichtwandern“ ist also von den Bedingungen (Opportunitäten) des bisherigen Standortes abhängig. Diese wiederum wirken sich je nach Lebenslage unterschiedlich aus, werden erst in bestimmten Situationen überhaupt wahrgenommen und verhaltensrelevant, werden zu Eigenschaften des „subjektiv relevanten“ Kontextes.

Umzugsentscheidungen werden aber nicht nur von Eigenschaften des „Quellgebiets“, sondern auch von denen der möglichen Ziele beeinflusst. So kann man der BBR-Umfrage entnehmen, dass Stadtbewohner, die z. B. wegen Familienzuwachs eine größere Wohnung suchen, sich zunächst um eine Wohnung im näheren räumlichen (und sozialen) Kontext bemühen. Sie wohnen aber in einem siedlungsstrukturellen Kontext, der solche Wohnungen nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung stellt (also wenig Opportunitäten bietet). Insofern wird sich der Suchradius erweitern. Es gewinnen nun also Eigenschaften möglicher Zielorte an Bedeutung. Auch hier wird man sich zunächst in der Nähe des Wohnortes umsehen, weil man soziale Beziehungen aufrecht erhalten, den städtischen Arbeitsplatz mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen oder das kulturelle Angebot der (oberzentralen) Stadt nutzen möchte. Man wird sich also zunächst im Umland der Stadt, in der Region umsehen. Hier wiederum werden sich die Verhältnisse umso deutlicher von denen der Stadt unterscheiden, je weniger das Umland durch vorangegangene Suburbanisierung bereits selbst einen „städtischen“ Wohnungsmarkt gebildet hat. Dieser Fall eines noch stark ländlich geprägten Umlands liegt etwa bei Berlin vor, während in bereits generell hochverdichteten Regionen „nichtstädtische“ Wohnungsmarktverhältnisse erst im weiteren Umland anzutreffen sind. Ob man dorthin umzieht, wird dann auch von regionalen Erreichbarkeitsverhältnissen abhängen usw..

Dieses regionale Kalkül bei Umzugsentscheidungen wird je nach Umzugsmotiv mehr oder weniger ausgeprägt sein. Wesentlich ist hier, dass auch ein unmittelbar raumbezogenes Verhalten wie ein Umzug nicht nur durch einen einzigen Raumbezug „erklärt“ werden kann: es müssen Informationen über den alten und den möglichen neuen Standort, über kleinräumige Quartiersbedingungen und regionale Verhältnisse vorliegen, ganz abgesehen davon, dass auch räumliche Mobilität nicht nur von räumlichen Bedingungen, sondern von der persönlichen Lebenslage und den im Lebenslauf (wo auch immer) erworbenen Kontexterfahrungen abhängt. Beim Prozess der Bevölkerungssuburbanisierung wie überhaupt bei Wanderungen kommen also vielfache „Kontexteffekte“ zusammen: Tatsächliche oder unterstellte „Gelegenheiten“ (push- und pull-Faktoren) am Quell- und Zielort, die je nach Lebenslage relevant oder irrelevant werden, die selektiv erfahren werden und zu sozial selektiven Verhaltensweisen führen.

#### 4.3.4 Anwendungen 2: Siedlungsstruktureller Kontext und Einstellungen

Im folgenden werden am Beispiel räumlicher Unterschiede in der Einstellung gegenüber dem Zusammenleben von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet einige Varianten von objektiven Kontextbedingungen, von subjektiven Kontexterfahrungen und der Vermittlung von Kontexteffekten und von überregionalen Kontexteffekten dargestellt.

##### Einstellungen im siedlungsstrukturellen Vergleich

Auch bei der Untersuchung von Einstellungen sollte man den möglichen Einfluss eines einzelnen räumlichen Kontextes nicht überschätzen, selbst wenn man von kontextbedingten Prägungen ausgehen kann. Dafür ein weiteres Beispiel, das wiederum eng mit räumlichen Verhältnissen zusammenhängt: Die Einstellung zum Zusammenleben von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet. Sie wird in der jährlich durchgeführten BBR – Umfrage als Eintreten für das „Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in der Nachbarschaft“ (Integration), für getrennte Wohnweise (Segregation) oder als Indifferenz (ist egal) gemessen<sup>22)</sup>.

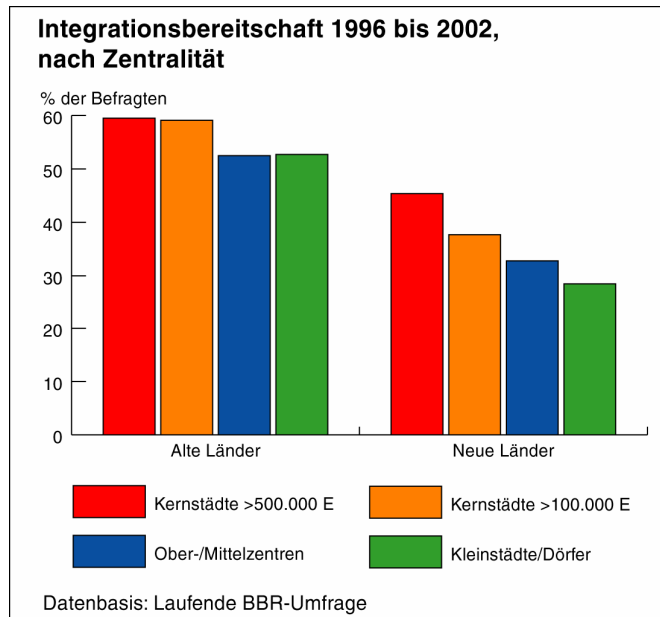
Geht man bei dieser Thematik von der Grundversion des Gemeindetyps (Abb. 5) aus, dann zeigt sich im Westen ein nur sehr schwacher Zusammenhang zwischen „Urbanität“ und Integrationsbereitschaft, wobei sich zwei Klassen bilden: Großstädte vs. sonstige Städte und Gemeinden. Dabei weisen Großstädte – unabhängig von ihrer Größe – eine relativ hohe Bereitschaft zum nachbarlichen Zusammenleben auf, aber auch sonstige Orte plädieren mehrheitlich für das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern. Im Osten zeigt sich dagegen eine kontinuierliche Abnahme der Integrationsbereitschaft mit sinkender zentralörtlicher Bedeutung der Gemeinden.

Diese Tendenz einer mit dem „Verstädterungsgrad“ steigenden Integrationsbereitschaft ist u.a. darauf zurückzuführen, dass in größeren Städten seit längerem eine relativ hohe Ausländerpräsenz vorhanden ist<sup>23)</sup>, so dass sich – insbesondere im Westen – Erfahrungen im Zusammenleben von Deutschen und Ausländern entwickeln konnten. Diese Erfahrungen sind nicht immer konfliktfrei – sie führen dennoch zum Abbau von Fremdheit, vorurteilshaften Erwartungen und entsprechenden Befürchtungen: Wenn man erst einmal in Kontakt gekommen ist und sich kennen gelernt hat, wird die Forderung nach segregierten Wohn- und Lebensweisen zunehmend obsolet.

22) Frage: „Ist es Ihrer Meinung nach gut, wenn in einer Nachbarschaft Ausländer und Deutsche zusammenleben, oder ist es besser, wenn in einer Nachbarschaft die Deutschen und auch die Ausländer für sich getrennt leben, oder ist es Ihnen egal?“

23) Also eine Gruppenkomposition, die durch Gelegenheiten sozialer und sachlicher Art bedingt ist: Ausländer wandern u.a. wegen Arbeitsplätzen zu, und zwar in Viertel, wo sie soziale Anknüpfungspunkte finden. Damit werden Gelegenheiten zum Erfahrungsgewinn von Ausländern und Deutschen geschaffen.

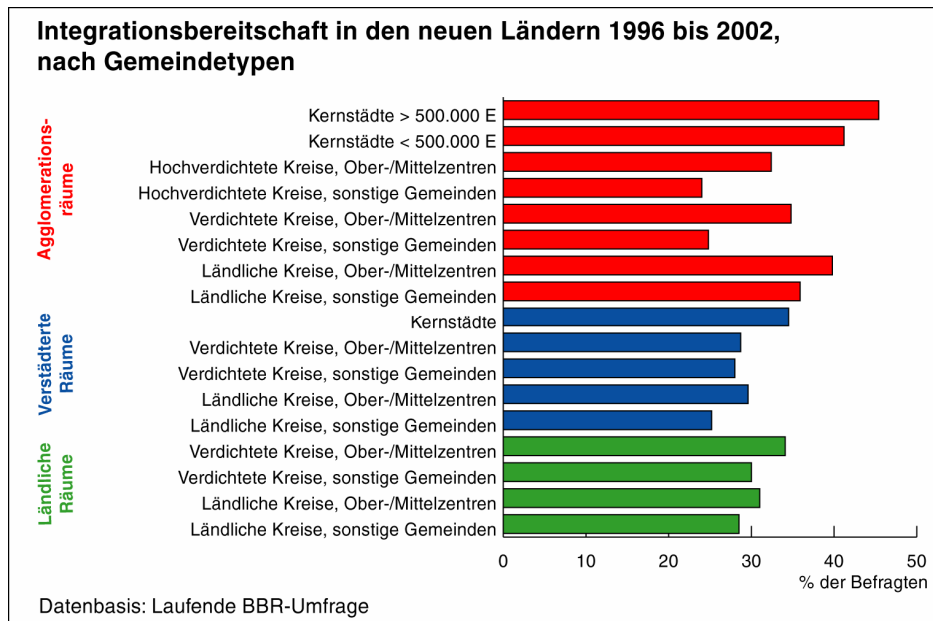
Abbildung 4.3.10:



Inwieweit hängen nun diese hier nicht näher dargestellten Beziehungen (Böltken 2000a: 147 ff.) vom siedlungsstrukturellen Kontext ab, in dem man wohnt? Dabei beschränken wir uns im folgenden auf den Osten. Abbildung 4.3.11 zeigt das Ausmaß des Eintretens für nachbarliche Integration in der vollständigen Ausprägung der siedlungsstrukturellen Gemeindetypik, bei der die 4 Gemeindetypen in den Kontext der 3 Regionsgrundtypen und der insgesamt 9 Kreistypen eingeordnet werden.

Diese Verteilung über nun 17 Kategorien setzt natürlich außerordentlich große Fallzahlen voraus. Diese Voraussetzung ist hier gegeben, weil die Jahre von 1996 bis 2001 zusammengefasst werden (n>12.000; das wiederum ist nur möglich, wenn nicht nur das Fragenprogramm, sondern auch die Raumbezüge konstant gehalten werden). Selbst dann sind manche regionalen Situationen nur schwach vertreten, so die hochverdichteten Kreise im Regionstyp I (Agglomerationsräume), die nur im Umland von Chemnitz anzutreffen sind und wo nur wenige Befragte zu Wort kommen.

Abbildung 4.3.11:



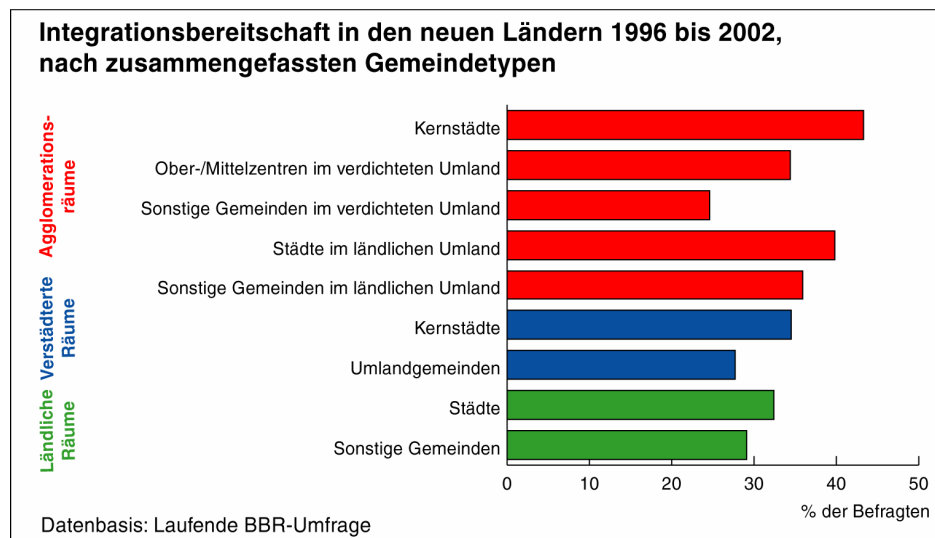
Es bietet sich also an, diese Typen 3 und 4 mit den Typen 5 und 6 zusammenzufassen. Das betrifft dann das verdichtete Umland von Chemnitz insgesamt sowie das von Leipzig und Dresden. Diese Zusammenfassungen bieten sich auch an, weil die Merkmalsausprägungen dort dem gleichen Muster folgen und die vollständige Ausdifferenzierung dann nicht mehr „erklärt“.

Tatsächlich ist es ein Vorzug der „verschachtelten“ siedlungsstrukturellen Gebietstypen, dass man bestimmte Redundanzen mit einem Blick erkennt und die Klassen dann durch entsprechende Aggregationen vermindern kann. Das könnte sich z. B. in den ländlichen Regionen anbieten: die Ober-/Mittelzentren und die nicht zentralen Orte unterscheiden sich nur relativ wenig je nach der Dichte der sie umgebenden Kreise. Man könnte also für die ländlichen Räume lediglich nach „Stadt“ und „Nichtstadt“ unterscheiden.

Auch in den verstädterten Regionen könnte man das Bild vereinfachen: Hier liegt der wesentliche Unterschied vor allem zwischen den großstädtischen Kernstädten und ihrem gesamten Umland, wo die Stadt-Land-Unterschiede relativ gering ausfallen.

Weiter könnte man in den Agglomerationsräumen noch die „Metropolen“ mit den sonstigen Kernstädten zusammenfassen. Damit vereinfacht sich die Darstellung auf nur noch 9 Klassen und lässt die siedlungsstrukturellen Tendenzen klarer hervortreten (Abbildung 4.3.12).

**Abbildung 4.3.12:**



In den Städten liegt im Vergleich zum Umland in allen Regionstypen eine jeweils höhere Integrationsbereitschaft vor. Auch das Niveau unterscheidet sich zwischen den Regionstypen nicht wesentlich. Insofern bringt die Einbeziehung des regionalen Kontextes relativ wenig zusätzliche Erkenntnis gegenüber dem einfachen Vergleich auf der Gemeindeebene. Offenbar hat der überlokale Kontext gegenüber der erfahrbaren Ebene der Gemeinde wenig Einfluss auf die Einstellung zum Miteinander von Deutschen und Ausländern. Es gibt allerdings eine Klasse, die auf einen deutlichen regionalen Kontexteffekt hinweist: die Gemeinden im ländlich geprägten Umland der großen Kernstädte in Agglomerationsräumen, wo sowohl in Städten als auch in eher kleinstädtisch/dörflichen Gemeinden eine hohe Integrationsbereitschaft vorliegt.

Wodurch zeichnen sich die „Dörfer“ in diesem Kontext aus? Sie haben, wie mit Hilfe der Daten der Laufenden Raumbesichtigung und der BBR-Umfrage geklärt wurde, wenig Eigenschaften, die die ungewöhnliche Integrationsbereitschaft nach dem Muster der vor Ort bestehenden Erfahrungen im Zusammenleben erklären könnte: Der objektive Ausländeranteil ist sehr gering (vgl. 4.3.14), die subjektive Wahrnehmung von Ausländern im Wohngebiet ebenfalls, die Kontakte zu ausländischen Nachbarn sind nicht ausgeprägter als in anderen „Dörfern“, das Nachbarverhältnis mit den wenigen ausländischen Nachbarn nicht anders als anderswo. Nur in einer Hinsicht erweisen sich diese Orte im Ländlichen Umland als außergewöhnlich: mehr als ein Viertel der Befragten lebt seit weniger als 10 Jahren hier. Und diese relativ kurz Ansässigen zeichnen sich durch eine hohe Integrationsbereitschaft aus, die der der Kernstädter nicht nachsteht.

Wie erklärt sich diese Übereinstimmung zwischen den gerade mit Blick auf die Thematik Ausländerintegration so unterschiedlich strukturierten Kontexten „Kernstadt“ und „Dörfern in ländlich geprägten Kreisen“? Die Wohndauer gibt den Hinweis, der auch bereits in den Abbildungen 4.3.7 und 4.3.8 enthalten ist: Es handelt sich um die besonders von der Suburbanisation betroffenen Umlandgebiete großer Kernstädte. Wenn man hier noch Zweifel haben kann, werden die von der Statistik der Wanderungsverflechtungen (auf Ebene der Stadt- und Landkreise) beseitigt: Es bestehen starke Wanderungsströme aus dem Kern (vor allem aus Berlin) ins nahe gelegenen ländlich geprägte Umland.

Es liegen also zwei Kontexteffekte vor. Einmal eine großstädtische Prägung, die sich bei der aktuellen Bewohnerschaft der Kernstädte zeigt und die durch die in diesen Städten bestehenden aktuellen Bedingungen, Kontakten und Erfahrungen erklärt werden kann: Man hat Gelegenheit zu eigenen Erfahrungen, man nimmt Erfahrungen anderer wahr<sup>24</sup>). Zum andern findet sich jedoch diese Prägung auch im extremen Gegensatz von Großstadt, kann also nicht durch den lokalen Kontext erklärt werden, zumindest nicht den aktuellen Wohnkontext. Dennoch liegt ein lokaler Kontexteffekt vor, allerdings ein Effekt, der in der Vergangenheit wirkte und der durch räumliche Mobilität nun zum regionalen Phänomen wird: Man hat im Prozess der Suburbanisierung die im großstädtischen Kontext gewonnenen Erfahrungen und die entsprechenden Einstellungen beibehalten und in dafür eigentlich untypische Wohnkontexte „mitgenommen“<sup>25</sup>). Die Einstellung gegenüber dem Zusammenleben von Deutschen und Ausländern wird damit zunehmend zum regionalen Phänomen, das durch regionale Verflechtung erklärt werden kann. Freilich gelingt diese Erklärung nur dann, wenn man die entsprechenden Daten auf den miteinander verwobenen Ebenen zur Verfügung hat, so wie es bei den siedlungsstrukturellen Gebietstypen des BBR der Fall ist.

### Im Kontextvergleich: Der subjektiv relevante Kontext

Der Umstand, dass Kontexteffekte nicht nur durch den aktuellen Kontext entstehen, erklärt z. T. die in der Regel nicht sehr hohe Erklärungskraft von Kontexteigenschaften für individuelle Merkmalsausprägungen, Einstellungen und Verhaltensweisen. Ein anderer Grund für die eher bescheidenen Effekte besteht darin, dass mit dem statistisch erfassbaren Kontext, also dem mit Gemeindestatistik und Regionalstatistik beschreibbaren Kontext in der Regel nicht die „subjektiv relevante Umwelt“ einer bestimmten Kontext-„Umgebung“ (Scheuch 1969) erfasst wird.

So hängt die Einstellung gegenüber Ausländern vor allem von der subjektiven Wahrnehmung der im – subjektiv abgegrenzten – Wohnquartier oder der Nachbarschaft gemachten Erfahrungen ab. Die Wirkung des übergeordneten Kontexts ist dann eher indirekt: Die großräumigen Bedingungen (z. B. der Ausländeranteil der Region/der Gemeinde) beeinflussen die Wahrscheinlichkeit kleinräumiger nachbarlicher Erfahrungen, die dann direkte Effekte haben. Der Kontext wirkt als Filter (Oswald, 1966), als Option (Scheuch 1973), als Gelegenheitsstruktur (Hummel 1972): Er ermöglicht Interaktionen, die dann Wirkungen, z. B. eine positive Einstellung zur Integration, erzielen. Misst man dann diese Wirkungen, dann erklärt die Interaktion die Einstellung, und der Kontext erklärt kaum noch etwas: In den üblichen Mehrebenenkonzepten läge ein Kontexteffekt nur dann vor, wenn eine Wirkung über die Summe der Individualeffekte hinaus vorläge, wenn also je nach Kontext die Kontakte unterschiedlich wirken. Das ist im Falle der Einstellung gegenüber Ausländern etwa dann der Fall, wenn sehr viel Ausländer im Quartier leben und wenn es dann eher zu Streitigkeiten kommt, die wiederum die Integrationsbereitschaft sinken lassen (Böltken 2000: 162). Freilich: Auch dann würden Streitigkeiten wieder als Individualeffekte modelliert werden können. Was zu kurz kommt, ist die Kontextabhängigkeit der Chance zu Individualeffekten.

Im Folgenden wird versucht, die Wirkungskette von Gebietseigenschaften zu deren Wahrnehmung, von wahrgenommenen Optionen zu konkreten Erfahrungen, von Erfahrungen zu Einstellungen am Beispiel der Einstellung zum Zusammenleben von Ausländern und Deutschen im Wohngebiet zu skizzieren. Dabei wird nach Struktureffekten (S) und nach Einstellungen (E) unterschieden (siehe Übersicht 4.3.7). Datenbasis ist die Laufende BBR-Umfrage, wobei die Jahre 2000 bis 2002 zusammengefasst werden. Damit ergibt sich für alle Untergliederungen eine ausreichende Fallzahl.

Ausgangspunkt dieser Differenzierungen ist der objektiv vorgegebene Kontext (die „Umgebung“), der je nach dem objektiven Ausländeranteil (Kreise/kreisfreie Städte) in zwei Klassen ( $> 5\%$ ; Quelle: Laufende Raumbewertung bzw. amtliche Statistik) unterteilt wird. Dabei zeigt sich (Übersicht 4.3.7, E1), dass bei geringem Ausländeranteil die Integrationsbereitschaft niedriger (39 %) ist als bei höherem Anteil (55 %). Bereits hier taucht ein Vergleichsproblem auf. Im Fall relativ hoher Ausländeranteile werden vor allem kreisfreie Städte betroffen sein, bei niedrigen dagegen Landkreise, und die wiederum vor allem im Osten. Insofern ist die Beziehung (Gamma = .25), die sich in E1 zeigt, nicht eindeutig zu interpretieren. Es könnte sich dahinter etwa ein Stadt-Land-Effekt verbergen (z. B.: Städte weisen mehr Ausländer auf, aber auch mehr Studenten bzw. junge Leute. Diese sind generell integrationsbereiter...). Eine weitere Erklärung wäre ein Ost-West-Effekt: Im Osten gibt es weniger Ausländer und zugleich eine geringere Integrationsneigung, die nicht unbedingt mit dem Ausländeranteil des Stadt- oder Landkreises zu tun haben muss. Das bestätigt sich bei Differenzierung nach Ost und West (E1): Es macht in West kaum etwas, in Ost nur wenig aus, ob die Stadt/der Landkreis mehr oder weniger (als 5 %) Ausländer aufweist. Insofern erweist sich die ursprüngliche Beziehung z. T. als Scheinkorrelation, die die dahinter stehenden Ost-West-Effekte überdeckt.

24) Nach Hummel (1972: 135 ff.): Kontexte als Strukturen von Beziehungen sozialer Beeinflussung, Kontexte als Gegenstand sozialer Wahrnehmen, Kontexte als Opportunitätsstrukturen

25) Hummel (1972: 138): Selektivität von Kontexten

Gleichwohl hat der objektive Ausländeranteil Wirkungen bzw. löst Wirkungsketten aus. Zunächst: Der leichte Effekt des höheren Anteils trifft in West für 88 % der Befragten zu, in Ost bei nur 12 % (Struktureffekt S1). Und dann: Bei höherem Anteil nimmt man auch eher Ausländer als Mitbewohner im Wohngebiet wahr. Die objektiven Bedingungen der „Umgebung“ beeinflussen die Bedingungen im alltäglichen Kontext des Wohngebietes bzw. die dortigen subjektiven Wahrnehmungen (Struktureffekt S2): Wenn der Ausländeranteil objektiv höher ist, dann ist auch die subjektive Wahrnehmung im Wohngebiet höher. Die Korrelation ist klar (vor allem im Osten), aber keineswegs eindeutig: Auch wenn der Ausländeranteil relativ hoch ist, geben in West ca. 40 %, in Ost ca. 30 % der Befragten an, dass in Ihrem Wohngebiet so gut wie keine Ausländer wohnen.

Diese Wahrnehmung (E2) aber ist wichtiger als die objektive regionalstatistische Situation: Die Korrelation zwischen Perzeption und Integrationsbereitschaft ist im Vergleich zu Tabelle E1 stark gestiegen und in Ost und West eindeutig. Der Ausländeranteil im Stadt- und Landkreis ist also vor allem deshalb von Bedeutung, weil er die Wahrnehmung von Ausländern im Wohngebiet (als notwendige Bedingung) beeinflusst.

#### Übersicht 4.3.7: Siedlungsstruktur und Einstellung zum Zusammenleben mit Ausländern 1996 – 2002 (Angaben in Prozent)

Struktur			Einstellung			
S1 Regionaler Ausländeranteil			E1 Einstellung zum Zusammenleben			
Ausländeranteil	West	Ost	Ausländeranteil		Einstellung	
> 5 %	88	12	> 5 %	< 5 %	Integration	55
< 5 %	12	88	Integration	Indifferenz	Indifferenz	32
n	15506	13225	Segregation	Segregation	Segregation	13
Gamma	.96		Spalten-%	Spalten-%	Spalten-%	74
			Gamma	Gamma	Gamma	26
						.25
			West		Ost	
			Ausländeranteil			
			> 5 %	< 5 %	> 5 %	< 5 %
			Integrat.	Indiff.	Segreg.	Spalten-%
			56	31	13	88
			51	36	14	12
			44	35	21	12
			32	47	21	88
			Gamma	Gamma	Gamma	Gamma
			.08	.15	.08	.15
			E2 Einstellung zum Zusammenleben nach Perzeption im Wohngebiet			
			West		Ost	
			Ausländer im Quartier			
			ja	nein	ja	nein
			Integrat.	Indiff.	Segreg.	Spalten-%
			62	28	10	66
			42	40	18	34
			45	40	15	32
			28	48	24	68
			Gamma	Gamma	Gamma	Gamma
			.34	.30	.34	.30
			E3 Einstellung zum Zusammenleben nach Nachbarschaftskontakten			
			West		Ost	
			Ausländer im Quartier			
			ja	nein	ja	nein
			ja	nein	ja	nein
			50	50	28	72
			12	88	6	94
			Spalten-%	Spalten-%	Spalten-%	Spalten-%
			65	35	32	68
			Gamma	Gamma	Gamma	Gamma
			.76	.72	.76	.72
			E4 Einstellung zum Zusammenleben und Nachbarverhältnis, bei Kontakten in der Nachbarschaft			
			West		Ost	
			Verhältnis			
			gut/normal	Konflikte	gut/normal	Konflikte
			Integrat.	Indiff.	Segreg.	Spalten-%
			78	19	4	94
			41	21	38	6
			66	28	6	90
			44	24	32	10
			Gamma	Gamma	Gamma	Gamma
			.69	.48	.69	.48

Für die Einstellung wichtiger aber ist diese Wahrnehmung selbst. Freilich: Auch bei Wahrnehmung von ausländischen Nachbarn bleibt die Integrationsbereitschaft noch immer recht distanziert. Aber: Die Wahrnehmung ist die Bedingung für konkrete Erfahrungen (Kontakte). Und diese „Option“ wird – im Westen deutlich mehr als im Osten – wahrgenommen und spiegelt sich – wiederum nur zum Teil – in nachbarlichem Verhalten wider (Struktureffekt S3).

Dieses Verhalten (Kontakte, E3) bzw. die durch das Verhalten erworbene Erfahrung (Nachbarverhältnis, E4) wirkt sich dann sehr deutlich auf die Einstellung zum Zusammenleben von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet aus.

Die objektiven Eigenschaften der räumlichen Umgebung werden also über mehrere Stufen – immer unvollständig – vermittelt: Zu subjektiven Wahrnehmungen objektiver Tatbestände im subjektiv abgegrenzten Wohngebiet, zu Verhalten, das von diesen Wahrnehmungen – mehr oder weniger – abhängt, zu Erfahrungen, die mit diesem Verhalten zusammenhängen, zu Einstellungen als Resultat dieser Erfahrungen.

### Im Zeitvergleich: Siedlungsstrukturelle und externe Einflussfaktoren

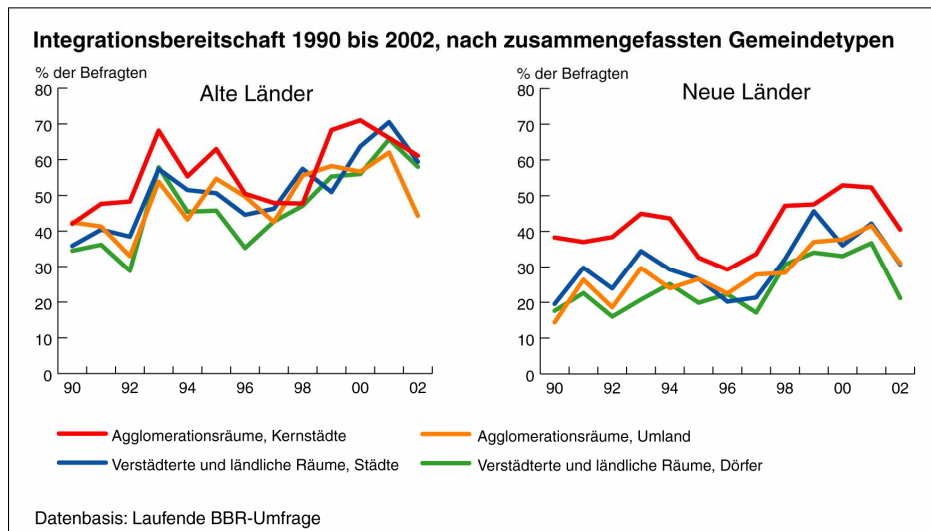
Der Einfluss spezifischer Erfahrungen im subjektiv relevanten Kontext konnte im Osten – angesichts der Seltenheit der Erfahrungen – nur durch Kumulation mehrerer Erhebungsjahre untersucht werden. Zugunsten der sachlichen Differenzierung wurde also die zeitliche Differenzierung aufgegeben. Im folgenden soll die zeitliche Perspektive zulasten der sachlichen im Vordergrund stehen.

Dazu wird eine Grundversion des siedlungsstrukturellen Gemeindetyps gebildet. Die regionale Ebene wird beschränkt auf Agglomerationsräume und sonstige Räume. Innerhalb dieser Kategorien wird dann nur nach Kernstadt und Umland bzw. sonstiger Region unterschieden. Diese Zusammenfassung erscheint nach den vorab geschilderten Ergebnissen gerechtfertigt. Sie ist zudem wiederum ein Beleg für die flexiblen Nutzungsmöglichkeiten des „gestaffelten“ Gemeindetyps und eine Argument für einfache Typenbildungskriterien, die über Jahre konstant gehalten werden können.

In Abbildung 4.3.13 wird dann deutlich, dass neben den konkreten Kontextbedingungen und Erfahrungen vor Ort offenbar gesamtgesellschaftliche Faktoren auf die Einstellung gegenüber Ausländern Einfluss nehmen: In Ost und West, in Stadt und Land zeigen sich im Beobachtungszeitraum ab 1990 weitgehend übereinstimmende Einstellungsschwankungen. Nach der deutschen Einheit nimmt zunächst die Integrationsbereitschaft in Ost und West zu, mit einem Höhepunkt um 1993 und 1994, wo die ausländerfeindlichen Ausschreitungen offenbar eine Gegenreaktion hervorgerufen haben. Dieser Effekt schwächt sich dann ab. Ab 1997 (wohl nicht zufällig bereits im Vorfeld der Bundestagswahlen, wo das Thema Karriere machte) erfolgt dann wieder ein Anstieg, der sich bis 2001 fortsetzt. 2002, also wiederum im Zusammenhang mit Wahlen und der Thematisierung von Terror und Kriegsgefahr, erfolgt dann wieder ein allgemeiner Abschwung der Integrationsbereitschaft.

Diese Schwankungen gelten allgemein, mit nur relativ geringen siedlungsstrukturellen Unterschieden. Allerdings zeigt sich im Westen eine zunehmende Verwischung der zur Beginn der 90er Jahre noch erkennbaren Siedlungsstruktureffekte. Ab Mitte der 90er Jahre nähern sich die Einstellungen in „Stadt und Land“ an, was mit der zunehmenden Ausländerpräsenz in allen Gebietskategorien übereinstimmt.

Abbildung 4.3.13:



Im Osten dagegen nehmen die Kernstädte der Agglomerationsräume immer noch eine Sonderstellung ein, was auch daran liegt, dass nur hier ein nennenswerter Ausländeranteil (5,5 %, einschließlich Ost-Berlin, siehe Kapitel 4.3.5) vorhanden ist. Aber auch im Osten bewegen sich die siedlungsstrukturellen Einstellungen auf einander zu. Dabei nähert sich insbesondere das Umland in den Agglomerationsräumen, das 1990 in krassem Gegensatz zu der Kernstädten stand, an das kernstädtische Einstellungsmuster an. Dieser Entwicklungsverlauf unterstreicht dann das vorab geschilderte Erklärungsmuster der Übertragung von Kontexterfahrungen im Verlauf des Suburbanisierungsprozesses.

#### 4.3.5 Anwendungen 3: Mikrozensus 2002

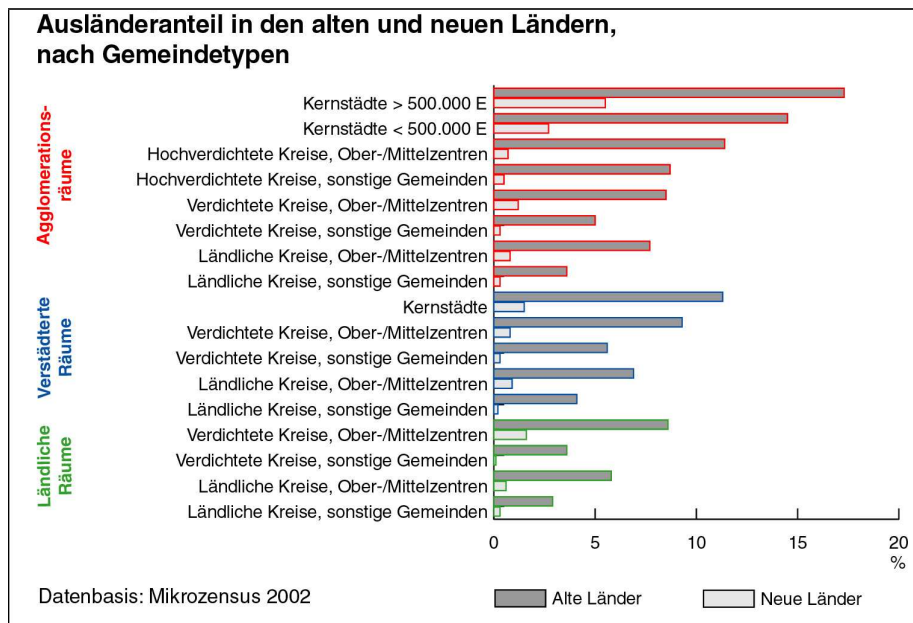
Als Beispiele für die Auswertungsmöglichkeiten des Mikrozensus mit Hilfe der BBR-Siedlungsstrukturtypen werden zwei Merkmale des Mikrozensus von 2002 verwendet, die beide deutliche regionale bzw. siedlungsstrukturelle Variationen aufweisen: Der Anteil von Ausländern und der Anteil von Personen in Einpersonenhaushalten.

##### Ausländeranteil

Der Ausländeranteil ist in Ost- und Westdeutschland sehr stark unterschiedlich. Deshalb wird bei der Auswertung des MZ nach den BBR- Gemeindetypen nach Ost und West bzw. nach dem früheren Bundesgebiet (mit West-Berlin) und den neuen Bundesländern (mit Ost-Berlin) unterschieden.

In Abbildung 4.3.14 wird das außerordentlich unterschiedliche Niveau in Ost (insgesamt: 1,3 %) und West (9,9 %) deutlich. Nur in den großen Kernstädten der neuen Länder (mit Ost-Berlin) wird ein nennenswertes Niveau erreicht, das freilich im Westen in allen Typen überschritten wird, mit Ausnahme kleinstädtisch/dörflicher Gemeinden in gering besiedelten ländlichen Kreisen.

Abbildung 4.3.14:

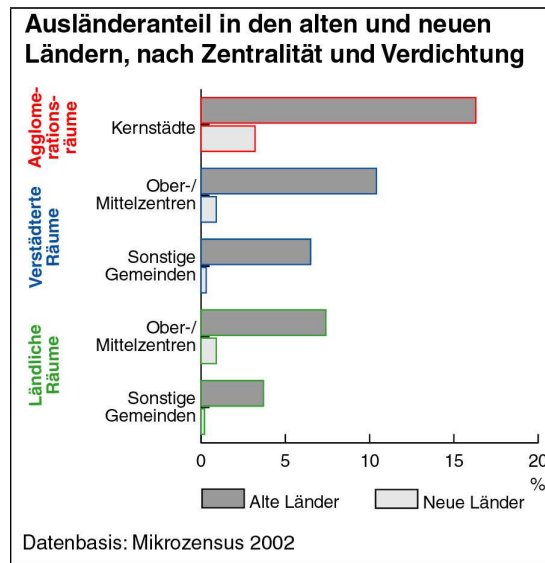


Trotz dieser außerordentlichen Ungleichverteilung zeigt sich in Ost und West eine Gemeinsamkeit im Verteilungsmuster. Es zeigen sich – besonders im Westen, auf dessen Werte im folgenden abgestellt wird – sehr deutliche Stadt-Land-Unterschiede auf der Gemeindeebene, und zwar in allen Regions- und Kreistypen. Ein hoher Ausländeranteil ist vor allem ein (groß-)städtisches Merkmal, mit zunehmender „Ländlichkeit“ sinkt der Ausländeranteil immer mehr ab. Das gilt insbesondere in den Agglomerationsräumen, wo ein außerordentliches Gefälle zwischen den großen Kernstädten und den Kleinstädten/Dörfern in ländlich geprägten Kreisen vorliegt. Auch in den anderen Regionstypen liegt diese Abfolge vor, allerdings mit weit geringeren Spitzenwerten in den Kernstädten bzw. den sonstigen städtischen Gemeinden. Insofern liegen hier Regionaleinflüsse vor: Je verstädterter die Region, desto stärker sind die Städte von hohen Ausländeranteilen geprägt. Dagegen sind die niedrigsten Ausländeranteile – in Gemeinden ohne zentralörtliche Bedeutung in ländlich geprägten Kreisen – relativ unabhängig vom weiteren regionalen Kontext.



Das in Abbildung 4.3.14 erkennbare Muster fordert geradezu zu einer Zusammenfassung und Konzentration der wesentlichen siedlungsstrukturellen Unterschiede heraus. Dabei wäre die Zusammenfassung nach den drei Regionsgrundtypen und nach den Kreistypen insofern problematisch, als die Unterschiede auf der Gemeindeebene innerhalb der Typen größer sind als zwischen ihnen: Städte mit der Funktion von Ober/Mittelzentren sind sich bei gleichem Kreistyp über die Regionstypen hinweg recht ähnlich, ebenso wie Kleinstädte/Dörfer. Insofern bietet es sich an, die Ober-Mittelzentren je nach Kreistyp zusammen zu fassen, wobei die Kreistypen auf zwei Klassen (verdichtet – ländlich) reduziert werden können. Dagegen unterscheiden sich die Kernstädte in den Agglomerationsräumen nicht nur sehr stark von den sonstigen Gemeinden, sondern auch deutlich von denen in verdichteten Räumen. Deshalb werden sie gesondert ausgewiesen. In verdichteten Regionen unterscheiden sich die Ausländeranteile von Kernstädten und von Ober/Mittelzentren weniger stark. Insofern kann man hier eine Zusammenfassung vornehmen.

**Abbildung 4.3.15:**



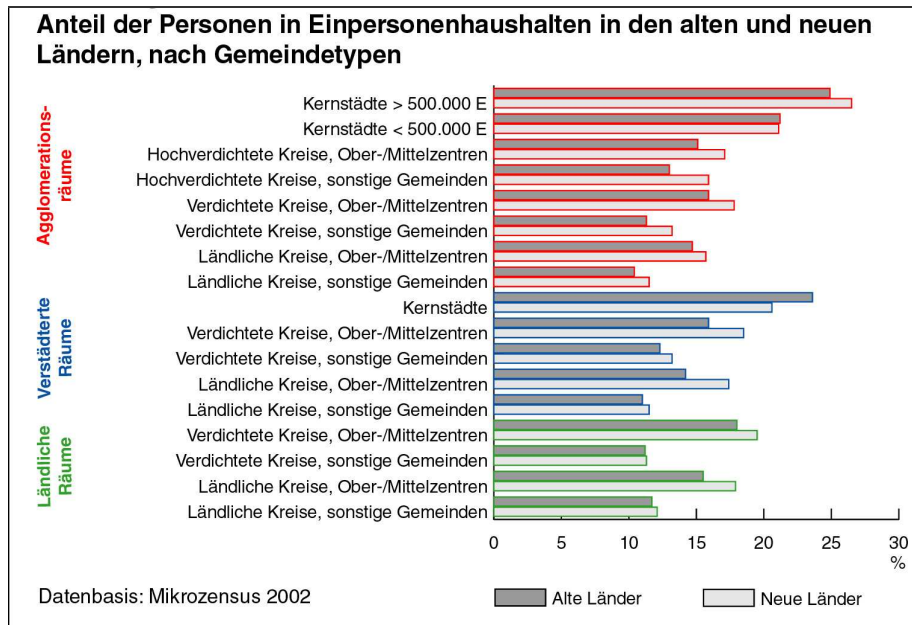
Auf diese Weise kann man die Anzahl der Typen auf nur 5 reduzieren und dennoch die siedlungsstrukturellen Zusammenhänge der Ausländerverteilung aufzeigen (Abbildung 4.3.15): die herausragende Stellung der Agglomerationsraumkerne, die auch ansonsten bestehenden Unterschiede zwischen „Stadt“ und „Nicht-Stadt“ (bei denen man zur weiteren Differenzierung auch noch Abstufungen nach der Einwohnerzahl vornehmen könnte) sowie der Einfluss, der von dem eher verdichteten oder eher ländlich geprägten Kontext der Gemeinden ausgeht.

### Personen in Einpersonenhaushalten

Einpersonenhaushalte konzentrieren sich – wie die ausländische Bevölkerung – eher in Städten. Dabei stimmen die Anteile in Ost- und Westdeutschland insgesamt überein (16,7 %), und auch das Verteilungsmuster entspricht sich weitgehend (Abbildung 4.3.16). Dabei ist der Anteil der in Einpersonenhaushalten Lebenden in den meisten Gemeindetypen im Osten höher ist als im Westen, mit Ausnahme der Kernstädte unter 500.000 EW, insbesondere der in verdichteten Regionen (Gemeindetyp 9).

Wie im Falle des Ausländeranteils zeigen sich wieder die typischen „Zacken“, die Stadt-Land-Unterschiede innerhalb der Kreistypen. Es bietet sich also an, wiederum nach Städten und nach nicht zentralen Gemeinden zu unterscheiden. In Abbildung 4.3.17 werden daher die Städte und die nicht zentralen Orte je nach Kreistyp umsortiert. Dabei wird das in allen regionalen Kontexten vorherrschende Muster besonders deutlich: die Konzentration auf die jeweils herausragenden Kernstädte bzw., im ländlichen Raum, auf die dort herausragenden Ober-/Mittelzentren.

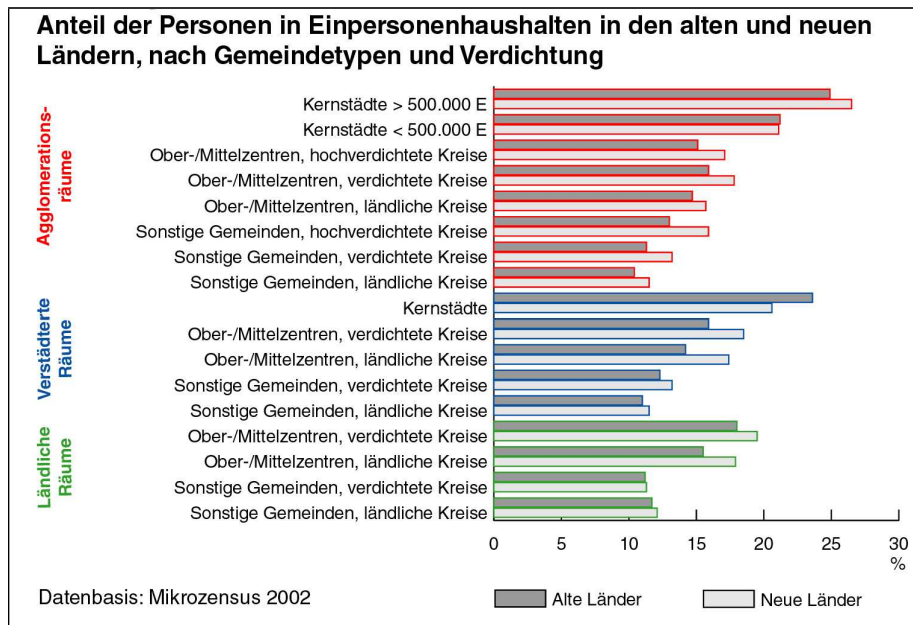
Abbildung 4.3.16:



Wie ist diese Konzentration zu interpretieren? Einpersonenhaushalte werden häufig als Indikator für „moderne Lebensweise“, für „Individualisierung“, für mehr oder weniger losgelöste „Singles“ verstanden. Eine solche Interpretation würde in der Tat gut zu den beobachteten Konzentrationen in Städten passen, wenn man unterstellt, dass Städte sozial weniger traditionell strukturiert sind. Dabei ist aber zu beachten, dass Einpersonenhaushalte häufig weniger mit „Lebensstil“ als mit Lebenslage zu tun haben. Dabei sind zwei sehr unterschiedliche Lebenslagen bzw. Gruppen von besonderem Gewicht: Einerseits junge Leute in der Lebensphase Studium, Ausbildung oder berufliche Orientierung und Berufseinstieg. Zum anderen alte Leute, die nach Aufzucht der Kinder und dem Tod des Partners alleine leben.

Was verbindet beide Gruppen mit Blick auf „Stadt“? Beide Gruppen suchen „Gelegenheiten“, deren Häufigkeit mit Größe und Zentralität verbunden sind: Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsplätze einerseits, alltägliches Infrastrukturangebot, medizinische Versorgung, Erreichbarkeit ÖPNV und sonstiger vielfältiger Angebote andererseits. Diese großstädtische bzw. oberzentrale Gelegenheitsdichte zieht dann sowohl junge Leute als auch die „alten Alten“ in die Stadt bzw. lässt sie dort bleiben. Zu diesen gruppenspezifischen Attraktionen von „Stadt“ kommt hinzu, dass andere Gruppen, insbesondere große Haushalte, offenbar spezifische Defizite verspüren und die Stadt eher meiden oder dort nicht „nachwachsen“. Zumindest lebt ein geringerer Anteil der Städter in großen Haushalten, was dann den Anteil der Einpersonenhaushalte erhöht.

Abbildung 4.3.17:

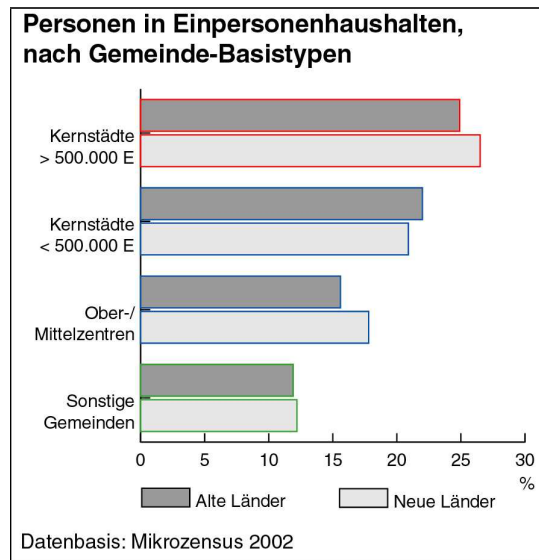


Diese städtische Sonderstellung gilt relativ unabhängig vom regionalen Zusammenhang und von der Dichte des Kreiskontextes: Entscheidend sind die Gemeindemerkmale selbst. Allerdings gibt es doch Hinweise auf regionale Einflüsse. So gibt es im hochverdichteten Umland der Agglomerationsräume kaum Stadt-Land-Unterschiede (Typ 3 und 4): die Gelegenheitsfülle ist dort bereits städtisch geprägt oder aber die Erreichbarkeit ubiquitär gegeben. Ein weiterer Hinweis auf die Bedeutung von Region zeigt sich im ländlichen Raum: Hier sind die Einpersonenhaushalte in den nicht großstädtischen Zentren im Vergleich zu den sonstigen Gemeinden stärker konzentriert als in den anderen Regionstypen, weil eben in ländlichen Regionen die zentralen Orte im Vergleich zum Umland eine herausragende Stellung hinsichtlich der nahräumliche Erreichbarkeit von Gelegenheitsfülle aufweisen.

Ansonsten aber sind die regionalen Einflüsse relativ gering. Es bietet sich also an, die Zusammenhänge zwischen Gemeindegröße bzw. Zentralitätsgrad und der Verteilung der Einpersonenhaushalte mit Rückgriff auf die vier „kontextlosen“ Gemeindebasistypen darzustellen (siehe Abbildung 4.3.18).

Damit erweist sich die lokale Ebene der Siedlungsstrukturtypen wiederum als die entscheidende siedlungsstrukturelle Unterscheidungsdimension zur Beschreibung sozialstruktureller Differenzierungen: Die Unterscheidung von zentralörtlich bedeutsamen Städten und kleinstädtisch/ländlichen Gemeinden einerseits, die Unterscheidung von Kern- bzw. Großstädten und den großen Kernstädten der Agglomerationsräume andererseits. Diese Dimension „erklärt“ möglicherweise nicht diese Differenzierungen, sie bildet aber einen komplexen Hintergrund sehr vielschichtiger Faktoren, die sich insgesamt in entsprechenden siedlungsstrukturellen Effekten niederschlagen. Ob und in welcher Weise diese Effekte tatsächlich Folge der Siedlungsstruktur sind oder aber Folge der in bestimmten siedlungsstrukturellen Situationen vorhandenen Sozial- und Gelegenheitsstruktur, bleibt dabei offen. Wie auch immer: Siedlungsstruktur verbindet sich immer noch mit Merkmalskonstellationen, die zur Beschreibung sozialstruktureller Zusammenhänge nützlich sind.

Abbildung 4.3.18:



### Fazit

Lebensverhältnisse, Erfahrungen, Einstellungen und Verhaltensweisen zeigen deutliche regionale Unterschiede. Dieser in Deutschland seit der Wende besonders evidente Tatbestand findet in der empirischen Sozialforschung nicht immer die ihm zukommende Beachtung. Das liegt auch daran, dass man sich – vor allem bei bundesweiten Umfragen – in der Regel auf die Untersuchung der Zusammenhänge von Individual- und Gruppeneigenschaften beschränkt und die Merkmale des räumlichen Kontextes als zusätzliche Individual- und Gruppeneigenschaften einführt. Dabei gerät die Frage regionaler Strukturen, deren Zustandekommen und Wirkung, aus dem Blickwinkel. Das gilt auch für die siedlungsstrukturellen Rahmenbedingungen. Sie prägen die Zusammensetzung der Bevölkerung, die vorhanden und wahrgenommenen Gelegenheiten, die Chancen und Disparitäten. Diese Dimension sollte stärker in sozialwissenschaftliche Analysen der Bundesrepublik Eingang finden.

## Literatur

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 1981: Daten zur Raumplanung. Zahlen – Richtwerte – Übersichten. Teil A. Hannover: Vincentz Verlag.*
- Bahrtdt, H.P., 1998: Die moderne Großstadt. Opladen: Leske und Budrich.*
- Becker, K., 1982: Das Konzept der ausgeglichenen Funktionsräume; in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Grundriß der Raumordnung. Hannover: Vincentz Verlag: 232-240.*
- Blau, P.M., 1961: The dynamics of bureaucracy: A study of interpersonal relations in two government agencies. Chicago, Ill.: University of Chicago Press.*
- Blotevogel, H.H., 1995: Zentrale Orte; in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: 1117-1124.*
- Blotevogel, H.H., 1996 : Zentrale Orte: Zur Karriere und Krise eines Konzepts in der Regionalforschung und Raumordnungspraxis; in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 10: 617-629.*
- Blotevogel, H.H., 1996: Zur Kontroverse um den Stellenwert des Zentrale-Orte-Konzepts in der Raumordnungspolitik heute; in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 10: 647-657.*
- Böltken, F., Görmar, W. Irmen, E., Janich, H., Kessler, H.-R., Runge, L., Sinz, M. & F.-T. Wittmann, 1996: Neuabgrenzung von Raumordnungsregionen nach den Gebietsreformen in den neuen Bundesländern. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Arbeitspapiere 5/1996. Bonn: BBR.*
- Böltken, F., 2000a: Soziale Distanz und räumliche Nähe – Einstellungen und Erfahrungen im alltägliche Zusammenleben von Ausländern und Deutschen im Wohngebiet; in: Alba, R, Schmidt, P. & M. Wasmer (Hrsg.): Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Blickpunkt Gesellschaft 5. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 147- 194.*
- Böltken, F., 2000b: Raubeobachtung und das Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik; in: Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Statistische Woche 2000 in Nürnberg., Tagungsbericht. Oberhausen: VDSt: 210-219.*
- Böltken, F., 2001: Zur Bewertung von Lebensbedingungen in Ost- Und Westdeutschland; in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3 2001: 149-180.*
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), 2005: INKAR – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung. Ausgabe 2004. Bonn: BBR.*
- Christaller, W., 1933: Die zentralen Orte in Süddeutschland. Jena: Fischer.*
- Friedrichs, J. , 1981: Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. 3. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.*
- Friedrichs, J. (Hrsg.), 1997: Die Städte in den 90er Jahren. Demographische, ökonomische und soziale Entwicklungen. Opladen: Westdeutscher Verlag.*
- Görmar, W. & E. Irmen, 1991: Nichtadministrative Gebietsgliederungen und -kategorien für die Regionalstatistik. Die siedlungsstrukturelle Gebietstypisierung der BfLR. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 6: 387-394.*
- Görmar, W., Kessler, H.-R. & T. Maciuga, 1991: Zur Abgrenzung von Analyseregionen (Raumordnungsregionen) für die neuen Bundesländer; in: BfLR-Mitteilungen, Heft 2: 4-5.*
- Guber, R., 1995: Gebietskategorien; in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: 357-365.*
- Hummel, H.J., 1972: Probleme der Mehrebenenanalyse. Stuttgart: Teubner.*
- Janich, H., Böltken, F., Bublys, J., Kuhlmann, P., Runge, L. & V. Schmidt-Seiwert, 2002: Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Ausgabe 2002. Berichte Band 14. Bonn: BBR.*
- Meyer, K., Böltken, F., Gödderz, F. & W. Neußer, 2003 : Lebensbedingungen aus Bürgersicht. Berichte Band 15. Bonn: BBR.*
- Oswald, H., 1966: Die überschätzte Stadt. Olten: Walter.*
- Ritter, U.P, 1970: Siedlungsstruktur; in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handbuch der Raumforschung und Raumordnung. Hannover: Gebrüder Jäneke Verlag: 2893-2900.*
- Scheuch, E.K., 1969: Social Context and Individual Behavior; in: Dogan, M. & S. Rokkan (Hrsg.): Quantitative Ecological Analysis in the Social Sciences. Cambridge/Mass. & London: The M.I.T. Press: 133-155.*

*Scheuch, E.K., 1973:* Entwicklungsrichtungen bei der Analyse sozialwissenschaftlicher Daten; in: König, R. (Hrsg.): Handbuch der Empirischen Sozialforschung. 3. Aufl. Bd. 1. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag: 161-238.

*Simmel, G., 1966:* Die Großstädte und das Geistesleben; in: Mills, C.W.: Klassik der Soziologie. Frankfurt/Main: Fischer: 381-393.

*Sinz, M., 1995:* Region; in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: 805-808.

*Stiens, G. & D. Pick, 1999:* Strukturen und Instrument-Funktionen der Zentrale-Orte-Systeme. Die Bundesländer im Vergleich. Arbeitspapiere 1/1999. Bonn: BBR.

*Weber, M., 1976:* Wirtschaft und Gesellschaft. 5.Auflg. Tübingen: Mohr.

H.-J. Heidenreich und Holger Breiholz<sup>\*)</sup>

## 5 Zur Regionalisierung von Ergebnissen aus dem Mikrozensus

### 5.1 Regionale Untergliederung für Typisierung

Die Zuverlässigkeit regionalisierter Mikrozensus-Ergebnisse ist je nach Art der Regionalanalyse (flächendeckende Regionalisierung versus Typenbildung) zu beurteilen. Für die flächendeckende Regionalisierung ist die jeweilige Region als Grundgesamtheit bzw. der Ausschnitt des Mikrozensus als unabhängige Einzelstichprobe zu betrachten. Für eine einzelne Großstadt von 300.000 Einwohnern läge dann eine Stichprobe aus dem Mikrozensus von etwa 3.000 vor. Auf die hiermit verbundene Fallzahlenproblematik wird im Kapitel 5.2 näher eingegangen.

Hinsichtlich der Regionaltypisierungen ist bei Fehlerabschätzungen im Mikrozensus nicht von der Gesamtheit der Regionen eines bestimmten Typs, sondern von der gewählten Regionalebene (z. B. Bund oder ein einzelnes Bundesland) als Grundgesamtheit auszugehen. Der räumlichen Tiefengliederung von Regionaltypisierungen sind unter der Voraussetzung hinreichend großer Besetzungszahlen kaum Grenzen gesetzt (z. B. Regions-, Kreis-, Gemeinde-, Haushaltstypen). Generell hängen die mit bestimmten Fallzahlen verbundenen Stichprobenfehler u.a. davon ab, inwieweit die in den Raumtypen enthaltenen spezifischen räumlichen Strukturen im Stichprobenplan des Mikrozensus berücksichtigt und dadurch mögliche schiefe Verteilungen vermieden werden.

Für das Stichprobendesign des Mikrozensus sind die Elemente Auswahlstichprobe, Hochrechnungsverfahren, Bildung der Auswahlbezirke, Klumpung der Erhebungseinheiten in den Auswahlbezirken sowie Schichtung und Anordnung der Auswahlbezirke vor der Auswahl wesentlich. Zur Verbesserung der regionalen Ergebnisdarstellung des Mikrozensus wird seit 1990 eine fachliche Schichtung nach vier Gebäudegrößenklassen mit einer tiefen regionalen Schichtung (Raumeinheiten mit einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von 350.000 Einwohnern<sup>1)</sup>) kombiniert. Darüber hinaus wird eine regionale Repräsentation durch Anordnung der Auswahlbezirke pro Regional- und Gebäudeschicht nach regionaler Untergruppe<sup>2)</sup>, Kreis, Gemeindegrößenklasse, Gemeinde und Gemeindeteil erreicht. Die Schichtung der Auswahlgrundlage bzw. der Stichprobe nach Gebäudegrößenklassen soll gewährleisten, dass die unterschiedlichen Wohnformen von Ein- oder Zweifamilienhaus über das Mehrfamilienhaus bis zur Gemeinschaftsunterkunft möglichst repräsentativ einbezogen werden<sup>3)</sup>.

Ein für die Typisierung von Siedlungen zentrales Merkmal ist die Größe. So stellt z. B. die BIK-Gemeindegrößenklasse eine Kombination von politischer Gemeindegrößenklasse und BIK-Region dar, die über das Merkmal „Pendelverflechtungen“ abgegrenzt wird. Bei den BBR-Gemeindetypen werden Kernstädte in Agglomerationsräumen unmittelbar über die Gemeindegröße in Metropolen und „Sonstige Großstädte“ unterschieden. Die Berücksichtigung der Gemeindegrößenklasse als (nachrangiges) Anordnungsmerkmal im Auswahlplan des Mikrozensus dürfte jedoch auf die Qualität von Ergebnissen nach Gemeindegrößenklassen kaum Einfluss haben. Präzisionsgewinne wären in erster Linie dann zu erwarten, wenn die Gemeindegrößenklasse als Schichtungsvariable bei der Auswahl oder als Anpassungsvariable im Rahmen der Hochrechnung dienen würde. Immerhin ermöglicht die regionale Anordnung der Auswahlbezirke in der Auswahlgrundlage auch Mikrozensus-Auswertungen nach Gemeindegrößenklassen, die sich aus kleinen Gemeinden als Regionalbausteinen zusammensetzen<sup>4)</sup>.

Weitere mit der Siedlungsgröße in Wechselbeziehungen stehende Typisierungsmerkmale wie Dichte, Lage (i.S. von Distanz zum Zentrum) und Funktion werden im Auswahlplan des Mikrozensus nicht berücksichtigt. Insbesondere die für die analytische Regionalisierung charakteristische Typisierung nach Verflechtungsbeziehungen zwischen einer Stadt und ihrem Einzugsbereich (z. B. BIK-Regionen, BBR-Kreistypen) hat keinen Eingang in den Stichprobenplan gefunden.

Fehlerrechnungen für Bundes- und Länderergebnisse zeigen, dass der einfache relative Standardfehler für (frei) hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5.000, d.h. für weniger als 50 Fälle in der Stichprobe, bei allen Merkmalsgruppen über 15 % hinausgeht. Ergebnisse mit einem einfachen relativen Standardfehler über 15 % werden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder im Hinblick auf ihren geringen Aussagewert nicht mehr veröffentlicht bzw. gesperrt. Das bedeutet, dass der Mikrozensus bis zur Länderebene für die im Datensatz gekennzeichneten Raumtypen (z. B. BIK-Strukturtypen, siedlungsstrukturelle Gebietstypen der BBR, EU-Stadttypen) in Kombination mit wichtigen bevölkerungs-, erwerbstätigen- sowie haushaltsbezogenen Merkmalen noch aussagefähige Ergebnisse liefert. Für kleinräumigere Analysen sind die im nachfolgenden Kapitel 5.2 enthaltenen Aussagen zur Zuverlässigkeit von Mikrozensus-Ergebnissen für unterschiedliche Regionsgrößen zu beachten.

<sup>\*)</sup> Hans-Joachim Heidenreich und Holger Breiholz, Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Bonn

1) Großstädte ab 200.000 Einwohnern könnten eigene regionale Schichten bilden.

2) Regionale Untergruppen umfassen mindestens 100.000 Einwohner und fügen sich zu den regionalen Schichten zusammen.

3) Dazu wurden in der ersten Schicht bzw. Gebäudegrößenklasse mehrere kleinere räumlich nahe beieinanderliegende Gebäude mit 1 bis 4 Wohnungen zu Auswahlbezirken zusammengefasst; in der zweiten Schicht bilden Einzelgebäude mit 5 bis 10 Wohnungen, in der dritten Schicht Teile von Einzelgebäuden mit 11 und mehr Wohnungen einen eigenen Auswahlbezirk.

4) Praktisch wird dies dadurch erreicht, dass aus dem regional sortierten Material nach Zufallsauswahl des ersten Klumpens die weiteren Klumpen anhand eines festen Auswahlabstandes von 100 ermittelt werden.

## 5.2 Standardfehler für Regionsgrößen

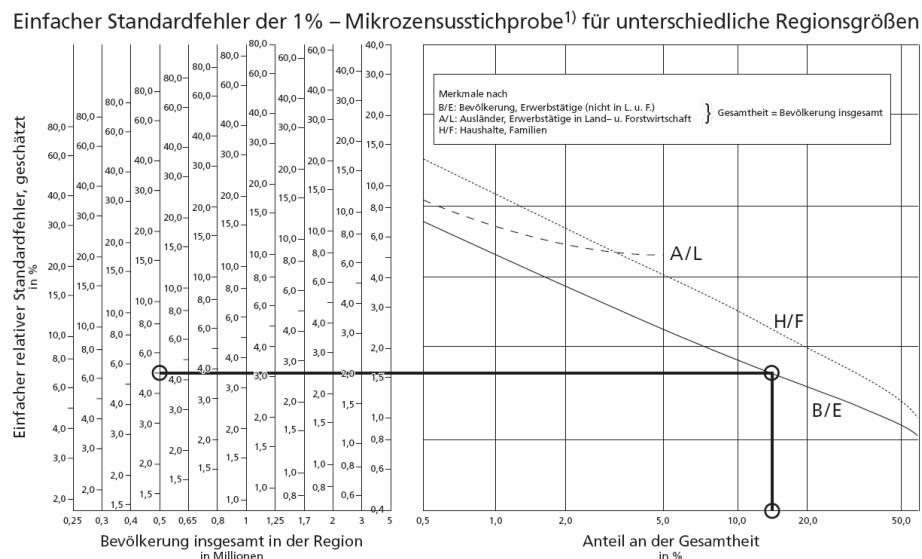
Ausgangspunkt für die Gewinnung von Regionalergebnissen aus dem Mikrozensus ist die Überlegung, dass mit der Stichprobenerhebung in einem größeren Gebiet gleichzeitig für jedes seiner Teilgebiete eine Stichprobe vorliegt, nämlich die Gesamtheit der erhobenen Auswahlbezirke, die in das Teilgebiet fallen<sup>5)</sup>. Der Stichprobenumfang wird somit auf diejenigen Haushalte und Personen reduziert, die aus der jeweiligen Auswertungsregion stammen. Es ist offensichtlich, dass eine verstärkte Regionalisierung aufgrund kleiner Fallzahlen zugleich eine Beschränkung der Auswertungstiefe in fachlicher Hinsicht bedingt.

Die für eine tiefere Regionalisierbarkeit der Ergebnisse des Mikrozensus erforderlichen Präzisionssteigerungen wurden im Vergleich zu dem bis 1989 gültigen Auswahlplan mit dem neuen Auswahlplan ab 1990 durch eine deutliche Verringerung der durchschnittlichen Auswahlbezirksgröße, die Verminderung der Variabilität der Auswahlbezirksgröße und eine tiefere regionale Schichtung erreicht. Waren mit dem alten Stichprobendesign Mikrozensus-Ergebnisse in qualitativ vertretbarer Form nur auf Landes- oder allenfalls auf Regierungsbezirksebene darstellbar, so erlaubt der derzeit gültige Auswahlplan Ergebnismachweisungen in tieferer regionaler Gliederung.

Umfangreiche und aufwändige Fehlerrechnungen wurden auf der Ebene der regionalen Anpassungsschichten durchgeführt. Hierbei handelt es sich um aus den regionalen Schichten zusammengesetzte Regionen mit durchschnittlich 660.000 Einwohnern, die die Basis für die Anpassung der Mikrozensus-Ergebnisse an die Einwohnerzahlen der Bevölkerungsfortschreibung darstellen und daher besonders günstige Ansatzpunkte zur Regionalisierung bieten. Die Fehlerrechnungen haben gezeigt, dass sich das bislang praktizierte Verfahren zur Beurteilung von Bundesergebnissen auch auf die grobe Abschätzung des einfachen relativen Standardfehlers von Ergebnissen auf tieferer regionaler Auswertungsebene übertragen lässt. Danach ist es für Zwecke der Fehlerschätzung sinnvoll, die im Mikrozensus nachzuweisenden Merkmale und Merkmalskombinationen zu drei Merkmalsgruppen zusammenzufassen, für die jeweils eine einzige Fehlerkurve näherungsweise zutrifft:

- Gruppen der Bevölkerung und der Erwerbstätigen, ohne Land- und Forstwirtschaft (B/E),
- Gruppen der Bevölkerung und der Erwerbstätigen nach Ausländern oder Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft (A/L),
- Gruppen nach Haushalten und Familien (H/F).

Abbildung 5.2.1: Einfacher Standardfehler der 1%-Mikrozensusstichprobe für unterschiedliche Regionsgrößen



<sup>1)</sup> Ergebnisse 1993 ohne Anpassung an die „fortgeschriebene Bevölkerung“, Standardfehler geschätzt nach dem Binomialsatz unter Berücksichtigung eines Korrekturfaktors für den Schichtungs- und Klumpeneffekt bei Unterstellung bundesdurchschnittlicher Verhältnisse.

5) Sofern die Teilgebiete nicht zur Schichtung der Auswahlgrundlage herangezogen werden, stellt ihr Stichprobenumfang eine Zufallsvariable dar.



Auf der Grundlage der Mikrozensusergebnisse von 1993 wurden für Zwecke der Fehlerabschätzung bei Regionalanalysen drei Fehlerkurven erstellt (vgl. Abbildung 5.2.1), anhand derer die Abhängigkeit der Stichprobenfehlergröße von der Besetzungszahl, dem Merkmalstyp<sup>6)</sup>, und der Regionsgröße deutlich wird. Da sich im Hinblick auf den Auswahlplan seit 1993 nichts geändert hat, und die Fallzahlen bzw. Merkmalsanteile von einem Jahr zum nächsten nur geringfügig variieren, ist die Fehlergrafik auch auf aktuelle Mikrozensus-Ergebnisse anwendbar.

Folgende Schritte sind für die Abschätzung des einfachen relativen Standardfehlers erforderlich:

- 1) Zuordnung des Merkmals zu einer der drei oben genannten Merkmalsgruppen (B/E, A/L oder H/F).
- 2) Bestimmung des prozentualen Anteils des betrachteten Merkmals an der Gesamtheit, d.h. an der Bevölkerung insgesamt (B/E und A/L) oder an den Haushalten bzw. Familien insgesamt (H/F).
- 3) Bestimmung der Bevölkerung insgesamt in dem betrachteten Regionalgebiet und Auswahl einer der für alternative Gebietsgrößen im Schaubild eingezeichneten Ordinaten.
- 4) In Abhängigkeit von dem in der zweiten Stufe bestimmten prozentualen Anteil, der auf der Abszisse des Schaubildes abzutragen ist, wird anhand der in Stufe 1 zugeordneten Fehlerkurve und der in Stufe 3 ausgewählten Ordinate das Fehlerniveau bestimmt (ggf. interpoliert).

Die Abbildung weist beispielsweise aus, dass der einfache relative Standardfehler in einer Region mit 500.000 Einwohnern für Erwerbstätige (Kurve B/E) im Dienstleistungsbereich (Anzahl: 75.000, Anteil an der Gesamtbevölkerung: 15 %) ca. 5 % beträgt. Das bedeutet, dass mit einer Sicherheit von 68 % der wahre Wert in dem Intervall 75.000 +/- 5 %, also zwischen 71.250 und 78.750 liegt. Für die Anzahl der 3-Personenhaushalte (Kurve H/F) in einer Region mit 1,25 Mill. Einwohnern (Anteil an den Haushalten insgesamt: 20%) lässt sich ein einfacher relativer Standardfehler von rund 4 % ablesen. Zu beachten ist, dass bei dieser Fehlergrafik zwar der Schichtungs- und Klumpeneffekt, nicht jedoch die Anpassung an die fortgeschriebene Bevölkerungszahl berücksichtigt wurde. Zu bedenken ist auch, dass sich die hier angestellten Genauigkeitsbetrachtungen nur auf die regionalen Anpassungsschichten beziehen, die im Hinblick auf den Stichprobenplan (regionale Schichten sind Bausteine der Anpassungsschichten) und bei der Hochrechnung eine besondere Rolle spielen.

Für den relativen Standardfehler von regionalisierten Ergebnissen aus dem Mikrozensus gilt generell, dass er einerseits mit sinkendem Anteil der betrachteten Merkmale bzw. Merkmalsausprägungen an der zugrunde liegenden Grundgesamtheit und andererseits mit sinkender Regionsgröße schnell ansteigt. Mit besonders hohen Fehlern behaftet sind demnach Ergebnisse für kleine Regionaleinheiten zu Merkmalen, die fachlich stark gegliedert sind, also nur einen sehr geringen Anteil an der Grundgesamtheit aufweisen. Dies bedeutet für die Praxis von Regionalanalysen, dass in der Auswertung Kompromisse zwischen der fachlichen und der regionalen Gliederungstiefe eingegangen werden müssen, wenn noch aussagefähige Ergebnisse erzielt werden sollen.

Für die regionalen Anpassungsschichten hat sich gezeigt, dass wichtige Eckmerkmale (z. B. Erwerbspersonen, Struktur der Privathaushalte, Bevölkerung nach Altersgruppen, Lebensunterhalt) unterhalb der als kritisch eingestuften Fehlermarke von 15 % liegen<sup>7)</sup>. Auswertungen und Publikationen der Statistischen Landesämter reichen daher in der Regel bis zu dieser Regionalebene, auf die auch das bestehende regionale Tabellenprogramm ausgelegt ist. Aufgrund des hohen Standardfehlers sind jedoch für zahlreiche Merkmale bzw. Merkmalskombinationen mit vergleichsweise geringer Besetzungszahl nennenswerte Einschränkungen hinsichtlich der Aussagefähigkeit von Ergebnissen vorhanden. Die großen Vorteile des Mikrozensus, die in seinem Charakter als breit angelegte Mehrzweckstichprobe und damit in der möglichen Kombinierbarkeit zahlreicher demographischer und sozioökonomischer Merkmale liegen, können auf der Ebene der Anpassungsschichten deshalb nur begrenzt ausgeschöpft werden.

Außer den aus Kreisen bestehenden Anpassungsschichten kommen vielfältige weitere Regionalabgrenzungen für Mikrozensus-Auswertungen in Frage. Dies gilt z. B. für alle größeren Teilräume eines Bundeslandes, die sich aus Anpassungsschichten zusammensetzen lassen (z. B. Regierungsbezirke, Bundesraumordnungsregionen). Für diese Regionen ergeben sich keine besonderen Auswertungsprobleme. Es handelt sich um große Einheiten mit automatischer Anpassung an die Eckwerte der Bevölkerungsfortschreibung, so dass die Risiken durch Zufallsfehler begrenzt sind. Auch für Regionen, die nicht aus Anpassungsschichten zusammensetzbar sind, sondern aus anderen Bausteinen (z. B. Kreise, kreisfreie Städte) bestehen, sind Auswertungen nicht von vornherein auszuschließen. Durch die besondere Schichtung und Anordnung der Auswahlbezirke in der Auswahlgrundlage sind die Regionen auch kleinräumig in der Stichprobe angemessen vertreten. Die Auswertungseinheiten müssen jedoch – angesichts der Zufallsfehlerproblematik – eine erforderliche Mindestgröße aufweisen. Die Kriterien hierfür liefert

6) Der Stichprobenfehler wird insbesondere auch von der Merkmalsklumpung (z. B. räumliche Konzentration von ausländischen Mitbürgern in bestimmten Wohngebieten) beeinflusst. Je gründlicher die Haushalte bzw. Personen in einer Region „gemischt“ sind, desto geringer fallen die Merkmalsklumpungen aus.

7) Der einfache relative Standardfehler liegt für hochgerechnete Besetzungszahlen von 20.000 Einheiten bei bis zu über 10 %. Vgl. Werner, 1994: Regionalisierung des Mikrozensus. Baden-Württemberg in Wort und Zahl 6/94.

die Fehlerrechnung, nach der unterhalb von ca. 200.000 bis 250.000 Einwohnern kaum hinreichend gesicherte Ergebnisse zu erzielen sein dürften<sup>8)</sup>.

Die jeweilige Höhe des relativen Standardfehlers ist besonders zu beachten, wenn Regionalergebnisse zu zeitlichen Vergleichen herangezogen werden: Veränderungen von Schätzwerten können eine substanzielle Entwicklung nahe legen, obwohl ihre Ursache nur in der rein zufälligen Zusammensetzung der Stichproben liegt. Darüber hinaus ist für die Abschätzung des relativen Standardfehlers von Regionalergebnissen zu berücksichtigen, dass es sich bei der Bestimmung des einfachen relativen Standardfehlers eines Merkmals nach dem hier vorgestellten Verfahren generell um eine relativ grobe Schätzung handelt. So muss im Einzelfall auch mit deutlichen Abweichungen nach oben gerechnet werden. Zudem ist zu beachten, dass obige Genauigkeitsbetrachtungen nur den Zufallsfehler einbeziehen. Bei Stichprobenerhebungen treten neben dem Zufallsfehler aber auch systematische Fehler auf, die z. B. auf falschen Angaben der Befragten oder Interviewer, dem Ausfall von zu befragenden Einheiten und Fehlern bei der Aufbereitung beruhen können.

## Literatur

*Müller, 1982:* Regionalauswertungen aus dem Mikrozensus. Rundschau Nordrhein-Westfalen. April 1992.

*Werner, 1994:* Regionalisierung des Mikrozensus. Baden-Württemberg in Wort und Zahl 6/94.

---

8) Vgl. Müller, 1982: Regionalauswertungen aus dem Mikrozensus. Rundschau Nordrhein-Westfalen. April 1992.

Günther Rösch<sup>\*)</sup> und Christian von der Heyde<sup>\*\*)</sup>

## 6 Bevölkerungstichproben in der Umfrageforschung

Wir wollen uns in diesem Beitrag mit den Besonderheiten regionaler und regionalisierbarer bzw. regionalisierter Bevölkerungstichproben (bzw. -umfragen) befassen. Im Mittelpunkt unserer Betrachtungen stehen daher drei Fragen:

- 1) Wodurch unterscheiden sich regionale Stichproben von nationalen?
- 2) Wie und unter welchen Umständen kann man nationale Stichproben regionalisieren?
- 3) Wie und unter welchen Umständen können Aggregate mehrerer Stichproben regionalisiert werden?

### 6.1 Allgemeines

#### 6.1.1 Der technische Rahmen

Zunächst betrachten wir die „normale“ regionale oder bundesweite Standard-Bevölkerungstichprobe schematisch und aus einem rein stichprobentechnischen Blickwinkel. Wir haben in jedem Fall drei Realisierungsabschnitte: Die Stichprobenanlage, die Feldphase oder „Implementierung“ sowie die Gewichtung.

##### Stichprobenanlage

- Bestimmung der Auswahlgrundlage: Gemeindeverzeichnisse, Wahlbezirksdateien, Telefonverzeichnisse oder Telefonstichprobensysteme
- Schichtung a priori: mehrfach geschichtet
- Auswahlverfahren: mehrfach gestuft, mehr oder weniger geklumpt
- Auswahlwahrscheinlichkeiten der Erhebungseinheiten: meist nicht gleich

##### Stichprobenimplementation

- Interviewerausfälle und -effekte
- Nonresponse
- sonstige Ausfälle

##### Gewichtung und Hochrechnung

- Designgewichtung
- Ausfalls substitution
- Schichtung a posteriori (Redressement)

Damit ist der technische Rahmen für die hier betrachteten Stichproben gesetzt, und wir können uns den Details zuwenden, denen, wie wir im Weiteren sehen werden, mehr oder weniger Relevanz bei der Beantwortung der uns gestellten Fragen zukommt.

#### 6.1.2 Stichprobenanlage

##### Schichtung

Schichtung heißt, die Grundgesamtheit bzw. die dazu adäquate Auswahlgrundlage in Teilmengen zu untergliedern, die jeweils Ausgangsbasis für eine separate Teilstichprobe sind. Der Vorteil dieses Vorgehens liegt auf der Hand: Es ist auf jeden Fall sichergestellt, dass die Abbildung der Grundgesamtheit in den Merkmalen, die zur Schichtenbildung herangezogen werden, bei der Stichprobenbildung unter voller Kontrolle sind. Die geschichtete Stichprobe garantiert also Abbildungstreue in den Schichtungsmerkmalen, was ceteris paribus gegenüber der ungeschichteten zu einer geringeren Stichprobenvarianz führt.

Die Varianzverringerung ist umso ausgeprägter, je höher die Korrelation der Schichtungsmerkmale mit den Zielmerkmalen der Untersuchung ist, je homogener also die Schichten bezüglich dieser Zielmerkmale sind. Da es hier nur um regionale Schichtung geht, heißt das, dass die zur Schichtenbildung benutzten regionalen Klassifizierungen umso wirksamer sind, je besser sie mit den Untersuchungszielen korrelieren. In der Umkehrung dieser Aussage bedeutet dies, dass eine Schichtung – bei einer proportionalen Aufteilung – niemals negative Effekte haben kann. Im schlechtesten Fall, wenn es keine Korrelation zwischen den

<sup>\*)</sup> Günther Rösch, Büro für Erhebungsdesign & Datenanalyse, Maisach

<sup>\*\*)</sup> Christian von der Heyde, TNS Infratest, München

Schichtungs- und den Untersuchungsmerkmalen gibt, ist die Schichtung wirkungslos, d.h. die geschichtete Stichprobe hat keine Abbildungsvorteile gegenüber einer reinen Zufallsstichprobe.

So oder so ähnlich steht es in den einschlägigen Lehrbüchern.

Die Praxis verlangt jedoch Lösungen. Und dazu gehört zunächst, dass für die jeweiligen Auswahlgrundlagen (Gemeindeverzeichnisse, Wahlbezirksdateien, Telefonverzeichnisse oder Telefonsysteme und den dadurch implizit vorgegebenen (also beschränkten) Schichtungsmöglichkeiten entsprechende Schichtmerkmale gefunden werden, die als solche dienen können, m.a.W. man benötigt hinreichend valide und aktuelle Strukturen und diese liefert in erster Linie die amtliche Statistik.

So sind beispielsweise bei einer unmittelbaren Auswahl aus den allgemein zugänglichen Telefonverzeichnissen (Telefonbücher, CD-Roms, Nummernverzeichnisse, maschinelle Nummerngenerierung) die Schichtungsmöglichkeiten sehr begrenzt, da für die kanonische Struktur dieser Verzeichnisse (Ortnetze bzw. Vorwahlnummern) keinerlei schichtungsfähige Merkmale vorliegen (weder die Zahl der Telefonhaushalte, ja nicht einmal die Zahl der privaten Anschlüsse ist hinreichend bekannt, ganz zu schweigen von weitergehenden demographischen Strukturen). Dies war der Hauptgrund für die Entwicklung von speziellen Auswahlgrundlagen (ADM) oder integrierten Stichprobensystemen (Büro Rösch) für die Erstellung qualitativ hochrangiger Telefonstichproben.

Warum ist die Schichtung für Stichproben aus der Umfrageforschung so besonders wichtig, warum wird hierfür so ein großer Aufwand getrieben?

Weil diese Stichproben implementiert werden müssen, und dabei werden sie in hohem Maße beschädigt.

Nur durch feinste a-priori-Schichtung und komplexe Gewichtungungsverfahren (Nonresponse-Behandlung, Schichtung a posteriori) ist es möglich, aus den aus dem Feld zurückkehrenden „Stichproben-Ruinen“ hinreichend repräsentative Abbilder der jeweiligen Grundgesamtheit zu erzeugen.

### **Multistratifikation**

Unter Multistratifikation versteht man Schichtung nach mehreren Merkmalen. In dem uns hier interessierenden Fall der Bevölkerungsumfragen handelt es sich in der Regel auch um eine hierarchische Schichtung (Das klassische Standard-Schichtungsmodell umfasst folgende Hierarchiestufen: Schichtung nach Bundesländern, Regierungsbezirken, Schichtung nach Gemeindetypen, nach Bundesländern x Gemeindetypen, Regierungsbezirken x Gemeindetypen)

### **Allokation**

Allokation bedeutet Aufteilung der Stichprobe. Nach der Festlegung der Schichten (Zellen) muss die Stichprobengröße auf diese ganzzahlig aufgeteilt werden. In der Regel erfolgt dies proportional zur Zahl der Privathaushalte, gelegentlich werden aber aus bestimmten Gründen auch disproportionale Aufteilungen vorgenommen.

### **Mikrostratifikation**

Der Begriff „Mikrostratifikation“ (Rösch 1985) umfasst feinste Multistratifikation verbunden mit stochastischer Allokation. Dies bedarf einer – hier nur knappen – Erläuterung:

Die Statistische Methodenlehre sagt uns bekanntlich, dass die einzelnen Schichten mit mindestens einer Auswahlinheit besetzt sein müssen (zur Varianzschätzung sind sogar zwei erforderlich).

Bei einer sehr feinen Schichtung, insbesondere wenn das Standard-Schichtungsmodell um die Ebene Kreise erweitert wird, entstehen aber häufig sehr viele Zellen, die bei proportionaler Aufteilung und kaufmännischer Rundung mit keiner Auswahlinheit besetzt werden, weil ihr Anteilswert zu klein ist. Damit hätten alle Einheiten (Zielpersonen) in solchen Zellen die Auswahlwahrscheinlich Null. Die Lösung für dieses Problem heißt „stochastische Allokation“. Zunächst werden die Auswahlinheiten ganzzahlig durch Abrunden auf die Schichten verteilt, dann verteilt man die restliche Stichprobengröße über die nicht ganzzahligen Reste der Schichtanteile, und zwar zufällig mit Wahrscheinlichkeiten, die genau diesen Resten entsprechen. Eine Zelle mit dem Anteil 4,7 erhält also mit Sicherheit mindestens vier und mit Wahrscheinlichkeit 0,7 fünf Auswahlinheiten zugeteilt, eine mit Anteil 0,3 wird entweder leer oder mit Wahrscheinlichkeit 0,3 mit einer Auswahlinheit besetzt. In Zellen, in denen keine Auswahlinheit vorhanden ist, kann natürlich nichts statistisch geschätzt werden, aber in den besetzten Randaggregaten sehr wohl, denn dort erscheint die betreffende Teilstichprobe als einfache Zufallsauswahl.

### **Mehrstufige Auswahl**

Grundsätzlich sind alle hier betrachteten Auswahlverfahren zwei- oder dreistufig. In der ersten Stufe werden entweder Gemeinden oder Wahlbezirke, in der zweiten Haushalte und in der dritten die Zielpersonen (falls diese nicht schon mit der Haushaltsauswahl festgelegt sind) ausgewählt.

## Klumpung

Klumpung (engl. Clustering) wird vor allem aus forschungsökonomischen Gründen nahegelegt. Wenn die Befragung Face-to-Face erfolgt, dann werden die Kosten in hohem Maße durch die Fahrtkosten der Interviewer bestimmt. Eine automatische Klumpung wird beim klassischen Random-Route-Verfahren und allen seinen Varianten erzeugt. Dabei wird in einem Sample-Point (z. B. Wahlbezirk) eine Startadresse ausgewählt, die die Folgeadressen in der Nachbarschaft eindeutig festlegt und so bei einer Anfahrt mehrere Haushaltskontakte ermöglicht. Bei Einwohnermelderegister-Stichproben muss die Klumpung naturgemäß gesondert durchgeführt werden.

Für telefonische und schriftliche Umfragen spielt die Klumpung aus Kostengründen keine Rolle, es kann aber gewisse statistische Gründe geben, die trotzdem für eine Klumpung sprechen (z. B. bei geringen Ausschöpfungsraten, um eine Mindestzahl von Interviews in einer Gemeinde oder Schichtungszelle sicherzustellen).

### Die Auswahl der Zielperson: ungleiche Auswahlwahrscheinlichkeiten

Im allgemeinen werden bei Bevölkerungsstichproben (mit Ausnahme von Einwohnermelderegister-Stichproben) Haushalte mit gleicher Auswahlwahrscheinlichkeit ausgewählt (sog. EPSEM-Stichproben „Equal Probability of Selection Method“), d.h. über alle Auswahlstufen zusammen genommen haben die Haushalte eine konstante Auswahlchance. Dies hat eine Reihe von statistischen Vorzügen (vgl. Kish, 1964). Allerdings wird die EPSEM-Eigenschaft bei der Auswahl der Zielperson verletzt, wenn man nicht alle eligiblen Personen eines ausgewählten Haushalts befragt, was eine Reihe von Problemen schafft und sich daher in der Praxis nicht durchgesetzt hat. Die Regel ist die zufällige Auswahl genau einer Zielperson pro ausgewähltem Haushalt, was zu einer von der Haushaltsgröße (genauer: der Zahl der Personen in der Zielgruppe) abhängigen Auswahlwahrscheinlichkeit führt. (Hinweis: bei der MA beispielsweise versuchte man das Problem dadurch zu entschärfen, dass man ab einer Haushaltsgröße von 4 Personen in der Zielgruppe ein zusätzliches Interview mit einer weiteren zufällig ausgewählten Person durchführen lässt; dieser Ansatz hat sich ebenfalls nicht bewährt.)

### 6.1.3 Die Implementierung der Stichprobe im Feld

Wir wollen auf diesen Aspekt in diesem Rahmen nur kurz und nur im Hinblick auf unsere Aufgabenstellung eingehen.

Die Gründe für Ausfälle und andere Implementierungseffekte sind vielfältig:

Nicht-Besetzbarkeit von Sample-Points, Interviewer-Ausfälle, Nicht-Antreffbarkeit, Verweigerung, falsche Auswahl von Zielpersonen, etc..

Die Ausschöpfungsquote bzw. der Ausschöpfungsbericht gibt das komplexe Geschehen in der Regel nur ungenügend – da hochaggregiert – wieder. Tatsächlich kann es in ganzen Zellen oder Kreisen zu Totalausfällen kommen, insbesondere, wenn sie ohnehin schwach besetzt sind, ohne dass dies dokumentiert wird.

Bei einer nationalen Umfrage wirkt es sich gewöhnlich wenig aus, wenn ein Aggregat von vielen fehlt. Anders sieht es verständlicherweise bei einer Betrachtung einer Teilregion der Stichprobe, z. B. eines Bundeslandes oder eines Regierungsbezirks, aus.

### 6.1.4 Die Gewichtung

Die Gewichtung einer Bevölkerungsstichprobe ist unerlässlich. Sie beruht auf drei Aspekten:

- der Minderung des Nonresponse-Fehlers (durch Substitution);
- dem Ausgleich der unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten (durch Designgewichtung);
- der Schichtung a posteriori (durch Redressement).

#### Substitution

Durch „blinde Substitution“ (Kirschner 1984) werden häufig ungleichmäßig ausgeschöpfte Sample-Points (meist nur in akademischen Versuchen), Zellen (selten) oder ihre Aggregate (in der Regel) an die ursprüngliche Stichprobenstruktur des Allokationstableaus angepasst. Die erhobenen Einheiten ersetzen die ausgefallenen ohne weitere Differenzierung. Sie wird häufig als sogenannte „Haushaltsgewichtung“ etwa nach Bundesländern (oder Regierungsbezirken) und BIK-Gemeindetypen in einer ersten Gewichtungsstufe einer mehrstufigen Gewichtung durchgeführt.

### Designgewichtung

Wenn die Auswahlwahrscheinlichkeiten der Stichprobeneinheiten unterschiedlich sind, so müssen sie i.d.R. durch eine Designgewichtung ausgeglichen werden (die Gewichte errechnen sich dabei aus der reziproken Auswahlwahrscheinlichkeit). Die Varianz der entsprechenden Gewichtungsfaktoren erhöht die Varianz der Untersuchungsmerkmale gegenüber der ungewichteten (und statistisch verzerrten) Stichprobe u.U. erheblich.

### Schichtung a posteriori (Redressement, Kalibrierung)

Nachträglich schichtet man gewöhnlich, wenn es vorher nicht möglich ist, weil z. B. bestimmte Schichtungsmerkmale erst nach der Stichprobenrealisierung zur Verfügung stehen oder wenn die vorher geschichtete Stichprobe in den Schichten ungleichmäßig ausgeschöpft wird.

Bei Haushaltstichproben hat man a priori keinerlei statistisch verwertbare Informationen über den individuellen Haushalt, außer (im besten Fall) seine Lokalisation, seine Adresse, die Gemeinde und damit auch den Gemeindetyp.

Weitergehende demographische Merkmale werden bei der Befragung erhoben und stehen erst dann für eine (nachträgliche) Schichtung zur Verfügung; standardmäßig verwendet man z. B. Altersgruppen und Geschlecht, Haushaltsgrößen, etc., die nach Bundesländern oder Nielsegebieten gewichtet werden.

### Die Effektivität einer Gewichtung

Die „Effektivität“ stellt eine Maß dar, das die Stärke der Veränderung einer Stichprobe durch Gewichtung erkennen lässt. Die Varianzvergrößerung im Falle einer reinen Designgewichtung kann als Fallzahlminderung gegenüber einer uneingeschränkten Zufallsstichprobe interpretiert werden. („effective sample size“, Kish 1987).

Wenn man die Gesamtgewichtung mit diesem Maß beurteilt, ist zu beachten, dass dann die überlagernden Schichtungseffekte die Varianz i.d.R. verkleinern – das ist ja auch der Sinn eines Redressements – und es nur als „worst-case“-Kriterium dienen kann (falls keinerlei Korrelation zwischen den Gewichtungsmerkmalen und dem jeweils betrachteten Untersuchungsmerkmal vorliegt).

### Gewichtungsverfahren

Gewichtungen können auf vielfältige Weise realisiert werden. Hat man es mit einer einfachen Zellengewichtung zu tun, dann liegt der Gewichtungsfaktor „Soll/Ist“ für alle Stichprobeneinheiten einer Zelle nahe, wobei das „Soll“ den proportionalen Anteil der Zelle an der Grundgesamtheit darstellt und das „Ist“ die Zahl der realisierten Interviews in eben dieser Zelle.

Zellengewichtungen werden sehr häufig mit kombinierten Merkmalen vorgenommen, z. B. Bundesländer x Altersgruppen x Geschlecht. Dabei entstehen dann sehr viele Gewichtungszellen, von denen einzelne u.U. extrem stark gewichtet werden, obwohl die (Gesamt-)Effektivität sehr hoch sein kann.

Werden mehrere Gewichtungsstufen hintereinander ausgeführt, so ist klar, dass dann immer nur die Struktur der letzten Stufe exakt auf die Stichprobe übertragen wird. Durch iterative Verfahren können unter gewissen Voraussetzungen – nämlich der Verträglichkeit der komplexen Datenstruktur mit dem konkreten Gewichtungsschema – auch die Strukturen der anderen Stufen verbessert werden.

State of the art sind jedoch Randgewichtungsverfahren etwa nach dem Kriterium der minimalen Varianz der Gewichtungsfaktoren oder nach dem Kriterium des minimalen Informationsverlusts, bei denen komplexe Strukturen simultan (d.h. in einem Schritt) auf die Stichprobe übertragen werden. Die Ränder können dabei einfache oder kombinierte Merkmalsklassen sein – die gewöhnliche Zellengewichtung stellt dabei einen Sonderfall dar (Randgewichtung mit nur einem Rand).

### Gewichtung in der Praxis

Die Gewichtungsstrukturen für nationale Umfragen sind in der Regel sehr grob – eine 2.000er Umfrage lässt sich mangels Masse nicht nach Kreisen x Altersgruppen x Geschlecht gewichten (die meisten Zellen wären nicht besetzt).

Ein verbreitetes Modell ist beispielsweise folgende dreistufige Gewichtung:

- Haushaltgewichtung nach Bundesländern x Gemeindetypen
- Umwandlung (Transformation in eine Personenstichprobe)
- Personengewichtung nach Bundesländern x Altersgruppen x Geschlecht

Bei den Bundesländern wird man wohl einige Zusammenfassungen vornehmen müssen, etwa Hamburg mit Schleswig-Holstein, Bremen mit Niedersachsen und das Saarland mit Rheinland-Pfalz.

Über alle Stufen könnte sich eine Effektivität von 65 % ergeben, was ein „normaler“ Wert wäre. In einzelnen Fällen können sich dabei trotzdem relativ extreme Gewichtungsfaktoren durch ungleichmäßig besetzte Zellen in Kombination mit dem Designgewicht der Transformation ergeben, die bei Auswertungen auf hohem Aggregat allerdings keine große Gefahr für die Stichprobe darstellen müssen.

Besser wäre es hier, auf die Mehrstufigkeit zu verzichten und in einem Schritt (als reine Personengewichtung) alle relevanten Strukturen (einschließlich der Haushaltsgröße und der auf die Zielgruppe eingeschränkten Haushaltsgröße) mit Hilfe eines Randgewichtungsverfahrens anzupassen, aber auch damit ist man vor extremen Gewichtungsfaktoren nicht sicher (wenn man sie vermeiden will müssen die Strukturen vergrößert werden).

### 6.1.5 Bevölkerungstichproben

Die Stichproben werden mehr oder weniger gut, mehr oder weniger fein angelegt.

In der Implementationsphase fallen ausgewählte Einheiten aus den verschiedensten Gründen aus (beispielsweise werden Einpersonenhaushalte wegen der schlechteren Haushalts-Antreffbarkeit unterrepräsentiert).

Bei der Gewichtung können sich einzelne oder lokale Extremfaktoren ergeben.

Alles zusammen ergibt wundersamerweise ein repräsentatives Abbild – aber eben häufig nur auf hohem Aggregatsniveau.

## 6.2 Regionale Stichproben

Regionale Stichproben werden prinzipiell nach den gleichen Auswahlverfahren, aus den gleichen Auswahlgrundlagen und mit den gleichen Schichtungs- und Allokationsverfahren gezogen wie nationale Stichproben.

Der entscheidende Unterschied ist der, dass gegenüber der nationalen Variante eine oder mehrere Hierarchiestufen aus der üblichen Standardhierarchie Bundesrepublik, Bundesland, Regierungsbezirk, Kreis, etc. wegfallen. Eventuell ist es auch nötig andere Flächeneinheiten zu wählen (z. B. „Einzugsgebiet München“, „Versorgungsgebiet Rhein-Ruhr“, was immer das im Einzelfall auch sein mag), auf jeden Fall wird man wegen der Datenlage Aggregate administrativer Einheiten (Gemeinden, Stadtteile) zur Stichprobenanlage bevorzugen.

Bleiben wir zunächst bei den Standardstichproben (und der Standardhierarchie).

Das Wegfallen einer Hierarchiestufe führt – wenn man es recht betrachtet – zu einer Vergrößerung der Allokationsstruktur.

Wie oben bereits ausgeführt, wird für nationale Stichproben das folgende hierarchische Zellschema für das Allokationstableau häufig genutzt:

- BRD x Gemeindetyp
- Bundesland x Gemeindetyp
- Regierungsbezirk x Gemeindetyp

Wenn nun nach dem gleichen Schema etwa für eine Stichprobe im Bundesland Hessen verfahren wird, dann bleibt übrig:

- Bundesland x Gemeindetyp (10 Zellen)
- Regierungsbezirk x Gemeindetyp (mit formal 3 x 10 Zellen)

und im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise sogar nur

- Bundesland x Gemeindetyp

das wären insgesamt also formal nur 10 Zellen (real sogar nur acht, da es dort keine Regierungsbezirksebene gibt und zwei Gemeindetypen nicht vorkommen).

Durch Hinzunahme der Schichtungsebene „Kreis x Gemeindetyp“ erhält man in diesem Fall 18 x 10 formale und mithin 58 reale zusätzliche Schichtungszellen, was für die meisten Aufgabenstellungen ausreichen dürfte.

Warum ist die Zahl der Zellen so wichtig?

Weil eine Stichprobensteuerung höchstens in dieser Feinheit erfolgen kann.

Extremen Unterbesetzungen oder gar Ausfällen einzelner Landkreise wäre ohne die Kreisebene mangels entsprechender Sollvorgaben in der Feldphase kaum zu begegnen (sie wären möglicherweise ohne weiteres auch kaum registrierbar).

Analog zur Schichtung ist klarerweise auch die Gewichtung, d.h. das Redressement, von dem Dilemma der wegfallenden Hierarchiestufen betroffen.

Es ist zu vermuten, dass manche Institute diese Umstände nicht genügend berücksichtigen. Sie mögen mit dazu beitragen, dass beispielsweise Vorwahluntersuchungen (die häufig als Qualitätskriterien genommen werden, da man mit den „Wahlprognosen“ – im Gegensatz zu anderen Umfrageergebnissen – „überprüfbar“ Ergebnisse erhält) für Landtagswahlen i.d.R. schlechtere Ergebnisse erzielen als für Bundestagswahlen.

### 6.3 Regionalisierbare Stichproben

Regionalisierbar heißt in diesem Zusammenhang, dass eine für ein Gebiet der Bundesrepublik repräsentative Stichprobe in kleinere regionale Teile untergliedert werden kann, die dann ihrerseits ein jeweils repräsentatives Abbild darstellen.

Selbstverständlich setzt Regionalisierbarkeit voraus, dass die dafür zu verwendenden Regionalmerkmale in den Daten vorhanden sind oder nachträglich angemischt werden können – was im Prinzip für alle Stichproben erfüllt ist, solange die Adressen der Befragten noch nicht gelöscht sind. Viel wichtiger – weil nur mit entsprechender Stichprobenplanung zu erreichen – ist es daher, dass bereits im Stichprobendesign die Regionalisierbarkeit berücksichtigt wird.

#### 6.3.1 Schichtung a priori als Voraussetzung der Regionalisierbarkeit

Die Grundgesamtheit (bzw. die Auswahlgrundlage) muss daher vor der Stichprobenbildung zumindest nach den später auszuwertenden Regionaleinheiten geschichtet werden, und in jeder Schicht muss eine repräsentative Teilstichprobe realisiert werden. Will man zum Beispiel eine bundesweite Bevölkerungsstichprobe später nach Bundesländern auswerten, so muss eine Schichtung mindestens feiner als nach diesen Regionaleinheiten vorgesehen werden. I.d.R. sind es jedoch nicht nur zusammenhängende Teilflächen der BRD, die später als Regionaleinheiten ausgewertet werden sollen, sondern man will z. B. auch nach Gemeindegrößenklassen, Kreis- oder Gemeindetypen (BIK oder BBR, vgl. Kapitel 4.2, 4.3) auswerten. Das setzt voraus, dass auch diese Merkmale in die Schichtenplanung einbezogen werden müssen.

Der Wunsch oder zumindest die Möglichkeit, die Ergebnisse einer Stichprobenerhebung später auch nach Regionalmerkmalen differenzieren zu können, ist der Hauptgrund dafür, dass Stichproben häufig wesentlich feiner nach Regionalkriterien geschichtet werden, als es die i.d.R. geringe Korrelation der Regionalmerkmale mit den Zielmerkmalen der Befragung verlangt. So werden z. B. die „Netze“ der ADM-Stichproben für mündlich persönliche Befragungen aus einer Auswahlgesamtheit gezogen, die vorab nach Kreisen verschränkt mit BIK-Typen geschichtet wurden (das sind mehr als 1.500 Schichtungszellen). Bei genügender Größe (d.h. in diesem Fall genügender Zahl von Sample-Points, siehe dazu unten 6.3.2) sind darauf fußende Stichproben daher in der Lage, nicht nur Bundesländer, sondern auch Regierungsbezirke oder sogar Kreise repräsentativ abzubilden. Aus dem gleichen Grund ist in der Auswahlgrundlage für die ADM-Telefonstichproben jede enthaltene Nummer mit der Gemeindekennziffer und in Großstädten mit einer Stadtteil-Kennung verknüpft, so dass z. T. noch feinere Regionalschichtungen möglich sind.

#### 6.3.2 Stichprobengröße als Voraussetzung der Regionalisierbarkeit

Regionalisierbarkeit setzt aber auch eine gewisse Mindestgröße der Stichprobe voraus. Sie muss zumindest so groß sein, dass die Regionaleinheiten, nach denen ausgewertet werden soll, mit genügender Fallzahl besetzt sind. Dabei ist es weniger die Fallzahl-Untergrenze für die Anwendung von Wahrscheinlichkeitstheoremen, die hier den Ausschlag gibt (in der Literatur wird diese Untergrenze i.d.R. mit 30 Fällen angegeben), als vielmehr die für sinnvolle Vergleiche zwischen Regionaleinheiten zu beachtende Größe von Konfidenzintervallen. Wenn eine Stichprobe zwar so angelegt wurde, dass man sie regionalisieren kann, ggf. vorhandene regionale Unterschiede interessierender Merkmale jedoch nicht ausgewiesen werden können, weil deren Konfidenzintervalle zu groß sind (also z. B. einander überschneiden), nutzt die ganze Regionalisierbarkeit nichts. Man muss sich also auch bei der Planung der Stichprobengröße des Wunschs nach Regionalisierbarkeit bewusst sein und die regionalen Teilstichproben (ggf. mittels disproportionaler Besetzung) so groß wählen, dass sie dem Genauigkeitsanspruch für die Auswertung genügen.

Das ist besonders bei mehrstufigen Stichprobenansätzen, wie beispielsweise den ADM-Stichproben für persönlich mündliche Befragungen, zu beachten. Bei solchen Ansätzen ist die Zahl der je Regionaleinheit eingesetzten Sample-Points der für die Größe der Konfidenzintervalle wesentliche Parameter – nicht so sehr die absolute Zahl der Interviews; wenige Sample-Points führen zu sehr unsicherer Abbildung der entsprechenden Fläche, d.h. zu großen Konfidenzintervallen. Will man solche „geklumpten“ Stichproben für die Regionalisierung fit machen, dann sollte man möglichst viele kleine Klumpen vorsehen, muss also i.d.R. höhere Interviewerspesen in Kauf nehmen.

Die adäquate Größe der Stichprobe ist aber nicht nur Voraussetzung für eine effiziente Regionalisierung, sondern sie hat auch Signalwirkung in dieser Richtung. Wenn ein Auftraggeber eine große Stichprobe in Auftrag gibt, dann muss das auftragnehmende Institut davon ausgehen, dass u.a. auch Regionalauswertungen geplant sind. Je größer eine Stichprobe, desto differenzierter kann und muss also die Regionalschichtung sein, um solchen möglicherweise unausgesprochenen Wünschen des Auftraggebers Rechnung tragen zu können. Aber auch hier gelten die oben erwähnten Grenzen des Machbaren einerseits (die Regionalisierung lässt sich nur soweit treiben, wie die entsprechenden Merkmale differenziert sind) und der Zahl der Sample-Points bzw. der Fallzahl je Regionaleinheit andererseits.



### 6.3.3 Schichtung a posteriori zur Regionalisierung

Nicht in jedem Fall trifft man auf Stichproben, bei denen bereits während der Planung die Möglichkeit der Regionalisierung berücksichtigt wurde. Wenn man dann trotzdem Regionalauswertungen machen will, behilft man sich häufig mit einer Schichtung a posteriori, d.h. einer Gewichtung, die auch Regionalmerkmale berücksichtigt. Das ist meistens nicht ungefährlich für die Güte der Aussagen aus solchen nachträglich geschichteten Stichproben und es ist nicht immer erfolgreich. Zum einen reicht die beste Gewichtung nicht aus, wenn zu wenig Fälle zur regionalen Auswertung zur Verfügung stehen – das ist aber sehr schnell und leicht erkennbar.

Viel schwieriger wird es, wenn Planung und Ziehung der Stichprobe ohne Rücksicht auf kleine regionale Einheiten durchgeführt wurden. Dann verfügt man zwar u.U. über eine vermeintlich ausreichende Fallzahl, kann aber nur sehr mühsam prüfen, ob diese Fälle auch die Bevölkerung der jeweiligen Region korrekt abbilden. Abhilfe können hier nur zwei miteinander zu kombinierende Maßnahmen bringen:

- Die Nachfrage beim durchführenden Institut nach den Details der Stichprobenanlage und –ziehung: Wenn aus diesen Auskünften erkennbar wird, dass eine verzerrte Abbildung nicht erwartet werden muss, wenn also Design und Ziehung der Stichprobe auch für kleinere regionale Einheiten Repräsentativität erwarten lassen, erfüllt die Stichprobe zumindest die Grundvoraussetzung für die Regionalisierung.
- Trotzdem sollte man auf jeden Fall mittels (aus der amtlichen Statistik oder anderen Datenquellen bekannter) Strukturkomponenten der jeweiligen Regionalbevölkerung prüfen, ob faktische Verzerrungen der Stichprobe deren Regionalisierung möglicherweise verhindern. Das geschieht am sinnvollsten dadurch, dass man die regionalen Teilstichproben, die man auswerten möchte, mittels der oben genannten Strukturdaten gewichtet. Anschließend berechnet man je Regionalschicht die Varianz der Gewichtungsfaktoren. Ist diese hoch, dann ist das das sicherste Indiz dafür, dass man die Finger von der nachträglichen Regionalisierung der Stichprobe lassen sollte, weil die Abbildung durch die Ausgangsstichprobe zu stark verzerrt ist.

## 6.4 Kumulation von Stichproben

Die Kumulation von mehreren (Teil-)Stichproben z. B. zum Erzielen einer für differenzierte Auswertungen hinreichenden Fallzahl für eine Region ist höchst problematisch, wenn die dazu verwendeten Stichproben nicht von vornherein auf die Kumulation ausgerichtet waren. Letztlich ist deshalb vorab immer sehr genau zu prüfen, ob die Ausgangsstichproben für eine Kumulation geeignet sind, wobei mehrere mögliche Abbildungsprobleme, die auch in Kombination auftreten können, ins Spiel kommen (Wir gehen an dieser Stelle nur auf Probleme im Zusammenhang mit der Methodik von Zufallsstichproben ein, nicht auf solche, die durch Unterschiede bei Befragungsmode, Fragestellung, Abgrenzung der Grundgesamtheit respektive der Auswahlgrundlage usw. zurückzuführen wären, obwohl sie die Kumulation mindestens in gleichem Maß stören können).

Für eine solche Prüfung sind leider die normalen Methodenberichte, die den Studien beigelegt sind, nicht geeignet. Denn sie berichten gerade die Details des Designs nur sehr unzureichend, auf die es hier ankommt. In einer typischen Methodenbeschreibung heißt es z. B. „... Die Stichprobe wurde auf Basis des ADM-Stichprobensystems gezogen, ... n Interviews sind nach dem Standard-Random-Verfahren durchgeführt worden, ... die Ausschöpfung beträgt X %, ... die Ausfälle verteilen sich wie folgt.“ Solche Aussagen sind für eine einzelne Stichprobe und für die Zwecke des Auftraggebers i.d.R. ausreichend, weil sie hinreichend genau die Verfahren beschreiben, unter denen die Interviews durchgeführt wurden. Sie reichen jedoch keinesfalls aus, um die Kumulierbarkeit solcher Stichproben beurteilen zu können, wie die folgenden Abschnitte zeigen. Deshalb ist es zu dieser Prüfung i.d.R. unabdingbar, die relevanten Details mit dem durchführenden Institut zu klären.

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch der Vorschlag einer Meta-Datenbank in 8.8 kritisch zu durchleuchten und ggf. zu erweitern. Die Kenntnis über Daten in tiefer regionaler Gliederung allein reicht noch nicht aus, um über ihre Brauchbarkeit für kumulierte Auswertungen zu urteilen; das zeigt sich in den folgenden Ausführungen.

### 6.4.1 Problem: Die Ausgangsstichproben sind nach unterschiedlichen Kriterien geschichtet

Wenn die Ergebnisse zweier Stichproben kumuliert werden sollen, ist als erstes zu prüfen, ob beide Stichproben nach den gleichen Merkmalen und den gleichen Merkmalsausprägungen geschichtet worden sind. Ist das nicht der Fall, muss man prüfen, ob die Verteilung der Interviews innerhalb der auszuwertenden Regionaleinheit trotzdem den Verteilungsansprüchen genügt, die an die Kumulation gestellt werden. Also ist letztlich die Frage zu klären, ob die Interviews gemeinsam die Regionaleinheit unverzerrt abbilden. Oder, wenn Verzerrungen auftreten, ob diese nicht zu groß sind. Eine dafür geeignete Methode wurde unter 6.3.2 beschrieben.

#### 6.4.2 Problem: Die Ausgangsstichproben überlappen sich teilweise

Trotz identischer – und noch wahrscheinlicher bei ungleicher – Schichtung kann es, da beide Stichproben unabhängig voneinander gezogen wurden, zu Überlappungen der Stichproben kommen. Damit ist nicht gemeint, dass die gleichen Personen in beiden Stichproben ausgewählt wurden – dieser Fall ist bei den in der Markt- und Sozialforschung üblichen Auswahlsätzen  $<1/10.000$  äußerst unwahrscheinlich. Gemeint ist vielmehr, dass in beiden Stichproben die gleichen Schichtungszellen und sogar die gleichen Gemeinden oder Gemeindeteile mit Interviewvorgaben belegt bzw. nicht belegt wurden.

Das ist im Methodenbericht kaum zu erkennen (in beiden Stichproben wird z. B. eine Schichtung nach Regierungsbezirken kolportiert), ergibt sich also nur aus den realisierten Auswahlplänen (die hat nur das durchführende Institut) und führt dazu, dass die Abbildung „Kumulationsklumpen“ aufweist, die zu erheblichen Verzerrungen führen können. Die Güte der Abbildung entspricht dann bei weitem nicht der, die man sich durch die Kumulation erhofft (und die die weitaus höhere kumulierte Fallzahl vermeintlich auch verspricht), sondern kann im Extremfall sogar auf das Niveau derjenigen Ausgangsstichproben zurückfallen, die die bessere Streuung der Sample-Points/Adressen aufweist.

#### 6.4.3 Problem: Allokation und/oder Ziehung der Ausgangsstichproben sind deterministisch

Besonders problematisch ist die Kumulation, wenn beide Stichproben zwar gleich geschichtet, alloziert und ausgewählt wurden, die einzelnen Schritte aber z. B. unter kaufmännischer Rundung – also mit einem deterministischen Verfahren – realisiert wurden. Dieses Vorgehen suggeriert vordergründig eine äußerst exakte Abbildung der Grundgesamtheit, erreicht doch die Summe der absoluten Differenzen zwischen einer – mit gebrochenen Zahlen besetzten – Solltabelle und deren – auf ganze Zahlen gerundeten – Stichprobenrealisierung bei kaufmännischer Rundung ein Minimum. Aber Vorsicht: ein solches Vorgehen hat zwei wichtige Folgen:

- Zum einen wird bei der Anwendung deterministischer Methoden der Zufall ausgeschaltet. Die bei einer solchen Berechnung nicht besetzten Schichtungszellen, Gemeinden oder Gemeindeteile haben nie eine Chance, in die Auswahl zu gelangen: ihre Auswahlwahrscheinlichkeit ist gleich Null. Die besetzten Auswahllemente hingegen haben ab einer Sollvorgabe von  $\geq 0,5$  immer eine zu hohe und bis zu dieser gebrochenen Sollvorgabe immer eine zu niedrige Auswahlwahrscheinlichkeit. Die replikative Anwendung der Auswahlrechnung würde außerdem immer zu der gleichen Stichprobe führen, d.h. Elemente, die einmal nicht ausgewählt wurden, haben immer die Auswahlwahrscheinlichkeit Null, die einmal ausgewählten Elemente haben immer die Auswahlwahrscheinlichkeit Eins, egal wie oft die Replikation wiederholt wird.
- Das führt sofort zum zweiten Problem solcher „Stichproben“: Die ungleichen Auswahlwahrscheinlichkeiten und deren Konstanz liefern Stichproben-Realisierungen, die einander so ähnlich sind, dass eine Kumulation eher Schaden als Nutzen kann. Die zu kumulierenden Stichproben weisen nämlich jeweils die gleichen Abbildungsprobleme auf, so dass diese durch die Kumulation noch verstärkt werden, statt sie auszugleichen, was ja mit der Kumulation eigentlich beabsichtigt ist.

Solche Probleme lassen sich auch im Gespräch mit dem durchführenden Institut nur sehr schwer klären. Bestes Beispiel dafür sind die ADM-Stichproben bis 1986. Bei ihnen wurde erst nach eingehender Analyse erkannt, dass die Kumulation von Ergebnissen aus verschiedenen „Netzen“ zu den oben geschilderten Abbildungsproblemen führen kann, weil die Netze damals noch mit einem weitgehend deterministischen Ziehungsverfahren gebildet wurden. Kaum jemand war sich dieses Problems jedoch vorher bewusst, d.h. praktisch jeder war der Meinung, ADM-Netze seien unbeschränkt kumulierbar. Das sind sie heute tatsächlich, da sie inzwischen seit langem nach dem unter 6.1.2 geschilderten Verfahren der Mikrostratifizierung gebildet werden.

#### 6.4.4 Lösung: Mikrostratifizierung und Zufallsziehung bei den Ausgangsstichproben

Nur die sog. Mikrostratifizierung (vgl. 6.1.2) führt unter Nutzung des gleichen oder sehr ähnlichen Merkmalssets für die Schichtung zu Stichproben, die unbeschränkt kumulierbar sind. Denn sie nutzt die maximal mögliche Differenzierung bei der Schichtung und realisiert in allen Auswahlstufen eine Zufallsauswahl.

Stichprobenziehungen nach diesem Verfahren können beliebig repliziert werden, denn jede Replikation liefert eine neue zufällig variierte Realisierung der vorgesehenen Verteilung, d.h. jede Stichprobenziehung hat den gleichen Erwartungswert. Daher können solche Stichproben auch beliebig kumuliert werden, denn auch die Kumulation ist dann eine zufällige Variation der ursprünglichen Abbildung mit einer der größeren Fallzahl entsprechenden Varianzverringern.

## Literatur

*Kirschner, H.P., 1984:* Allbus 1980: Stichprobenplan und Gewichtung; in: Mayer, K.U. & P. Schmidt (Hrsg.): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. Frankfurt: Campus: 114-182.

*Kish, L., 1965:* Survey Sampling, New York: Wiley & Sons, Inc.

*Kish, L., 1987:* Questions and Answers. The Survey Statistician 17: 13-17.

*Merz, J., 1983:* Die konsistente Hochrechnung von Mikrodaten nach dem Prinzip des minimalen Informationsverlustes. Allgemeines Statistisches Archiv 67: 342-366.

*Rösch, G., 1985:* Die InfraScope-Stichprobe. Infratest Forschung-internes Arbeitspapier. Anlage zum CONTEXT Herbst 1986.

*Rösch, G., 1994:* Kriterien der Gewichtung einer nationalen Bevölkerungsstichprobe; in: Gabler, S., Hoffmeyer-Zlotnik, J. H.P. & D. Krebs (Hrsg.): Gewichtung in der Umfragepraxis. Opladen: Westdeutscher Verlag: 7-23.

*Wauschkuhn, U., 1982:* Anpassung von Stichproben und n-dimensionalen Tabellen an Randbedingungen. Berichte der GMD Nr. 138.

*ADM & AG.MA (Hrsg.), 1999:* Stichproben-Verfahren in der Umfrageforschung. Opladen: Leske und Budrich.

## 7 Intrakommunale Gebietstypen

Die Gliederung des Stadtgebietes kann nach unterschiedlichen Prinzipien geschehen, nach geographischen, sozialräumlichen oder funktionalen Methoden:

- Geographische Methoden der Untergliederung gehen aus von der Fläche und deren Nutzung. Die Ausgangssituation wird z. B. über eine Karte und/oder über ein Satellitenbild dargestellt, die bzw. das dazu genutzt wird, über Merkmale, hinter denen naturräumliche, soziale oder wirtschaftliche Prozesse stehen, räumliche Einheiten abzugrenzen und zu Mustern zusammenzufügen. Hier werden Gliederungen oder Ordnungen der Flächennutzung vorgenommen, nach der Art der Bodenbedeckung, nach der Art der Überbauung (z. B. nach Gebäudetypen), nach der Art der Nutzung (z. B. nach Funktionen, nach Branchen) und/oder nach der Intensität einzelner Nutzungen, worunter vor allem unterschiedliche Dichtewerte zu verstehen sind (z. B. Bebauungsdichte, Verkehrsdichte, Bevölkerungsdichte, Arbeitsplatzdichte, etc.). Ein Beispiel für ein geographisches Untergliederungsmodell der Stadtregion stellt das Ring-Sektoren-Modell von Simon (1990) dar (siehe Kapitel 7.1.2).
- Sozialräumliche Methoden der Untergliederung gehen aus von der räumlichen Verteilung sozio-demographischer und/oder sozio-ökonomischer Strukturdaten. Bei den sozialräumlichen Methoden der Untergliederung der Stadt wird das Stadtgebiet nach sozio-demographischen oder sozio-ökonomischen Kriterien gemäß der Merkmalsstruktur in Regionen unterteilt oder es werden vorhandene Teilräume nach entsprechenden Kriterien synthetisch typisiert und zu einem Strukturgefüge aggregiert. Ein weitgehend sozio-ökonomisches Untergliederungsmodell der Stadt stellt die Sozialraum-Analyse nach Shevky und Bell (1955) dar (siehe Kapitel 7.1.1, aber auch Kapitel 7.2). Aktuelle Modelle der sozio-demographischen, sozio-ökonomischen Untergliederung der Stadt stellen heute die städtischen „Milieus“ der Marktforschungsinstitute dar (siehe Kapitel 7.4).
- Die Wohnquartiersbeschreibungen gehen zwar von einer sozialräumlichen Gliederung der Stadt aus, nutzen aber die räumliche Gliederung der Stadt, um hierüber Siedlungsteilgebiete zu typisieren (siehe Kapitel 7.3).
- Funktionale Methoden untergliedern die Stadt in Teilräume, gemäß deren funktionalen Aufgaben. Zu den funktionalen Methoden der Untergliederung der Stadt zählen alle Untersuchungen, die von einer zentral-örtlichen Funktion der Stadt ausgehen. Die Untergliederung befasst sich mit einer analytischen Abgrenzung und Analyse der zentralen Orte eines Raumes. Zu den funktionalen Methoden kann man auch die Untergliederung der Stadt z. B. nach Dichte und Hierarchie von Verkehrsflüssen zählen.

### Literatur

*Shevky, E. & W. Bell, 1955:* Social Area Analysis. Theory, Illustrative Application and Computational Procedures. Stanford: Stanford University Press.

*Simon, M., 1990:* Das Ring-Sektoren-Modell: Ein Erfassungsinstrument für demographische und sozio-ökonomische Merkmale und Pendlerbewegungen in gleichartig definierten Stadt-Umland-Gebieten. Grundlagen, Methodik, Empirie. Geographica Bernensia G 36. Bern: Geografisches Institut der Universität Bern.

Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik<sup>\*)</sup>

## 7.1 Klassische Verfahren der innerstädtischen Typisierung

Eine räumliche Differenzierung des Wohnungsmarktes setzt das Vorhandensein unterschiedlicher städtischer Wohnquartierstypen, unterschiedlich hinsichtlich der Lage, der Dichte, des Alters der Bebauung, des Zuschnitts der Wohnungen, der Ausstattung der Wohnungen, der Ausstattung des Quartiers und der Zusammensetzung einer das Quartier prägenden Nutzung, voraus, die sich konzentrisch oder sektoral über die Stadt verteilen. Unterschiedliche Wohnquartierstypen weisen einen jeweils gebietsspezifischen „Wohnwert“ auf (siehe Deutscher Städtetag 1986: 27), welcher spezifische „Wohnansprüche“ befriedigt (vgl. Bourdieu 1991) und spezifische monetäre (Eekhoff 1987) und soziale Kosten (Hoffmeyer-Zlotnik 1982: 391 ff.) verursacht.

Eine sozialräumliche Differenzierung ist bedingt durch Segregation und/oder Separierung. In der industriellen oder post-industriellen Gesellschaft besteht bei allen sozio-ökonomisch und/oder ethnisch definierten Teilgruppen eine mehr oder weniger stark ausgeprägt anzutreffende Tendenz, unter Ihregleichen in einem potentiellen System sozialer Kontakte zu siedeln.

Die klassischen Verfahren der innerstädtischen Typisierung, unabhängig davon, ob von einer sozialräumlichen oder geographischen Methode ausgehend, gründen auf einem konzentrischen Modell von Stadt, auf einer Stadt, die von innen nach außen wächst bzw. gewachsen ist. Dementsprechend finden sich Wohnquartierstypen und Bewohnergruppen konzentrisch nach Lebenszyklusgruppen oder sektoral nach Statusgruppen über den Raum der Stadt verteilt.

### 7.1.1 Die Sozialraum-Analyse

Die Sozialraum-Analyse, entwickelt von Shevky und Bell (1955) stellt ein Instrument dar, mit dem die Stadt, ausgehend von einem konzentrischen oder sektoralen Modell der Entwicklung, typisiert werden kann. Hierbei wird die Stadt als Teil der gegenwärtigen und Produkt der gegenwärtigen und der historischen Gesellschaft betrachtet. Hierbei stehen drei grundlegende Prozesse des sozialen Wandels in industriellen Gesellschaften im Mittelpunkt:

- Veränderungen sozialer Beziehungen in Umfang und Intensität,
- Differenzierung von Funktionen und
- eine steigende Komplexität der räumlichen Organisation der Bevölkerung (Shevky und Bell 1955: 4).

Hinter diesen Prozessen stehen drei miteinander verbundene grundlegende Trends der Industriegesellschaft:

- die wechselnde Verteilung der Arbeitsqualifikation,
- die wechselnde Verteilung der Produktion,
- die wechselnde Zusammensetzung der Bevölkerung.

Von den Prozessen des sozialen Wandels werden über die Trends drei Bereiche des sozialen Wandels abgeleitet, die in einem weiteren Schritt auf drei Konstrukte der sozialräumlichen Differenzierung reduziert werden:

- der „Soziale Rang“ als Dimension für wirtschaftlichen Status,
- „Urbanismus“ als Dimension für familiären Status,
- „Segregation“ als Dimension für ethnischen Status.

Zieht man die gängigen amtlichen Statistiken (im Westen etwa die Zensusdaten von 1987, ansonsten kleinräumige Kommunalstatistik oder kommerzielle Angebote) hinzu und leitet aus den Konstrukten Indikatoren ab, so lassen sich städtische Teilgebiete über folgende sieben Indikatoren klassifizieren (siehe Friedrichs 1977: 197 ff.):

1. Anteil der Arbeiter und Handwerker an den Erwerbstätigen,
2. Anteil der Hauptschulabgänger an der Wohnbevölkerung über 25 Jahre alt,
3. Miethöhe,
4. Fruchtbarkeitsquote,
5. Anteil erwerbstätiger Frauen an allen Frauen über 14 Jahren,
6. Anteil Einfamilienhäuser,
7. Ausländeranteil.

Die Indikatoren 1 bis 3 stehen für „Sozialen Rang“, die Indikatoren 4 bis 6 stehen für „Urbanismus“ und der Indikator 7 für „Segregation“.

<sup>\*)</sup>Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, ZUMA, Mannheim

Shevky und Bell berechnen und standardisieren die Werte pro Zensus-Zählbezirk. Für jeden Zählbezirk lassen sich nun die Werte für die Indizes separat oder in Kombination ermitteln. Insgesamt enthält die Typologie 16 Gebietstypen.

Die Reihe der vorgestellten Variablen kann, da diese „nicht die einzig bedeutsamen zur Analyse von städtischen Teilgebieten sind“, ergänzt werden z. B. um die „Differenzierung der Teilgebiete nach der baulichen Ausstattung“ (Friedrichs 1977: 210 ff.).

Ein weiteres Instrument, das auf der sozialräumlichen Differenzierung aufbaut, ist die Faktorialökologie (Bell 1955; Sweetser 1965; verfeinert von: Hamm 1979, 1982b). In der Faktorialökologie wird, deutlich weniger theorieorientiert als bei der Sozialraum-Analyse, eine mehr oder minder große Zahl von Variablen für die einzelnen Raumeinheiten korreliert und die hieraus resultierende Matrix wird einer Faktorenanalyse unterzogen, um so die möglichen Dimensionen zur Strukturierung des Raumes der Stadt zu finden. Nach Friedrichs (1977: 186 f.) und Hamm (1982a: 65) sind die weltweit am häufigsten identifizierten Faktoren:

- 1) „sozioökonomischer Status“,
- 2) „Familienstatus“,
- 3) „ethnische Minderheiten“ oder „Migration“,
- 4) „Dichte“ oder „Spezialisierung von Landnutzung“.

Hamm (1982a: 69 ff.; 1982b) filtert in seinen eigenen Untersuchungen die Dimensionen „Bodenpreis“ und „Grundrente“ als die letztendlich zentralen Dimensionen heraus.

Alternativ zur Faktorenanalyse wurde auch die Clusteranalyse zur Strukturierung des Raumes herangezogen (z. B. Hamm 1979). Damit bewegen sich die Faktorialökologen wieder auf die klassischen Sozialökologen zu (siehe z. B.: Hoyt 1939 und Hatt 1946).

Die vorgestellten Analysen sind ideal für eine innerstädtische Typisierung unter der Bedingung, dass diese Verfahren mit Zensusdaten in tief gestaffelter räumlicher Aufbereitung<sup>1)</sup> durchgeführt werden können. Die benötigten Zensusdaten auf der Ebene von Wahlbezirken standen in der Bundesrepublik Deutschland zuletzt für die Zählung von 1970 zur Verfügung. Da der nächste Zensus als Registerauszählung geplant ist, werden, unabhängig von den Bestimmungen des Datenschutzes, auch in absehbarer Zukunft keine Daten auf der räumlichen Ebene erhoben, auf der sie für eine Sozialraum-Analyse oder für eine Faktorenanalyse benötigt würden.

### 7.1.2 Das Ring-Sektoren-Modell

Das Ring-Sektoren-Modell ist als eine Weiterentwicklung der Zirkelschlag-Methode zu sehen. Clark (1951) untersuchte um 1950 städtische Bevölkerung, unter der Annahme einer zonalen Organisation der Stadt, mit Hilfe der Zirkelschlagmethode. Das Ergebnis: Die städtische Bevölkerung nimmt im Allgemeinen vom Stadtmittelpunkt zur Peripherie, gemessen in geometrischer Entfernung (Luftlinie), ab.

Clark berechnete daraufhin das Verhältnis der Dichte der Wohnbevölkerung zur Entfernung vom Stadtmittelpunkt über eine Exponentialgleichung. Korzybski (1954) verfeinerte die Methode durch das Einführen einer „sozial-topographischen Entfernung“, die von asymmetrischen Abstandszonen, definiert über Gebietszonen gleicher Bevölkerungsdichte, ausgeht. Aber auch der zonale Ansatz von Korzybski, der Quinn's Anmerkungen (1940) zu Burgess' Modell (Burgess 1925), die Distanz zwischen den Zonen dürfe nicht als Luftliniendistanz missverstanden werden, berücksichtigte, konnte sich nicht durchsetzen. Erst Simon (1990) hat, fast 40 Jahre später, ein Modell entwickelt, das von der vergleichenden Stadtforschung angenommen wird: das Ring-Sektoren-Modell.

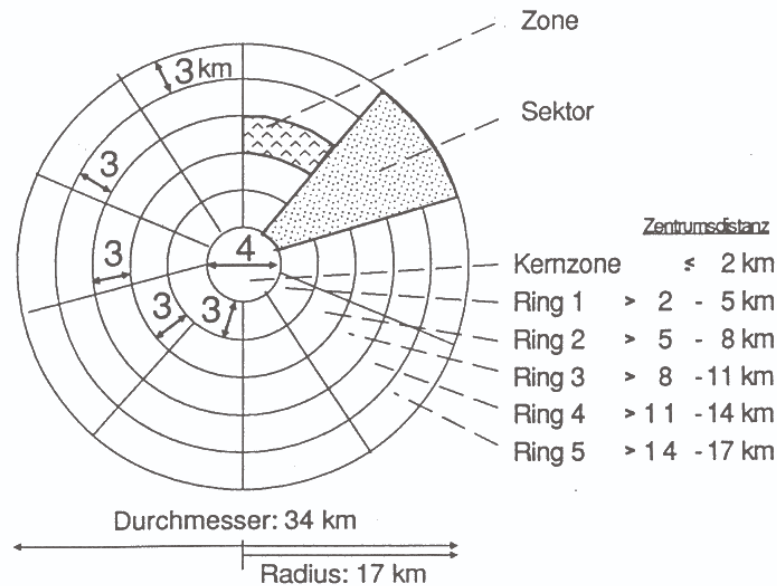
Das „Ring-Sektoren-Modell“ (Simon 1990) ist ein Modell zur (über die Zeit oder über unterschiedliche Stadtregionen) vergleichenden Flächenaufteilung, das die zu vergleichenden Städte

- a) mit einem Raster konzentrischer Ringe mit gleichem Abstand überlagert. Hierbei sollen die radialen Distanzen (über Zeit und Raum festgeschrieben) das Untersuchungsgebiet über die vorgegebenen Daten hinreichend charakterisieren.
- b) mit einer sektoralen Unterteilung überlagert, um somit auf Aspekte der Topographie oder auf Einfallsachsen einzugehen.

1) Ideal für eine Sozialraum-Analyse oder für eine Typisierung über Faktorenanalyse oder Clusteranalyse sind Daten auf der räumlichen Ebene von Wahlbezirken, da diese überschaubare, relativ homogen besiedelte städtische Teilgebiete darstellen. Jede räumliche Ebene oberhalb des Wahlbezirks nivelliert die bauliche und soziale Struktur über die bauliche und soziale Heterogenität auf großen Flächen.

Methodisch muss zunächst das absolute Zentrum einer zu untersuchenden Stadt, technisch der Punkt, an dem der Zirkel in die Karte gestochen wird, festgelegt werden. Die abstrakten Ringgrenzen (in 2, 5, 8, 11, 14 und 17 km Distanz) werden mit dem Zirkel gezogen. Die effektiven Ringgrenzen verlaufen mit den abstrakten mehr oder weniger konform, berücksichtigen aber räumliche Gegebenheiten und den Verlauf der Gemeindegrenzen (Simon 1990: 66 f.). In einem weiteren Schritt wird jede Region in zehn Sektoren unterteilt. Die Unterteilung in Sektoren hat allerdings die verkehrlichen und naturräumlichen Strukturen zu berücksichtigen, was zu unterschiedlich breiten Sektoren führen kann. Simon ordnet der so gewonnenen Stadtstruktur Großzählungsdaten zu (aus der Volkszählung). Hierüber gewinnt er ein Raster für den Vergleich über die Städte im Querschnitt und innerhalb der Städte im Längsschnitt. Für einen vergleichenden Querschnitt benötigt man vergleichbare Datenbasen, die Strukturen in den zu vergleichenden Städten in tiefer regionaler Staffelung abbilden. Für einen Längsschnitt sind auch Daten aus regelmäßig durchgeführten städtischen Erhebungen mit großen Fallzahlen benutzbar.

**Abbildung 7.1.1: Das abstrakte Ring-Sektoren-Modell**



Quelle: Simon 1990: 64.

Die Distanzen zwischen den einzelnen Ringen ergeben Ringzonen. Hält man die Ringzonen schmal, so lassen sich Distanz-Dichte-Maße für die bebaute Siedlungsfläche von Städten ermitteln. Entsprechende Distanz-Dichte-Maße helfen, den bebauten Raum kleinräumig zu strukturieren. In Verknüpfung mit Umfrage- oder Begehungsdaten ließe sich das Modell, zumindest als Fallstudie, für eine kleinräumige Analyse von Siedlungsstrukturen benutzen.

## Literatur

- Bell, W., 1955: Economic, Family, and Ethnic Status: An Empirical Test; in: *American Sociological Review* 20: 45-52.
- Bourdieu, P., 1991: Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum; in: Wentz, M. (Hrsg.): *Stadt-Räume*. Frankfurt/Main, New York: Campus: 25-33.
- Boustedt, O., 1975: Grundriß der empirischen Regionalforschung. Teil III: Siedlungsstrukturen. Taschenbücher zur Raumplanung Bd. 6. Hannover: Hermann Schroedel.
- Burgess, E.W., 1925: The Growth of the City: An Introduction to a Research Project; in: Park, R.E., Burgess, E.W. & R.D. McKenzie: *The City. Suggestions for Investigation of Human Behavior in the Urban Environment*. Chicago, London: The University of Chicago Press. Reprint 1967: 47-62.
- Clark, C., 1951: Urban Population Densities; in: *Journal of the Royal Statistical Society A* 114: 490-496.
- Deutscher Städtetag (Hrsg.), 1986: *Die Innenstadt*. Reihe E, DST-Beiträge zu Stadtentwicklung und Umweltschutz, Heft 14. Köln: DST.
- Eekhoff, J., 1987: *Wohnungs- und Bodenmarkt*. Tübingen: Mohr.
- Friedrichs, J., 1977: *Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft*. Reinbek: Rowohlt.
- Hamm, B., 1979: *Indikatoren der Stadtentwicklung*. Trierer Beiträge zur Stadtentwicklung und Regionalplanung, Band 3. Trier: Universität Trier, FB IV: Stadt- und Regionalplanung.
- Hamm, B., 1982a: *Einführung in die Siedlungssoziologie*. München: C.H. Beck.
- Hamm, B., 1982b: *Social Area Analysis and Factorial Ecology – A Review of Substantive Findings*; in: Theodorson, G.A. (eds.): *Urban Patterns – Studies in Human Ecology*. University Park, London: Pennsylvania State University Press: 316-337.
- Hatt, P., 1946: The Concept of Natural Area; in: *American Sociological Review* 11: 423-427.
- Hoffmeyer-Zlotnik, J., 1982: Probleme bei der Umsetzung von Bewohnern zentrurnaher Altstadtgebiete im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen; in: Vaskovics, L.A. (Hrsg.): *Raumbezogenheit sozialer Probleme*. Opladen: Westdeutscher Verlag: 383-396.
- Hoyt, H., 1939: *The Structure and Growth of Residential Neighborhoods in American Cities*. Washington D.C.: Federal Housing Administration.
- Korzybski, S., 1954: Le profil de densité des populations dans l'étude des zones urbaines de Londres et Paris; in: *Urbanisme et Habitation* 1954: 113-156.
- Quinn, J.A., 1940: The Burgess Zonal Hypothesis and its Critics; in: *American Sociological Review* 5: 161-168.
- Shevky, E. & W. Bell, 1955: *Social Area Analysis. Theory, Illustrative Application and Computational Procedures*. Stanford: Stanford University Press.
- Simon, M., 1990: *Das Ring-Sektoren-Modell: Ein Erfassungsinstrument für demographische und sozio-ökonomische Merkmale und Pendlerbewegungen in gleichartig definierten Stadt-Umland-Gebieten*. Grundlagen, Methodik, Empirie. *Geographica Bernensia* G 36. Bern: Geografisches Institut der Universität Bern.
- Sweetser, F.L., 1965: Factorial Ecology: Helsinki 1960; in: *Demography* 2: 372-385.



Ferdinand Böltken<sup>\*)</sup>

## 7.2 Kommunale Ansätze zur Stadtteiltypisierung

Zur systematischen Differenzierung kommunalstatistischer Ergebnisse, zur Einordnung von Detailuntersuchungen und zur Analyse stadtstruktureller Entwicklungstendenzen werden in verschiedenen Städten kleinräumige Gebietstypen verwendet. Um diese Ansätze für interkommunal vergleichende Analysen nutzen zu können, empfiehlt sich eine Verständigung auf gemeinsame Standards zur Typisierung. Zu diesem Zweck hat sich im Verband Deutscher Städtestatistiker eine Arbeitsgruppe gebildet, an der sich auch das BBR bzw. die Innerstädtische Raubeobachtung des BBR beteiligt.

Dem gemeinsamen Anliegen liegt als Arbeitshypothese zugrunde, dass sich die Einzigartigkeit von Städten und städtischen Problemlagen häufig nicht aus völlig anderen Strukturen und Problemen ergibt. Ganz wesentliche Probleme wie unzureichendes Wohnungsangebot für bestimmte Bevölkerungsgruppen, Umwelt- und Verkehrsbelastung, Konzentration von sozialen Problemen in städtischen Teilgebieten, Suburbanisierungstendenzen usw. sind vielmehr vielen Städten gemeinsam. Die Einzigartigkeit der Städte drückt sich dabei eher in der spezifischen Kombination von Merkmalen und Problemen aus als in den Problemen selbst. Entsprechendes wird für städtische Teilgebiete als Arbeitshypothese unterstellt. Einzigartig sind weniger die einzelnen Komponenten, die die Stadtstruktur prägen, als vielmehr die stadtspezifische räumliche Kombination dieser Komponenten, die zur Ausprägung komplexer mehrdimensionaler Typen und ihrer mehr oder weniger starken Vertretung im Stadtgebiet führen.

Der Ansatz versucht, die den jeweiligen Problemkombinationen zugrunde liegenden Dimensionen zu erfassen, nach Gemeinsamkeiten zu analysieren und die Vergleichbarkeit der zentralen Merkmalsdimensionen zu organisieren. Zur Prüfung der Annahme vergleichbarer Dimensionen wurden verschiedene Schritte unternommen<sup>1)</sup>.

### 7.2.1 Sozialraumanalyse

Eine Literaturrecherche über bestehende Typisierungsansätze zeigte, dass die vorherrschenden Ansätze sich insofern von der kommunalen Praxis unterscheiden, als sie weit weniger anwendungsbezogen sind. Sie orientieren sich i.d.R. am Ansatz der Sozialraumanalyse, bei dem städtebauliche Fragestellungen eher marginal sind. Die Datengrundlage ist bei den untersuchten westdeutschen Fällen v.a. die Volkszählung bzw. die Gebäude- und Wohnungszählung 1987, deren Merkmale mit Hilfe von Faktorenanalysen geordnet werden, um dann mit Clusteranalysen eine Typisierung vorzunehmen. Für das Projekt wichtig ist das Ergebnis, dass sich bei den untersuchten Beispielen eine weitgehende Vergleichbarkeit der zentralen Faktoren bzw. Merkmalsdimensionen zeigt, wenn auch mit stadtspezifischer Merkmalsauswahl und „Ladung“:

1. Sozialer Status
2. Soziale Probleme/Segregation
3. Lebenszyklus/Alterssegregation
4. Urbane Verdichtung

Zu einem ähnlichen Ergebnis kam eine von der Arbeitsgruppe selbst durchgeführte Faktorenanalyse in westdeutschen Städten: Datengrundlage war im wesentlichen die Volkszählung und die Gebäude- und Wohnungszählung von 1987. Die Auswahl der 23 in die Faktorenanalyse einbezogenen Indikatoren orientiert sich an den Ergebnissen der oben erwähnten Literaturrecherche. Insgesamt 403 Stadtteile aus neun Städten sind in die Faktorenanalyse eingegangen (Düsseldorf, Essen, Oberhausen, Köln, Gelsenkirchen, Herne, Ludwigshafen, Stuttgart und Nürnberg). Die Faktorenextraktion basiert auf einer Hauptkomponentenanalyse, d.h. die statistische Unabhängigkeit der Faktoren wird unterstellt. Zur besseren Interpretierbarkeit der Faktoren wurde eine Varimaxrotation durchgeführt.

Bei der städteübergreifenden Faktorenanalyse zeigt sich das klassische Faktorenmuster (siehe Übersicht 7.2.1). Fünf Faktoren haben einen Eigenwert größer 1. Inhaltlich können diese Faktoren mit den Begriffen Familismus, sozialer Rang, Segregation, Erwerbsstatus und Baualter umschrieben werden. Die fünf Faktoren erklären zusammen rund 80 Prozent der Ausgangsvarianz, wobei die Faktoren Familismus und sozialer Rang, mit einem Anteil von 27 bzw. 25 Prozent die größten Erklärungsbeiträge leisten.

<sup>\*)</sup> Ferdinand Böltken, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

<sup>1)</sup> Entnommen aus: Böltken, F., Göddecke-Stellmann, J., Ley, W. & S. Reichertz, 1996: 23-31.

**Übersicht 7.2.1: Faktorlösungen im Stadtvergleich**

	Insgesamt	Düsseldorf	Essen	Köln	Stuttgart
1. Faktor	Familismus 27 %	Familismus 37 %	Sozialer Rang 36 %	Familismus 33 %	Sozialer Rang 29 %
2. Faktor	Sozialer Rang 25 %	Sozialer R. 27 %	Familismus 28 %	Segregation 30 %	Alte 22 %
3. Faktor	Segregation 16 %	Segregation 14 %	Segregation 11 %	Sozialer R. 13 %	Segregation 15 %
4. Faktor	Erwerbsstatus 7 %	Erwerbsstatus 5 %	Baualter 7 %	Erwerbsst. 8 %	Wohndichte 9 %
5. Faktor	Baualter 5 %		Fertilität 5 %		Baualter 7 %
6. Faktor					Dichte 5 %

Vergleicht man dieses Ergebnis mit den separaten Faktorenanalysen für die Städte Düsseldorf, Essen, Köln und Stuttgart, werden in wesentlichen Bereichen Übereinstimmungen deutlich. Es zeigen sich aber auch Unterschiede, sowohl bei der Zahl der extrahierten Faktoren als auch bei den Varianzanteilen.

In Stuttgart werden 6, in Essen 5, in Düsseldorf und Köln jeweils 4 Faktoren extrahiert. Die Faktoren Segregation und sozialer Rang sind in allen vier Städten vorhanden. Der Familismusfaktor, dies stellt eine interessante Besonderheit dar, wird in Stuttgart nicht ausgewiesen, wohl aber in Düsseldorf, Essen und Köln. Festhalten lässt sich, dass wesentliche Dimensionen städteübergreifend von Bedeutung sind. Zusätzlich zeigten die Analysen, dass die Ausgangsvariablen in vergleichbarer Weise auf die extrahierten Faktoren laden. Beim Faktor sozialer Rang zeigen sich z. B. kaum stadtspezifische Unterschiede. Die Ausgangsvariablen Volksschüler, Abiturienten, Arbeiter und Selbstständige (jeweils Anteile) korrelieren in allen vier Städten hoch mit dem Faktor. Weniger eindeutig im Städtevergleich ist die Ladungsstruktur beim Faktor Familismus. Hier sind es in erster Linie die Variablen Verwitwetenanteil, Altenanteil, die Haushaltsstruktur (Einpersonenhaushalte), der Anteil an Neubauwohnungen und der Dichteindikator Personen je Wohnung, die bedeutsam mit dem Faktor korrelieren. Die Ladungsintensität ist jedoch Schwankungen unterworfen. Trotz dieser Einschränkungen verweist die Untersuchung der Ladungsmuster auch in diesem Fall auf zentrale Indikatoren und liefert somit nützliche Hinweise für das weitere methodische Vorgehen.

**7.2.2 Synopse von Typisierungsansätzen**

Bei einigen am Projekt beteiligten Städten (Essen, Köln, Leipzig, Stuttgart) wurde recherchiert, welche Typisierungen bereits verwendet oder in Aussicht genommen wurden. Dabei stellte sich zunächst heraus, dass die Städte kleinräumige Typisierungen mit deutlicher Ausrichtung auf städtebaulich-planerische Fragestellungen vornehmen oder planen. Trotz dieser stadtspezifischen Zielrichtung ließen sich jedoch die zur Typisierung verwendeten Merkmale relativ wenigen gemeinsamen Dimensionen zuordnen:

**Übersicht 7.2.2: Dimensionen und Merkmale von Stadtteiltypisierungen**

Dimension	Merkmal
1. Städtebauliche Situation	Lage in der Stadt Dichte Historie des Quartiers Baualter Nutzungsart Einzelhandel
2. Gebäudestruktur	Haustyp Ein-, Zweifamilienhäuser
3. Infrastruktur	Wohndichte Einwohner pro Wohnung Freizeiteinrichtungen Kultureinrichtungen
4. Sozialstruktur	Alter Junge / Alte Deutsche / Ausländer Haushaltstruktur Einpersonenhaushalte Sozialhilfeempfänger Sozialwohnungen
5. Beschäftigtenstruktur	Arbeitsplatzdichte Beschäftigtenquote Tag / Nachbevölkerung Sektorstruktur
6. Umwelt	Luft-/Verkehrsbelastung

Damit wird auch hier, trotz der im Vergleich zu den üblichen Sozialraumanalysen stark anwendungsbezogenen Ausrichtung kommunaler Ansätze, bestätigt, dass sich die Stadtspezifität grundsätzlich in gemeinsame Dimensionen auflösen lässt. Insofern besteht die Chance, bei den auf diesen Dimensionen verwendeten Merkmalen Vergleichbarkeit anzustreben. Diese Chance ist im übrigen in den letzten Jahren sehr gestiegen, da die Messbarkeit (außerhalb von Volkszählungsdaten) der traditionell nur schwer fassbaren Dimension „Sozialer Rang“ durch die kleinräumigen Daten der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitslosigkeit) und die gestiegene Transparenz der Kommunalstatistik hinsichtlich Sozialhilfebezug stark verbessert wurde.

**Literatur**

*Böltken, F., Gödecke-Stellmann, J., Ley, W. & S. Reichertz, 1996: Ansätze zur Stadtteiltypisierung; in: Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Tagungsbericht Frühjahrstagung 1996 in Göttingen. Göttingen: VDS: 23-31.*

Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik<sup>\*)</sup> und Friedrich Böltken<sup>\*\*)</sup>

### 7.3 Techniken der Wohnquartiersbeschreibung

Für das Erfassen von Wohnquartieren benötigt man sowohl eine räumliche Abgrenzung als auch eine inhaltliche Typisierung. Und hierzu sind Daten notwendig. Unter der Voraussetzung, dass Strukturdaten flächendeckend in kleinräumiger Untergliederung vorliegen, könnte man die Methode der Sozialraum-Analyse (Shevky & Bell 1955; Friedrichs 1977: 197 ff.) anwenden (siehe Kapitel 7.1.1). Ist allerdings eine Möglichkeit zur Typisierung und Abgrenzung von Wohnquartieren oder Nachbarschaften wegen fehlender statistischer Daten (Zensusdaten) auf kleinräumiger Ebene nicht möglich, so ergibt sich die Notwendigkeit, die benötigten, aber nicht verfügbaren Daten selbst zu erheben. Dieses kann über eine Beschreibung (und Typisierung) von Wohnquartieren (Hoffmeyer-Zlotnik 2000) durch das Team des Forschers (z. B. durch Interviewer) mittels einer Begehung oder durch die im Forschungsprozess kontaktierten Personen mittels Befragung geschehen. Im Folgenden sollen die Instrumente von Hoffmeyer-Zlotnik (1995, 2000, 2004) (Kapitel 7.3.1) und vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Kapitel 7.3.2) dargestellt werden.

#### Literatur:

*Friedrichs, J., 1977: Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. Reinbek: Rowohlt.*

*Hoffmeyer-Zlotnik, J. H.P., 1995: Welcher Typ Stadtbewohner dominiert welchen Typ Wohnquartier? Merkmale des Wohnquartiers als Hintergrundmerkmale zur Regionalisierung von Umfragen; in: ZUMA-Nachrichten 37: 35-62.*

*Hoffmeyer-Zlotnik, J. H.P., 2000: Regionalisierung sozialwissenschaftlicher Umfragedaten. Siedlungsstruktur und Wohnquartier. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.*

*Hoffmeyer-Zlotnik, J. H.P., 2004: Wohnquartiersbeschreibung: Ein Instrument zum Erfassen von Nachbarschaften; in: Kecskes, R, M. Wagner & C. Wolf (Hrsg.): Angewandte Soziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: S. 77-102.*

*Shevky, E. & W. Bell, 1955: Social Area Analysis. Theory, Illustrative Application and Computational Procedures. Stanford: Stanford University Press.*

<sup>\*)</sup> Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, ZUMA, Mannheim

<sup>\*\*)</sup> Ferdinand Böltken, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik<sup>\*)</sup>

### 7.3.1 Instrument der Wohnquartiersbeschreibung

Die Wohnquartiersbeschreibung (siehe Hoffmeyer-Zlotnik 2000a) strukturiert und untergliedert ein Siedlungsgebiet nach jenen Merkmalen, die das Quartierspezifische ausmachen. In einem ersten Schritt werden die Daten für kleinste räumliche Einheiten erhoben in einem zweiten Schritt werden dann die räumlichen Grundbausteine synthetisch nach ihrer Ähnlichkeit hinsichtlich des ausgewählten Merkmalssets (Ähnlichkeitsprinzip) zu möglichst homogenen Quartieren zusammengefasst (Sinz 1995: 806; Hoffmeyer-Zlotnik 2000b).

Die Merkmale für eine Wohnquartiersbeschreibung in Mittel- und Großstädten sind, reduziert auf das Minimum des Notwendigen: LAGE, DICHTe und NUTZUNG (vgl. Burgess 1925; Boustedt 1966; Hoffmeyer-Zlotnik 2000a: 141 ff.). Erhoben werden diese Variablen für die räumliche Einheit eines „Sichtbereichs“. Ein „Sichtbereich“ ist jener Bereich, den eine Person wahrnehmen kann, wenn diese sich an einen definierten Standort, z. B. vor eine Haustür, stellt und sich einmal um die eigene Achse dreht. Hierbei werden LAGE, DICHTe und NUTZUNG entsprechend der vorgegebenen Kategorien (siehe unten) pro Sichtbereich notiert. In einem weiteren Schritt werden die Variablen zu Indizes zusammengefasst. Das Abgrenzen von Wohnquartieren geschieht über das Aggregieren benachbarter Sichtbereiche mit identischen Ausprägungen.

#### Die Variable LAGE

Alle Nutzungsarten städtischer Flächen, auch die Nutzungsart „Wohnen“, sind abhängig von der Erreichbarkeit in Raum und Zeit. Erreichbarkeit ist bedingt durch die Lage eines städtischen Teilbereiches bzw. eines Wohnquartiers innerhalb eines Siedlungsraumes und ist ein entscheidender Indikator für „Zentralität“ oder „Dezentralität“. Die Variable LAGE verortet das Wohngebiet, in dem die befragte Person wohnt, bzw. für das die Aufzeichnung gilt, in einer inneren Gliederung einer Stadtregion. Die LAGE repräsentiert daher die Distanz vom Wohnquartier zum nächsterreichbaren Zentralen Geschäftsbezirk eines großstädtischen Siedlungsraumes. Zu messen ist die Lagevariable in einer multizentrischen Stadt mit einer hierarchisch gegliederten Zentrenstruktur über das Erfassen der zurückzulegenden Wegestrecke von einem städtischen Teilgebiet zum Zentralen Geschäftsbezirk:

Frage: „Wie weit ist das (Großstadt-)Geschäftszentrum der Innenstadt von dem Haus, in dem Sie wohnen, entfernt?“

**Tabelle 7.3.1 Die möglichen Antwortkategorien der Variable LAGE:**

Code <sup>*)</sup>	Kategorie
10	ich wohne im Großstadt-Geschäftszentrum selbst
9	ich wohne bis 500 m vom Geschäftszentrum entfernt
7	ich wohne 500 bis 1000 m entfernt
5	ich wohne in etwa 1 bis 2 km Entfernung
4	ich wohne in etwa 2 bis 10 km Entfernung
3	ich wohne in etwa 10 bis 25 km Entfernung
1	ich wohne weiter als 25 km vom Geschäftszentrum entfernt

<sup>\*)</sup> Die Codes von „1“ bis „10“ stellen gleichzeitig Gewichte für eine spätere Indexbildung dar.

#### Die Variable DICHTe

DICHTe ist in Mitteleuropa neben der Variable LAGE der wichtigste Indikator zur Beschreibung von städtischen Wohnquartieren. DICHTe wird abgefragt über die Art der Wohngebäude in der unmittelbaren Umgebung des eigenen Hauses, der eigenen Wohnung:

Frage: „Von welcher Gebäudeart sind die Wohngebäude, die – rechts und links sowie gegenüber – oder vor oder hinter Ihrem Wohnhaus gelegen sind? Also, wie sind die Nachbarwohngebäude zu charakterisieren?“

Für diese Aufgabe wird dem Befragten eine Liste mit den Fotos von 10 unterschiedlichen Gebäudetypen vorgelegt. Die Gebäudetypen sind entsprechend der mit dem Typ verbundenen DICHTe sortiert. Die Codes beinhalten neben der Ordnung auch eine Gewichtung nach baulicher DICHTe.

Da nur der Gebäudetyp erfasst werden kann, bezieht sich die Variable DICHTe allein auf die bebaute Umwelt. Über Gewichtung wird eine für den Bebauungstyp antizipierte durchschnittliche „Geschossflächenzahl“ angenommen. Wichtig für die Charakterisierung des Quartiers ist, dass nicht nach dem Typ des Wohngebäudes gefragt wird, in dem der Befragte lebt, sondern nach dem Typ von Wohngebäuden, die in der unmittelbaren Umgebung anzutreffen sind und die daher die Nachbarschaft prägen.

<sup>\*)</sup> Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, ZUMA, Mannheim

**Tabelle 7.3.2 Die Kategorien der Variable DICHTE:**

Code <sup>*)</sup>	Kategorie
1	Villen
2	freistehende Ein- und Zweifamilienhäuser
4	Einfamiliendoppelhäuser
5	freistehende Mehrfamilienhäuser
5	Reihenhäuser
7	Zeilenbauweise (mehrgeschossige Wohnhäuser mit großzügigen Freiflächen in Zeilen hintereinander angeordnet)
7	Terrassenhäuser (kompakt, durch Dachterrassen aufgelockert)
7	Wohnhochhäuser
9	geschlossene Blockrandbebauung
10	geschlossene Blockrandbebauung mit mehreren Höfen

\*) Die Codes von „1“ bis „10“ stellen gleichzeitig Gewichte für eine spätere Indexbildung dar.

### Die Variable NUTZUNG

NUTZUNG wird gemessen über die Abfrage:

Frage: „Sind in unmittelbarer Nachbarschaft Ihres Hauses ...“

Antwortkategorien:

- A: überwiegend Wohngebäude
- B: auch eine Ansammlung von mindestens vier Läden mit Gütern für den täglichen Bedarf, die sich unter einem Dach befinden
- C: auch Wohngebäude mit Läden/Kneipen
- D: auch Fabrik(en)
- E: auch mindestens ein Geschäfts-, Büro-(Hoch-)haus, Öffentliche Einrichtungen
- F: auch landwirtschaftlich genutzte Gebäude wie Stall, Scheune, Schuppen für Maschinen und ähnliches

Die Abfrage der Nutzungsart für den kleinen Teilbereich einer Stadt, in dem sich die Wohnung der befragten Person befindet, dient der Charakterisierung des Wohnquartiers. Abgefragt werden die Funktionen „Wohnen“, „Arbeit“ und „Versorgung“. Mit Blick auf die Funktion „Arbeit“ werden Gebäudetypen aller drei Wirtschaftssektoren berücksichtigt. Es wird nicht nach der überwiegenden Nutzung, sondern nach dem Mix der vorhandenen Nutzungen gefragt. Mehrfachnennungen sind bei der Erfassung eines Nutzungsmix unvermeidbar.

Fasst man unterschiedliche Nutzungsarten zu gemischt genutzten Wohnquartierstypen zusammen, so ergeben sich für einen Index NUTZUNG zehn Typen von Wohnquartieren, von der ländlichen Peripherie „1“ bis hin zu einem Zentrum „10“ sich erstreckend. Hierbei bleibt allerdings die Frage nach der Bedeutung eines Zentrums zunächst offen.

**Tabelle 7.3.3: Index NUTZUNG:**

Code	Indexkategorien	Fragebogenkategorien
1	landwirtschaftlich genutzte Gebäude	F, A+F, B+F, C+F, E+F
2	Gewerbegebiet neben Landwirtschaft	D+F, C+D+F, D+E+F
3	reines Wohnen	A
4	Wohnen, auch Wohngebäude mit Läden/Kneipen	C, A+B, A+C
5	Fabrik im/am Wohnquartier, Läden/Kneipen möglich	D, A+D, C+D
6	Fabrik und Büros/Verwaltung	C+E, D+E, C+D+E
7	Fabrik und Einkaufszentrum	B+D, B+C+D, B+C+D+E
8	Büros/Verwaltung im/am Wohnquartier	E, A+E
9	Einkaufszentrum im/am Wohnquartier	B+C, A+B+E
10	Einkaufszentrum und Büros/Verwaltung im/am Wohnquartier	B, B+E

LAGE, DICHTER und NUTZUNG für sich allein betrachtet ermöglichen allerdings noch keinen Rückschluss auf das Wohnquartier. Hierzu müssen erst diese drei Merkmale kombiniert werden, um Quartiersspezifika herauszuheben. Dieses geschieht mit Hilfe von drei Indizes:

a) der Index Zentralität:

DICHTE in der Bedeutung von Art der Bebauung und LAGE in der Bedeutung von deren Antreffbarkeit in einer Entfernung vom Zentrum sollen als Indikatoren für ZENTRALITÄT gesehen werden. Diese Variable ist wichtig, da sie die Art der Bebauung in ein konzentrisches Modell von Stadt einordnet. Der Index wird über eine gewichtete additive Verknüpfung der zwei Variablen gebildet

b) der Index Urbanität:

Da der Index ZENTRALITÄT nur für Wohnquartiere zu interpretieren ist und abgesehen vom Zentralen Geschäftsbezirk weder nachgeordnete „Zentren“ noch andere Bereiche mit Nicht-Wohnnutzung ausweist, müssen diese städtischen Quartiere einer gesonderten Betrachtung unterzogen werden. Hierzu dient der Index URBANITÄT. Dieser wird ebenfalls über eine gewichtete additive Verknüpfung zweier Variablen gebildet: die Addition der Variable LAGE mit dem Index NUTZUNG.

c) der Index Wohnquartier:

Der Index WOHNQUARTIER zeigt auf, welchem Wohnungsteilmarktsegment ein Wohnquartier zuzurechnen ist. Dieser Index gilt immer dann, wenn sich ein selektierter Wohnungsmarkt über das Vorhandensein von Wohnungsangebot und Wohnungsnachfrage frei entwickeln kann. Damit erlaubt dieser Index für die überwiegende Mehrheit der Wohnquartiere in mitteleuropäischen Groß- und Mittelstädten Rückschlüsse auf die in einem bestimmten Wohnquartierstyp wahrscheinlich dominante Bevölkerungsgruppe.

Vor der Zuordnung der erhobenen Daten zu Wohnquartierstypen müssen jedoch drei Bedingungen überprüft werden:

1. Kann die Stadt, auf welche die Wohnquartiersbeschreibung angewandt werden soll, in ein konzentrisches Modell eingeordnet werden? Die Überprüfung geschieht mittels des Index ZENTRALITÄT. Ist die Zuordnung der Siedlung zu einem konzentrischen Modell nicht möglich, so lässt sich der Index WOHNQUARTIER nicht problemlos interpretieren.
2. Da die Mehrheit der Städte eine Mehrzentrenstruktur aufweist und die Bevölkerung in den Zentren heterogen zusammengesetzt ist, müssen auch Zentren zweiter und dritter Ordnung als Zentren ausgewiesen und aus der Zuordnung zu Wohnquartierstypen herausgenommen werden. Diese Überprüfung geschieht mit dem Index URBANITÄT.
3. Da kleine Städte anders strukturiert sind und andere Wohnungsmarktmechanismen aufweisen als größere Städte, spielt die Größe der Stadt eine Rolle. Die Wohnquartiersbeschreibung kann für drei Größenklassen von Stadtregionen ausgewiesen werden: für den großstädtischen Agglomerationsraum mit mindestens 100.000 Einwohnern, für die Mittelstadt mit 20.000 bis unter 100.000 Einwohnern und für die ländliche Kleinstadt mit 5.000 bis unter 20.000 Einwohnern. Siedlungen mit weniger als 5.000 Einwohnern werden nicht betrachtet.

Gebildet wird der Index WOHNQUARTIER über eine logische Kombination der bei der Begehung oder Befragung angekreuzten Werte der Variablen LAGE und DICHTER, sowie des aus den angekreuzten Werten der Variable NUTZUNG entwickelten Index NUTZUNG (siehe Hoffmeyer-Zlotnik 2004). Die Werte für LAGE steigen von der Peripherie „25 km und mehr zum Zentralen Geschäftsbezirk“ (1) bis zum „Zentralen Geschäftsbezirk“ (10); die Werte für DICHTER steigen mit der Geschossflächenzahl der Bebauungstypen von der „Villa“ (1) bis zur „geschlossenen Blockrandbebauung mit mehreren Höfen“ (10); die Werte für NUTZUNG steigen von der „landwirtschaftlichen Nutzung“ (1) bis zu „Einkaufszentrum und Büros/Verwaltung“ (10).

Der Index WOHNQUARTIER, als Addition der Werte von LAGE, DICHTER und NUTZUNG, zunächst den Wertebereich von „3“ bis „30“ aufweisend, wird über die in den Tabellen 7.3.4 bis 7.3.6 dargestellten Operationen für die unterschiedlichen Stadttypen auf einen Wertebereich von jeweils „1“ bis „9“ umgerechnet (siehe Hoffmeyer-Zlotnik 2004).

Der Index WOHNQUARTIER sieht für die „Landstadt“ wie folgt:

**Tabelle 7.3.4: Index WOHNQUARTIER für Landstadt**

Index WOHN- QUARTIER	Wert für LAGE + DICHTE + NUTZUNG	Einschränkungen D=DICHTE N=NUTZUNG	ZENTRALITÄT (Z) URBANITÄT (U)
Code			
2	20 und höher		wenn U =9 oder 10
3	14 bis 19 (22)		wenn U kleiner 9
5	11 bis 13	wenn D =9 oder 10	
6	11 bis 13	wenn D kleiner 9	
7	8 bis 10 oder 6 oder 7	wenn D größer 5	
9	6 oder 7	wenn D kleiner 6	

Der Index WOHNQUARTIER sieht für die „Mittelstadt“ wie folgt aus:

**Tabelle 7.3.5: Index WOHNQUARTIER für Mittelstadt**

Index WOHN- QUARTIER	Wert für LAGE + DICHTE + NUTZUNG	Einschränkungen D=DICHTE N=NUTZUNG	ZENTRALITÄT (Z) URBANITÄT (U)
Code			
2	26 und höher oder 20 bis 25	wenn N =10	wenn U =9 oder 10 wenn U =9 oder 10
3	23 bis 25 oder 20 bis 22	wenn N kleiner 10; wenn N kleiner 10 und D größer 7	wenn U kleiner 9
4	14 bis 19		
5	8 bis 10	wenn D =9 oder 10	
6	11 bis 13 oder 8 bis 10	wenn D kleiner 9; wenn D =7 oder 8	
7	8 bis 10 oder 6 oder 7	wenn D kleiner 7; wenn D größer 1	
8	6 oder 7	wenn D =1	
9	4 oder 5		



Der Index WOHNQUARTIER sieht für die „Großstadt“ wie folgt aus:

**Tabelle 7.3.6: Index WOHNQUARTIER für Großstadt**

Index WOHN- QUARTIER	Wert für LAGE + DICHTe + NUTZUNG	Einschränkungen D=DICHTE N=NUTZUNG	ZENTRALITÄT (Z) URBANITÄT (U)
Code			
1	26 bis 30		Wenn Z =9 oder 10
2	17 bis 25	wenn N =10	wenn U =9 oder 10
3	23 bis 25 oder 20 bis 22	wenn N kleiner 10; wenn N kleiner 10 und D größer 7	wenn U kleiner 9
4	17 bis 19	wenn N kleiner 10 und D größer 5	
5	8 bis 16	wenn D =9 oder 10	
6	20  oder 17 bis 19  oder 14 bis 16 oder 8 bis 13	wenn N kleiner 10 und D kleiner 8; wenn N kleiner 10 und D kleiner 6; wenn D kleiner 9; wenn D größer 6	
7	8 bis 13 oder 6 oder 7	wenn D kleiner 6 wenn D größer 1	
8	11 bis 13	wenn D =1	
9	3 oder 5		

Der Index WOHNQUARTIER stellt eine Typisierung von „Wohnquartieren“ dar, mit deren Hilfe über einen Quartierstyp auf die in diesem dominante Bewohnergruppe rückgeschlossen werden kann.

**Tabelle 7.3.7: Ausprägungen des Index WOHNQUARTIER:**

Wertebereich			Wohnquartierstyp
Gross- stadt	Mittel- stadt	Land- stadt	
1			<i>Zentraler Geschäftsbezirk, Zentrum erster Ordnung</i>
2	2	2	nachgeordnete Zentren, B- und C-Zentren; auch A-Zentrum der Mittel- und Kleinstadt
3	3	3	„Zone im Übergang“, Innenstadtbereiche
3			altes „Westend“, auch: innerstädtische Altindustrien, Hafen
4	4		Mietskasernenquartiere, kompakt bebauter Innenstadtrand
5	5	5	periphere Hochhausgebiete (der Suburbanisierung)
6	6	6	Wohnquartiere der Reihen und Zeilen; in Ostdeutschland auch Plattenbauten
7	7	7	Wohnquartiere der peripheren Einzelhausbebauung
8	8		Villenviertel
9	9	9	ländlicher Bereich, Peripherie der Stadtregion

## Literatur

*Boustedt, O., 1966:* Stadtregionen; in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. Hannover: Gebr. Jänecke: 1916-1932.

*Burgess, E.W., 1925:* The Growth of the City: An Introduction to a Research Project; in: Park, R.E., Burgess, E.W. & R.D. McKenzie (eds.): The City. Suggestions for Investigation of Human Behavior in the Urban Environment. Chicago, London: The University of Chicago Press. Reprint 1967: 47-62.

*Friedrichs, J., 1977:* Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. Reinbek: Rowohlt.

*Hoffmeyer-Zlotnik, J. H.P., 1995:* Welcher Typ Stadtbewohner dominiert welchen Typ Wohnquartier? Merkmale des Wohnquartiers als Hintergrundmerkmale zur Regionalisierung von Umfragen; in: ZUMA-Nachrichten 37: 35-62.

*Hoffmeyer-Zlotnik, J. H.P., 2000a:* Regionalisierung sozialwissenschaftlicher Umfragedaten. Siedlungsstruktur und Wohnquartier. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

*Hoffmeyer-Zlotnik, J. H.P., 2000b:* Regionalisierung von Umfragedaten. Eine kleine Handlungsanleitung. How-to Nr 4. [http://www.gesis.org/Publikationen/Berichte/ZUMA\\_How\\_to/Dokumente/pdf/how-to4hz.pdf](http://www.gesis.org/Publikationen/Berichte/ZUMA_How_to/Dokumente/pdf/how-to4hz.pdf)

*Hoffmeyer-Zlotnik, J. H.P., 2004:* Wohnquartiersbeschreibung: Ein Instrument zum Erfassen von Nachbarschaften; in: Kecskes, R, M. Wagner & C. Wolf (Hrsg.): Angewandte Soziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: S. 77-102.

*Shevky, E. & W. Bell, 1955:* Social Area Analysis. Theory, Illustrative Application and Computational Procedures. Stanford: Stanford University Press.

*Sinz, M., 1995:* Region; in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: 805-808.

Ferdinand Böltken\*)

### 7.3.2 Wohnquartiersbeschreibung

Wohnquartiere können auf der Basis von kleinräumig verfügbaren Daten der Kommunalstatistik, von Volks- und Wohnungszählungen, durch die meist geschätzten Daten von Marktforschungsinstituten, oder etwa durch örtliche Experten beschrieben werden. Die Verbindung zur Umfrageforschung ist dabei vor allem bei kommunalen Umfragen möglich. Bei bundesweiten Umfragen ist die Verbindung von Adresse der Befragten und deren Quartiersmerkmalen dagegen i.d.R. nicht möglich.

Sie ist auch nur beschränkt sinnvoll, weil bei bundesweiten Umfragen die Angaben der Befragten über ihre Wohn- und Lebensbedingungen, ihre Bewertungen, Einstellungen und Verhaltensweisen in nur sehr beschränktem Ausmaß „regionalisiert“ (im Sinne von „verortet“) werden können. Auch Kontexteffekte im Sinne der Beeinflussung von Einstellungen und Verhaltensweisen durch die Verhältnisse „vor Ort“ können nur sehr beschränkt, nämlich bei ausreichend großen Teilstichproben, untersucht werden.

Das ist bei der jährlichen BBR-Umfrage für Ost und West und für grobe Unterteilungen innerhalb der beiden Landesteile (etwa: Nord/Mitte/Süd) möglich. Angesichts des konstant gehaltenen Fragenprogramms kann zudem über mehrere Jahre kumuliert werden. Damit sind feinere räumliche Zuordnungen (etwa: Länder) möglich. Diese können dann auch mit Kontextdaten (etwa: der amtlichen Statistik) angereichert werden und entsprechende Analysen (etwa: Strukturvergleiche) durchgeführt werden.

Bei Untersuchungen zum alltagsrelevanten Kontext verbieten sich solche „Verortungen“ allein aus dem Gesichtspunkt „Fallzahl“. Um hier Zusammenhänge zwischen räumlichen Kontexten und Individualmerkmalen untersuchen zu können, bietet sich die Bildung von Kontexttypen bzw. Wohnquartiersbeschreibungen an.

In der BBR-Umfrage geschieht das auf den Ebenen

- Lage/Zentralität
- Baunutzung/Dichte/Bebauungsalter
- Sozialstruktur

Um diese Ebenen zu erfassen, muss zunächst entschieden werden, ob die Zuordnung zu den entsprechenden Kategorien durch den Interviewer, den Befragten oder über objektiv vorgegebene Verknüpfungen (Gemeindekennziffern, Gebietskennziffern) erfolgt. Um auch in Telefoninterviews eingesetzt werden zu können, werden in der BBR-Umfrage die Zuordnungen unterhalb der kommunalen Ebene von den Befragten selbst vorgenommen. Sie können über Eigenschaften ihres Quartiers Auskunft geben, so wie sie es – als ihre subjektiv relevante Umwelt – wahrnehmen. Obwohl aus subjektiver Sicht, zielt die Beschreibung auf die Wahrnehmung objektiver Tatbestände.

Diese Wahrnehmung weicht selbstverständlich von der kleinräumigen kommunalen Statistik ab, auch dann wenn es sich um Angaben zu „objektiven“ Merkmalen wie Bevölkerungszusammensetzung oder Baustruktur handelt: Der Befragte nimmt – je nach Lebenslage, Alter, Beruf, Aktionsraum, usw. – Ausschnitte seiner Umgebung wahr und kann nur darüber berichten. Aus Sicht der Erklärung individueller Merkmalszusammenhänge durch Kontexteffekte ist das kein Nachteil: Effekte kann i.d.R. nur das Wahrgenommene ausüben.

#### Lage/Zentralität

Die Lage und Zentralität des Wohnortes wird – über Verknüpfung mit der Gemeindekennziffer – mit den siedlungsstrukturellen Gebietstypen des BBR gekennzeichnet (siehe Kapitel 4.3). Die dabei verfolgte Perspektive wird unterhalb der Gemeindeebene fortgeführt, indem die Befragten nach der Lage ihres Wohngebiets innerhalb ihrer Gemeinde gefragt werden. Unterschieden wird wiederum nach „Zentralität“, nämlich nach Innenstadt bzw. Ortskern, nach innenstadtnahen und nach Stadtrandquartieren.

\*) Ferdinand Böltken, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

**Übersicht 7.3.1: Zentralität/Lage des Wohngebiets im Wohnort**

1. Hat der Ort, in dem Sie wohnen, über oder unter 20.000 Einwohner?
 

Über 20 Tsd.	☒ Fr. 3
Unter 20 Tsd.	☒ Fr. 2
Weiß nicht	☒ Fr. 2
  
2. Wohnen Sie im Ortskern oder außerhalb des Ortskerns?
 

Im Ortskern
Außerhalb
  
3. Wohnen Sie
 

in der Innenstadt
zwischen Innenstadt und Stadtrand
oder am Stadtrand?

**Baunutzung/Dichte/Bebauungsalter**

Neben Lage-Merkmalen wird nach der Nutzungsstruktur der Quartiere, nach dem Charakter als Alt- oder Neubaugebiet sowie nach der Bebauungsdichte (überwiegend Ein/Zweifamilienhäuser vs. Blockbebauung) gefragt. Zusammen mit den in der BBR-Umfrage regelmäßig erhobenen Merkmalen zur Wohnung und zum Wohngebäude (Größe/Ausstattung/Kosten/Alter/Zustand) ist damit eine recht präzise und plastische Einordnung der Wohnsituation der Befragten in des siedlungsstrukturelle Gefüge der Stadt möglich.

**Übersicht 7.3.2: Wohnquartier: Nutzung, Bebauung, Dichte**

1. Wie würden Sie Ihre unmittelbare Wohnumgebung beschreiben?
 

Liegt die Wohnung in einem reinen Wohngebiet mit nur vereinzelt Geschäften und Betrieben oder gibt es in Ihrer Wohngegend häufiger Geschäfte oder Betriebe?		
Reines Wohngebiet	☒ Fr. 3	
Häufiger Geschäfte / Betriebe	☒ Fr. 2	
  
2. Wie würden Sie das Wohngebiet beschreiben?
 

Handelt es sich um	ein Geschäftszentrum?
	ein Gewerbegebiet?
	ein dörfliches Gebiet?
	oder um ein Mischgebiet mit Wohnungen, Geschäften und Betrieben?
  
3. Besteht das Wohngebiet überwiegend aus Altbauten, überwiegend aus neueren Häusern oder ist es ein reines Neubaugebiet?
 

Überwiegend Altbauten
Überwiegend neuere Häuser
Reines Neubaugebiet
  
4. Sind es überwiegend Ein- oder Zweifamilienhäuser oder überwiegend größere Wohnblocks?
 

Ein- oder Zweifamilienhäuser
Größere Wohnblocks
teils – teils

**Sozialstruktur**

Um zusätzlich die Dimension Sozialstruktur zu erfassen, werden die Befragten nach der „sozialen Zusammensetzung“ ihres Wohngebietes gefragt. Sie sollen angeben, ob und wie stark bestimmte Bevölkerungsgruppen in ihrem Quartier vertreten sind. Dabei werden Gruppen genannt, die den Dimensionen der Sozialraumanalyse entsprechen:

**Übersicht 7.3.3: Quartiersbevölkerung/Sozialraum**

Wie ist in Ihrem Wohngebiet die soziale Zusammensetzung, also wie stark sind hier die folgenden Bevölkerungsgruppen vertreten?

- A Ältere Menschen im Rentenalter: Wie stark sind die hier vertreten?
- B Junge Leute: Wie.....
- C Familien mit Kindern: ..... praktisch gar nicht  
eher wenig
- D Leute mit geringem Einkommen mittel  
wie etwa einfache Arbeiter und Angestellte eher stark  
sehr stark
- E Leute mit hohem Einkommen, wie etwa weiß nicht  
höhere Berufsgruppen und Akademiker
- F Ausländer und ausländische Familien

Auf diese einfache Weise kann das Quartier auf den Dimensionen „Lebenszyklus“ bzw. „Familismus“, „sozialer Rang“ und „Segregation“ eingeordnet werden, also auf den Dimensionen, die nach den vielfach bestätigten Untersuchungen der Sozialraumanalyse einen großen Teil der intrakommunalen Varianz erfassen (Friedrichs1977:197 ff.).

**Beispiel: Bebauungsstruktur und sozialräumliche Muster in ost- und westdeutschen Städten**

In der Kombination der Angaben zur physischen und sozialen Zusammensetzung der Wohngebiete lassen sich die subjektiv relevanten Umwelten recht plastisch beschreiben, je nach Fragestellung zu angemessenen Typen verdichten oder zu strukturellen Vergleichen nutzen. Dazu zwei Beispiele.

Vergleicht man die Bau- und Nutzungsstruktur innerhalb der West- und ostdeutschen Kernstädte, dann zeigen sich im Westen klarere lagebedingte Unterschiede als im Osten. So ragen in den Innenstädten des Westens gemischte Nutzungen sehr viel deutlicher heraus als im Osten. Auch bei den Altbaugebieten ergibt sich im Westen eine klarere Konzentration, nämlich im Stadtgebiet zwischen Innenstadt und Stadtrand. Schließlich konzentrieren sich Neubaugebiete sehr klar am Stadtrand.

**Tabelle 7.3.8: Bau- und Nutzungsstruktur in ost- und westdeutschen Kernstädten, nach Lage**

	West				Ost			
	Innenstadt	Mitte	Stadt-rand	insg.	Innenstadt	Mitte	Stadt-rand	insg.
Mischgebiete	53	19	13	25	39	20	14	23
Überw. Altbau	37	58	42	47	40	42	36	39
Überw. Neubau	9	23	43	27	13	20	20	18
Neubau Block	-	1	2	1	8	17	31	20

Alle diese Quartiersformen verteilen sich im Osten weniger klar nach der Lage im Stadtgebiet. Die herausragende Ausnahme bilden allerdings die östlichen Neubaugebiete mit großen Wohnblöcken. Diese im Westen nur schwach (1 %) vertretenen Quartiere werden im Osten von 20 % der befragten Städter genannt, am Stadtrand gar von einem knappen Drittel der Bewohner.

**Tabelle 7.3.9: Wahrgenommene Bevölkerungsgruppen in west- und ostdeutschen Städten, nach Lage (% stark/sehr stark vertreten)**

	Kernstädte West			Kernstädte Ost		
	Innen-stadt	Mitte	Stadttrand	Innen-stadt	Mitte	Stadttrand
Niedriger Status	49	34	27	40	40	40
Ausländer	41	22	17	9	8	8
Junge Leute	37	18	11	27	16	18
Rentner	32	46	44	42	48	42
Familien	29	24	26	23	18	22
Hoher Status	12	16	27	14	9	12

Beispiel soziale Differenzierung in ost- und westdeutschen Kernstädten. Vergleicht man die Verteilung der als „stark/sehr stark“ im Wohngebiet vertretenen Gruppen, dann erweisen sich westdeutsche Städte deutlich klarer auf der Dimension Lage/Zentralität strukturiert als ostdeutsche Städte. Insbesondere die innerstädtischen Wohngebiete der westdeutschen Städte unterscheiden sich recht klar von den sonstigen Quartieren der westdeutschen Städte und von den Wohngebieten der ostdeutschen Städte.

Dabei ragt einmal die Vertretung einkommens- bzw. statusschwacher Gruppen heraus, die im Westen – immer gemessen an der Wahrnehmung der Befragten – sehr viel stärker in den Innenstädten konzentriert sind als im Osten. Noch klarer ist die starke innerstädtische Vertretung von Ausländern. Sie wird hier doppelt so stark wahrgenommen wie im sonstigen Stadtgebiet, ganz zu schweigen von der gleichermaßen niedrigen Wahrnehmung im Osten.

Neben „Armut“ und (damit stark verbunden) Ausländern ragen die Innenstädte durch die starke Vertretung junger Leute heraus. Das gilt vor allem für den Westen. Aber auch in ostdeutschen Städten erweisen sich die Innenstädte als von Jugend geprägt. Im Vergleich mit den ansonsten relativ gleichartig über das Stadtgebiet gestreuten Gruppen sticht sogar die „Jugendlichkeit“ der Innenstädte als Unterscheidungsmerkmal zu den übrigen Stadtgebieten stärker hervor als im Westen.

## Literatur

*Friedrichs, J., 1977: Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. Reinbek: Rowohlt.*

## 7.4 Typisierung innerstädtischer Milieus durch die Marktforschung

In der Marktforschung gibt es mehrere Anbieter kleinräumig aufgearbeiteter Daten für das Marketing. Ausgewiesen werden Sachdaten für alle Haushalte eines Straßenabschnittes oder einer Mikrozone, die im Beispiel von MOSAIC ein „Milieu“ darstellt. Die dahinter stehenden räumlichen Strukturen sind in der Regel Straßenabschnitte, teils bis auf Häuser genau, für die aus Umfragen, Adressbüchern und anderen kleinräumig Kaufkraft, Bonität oder Gesundheit ausweisenden Datenbeständen eine umfangreiche Typisierung der Bewohner vorgehalten wird.

### Übersicht 7.4.1: Struktur der beschriebenen Datensätze zur innerstädtischen Typisierung

Datenbank	infas GEOdaten GmbH	microm Micromarketing- Systeme u. Consult GmbH	GfK-Regionaldaten
Strukturdaten	Häuser (22 Mio.) Straßenabschnitte (1,5 Mio.) Amtliche Gliederung Postalische Gliederung	Häuser (17,4 Mio.) Straßenabschnitte Marktzellen Postleitzahl	Adressen Straßenabschnitte (1,9 Mio.) Amtliche Gliederung
Sachdaten	amtliche Demographie Typologien Konsumentendaten Business-Daten Kaufkraft Wahlkosten	MOSAIC-Milieus, basierend auf den SINUS-Milieus Typologien Business-Daten Bonitäts-Daten	demographische Struktur Familienstruktur Bebauungsstruktur Kaufkraft Verbrauchertypologien

Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik

Im folgenden stellen infas GEOdaten GmbH (siehe Kapitel 7.4.1), GfK Regionaldaten (siehe Kapitel 7.4.2) und microm – Micromarketing-Systeme und Consult GmbH (siehe Kapitel 7.4.3) ihre innerstädtischen Typisierung in einer Kurzbeschreibung im Überblick vor. Nähere Einzelheiten zu der jeweiligen Datenbank und zu deren Nutzung müssen direkt bei dem betroffenen Anbieter erfragt werden.

Anke Weslowski<sup>\*)</sup>

### 7.4.1 LOCAL

infas GEOdaten verfügt über 20 Jahre Erfahrung im Geomarketing und gehört zu den führenden deutschen Anbietern in diesem Bereich. Diese marktführende Position kann infas GEOdaten durch die umfangreiche LOCAL® Datenbank mit einer hohen Datenqualität auf allen geographischen Ebenen bis zum Einzelhaus einnehmen. Durch langjährige Erfahrung der Datenerfassung und Datenpflege kann infas GEOdaten die Marktanforderungen an die wachsende Datenqualität gewährleisten. Da Geomarketing Präzisionsmarketing ist, ist die Datenqualität von entscheidender Bedeutung für infas GEOdaten.

Die LOCAL® Datenbank enthält drei große Datenpools:

- Strukturdaten
- Sachdaten
- Geometriedaten

#### Strukturdaten

Wesentliche Basis für Geo- und Direktmarketing ist ein stets aktuell und flächendeckend vorliegendes Straßenverzeichnis als Grundlage ebenfalls stets aktueller Adressdaten-Bestände. infas GEOdaten hat die Datenpflege und die Datenupdates von Straßen, Straßenabschnitten und allen Basis-Strukturdaten der Schober Information Group zentral übernommen. Denn

Pflege bedeutet die kontinuierliche Erfassung neuer Straßen, der Nachvollzug von Umbenennungen sowie die Zuordnung von Straßenabschnitten zu allen administrativen Einheiten. Weiterhin umfasst Update die regelmäßige Anpassung an Gemeinde- und Postleitzahl-Gliederungen. Dazu gehören Eingemeindungen, Auflösung oder Teilung von Gemeinden. Dafür werden sowohl die vierteljährlichen Mitteilungen des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Post AG als auch offizielle Informationen der Städte und Gemeinden berücksichtigt. Hinzu kommen Primärquellen der Schober Consumer- und Business Information. Die unterschiedlichen Quellen geben der Strukturdatenbank eine hohe Aktualität. Gleichzeitig lassen sich historische Strukturen nachvollziehen. So kann infas GEOdaten mit der Geo-Marketing Pflegedatenbank bundesweit ca. 1,5 Mio. Straßenabschnitten für Prozesse im Geomarketing einbringen.

In der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet man zwischen den folgenden zwei offiziellen Gebietsstrukturen:

- Amtliche Gebietsstruktur
- Postalische Gebietsstruktur

#### Amtliche Gebietsstruktur

Die Gebietsstruktur der BRD ist hierarchisch aufgebaut. Über ein amtliches numerisches Referenzierungssystem ist die Beziehung zwischen den unterschiedlichen Gebietsebenen eindeutig festgelegt. Diese Struktur wird durch den offiziellen Schlüssel KGS (Kreis-Gemeinde-Schlüssel) abgebildet.

Jede Gemeinde wird durch eine eindeutige 8-stellige Schlüsselnummer (KGS8) definiert. Der Schlüssel umfasst zudem Angaben, zu welchen übergeordneten Ebenen (Kreis, Regierungsbezirk oder Bundesland) die Gemeinde gehört.

Das folgende Schema illustriert den Aufbau des KGS8:

**Schaubild 7.4.2: Aufbau und Inhalt des Kreis-Gemeinde-Schlüssels**



<sup>\*)</sup> Anke Weslowski, infas GEOdaten GmbH, Bonn



Nach diesem System ist Deutschland unterteilt in:

- Bundesländer (KGS2)
- Regierungsbezirke (KGS3)
- Kreise und Kreisfreie Städte (KGS5)
- Gemeinden (KGS8)

infas GEOdaten erweitert die amtliche Struktur unterhalb der Gemeinde in den KGS plus © und gibt folgende Gliederungsebenen aus:

- Ortsteile (KGS12)
- Statistische Bezirke (KGS16)
- Stimmbezirke (KGS22)
- Straßenabschnitte (KGS36)
- Häuser (KGS44)

### Postalische Gebietsstruktur

Die postalische Gebietsstruktur ist die Einteilung der Deutschen Post AG, die seit dem 1.7.1993 gilt. Sie reiht sich nicht in die amtliche Hierarchie ein. So kommt es nicht selten vor, dass die Grenzen der Gemeinden und 5-stelligen Postleitzahlen nicht deckungsgleich sind.

Die folgenden postalischen Strukturen können differenziert werden:

- Postleitzone (PLZ 1)
- Postleitregion (PLZ 2)
- Postleitzahlgebiet (PLZ 5)

Insgesamt werden 209 große Städte und 978 Gemeinden im ländlichen Raum durch die 5-stellige Postleitzahl weiter unterteilt.

### Sachdaten

infas GEOdaten kann für alle beschriebenen Strukturen amtliche Daten, die von der Gemeinde bis zum Einzelhaus reichen, zur Verfügung stellen. Sachdaten wie Demographie- und Haushaltsdaten werden direkt bei den einzelnen Städten und Gemeinden angefragt und durch Angaben der Statistischen Landesämter, des Statistischen Bundesamtes und der Gemeindetypologie des BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) qualitativ ergänzt und geprüft.

Die Haushaltsdaten werden zusätzlich durch Angaben des Mikrozensus bestätigt. Aus den amtlichen Datenquellen für die räumliche Ebene der Statistischen Bezirke, Gemeinden und alle höheren Ebenen, werden durch langjährig bewährte statistische Verfahren die Daten für die mikrogeographischen Ebenen, wie die ca. 75.000 Stimmbezirke berechnet. Durch die Eingliederung von infas GEOdaten in die Schober Gruppe, können qualitative Daten für ca. 1,5 Mio. Straßenabschnitt und ca. 22 Mio. Einzelhäuser zur Verfügung gestellt werden. Dadurch kann infas GEOdaten z. B. die Haushaltsdaten für Straßenabschnitte und das Stimmbezirksraster anbieten.

Ein Beispiel sind die Kaufkraftdaten, die vielfältige Möglichkeiten bieten, auf regionaler und lokaler Ebene Transparenz in die Marktsegmentierung zu bringen und unternehmerische Zielsetzungen marktgerecht an mikrogeographischen Gegebenheiten zu orientieren. infas GEOdaten weist die Daten vom Stimmbezirk über die Ebene der Statistischen Bezirke bis zu allen nachfolgenden administrativen Ebenen aus. Auch für die 5-stelligen Postleitzahlgebiete können die Kaufkraftkennziffern für Marktstrukturen und Potentiale eingesetzt werden.

Die Berechnung erfolgt mit aktuellen Arbeitsmarktdaten der BfA, Prognosedaten für die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und mit Hilfe der mikrogeographischen Datenbank LOCAL®, orientiert an den jeweiligen Verhältnissen der einzelnen Straßenabschnitte und Stimmbezirke (Bevölkerungs- und Gebäudestrukturen, sozialer Status usw.). Der Kaufkraftbegriff ist somit identisch mit dem vom Statistischen Bundesamt verwendeten Terminus des "verfügbaren Einkommens".

Die LOCAL® Datenbank enthält folgende Sachdaten auf den beschriebenen räumlichen Ebenen.

- Demographie
- Haushaltsstruktur
- Kaufkraft
- Typologien
- Gebäudestruktur
- Bebauungsstruktur
- Firmenzähler
- Wahlverhalten
- Beschäftigung
- PKW-Struktur

### **Geometriedaten**

infas GEOdaten stellt von der Einzelhauskoordinate bis zu digitalisierten Grenzgeometrien die unterschiedlichsten Gebietsstrukturen zur Verfügung. Die Durchführung der Digitalisierung der Geometrien wurde einem ISO-zertifizierten (ISO 9001:2000 BVQI, SEI CMM Level 5) Offshore Outsourcingunternehmen in Indien übergeben.

Die Erfassungsrichtlinien wurden mit dem indischen Unternehmen vertraglich vereinbart. Dadurch kann infas GEOdaten zum Beispiel gewährleisten, dass alle Gebietsgrenzen in einem Maßstab von 1 : 5.000 digitalisiert worden sind und dass eine eindeutige Zuordnung der Straßenabschnitte zu allen weiteren KGS Strukturen gegeben ist. Für die Digitalisierung der ca. 12.150 Statistischen Bezirke wurden als Digitalisierungsgrundlage offizielle Karten der Gemeinden und Städte oder selbst erstellte Vorlagen nach amtlichen Straßenverzeichnissen herangezogen.

Auch bei der postalischen Struktur erfolgt die Digitalisierung auf Grund von Karten nach Vorlagen des Posttechnischen Zentralamtes in Darmstadt. Darüber hinaus gibt es Postfach-, Gruppenempfänger- und Großkunden-Postleitzahlen, die nicht geographisch abgebildet werden. In Zukunft wird bei infas GEOdaten ebenfalls eine regelmäßige digitale Erfassung der ca. 19.000 offiziellen Postorte angestrebt. Postorte sind die kleinste offizielle postalische Gliederungsebene oberhalb der Briefzustellbezirke.

Ebenfalls flächendeckend für die Bundesrepublik kann infas GEOdaten alle 1,5 Mio. Straßenabschnitte durch Mittelpunktskoordinaten abbilden. Der Straßenabschnitt (Hausnummer von, Hausnummer bis und ihrer Zählweise – gerade, ungerade, durchgehend) ist zu Gemeinde, Postleitzahl, Stimmbezirk, Statistischem Bezirk und Ortsteil zugeordnet. Jeder dieser Straßenabschnitte ist durch einen eindeutigen Kreis-Gemeinde-Schlüssel innerhalb jeder Gemeinde gekennzeichnet.

Alle Geometriedaten werden jährlich nach den amtlichen Angaben des Statistischen Bundesamtes auf einen einheitlichen Gebietsstand aktualisiert. Bei infas GEOdaten ist der Stichtag immer der 31. Dezember eines jeden Jahres.

Abbildung 7.4.1: Geometriedaten: Stimmbezirke



Abbildung 7.4.2: Geometriedaten: Statistische Bezirke



Stefan Perleth<sup>\*)</sup>

## 7.4.2 Typisierung innerstädtischer Milieus durch die Marktforschung

Im angelsächsischen Raum sind homogen bebaute und auch „bewohnte“ Stadtteile die Regel. Somit lassen sich diese Stadtteile auch als Ganze verschiedenen Milieus zuweisen. In Deutschland wird städtebaulich darauf geachtet, dass, überspitzt formuliert, solche „Ghetto-Bildungen“ verhindert werden. Man findet daher oft in der selben Straße sowohl den sozialen Wohnungsbau, als auch selbstbewohnte Einfamilienhäuser oder Eigentumswohnungen. So schwankt z. B. der Anteil von jungen Haushalten in den Abschnitten der Fürther Straße in Nürnberg von knapp 7 % bis über 65 %. Eine einheitliche Bewertung ganzer Stadtteile trägt diesem Umstand folglich nicht Rechnung.

### GfK-POINTplus®

Daher geht die GfK Regionalforschung mit der mikrogeografischen Datenbank GfK-POINTplus® einen anderen Weg. In die mikrogeografische Datenbank POINTplus® fließen für die Erstellung drei Arten privater Daten als Grundlage ein. Zum einen liegen über verschiedene Adressanbieter flächendeckende Angaben zu den Haushalten vor, zum anderen werden über Anbieter von Wirtschaftsinformationen Daten zu Gewerbeadressen zugespielt. Weiterhin liegen Grundlagen von digitalen Kartenanbietern vor.

Die amtliche Statistik liefert zu vielen Themengebieten einen flächendeckenden Überblick. Diese Daten liegen auf administrativen Ebenen vor, d. h. auf der Gemeinde-, Kreis- oder Regierungsbezirksebene. Private Quellen hingegen sind auf feineren Ebenen zu beziehen, sind oft auch aktueller, decken aber die Gesamtbevölkerung meist nicht ab.

GfK-POINTplus® stellt eine Kombination aus amtlichen wie privaten Quellen dar, um die Vorteile beider nutzen zu können. Durch einen Abgleich korrigiert die GfK die Verzerrungen zwischen amtlicher Statistik und privaten Quellen.

Zusätzlich kann die GfK Regionalforschung auf die vielfältigen Datenquellen innerhalb der GfK-Gruppe zugreifen, womit als Berechnungsgrundlage entscheidende Informationen zum Konsumenten eingebracht werden können.

Auf diese Weise liefert GfK-POINTplus® aktuelle und qualitativ hochwertige Daten bis auf die Ebene der derzeit ca. 1,9 Mio. Straßenabschnitte in Deutschland.

Den Kern von GfK-POINTplus® bilden die Aussagen zu einzelnen Straßenabschnitten, d. h. die Straßen werden von Kreuzung zu Kreuzung aufgeteilt. Über die so gewonnenen Teilstücke enthält GfK-POINTplus® standardmäßig eine Vielzahl von Informationen:

Als Basisangaben finden sich die Zahl der Einwohner und der Haushalte. Diese werden ergänzt um die sozio-demographischen Merkmale wie Alter der Haushaltsvorstände, Familienstruktur (Singles oder Familien mit Kindern) und Haushaltsnettoeinkommen. Natürlich sind auch Merkmale wie die GfK-Kaufkraft, die Bebauungsstruktur (große oder kleine Häuser) und Informationen zur Nutzung der Straße von der Wohnstraße bis zur Gewerbestraße verfügbar.

Diese Daten liegen nicht als ein Wert vor, sondern es lassen sich stets Rückschlüsse auf die Verteilung innerhalb eines Straßenabschnitts ziehen. Das erkennt man leicht an folgendem Beispieldatensatz:

<sup>\*)</sup> Stefan Perleth, GfK Regionalforschung, Nürnberg

**Tabelle 7.4.1: Verteilung innerhalb eines Straßenabschnitts:  
Straßenabschnitt 90547 Goethering 13a bis 36**

<u>Einwohner und Haushalte</u>	<u>Absolut</u>	<u>in%</u>	<u>Index</u>
Einwohner	389		
Männer	167	42,93	88
Frauen	222	57,07	111
Haushalte	232		
Durchschnittliche Haushaltsgröße	1,7		
<u>Kaufkraft</u>	<u>Summe in €</u>	<u>pro EW</u>	<u>Index</u>
Allgemeine Kaufkraft	6.736.401	17.317	105
Alter des Haushaltsvorstands	Absolut	in%	Index
bis unter 30 Jahre	31	13,36	125
30 bis unter 40 Jahre	47	20,26	103
40 bis unter 60 Jahre	62	26,72	78
40 bis unter 50 Jahre	37	15,95	89
50 bis unter 60 Jahre	25	10,78	66
60 Jahre und älter	92	39,66	112
<u>Nettoeinkommen der Haushalte</u>	<u>Absolut</u>	<u>in%</u>	<u>Index</u>
bis unter 1.100 €	70	30,17	123
1.100 € bis 2.600 €	143	61,64	116
1.100 € bis unter 1.500 €	61	26,29	144
1.500 € bis unter 2.000 €	36	15,52	84
2.000 € bis unter 2.600 €	46	19,83	122
2.600 € und mehr	19	8,19	36
2.600 € bis unter 4.000 €	17	7,33	45
4.000 € und mehr	2	0,86	14
<u>Familienstruktur</u>	<u>Absolut</u>	<u>in%</u>	<u>Index</u>
Ausländerhaushalte	14	6,03	87
Haushalte mit Kindern	37	15,95	47
Single-Haushalte	132	56,90	158
Mehrpersonen-Haushalte ohne Kinder	63	27,16	90
<u>Bebauungsstruktur</u>	<u>Absolut</u>	<u>in%</u>	<u>Index</u>
Mixhaus	0		
Gewerbehaus	0		
Wohngebäude	33		
1-2 Familienhäuser	22	66,67	81
3-6 Familienhäuser	1	3,03	24
7 und mehr Familienhäuser	10	30,30	590
7-19 Familienhäuser	7	21,21	457
20 und mehr Familienhäuser	3	9,09	1.825

Zusätzlich zur Sozio-Demographie enthält GfK-POINTplus® Daten zum Pkw-Bestand auf der Grundlage der Angaben des KBA und Daten zu vorhandenen Gewerbebetrieben. Auch das Thema „Kaufkraft“ lässt sich noch detaillierter angeben z. B. als Einzelhandelsrelevante Kaufkraft oder als Kaufkraft für verschiedene Sortimente vom Baumarktsortiment bis zur Unterhaltungselektronik.

Einen weiteren wesentlichen Aspekt bilden die psychographischen Merkmale. Hier verfügt die GfK Gruppe mit dem Instrument der Euro-Socio-Styles® über eine europaweit gültige Verbrauchertypologie. Sie erlaubt es, Kunden jenseits der reinen Sozio-Demographie zu bewerten und ihr Kaufverhalten zu prognostizieren. Denn auch wenn zwei Personen nahezu gleich alt sind, ein ähnliches Einkommen haben, beide verheiratet sind und in Einfamilienhäusern leben, muss ihr Konsumverhalten nicht gleich sein.

Auf der Grundlage all dieser Informationen lassen sich nun sämtliche der ca. 1,9 Mio. Straßenabschnitte in Deutschland beschreiben, vergleichen und für spezielle Themen bewerten.

### **Regionalisierung von Umfragedaten**

Das Raster aus GfK-POINTplus® ist einheitlich, aber auch flexibel. So ist es möglich, eine Zielgruppe genau nach den Bedürfnissen des Produkts auszuwählen, ohne auf vorgefertigte starre Raster zurückgreifen zu müssen. Ist die Zielgruppe bekannt, so lässt sich die Beschreibung auf die mikrogeografische Datenbank übertragen. Auf diesem Weg können z. B. Erkenntnisse aus Kundenbefragungen direkt umgesetzt werden, um die Zielgruppe räumlich zu lokalisieren. Nachfolgende Aktionen wie Plakatwerbung oder Prospektverteilung werden dann auf die Gebiete konzentriert, die dem Raster entsprechen, das in der Befragung ermittelt wurde.

Als Instrument der GfK Gruppe lässt sich GfK-POINTplus® auch mit den anderen Marktforschungsinstrumenten unseres Hauses kombinieren. Auf diese Weise können Marktforschungsergebnisse regionalisiert werden. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist die Verknüpfung der Ergebnisse der Panelforschung mit GfK-POINTplus®. Bei den GfK Verbraucherpanels handelt es sich um kontinuierliche Messungen der Einkäufe von repräsentativ ausgewählten Personen und Haushalten in Deutschland. Die Panelteilnehmer stellen also plakativ ausgedrückt die Bevölkerung Deutschlands im Kleinen dar. Sie führen entweder Tagebuch über ihre Einkäufe oder sie scannen die Einkäufe zu Hause nochmals ein. Die so dokumentierten Einkäufe werden an die GfK übermittelt und dort anonym ausgewertet.

Das genaue Vorgehen der Regionalisierung soll hier anhand eines Beispiels geschildert werden: Ein Hersteller von freiverkäuflichen Arzneimitteln möchte Proben eines neuen kombinierten Vitamin- und Mineralstoffpräparats an potenzielle Käufer verteilen. Das Unternehmen verfügt über keine eigene Kundendatei. Daher muss zur Beschreibung der Zielgruppe und zur Lokalisierung derselben auf externe Informationen zurückgegriffen werden.

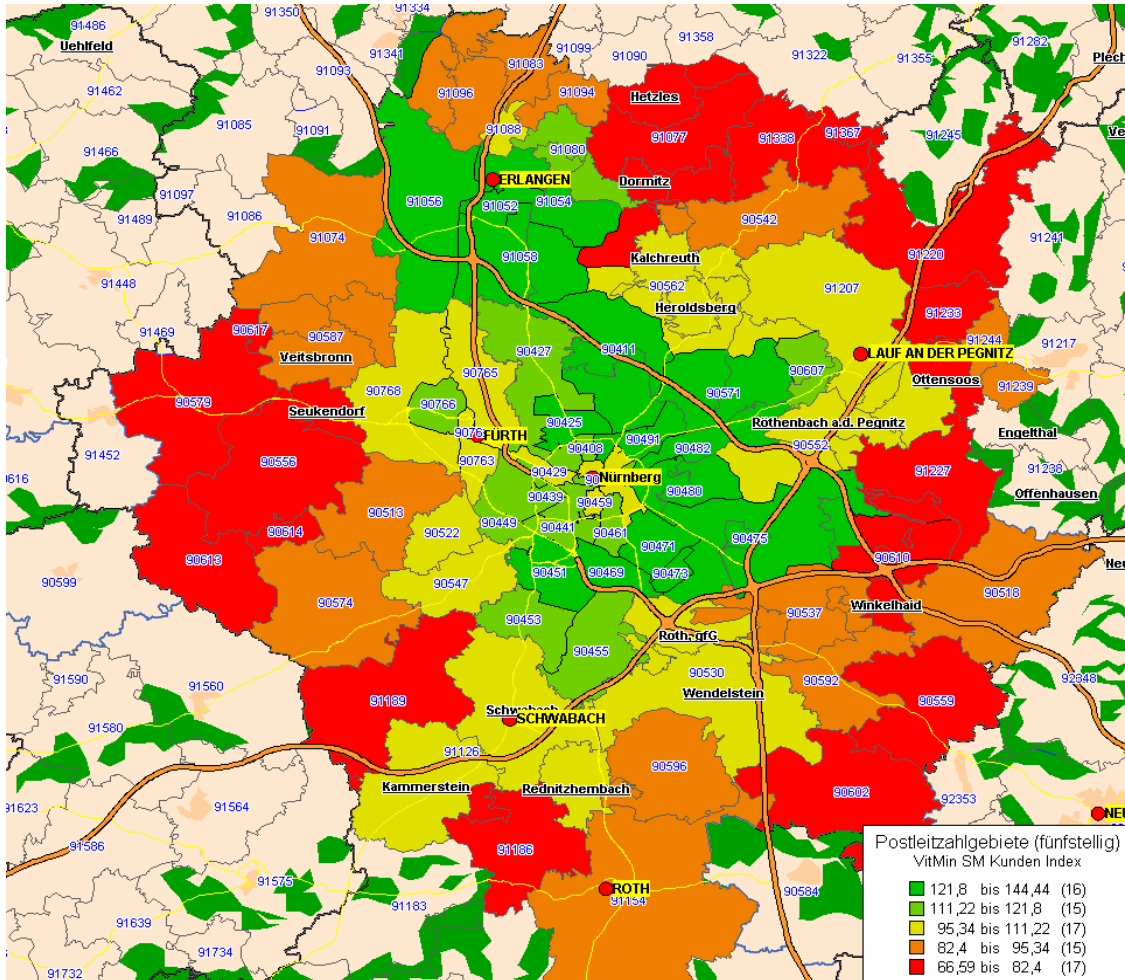
Um die Zielgruppe genau zu lokalisieren sucht man innerhalb des GfK Panels nach den Käufern von Vitamin- und Mineralstoffprodukten. Hier ist auch eine genauere Definition der Zielgruppe möglich: Soll man die sogenannten Heavy User ansprechen, also Personen, die ein solches Produkt besonders häufig kaufen? Oder ist nur interessant, dass das Produkt überhaupt gekauft wird? Diese Definition wird im Vorfeld mit dem Unternehmen und den Fachleuten der GfK gemeinsam erarbeitet.

Auf der Grundlage dieser Definition lassen sich nun die Teilnehmer des GfK Panels in zwei Gruppen aufteilen: die der Käufer und die der Nichtkäufer. Das Ziel der Untersuchung ist es herauszufinden wo Haushalte wohnen, die dem Käuferprofil entsprechen. Es sei an dieser Stelle besonders betont, dass die Auswertung des GfK Panels stets anonym, d. h. ohne die Nutzung des Namens oder der Adresse erfolgt. Um das oben erwähnte Profil zu erstellen und bundesweit nutzbar zu machen, werden nun im Panel die Käufer auf der mikrogeografischen Ebene mit den Nichtkäufern verglichen. Um diesen Vergleich so genau wie möglich durchführen zu können, werden sämtliche Informationen aus GfK-POINTplus® in die Betrachtung einbezogen.

Technisch geht man wie folgt vor: Die Datensätze der Teilnehmer werden mit den Informationen des zugehörigen Straßenabschnitts versehen. Dies geschieht aus datenschutzrechtlichen Gründen nur in den Fällen, wo im Straßenabschnitt mindestens 5 Haushalte vorhanden sind. Eine De-Anonymisierung ist daher nicht möglich.

Nun wird auf der Basis der Merkmale der Straßenabschnitte mit multivariaten mathematischen Verfahren ermittelt, wodurch sich die Käufer der Vitamin- und Mineralstoffpräparate von den Nicht-Käufern unterscheiden. Da diese Analyse ausschließlich mit Merkmalen aus GfK-POINTplus® gerechnet wird, lassen sich die Formeln von den Straßenabschnitten der Panel-Stichprobe auf alle 1,9 Mio. Straßenabschnitte Deutschlands übertragen. Dadurch wird es möglich, für jeden dieser Straßenabschnitte zu bestimmen, ob sich die Haushalte für den Kauf des kombinierten Vitamin- und Mineralstoffprodukts interessieren oder nicht.

Abbildung 7.4.3: Beispiel Postleitzahlgebiete, fünfstellig





Die Ergebnisse der Analyse können nun dazu eingesetzt werden, in einer bestimmten Region z. B. Postleitzahlen zu ermitteln, in denen die Zielgruppe mit hoher Wahrscheinlichkeit zu finden ist. In der obigen Karte (Abbildung 7.4.3) wird der Index für den Kauf der Vitamin- und Mineralstoffprodukte im Raum Nürnberg angezeigt.

Da die Ergebnisse aber für alle Straßenabschnitte vorliegen, könnte auch eine Verteil- oder Mailingaktion auf der Grundlage der Analyse zielgenau gesteuert werden. In diesem Fall erhält der Verteiler eine Liste mit den Straßenabschnitten, in denen die Probe verteilt werden muss. Nachfolgend finden Sie ein Beispiel einer solchen Liste.

**Tabelle 7.4.2: Beispiel Straßenabschnitte**

<u>Straße</u>	<u>Hausnummerbereich</u>	<u>Vitamin/Mineral Index</u>	<u>Haushalte</u>
Niendorfstr.	16 bis 28	199	8
Platenstr.	28 bis 35	199	5
Von-Bezzel-Str.	2 bis 10	195	7
Lerchentalweg	7 bis 15	195	7
Welsweg	1 bis 11a	192	8
Atzelsberger Steige	17a bis 19	192	10
Eichenweg	13 bis 19	192	6
Turnstr.	1 bis 9	192	5
An den Kellern	33 bis 41	191	5
Kochstr.	1 bis 21	191	17
Gustav-Specht-Str.	1 bis 11	188	11
Atzelsberger Steige	14 bis 18	188	5
Rudelsweiherstr.	20 bis 63	188	6
Von-Bezzel-Str.	20 bis 24	187	6
Platenstr.	14 bis 31	187	12
Niendorfstr.	1 bis 15	186	19
Platenstr.	1 bis 11	186	9
Platenstr.	37 bis 45	185	7
Platenstr.	47 bis 65	185	11
Buchenweg	1 bis 15	185	6
Atzelsberger Steige	1 bis 8	183	20
Jordanweg	2 bis 15	183	14
Burgbergstr.	102a	183	6
Jungstr.	25 bis 40	182	8
Puchtastr.	2 bis 20	182	17
Burgbergstr.	1 bis 15a	181	11
Schützenweg	12 bis 13a	181	8
Rudelsweiherstr.	49b bis 51b	180	9
Am Meilwald	1 bis 15	180	7

### Zusammenfassung

Die GfK verzichtet auf ein festes eigenes Flächenraster. Stattdessen werden die Daten auf der feinen Ebene der Straßenabschnitte zur Verfügung gestellt. Sie können dann in jede beliebige Fläche aggregiert werden. Die Daten können eingesetzt werden, um mit Hilfe statistischer Methoden Umfrage-Ergebnisse in die Fläche zu projizieren. Wichtig für eine solche Projektion ist die Repräsentativität der Umfrage. Die Ergebnisse der Projektion sind wieder ab der Ebene der Straßenabschnitte verfügbar und operationalisierbar.

Rolf Küppers\*)

### 7.4.3 Die MOSAIC Milieus als raumbezogenes Zielgruppenkonzept

Die MOSAIC Milieus sind ein Gemeinschaftsprodukt des Marktforschungsinstituts Sinus Sociovision und der microm – Micromarketing-Systeme und Consult GmbH. Sie verknüpfen das auf dem Konzept der microgeographischen Marktsegmentierung basierende Datensystem MOSAIC von microm mit dem bewährten Zielgruppenmodell der Sinus-Milieus®.

Die Sinus-Milieus® haben sich im Laufe von zwei Jahrzehnten sozialwissenschaftlicher Forschung im Bereich des strategischen Marketings fest etabliert. Auf eine inzwischen mehr als zehnjährige Entwicklung kann auch das Micromarketing in Deutschland zurückblicken. Ähnlich wie die Sinus-Milieus® werden auch die Methoden des Micromarketings von Unternehmen aus sehr unterschiedlichen Branchen verstärkt genutzt. Ziel der microgeographischen Daten und Analysen ist immer, das Wissen über die eigenen Kunden zu erhöhen, um ihnen bedarfsgerechte Produkte und Dienstleistungen anzubieten.

Mit den MOSAIC Milieus wurde deshalb ein Instrument geschaffen, mit dem sich die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung auf die Microgeographie übertragen lassen.

#### Das MOSAIC Datensystem

Zwischen der räumlichen und der sozialen Nähe von Menschen gibt es deutliche Zusammenhänge. Menschen, die im gleichen Umfeld wohnen, gehören meist auch einer gleichartigen sozialen Schicht an und weisen ähnliche Bedürfnisse und Verhaltensweisen auf. Dieses Prinzip der sozialen Segregation betitelt der Volksmund mit dem Spruch „gleich und gleich gesellt sich gern“.

Die Qualität einer microgeographischen Marktsegmentierung hängt dabei von zwei Elementen ab: von der Erklärungskraft der inhaltlichen Merkmale und von der Feinheit des räumlichen Rasters. In dem System MOSAIC sind vor allem Daten zu folgenden Sachverhalten eingegangen, die entweder den Haushalt oder das weitere Umfeld beschreiben:

- Geographische Informationen, z. B. die Lage im Raum bzw. im Stadtgebiet sowie Informationen zur Bebauungsstruktur (Haustyp, Straßentyp) etc.
- Ökonomische Informationen, z. B. der soziale Status, die berufliche Qualifikation oder die statistische Wahrscheinlichkeit von Zahlungsausfällen etc.
- Demographische Informationen, z. B. das Alter des Haushaltsvorstandes, die Wahrscheinlichkeit von Singlehaushalten etc.

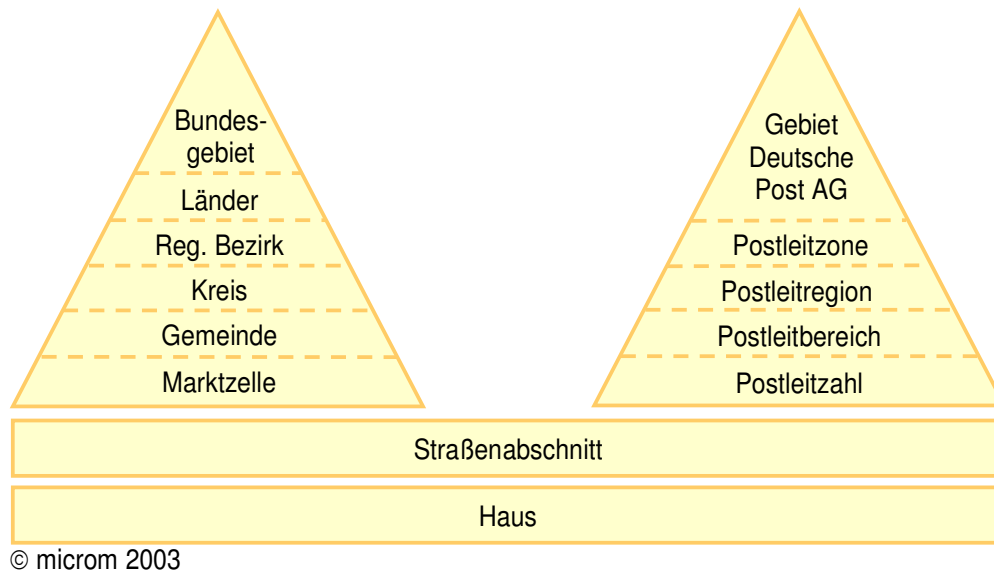
Die Basisdatenbank ist ein Produkt mehrerer Kooperationspartner, die ihre Datenbestände in anonymisierter Form eingebracht haben, wie z. B. der Verband der Vereine Creditreform e.V.. Daneben werden auch amtliche Daten wie z. B. PKW Bestandsdaten des Kraftfahrtbundesamtes (KBA) und Daten der Statistischen Landesämter aufbereitet und verarbeitet.

Diese Informationen liegen grundsätzlich für sämtliche, rund 34 Mio. Haushalte Deutschlands vor und werden für ca. 17,4 Mio. Häuser ausgewiesen. Für die Analyse werden – aus Gründen des Datenschutzes – mehrere zu einem Wohnumfeld gehörende Häuser zu einem microgeographischen Segment gebündelt, das mindestens 5, durchschnittlich 8 Haushalte umfasst. Dabei erfolgt eine „Begehung der Straßen im Computer“. Die Häuser werden danach geprüft, ob wenigstens 5 Haushalte darin vorkommen. Große Häuser bilden somit eigene Segmente. Wo dies nicht gegeben ist, werden strukturähnliche Häuser einer Straße zu Segmenten zusammengefasst. Gleichzeitig werden die Einzeldaten zu aussagefähigen Strukturindikatoren für die Segmente verdichtet, und die Information wieder pro Haus aufbereitet.

Insgesamt fließen weit über eine Milliarde Einzelinformationen ein, die als MOSAIC Variablen (vgl. [www.microm-online.de](http://www.microm-online.de)) aufbereitet für verschiedene Raumebenen, wie in Abbildung 7.4.4 dargestellt, zur Verfügung stehen.

\*) Rolf Küppers, microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH, Neuss,

Abbildung 7.4.4: Raumebenen im MOSAIC Datensystem



### Die Sinus-Milieus®

Die Sinus-Milieus® sind das Ergebnis von fast zwei Jahrzehnten sozialwissenschaftlicher Forschung. Die Zielgruppenbestimmung von Sinus Sociovision orientiert sich an der Lebensweltanalyse unserer Gesellschaft. Sie fassen Menschen in Gruppen zusammen, die sich in Lebensauffassung und Lebensweise ähneln. Grundlegende Wertorientierungen gehen dabei ebenso in die Analyse ein wie AlltagsEinstellungen zur Arbeit, zur Familie, zur Freizeit, zu Geld und Konsum. Sie rücken also den Menschen und das gesamte Bezugssystem seiner Lebenswelt ganzheitlich ins Blickfeld und bieten deshalb dem Marketing mehr Informationen und bessere Entscheidungshilfen als herkömmliche Zielgruppenansätze.

Im Rahmen der Milieuforschung werden alle wichtigen Erlebnisbereiche erfasst, mit denen eine Person täglich zu tun hat (Arbeit, Freizeit, Familie, Konsum etc.). Ein zentrales Ergebnis dieser Forschung besteht darin, dass empirisch ermittelte Wertprioritäten und Lebensstile zu einer Basis-Typologie, den Sinus-Milieus®, verdichtet werden.

Die Grenzen zwischen den Milieus sind fließend. Es liegt in der Natur der sozialen Wirklichkeit, dass Lebenswelten nicht so (scheinbar) exakt – etwa nach Einkommen oder Schulabschluss – eingrenzbar sind wie soziale Schichten. Sinus Sociovision nennt das die „Unschärferelation der Alltagswirklichkeit“. Dabei handelt es sich um einen grundlegenden Bestandteil des Milieukonzepts: Zwischen den verschiedenen Milieus gibt es Berührungspunkte und Übergänge.

Überlappungsbereiche sowie die Position der Milieus in der deutschen Gesellschaft nach sozialer Lage und Grundorientierung lassen sich anhand der folgenden Grafik veranschaulichen: Je höher das entsprechende Milieu in dieser Grafik angesiedelt ist, desto gehobener sind Bildung, Einkommen und Berufsgruppe; je weiter es sich nach rechts erstreckt, desto weniger traditionell ist die Grundorientierung des jeweiligen Milieus.

Die Abbildung beschreibt die Positionierung der Milieus auf den Dimensionen „Soziale Lage“ und „Grundorientierung“. Sie beinhaltet ebenfalls die prozentuale Verteilung der Milieus innerhalb der gesamtdeutschen Bevölkerung, wie sie sich auch in den Variablen der MOSAIC Milieus widerspiegelt.

## Die Übertragung der Sinus-Milieus in den Raum

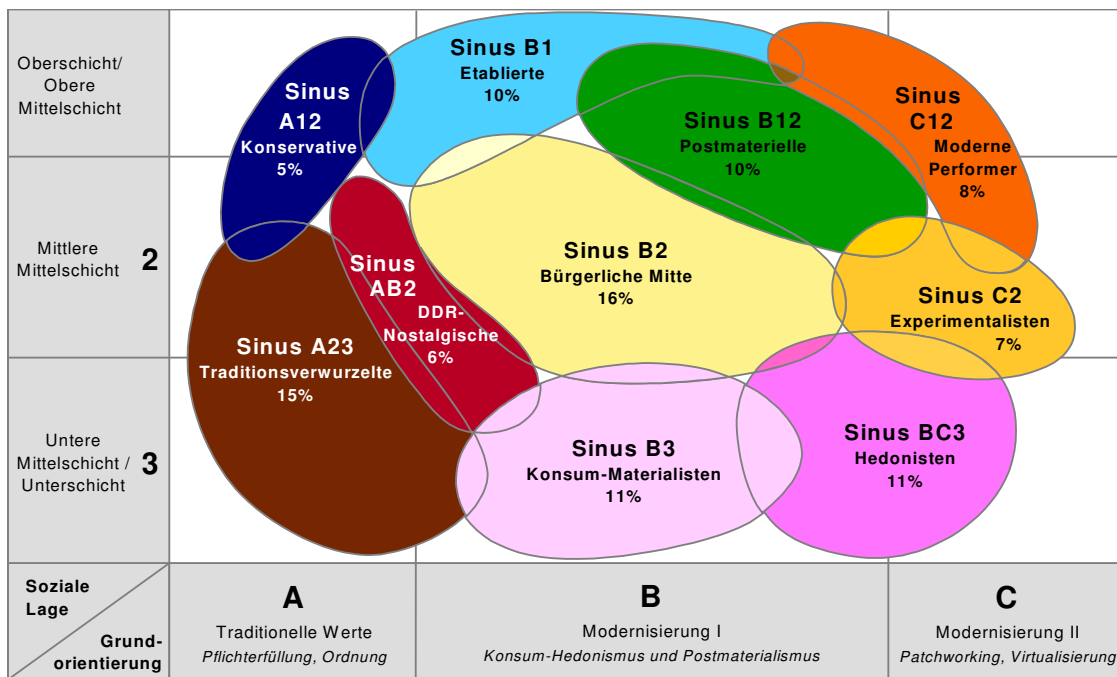
Um die Sinus-Milieus für räumliche Planung und Marketing-Aktivitäten nutzbar zu machen, haben Sinus Sociovision und microm gemeinsam die MOSAIC Milieus entwickelt. Zu diesem Zweck wurden im Jahr 1998 erste Tests durchgeführt, um Zusammenhänge zwischen der MOSAIC Datenbank und den Sinus-Milieus® zu überprüfen. Nachdem diese erfolgreich verlaufen waren, gab es 1999 die ersten MOSAIC Milieus für das westdeutsche Milieu-Modell von Sinus Sociovision. Dadurch erhielten die Sinus-Milieus über ihre strategische Aussage hinaus erstmalig auch einen lokalisierbaren Nutzen.

Nachdem Unternehmen wie die Deutsche Bank 24, TUI, Tchibo und andere erfolgreich mit den MOSAIC Milieus gearbeitet hatten, entschied man sich, für das im Oktober 2001 veröffentlichte gesamtdeutsche Sinus-Milieu-Modell ebenfalls eine Übertragung zu den MOSAIC Milieus vorzunehmen. Zu diesem Zweck wurden von den Marktforschungsinstituten marplan, ifak und tpi 35.000 Interviews durchgeführt, um darüber eine Milieuzuordnung der Befragten vorzunehmen. Aus dieser Befragung konnten 33.000 Interviews verwendet werden, die eine eindeutige Milieuzuordnung aufwiesen und bei denen eine Referenzierung zum MOSAIC Datensystem möglich war. Die Referenzierung der Interviews in einer Datenbank erfolgte in mehreren Schritten unter Einhaltung aller Datenschutzbestimmungen. Das Ergebnis war eine anonymisierte Analysedatenbank auf Hausebene, in der die Milieuzugehörigkeit als Zielvariable enthalten war und die MOSAIC Daten als erklärende Variablen dienten.

Mittels der MOSAIC Daten, die Aussagen über den sozialen Status, Familienstruktur, Alter, Haustyp, Wohnumfeld, PKW Nutzung, Konsumverhalten, Kaufkraft etc. zulassen, wurden Zusammenhänge zur Milieuzugehörigkeit überprüft. Daneben spielten auch grobräumigere Daten wie Siedlungstypen (BBR) und Wahlverhalten eine Rolle. So können zum Beispiel die Konservativen als statushohe, kaufkraftstarke, eher ältere Menschen beschrieben werden, die häufig Familien mit Kindern haben, ländliche- oder Stadtrandlagen bevorzugen und die in ihrem Wahlverhalten eher zu konservativen Parteien neigen. Diese inhaltlichen Zusammenhänge lassen sich im Rahmen der Stichprobe von 33.000 Datensätzen durch multivariate statistische Verfahren messen und mittels mathematischer Formeln speichern und auf andere Datenbestände übertragen.

Mittels linearer und logistischer Regressionen sowie dem Verfahren der neuronalen Netze, wurden für die 10 Milieus getrennt nach alten und neuen Bundesländern insgesamt 20 Modelle berechnet, um diese anschließend auf alle 17,4 Mio. Häuser in Deutschland zu übertragen. Als Ergebnis dieser Berechnungen konnten pro Haus 10 Werte ausgewiesen werden, die für jedes einzelne Milieu prognostizieren, mit welcher Wahrscheinlichkeit es in einem bestimmten Haus vorzufinden ist. Darüber hinaus wurde ein dominantes Milieu für alle Häuser berechnet. Basis dafür waren die jeweiligen Milieu-Wahrscheinlichkeiten pro Haus und die bekannten Verteilungen der Milieustruktur in 18 Teilgebieten der Bundesrepublik. Diese Referenzgebiete orientierten sich an sieben Ortgrößenklassen sowie einer Ost-West Unterteilung der Bundesrepublik. Das heißt, für jede Ortgrößenklasse im Westen und jede Ortgrößenklasse im Osten wurde die Verteilung der Sinus Milieus in einer repräsentativen Stichprobe ermittelt. Die Verteilungen der 4 größten Städte (Berlin, Hamburg, München, Köln) wurden jeweils getrennt verwendet. Daraus ergaben sich insgesamt 18 unterschiedliche Verteilungen für die Referenz, mit denen die Verteilungen der Milieus in einem Haus verglichen wurden.

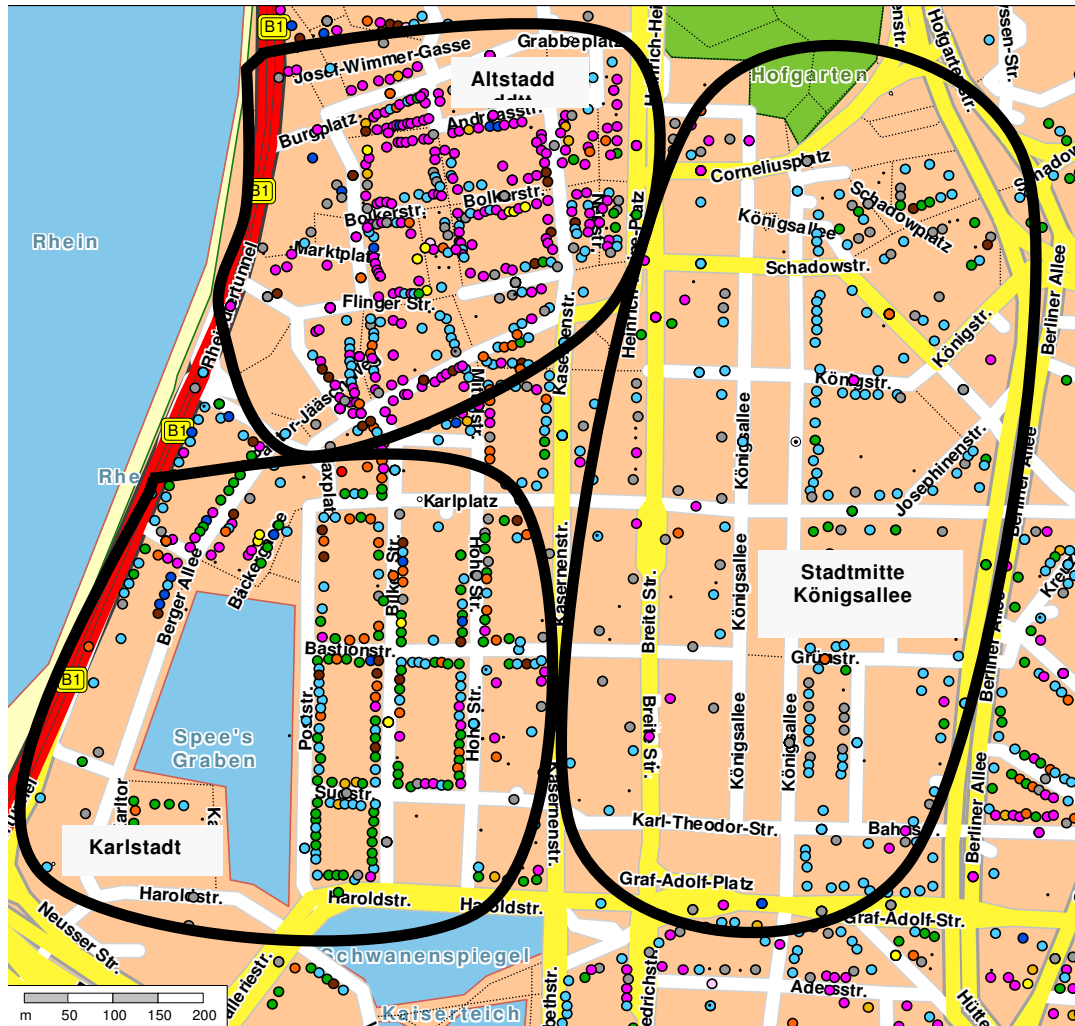
Abbildung 7.4.5 Sinus-Milieus



Ein Gemeinschaftsprodukt von microm und Sinus Sociovision

© Sinus Sociovision, Heidelberg

Abbildung 7.4.6: Milieustruktur Düsseldorf, Stadtzentrum (©microm 2003, Gebäudereferenzen: © Stadt Düsseldorf, Vermessungs- und Katasteramt, Kontroll-Nr.: 002 03)



- Etablierte
- Postmaterielle
- Moderne Performer
- Konservative
- Traditionsverwurzelte
- DDR-Hostalgische
- Bürgerliche Mitte
- Konsum-Materialisten
- Hedonisten
- Experimentalisten

Ziel war es, die Verteilung der berechneten Dominanten Milieus exakt der aus der Stichprobe bekannten Verteilung in den Referenzgebieten anzupassen. Um das zu erreichen, wurden die Milieu-Wahrscheinlichkeiten mit unterschiedlichen Gewichten multipliziert. Als dominant wurden am Ende die Milieus bezeichnet, die den maximalen Wert pro Haus als Ergebnis der Multiplikation mit den Gewichten erreichten.

### **Wohnviertel und MOSAIC Milieus**

Wie zu Beginn des Beitrags schon erwähnt ist der Spruch „Gleich und gleich gesellt sich gern“ die umgangssprachliche Beschreibung der sozialen Segregation. Dies hat ebenso Bedeutung für die Stadtstruktur, in der einzelne Viertel unterschiedliche Milieugefüge repräsentieren.

Die Abbildung 7.4.6 zeigt drei unterschiedliche Viertel im Düsseldorfer Stadtzentrum mit langsam gewachsenen Strukturen. Die Altstadt mit ihren vielen Kneipen und Restaurants – auch als „längste Theke der Welt“ bekannt – wird sehr stark durch die Gruppe der „Hedonisten“ geprägt, zu denen sich noch einige „Etablierte“ gesellen. Es handelt sich dabei um einen Bereich, der aufgrund der vielen auswärtigen Besucher und des damit verbundenen Rummels, nicht unbedingt als attraktive Wohngegend betrachtet werden kann. Dementsprechend finden wir mit den „Hedonisten“ ein Milieu aus der unteren Mittelschicht, die immer auf der Suche nach Fun und Action, hier eine adäquate Wohnlage gefunden haben und die störenden Einflüsse dabei in Kauf nehmen.

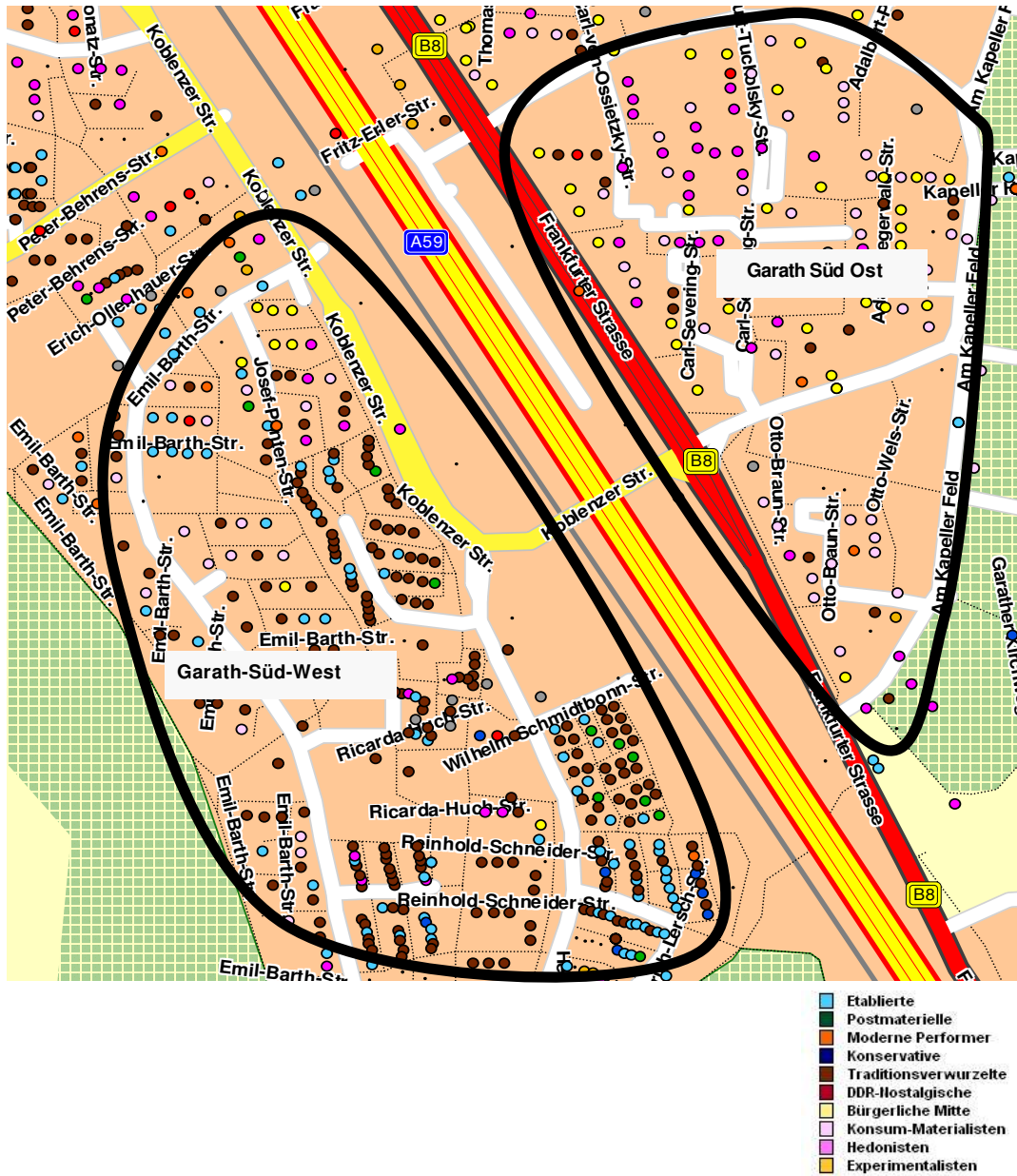
Die Karlstadt, in attraktiver Lage an Schwanenspiegel, Spee's Graben und Rhein angrenzend, wird vor allem durch das Milieu der „Postmateriellen“ geprägt. Sie finden hier eine attraktive gründerzeitliche Bebauung abseits des Altstadttrubels, aber dennoch zentral gelegen. Neben gehobeneren Szenekneipen sind auch Theater und andere kulturelle Einrichtungen leicht erreichbar. Diese Lage hat zwar ihren Preis, dieser stellt aber für die Postmateriellen, zu denen viele Freiberufler, höhere Angestellte und Beamte zählen, keine zu hohe Barriere dar. Der angrenzende Bereich rund um die noble Einkaufsstrasse Königsallee ist heute mehr Geschäfts- als Wohnviertel. Dennoch ist auch hier eine eindeutige Milieuorientierung in Richtung der „Etablierten“ erkennbar.

Zusammenfassend gilt für das Düsseldorfer Zentrum, dass einzelne Teilräume in ihrer Bebauung und Funktion deutlich voneinander abgegrenzt sind. Diese Gliederung spiegelt sich auch in einer spezifischen Milieustruktur der Viertel wieder.

Andere Strukturen finden sich am Düsseldorfer Stadtrand. In den frühen 70er Jahren sind mit Garath Süd-West und Garath Süd-Ost fast gleichzeitig zwei Viertel entstanden, die heute sehr unterschiedliche Milieustrukturen aufweisen. Während Garath Süd-Ost durch eine Blockbebauung mit jeweils sechs und mehr Wohneinheiten geprägt ist, finden wir in Garath Süd-West Reihenhäuser in einem – zur Zeit der Entstehung – mittlerem Preissegment, die über Stichstraßen und Fußwege gut erschlossen sind. Die Planung zielte damals bereits auf unterschiedliche Mieter- und Käufer-Gruppen ab, was durch die räumliche Trennung durch Bahnlinie, Autobahn und Bundesstraße noch manifestiert wurde. In Garath Süd-Ost finden wir heute ein Milieu-Gefüge, das sich vor allem aus „Konsum-Materialisten“, „Hedonisten“ und „Bürgerlicher Mitte“ zusammensetzt. Garath Süd-West ist dagegen sehr stark durch die Gruppe der „Traditionsverwurzelten“ und „Etablierten“ geprägt.

Die einerseits sehr traditionelle Milieustruktur in Garath Süd-West und die im Vergleich dazu moderneren Milieus in Garath Süd-Ost sind durch die unterschiedliche Bebauung aber auch durch unterschiedliches Mobilitätsverhalten zu erklären. Während in Garath Süd-West überwiegend Hauseigentümer mit einer geringen Mobilität vorzufinden sind, ist die Fluktuation in der auf Mieter ausgelegte Bebauung in Garath Süd-Ost deutlich höher. Hier kommen Zusammenhänge zwischen Milieuzu und Mobilitätsverhalten zum tragen. Die traditionelleren Milieus sind stark im familiären und nachbar Umfeld verankert, in dem sie auch soziale Anerkennung suchen. Die Mobilitätsbereitschaft ist hier eher gering. Dementsprechend leben dort meist immer noch die Menschen, die nach der Errichtung der Gebäude eingezogen sind. Diesen sehr stabilen Strukturen im Süd-Westen stehen in Garath Süd-Ost sehr mobile Milieus gegenüber. Bei dem zur Zeit negativen Wanderungssaldo in diesem Bereich, kann dies langfristig zu einem zunehmenden Leerstand der Wohnbebauung führen.

Abbildung 7.4.7: Milieustruktur Düsseldorf, Stadtrand (©microm 2003, Gebäudereferenzen: © Stadt Düsseldorf, Vermessungs- und Katasteramt, Kontroll-Nr.: 002 03)



Die MOSAIC Milieus zeigen deutlich, wie sich der Raum und seine Bewohner gegenseitig bedingen. Indem sich die Milieus entsprechend ihrer unterschiedlichen Bedürfnisse und Möglichkeiten im Stadtgebiet verteilen, prägen sie dort die weitere Entwicklung ihres Wohnumfelds. Das Wissen über die feinräumige Verortung der Milieus bietet somit nicht nur eine Unterstützung für Marketingfragestellungen, sondern kann ebenso für Stadtentwicklung und -planung nutzbar gemacht werden.



## 8 Listung und Beschreibung von Datenquellen, die für die Umfrageforschung zur Verfügung stehen

Datenquellen, die für die Regionalisierung von Umfragedaten zur Verfügung stehen, sind sehr vielfältig. Bevorzugte Quellen für Regionaldaten sind einerseits die statistischen Ämter auf den unterschiedlichen Ebenen sowie einige öffentliche Institutionen und andererseits die Datensätze großer Umfragen der Sozial- und Marktforschung.

Am sichtbarsten sind die statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die über die Forschungsdatenzentren aber auch über je eine CD mit Regionaldaten auf Kreis- und Gemeindeebene („Statistik regional“ und „Statistik lokal“), die ganze Bundesrepublik Deutschland abdeckend, unterschiedliche Daten auf Kreis- und Gemeindeebene zur Verfügung stellen (Kapitel 8.1). Abgesehen von den Ebenen von Bund und Ländern gibt es die Ebene der Kommunen (Kapitel 8.2). Die kommunalen Daten bestehen in der Regel nicht aus zwischen den Kommunen miteinander abgestimmten Umfragen. Die kommunalen Umfragen finden in der Mehrzahl zu aktuellen, die einzelnen Kommunen betreffenden Fragestellungen statt. Da ihr Zweck ein kommunaler ist, sind diese Umfragen nicht nur lokale Fallstudien, sondern für den Forscher überdies schwer zugänglich.

Über die drei nationalen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) hinausgehend, gibt es als weitere Möglichkeit die europäische Ebene, das Statistische Amt der Europäischen Union: Eurostat. Auch Eurostat bietet Regionaldaten an (Kapitel 8.3). Allerdings wird die Ebene der regionalen Daten in Europa von den einzelnen Mitgliedsstaaten der Union bedient, so dass europäische Regionaldaten oft identisch sind mit den nationalen Daten, welche jedoch unter anderen als den nationalen Gesichtspunkten aufbereitet werden. Die letzte Ebene amtlicher Daten stellen die Datenbanken öffentlicher Institutionen dar (Kapitel 8.4). Hier sind besonders zu nennen: das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, IAB, das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, BBR und der Deutsche Städtetag, DST.

Neben der amtlichen Statistik auf den unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlicher Verantwortung, gibt es Umfragen der Sozial- und der Marktforschung, die ebenfalls ein Potential für eine Regionalisierung darstellen, zumal diese Umfragen einerseits einen teils beachtlichen Stichprobenumfang haben oder sich als regelmäßig wiederholte Querschnitte kumulieren lassen, andererseits, da die Mehrzahl dieser Umfragen eine regionale Typisierung, in der Regel nach den BIK-Indices der Stadt- und/oder Regionstypen, aufweisen. Die meisten der sozialwissenschaftlichen Datensätze sind über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (ZA) zu beziehen. Daher wird dem ZA ein eigener kurzer Abschnitt gewidmet (Kapitel 8.5). In die Auflistung der großen Projekte sind nur die aufgenommen, die sich einerseits für eine Regionalisierung eignen und die auf der anderen Seite relativ unproblematisch zugänglich sind. Damit reduziert sich der Anzahl der aufgelisteten Projekte auf eine übersichtliche kleine Gruppe von Projekten mit nationaler (Kapitel 8.6) oder gar internationaler Bedeutung (Kapitel 8.7). Aus diesem Grund lohnt sich sicher ein Blick in die Datenkataloge der Archive, speziell des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung.

Kapitel 8 endet mit Überlegungen zum Aufbau einer Meta-Datenbank über die in Deutschland vorhandenen und mit dem Ziel einer besseren regionalen Abdeckung potentiell kombinierbaren Befragungsdaten (Kapitel 8.8).

E. O. Walter \*)

## 8.1 Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Regionalstatistische Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder werden zum überwiegenden Teil aus Bundesstatistiken gewonnen. Dabei haben die Länder ein natürliches Interesse daran, die Bundesstatistiken weitgehend auch für ihre eigenen regionalstatistischen Interessen zu nutzen. Insofern ist Bundesstatistik gleichzeitig immer auch Länderstatistik, die Informationen über Wirtschafts-, Kultur- und Sozialpolitik sowie für die Regionalpolitik der Länder, Kreise und Gemeinden bereitstellen muss. Regionalstatistik ist also kein eigenständiger Erhebungsbereich, sondern ein Teilsystem der Bundesstatistik. Dabei hängen die Regionalisierungsmöglichkeiten der Bundesstatistik in starkem Maße von den Rahmenbedingungen des gesamten statistischen Systems der Bundesstatistik ab.

In den zur Veröffentlichung durch die statistischen Ämter vorgesehenen Tabellenprogrammen der einzelnen Bundesländer wird versucht, die Ergebnisse – unter Beachtung des Gebots der statistischen Geheimhaltung – regional so tief gegliedert wie möglich darzustellen. Vollerhebungen, wie beispielsweise die Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, ermöglichen räumlich sehr tief gegliederte Ergebnisauswertungen. Schwieriger ist eine kleinräumige Aufschlüsselung der Ergebnisse bei Teil- bzw. Stichprobenerhebungen. Hier ergeben sich Grenzen des Ergebnismachweises durch die mit zunehmender Regionalisierung abnehmende Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Ergebnisse. Durch die Anwendung verbesserter methodischer Verfahren konnte die amtliche Statistik dennoch in den vergangenen Jahren ihr Angebot an Regionaldaten auch außerhalb von Vollerhebungen stark erweitern.

### 8.1.1 Regionaldaten

#### Gebietsgliederungen

Bei der Darstellung regionalstatistischer Ergebnisse werden administrative und nichtadministrative Gebietseinheiten unterschieden. Eine genaue Charakterisierung dieser Gebietstypen findet sich in Kapitel 3.

Die „öffentlich“ zugänglichen statistischen Ergebnisse der amtlichen Statistik beschränken sich derzeit im wesentlichen auf Auswertungen für administrative Gebietsgliederungen. Mit der zunehmenden Aufnahme von nichtadministrativen Gebietseinheiten in das GV 2000 (siehe unten) werden die Auswertungsmöglichkeiten für diese regionalen Abgrenzungen künftig erleichtert.

#### Gemeinschaftliches regionalstatistisches Datenangebot der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Um den Nutzern regionalstatistischer Daten die benötigten Informationen möglichst kundenfreundlich (ein Ansprechpartner, bundesweite Vergleichbarkeit) zur Verfügung zu stellen, haben die statistischen Ämter des Bundes und der Länder ein breites gemeinschaftliches Datenangebot bereitgestellt. Daneben liegen in den einzelnen Ländern weitere Daten in teilweise unterschiedlicher regionaler Gliederung vor. Im folgenden werden die wichtigsten regionalstatistischen Produkte der amtlichen Statistik kurz vorgestellt.

#### Gemeindeverzeichnis GV 2000

Grundlage für die regionale Gliederung der amtlichen Statistik ist ein amtliches Gemeindeverzeichnis. Das Gemeindeverzeichnis GV 2000 enthält für jede Regionaleinheit Deutschlands die administrative Zuordnung, den amtlichen Regionalschlüssel und die Anschrift des Verwaltungssitzes. Außerdem liegen für jede Gemeinde Angaben zu Fläche, Einwohner und Zuordnungen zu weiteren Gliederungen wie Arbeitsamtsbezirk, Gerichtsbezirk, Finanzamtsbezirk und Wahlkreise vor.

Das GV 2000 enthält auch bereits Zuordnungen zu nichtadministrativen Gebietseinheiten, die sukzessive noch erweitert werden sollen. Aufgrund eines Beschlusses der Amtsleiter der statistischen Ämter hat eine Arbeitsgruppe allerdings den Auftrag erhalten, das GV 2000 mit dem Ziel einer dezentralen Pflege und eines aktuellen Zugriffs per Internet neu zu konzipieren.

#### Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder (Regio-Stat-Katalog)

Der Regio-Stat-Katalog enthält statistische Informationen aus nahezu allen Bereichen der amtlichen Statistik. Diese Daten können bundeseinheitlich mindestens bis zur Ebene der Kreise, zu einem großen Teil sogar bis zur Gemeindeebene abgerufen werden. Der Katalog basiert auf einer zu Beginn der achtziger Jahre begonnenen Initiative des Hauptausschusses der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO). Erstmals wurden seinerzeit (auch auf Anregung der in der damaligen BfLR betriebenen Raumordnung) bundesweit in gewissem Ausmaß vergleichbare regionalstatistische Informationen bereitgestellt. Der Regio-Stat-Katalog (früher MKRO-Katalog) wird seither laufend aktualisiert und trägt damit auch aktuellen Entwicklungen Rechnung. Dem Datenangebot liegt ein bundeseinheitlicher Datensatz zugrunde. Die Begriffsdefinitionen befinden sich direkt bei den entsprechenden Tabellen.

\*) Ernst-Otto Walter, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München

Bei den im Regio-Stat-Katalog aufgeführten Merkmalen bzw. Merkmalskombinationen handelt es sich um Ergebnisse aus Bundesstatistiken und aus koordinierten Landesstatistiken (z. B. Statistiken im Schulbereich). Nachstehende Übersicht (Stand Januar 2003) ermöglicht einen Überblick über die Statistikbereiche sowie über die Erhebungen, aus denen Daten zur Verfügung gestellt werden können.

### Übersicht 8.1.1: Regio-Stat-Katalog

Bereich	Erhebung	Anzahl Tabellen	
		auf Kreis- ebene	auf Gemeinde- ebene
		verfügbar	
Gebiet	Feststellung des Gebietsstandes	1	1
Bevölkerung	Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	2	1
	Statistik der Geburten	1	1
	Statistik der Sterbefälle	1	1
	Wanderungsstatistik	4	1
Erwerbstätigkeit  noch Erwerbstätigkeit	Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	8	3
	Arbeitsmarktstatistik der Arbeitsverwaltung und -vermittlung der Bundesanstalt für Arbeit	1	-
	Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder	1	-
Wahlen	Allgemeine Bundestagswahlstatistik	1	-
	Allgemeine Europawahlstatistik	1	-
	Allgemeine Landeswahlstatistik	1	-
Bildung und Kultur	Statistik der allgemeinbildenden Schulen	2	-
	Statistik der beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens)	1	-
Öffentliche Sozialleistungen	Statistik der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	1	-
	Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen – Tageseinrichtungen für Kinder	1	-
	Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen – ohne Tageseinrichtungen	1	-
Gesundheitswesen	Krankenhausstatistik: Grunddaten	2	-
	Statistik der Berufe des Gesundheitswesens	1	-
Gebäude und Wohnen	Statistik der Baugenehmigungen	3	-
	Statistik der Baufertigstellungen	2	1
	Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes	-	1
Umwelt	Statistik der öffentlichen Wasserversorgung	2	-
	Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung	3	-
	Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3	-
Flächennutzung	Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung	-	1
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Allgemeine Agrarstrukturerhebung	7	3
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung für Betriebe im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	4	2

Bereich	Erhebung	Anzahl Tabellen	
		auf Kreis- ebene	auf Gemeinde- ebene
		verfügbar	
	Investitionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1	-
Baugewerbe	Totalerhebung im Bauhauptgewerbe	1	-
Handel, Gastgewerbe, Tourismus, KFZ-Handel, Instandhaltung	Monatserhebung im Tourismus	1	1
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	Statistik der Straßenverkehrsunfälle	1	-
	Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbekandes, Fahrzeugmängel	1	-
Unternehmen und Arbeitsstätten	Gewerbeanzeigenstatistik	1	-
	Insolvenzstatistik	1	-
Preise	Statistik der Kaufwerte für Bauland	1	-
Öffentliche Haushalte	Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden	2	2
	Realsteuervergleich	-	1
Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen	Schulden öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen	1	-
Steuern	Lohn- und Einkommensteuerstatistik	-	1
Personal im öffentlichen Dienst	Personalstandstatistik des Bundes, der Länder, Gemeinden und -verbände	2	-
	Personalstandstatistik der Länder, Gemeinden und -verbände	2	-
VGR der Länder	Entstehungsrechnung	1	-
	Umverteilungsrechnung	1	-

Die Tabellen sind von unterschiedlicher Größe. Gemeindetabellen sind darüber hinaus aus Gründen der Geheimhaltung fachlich weniger tief gegliedert als Kreistabellen. Der Umfang jeder einzelnen Tabelle (Zahl der Kopfspalten sowie Vorspaltengliederung) lässt sich aus der Darstellung im Regio-Stat-Katalog ablesen.

Die Kosten für Tabellenlieferungen aus dem Regio-Stat-Katalog hängen von der Tabellengröße und der Preiskategorie ab und beinhalten eine Bearbeitungspauschale. Bei der Weiterverarbeitung sind spezielle Copyright-Regelungen zu beachten.

#### CD-ROM Statistik regional / CD-ROM Statistik lokal

Nahezu das gesamte Spektrum des Regio-Stat-Kataloges wird unter der Bezeichnung „Statistik regional“ auch auf CD-ROM angeboten. Die regionale Auswertungstiefe bezieht sich auf die Kreisebene (Landkreise und kreisfreie Städte). Mit der Ausgabe von 2004 sind bundesweite Recherchen und Vergleiche für den Zeitraum 1995 bis 2002 möglich.

Die CD-ROM enthält außerdem Regionalgrenzen in digitaler Form sowie eine Karte mit der administrativen Gliederung Deutschlands. Ein Programm zur Datenrecherche, zum Listenausdruck und zum Datenexport in andere Dateiformate ist Bestandteil des Lieferumfangs. Die Tabellen sind auf Anfrage auch einzeln lieferbar.

„Statistik lokal“ ist eine Datenbank mit weniger Merkmalen als „Statistik regional“ (ca. 150 Merkmalsausprägungen). Die Angaben beziehen sich nur auf das Jahr 2002, jedoch gegliedert bis zur Ebene der kreisangehörigen Städte und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland.

#### Gemeinschaftsveröffentlichung „Kreiszahlen“

Basierend auf der jeweiligen Angabe von „Statistik regional“ erscheint auch eine gedruckte gemeinsame Veröffentlichung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Diese Gemeinschaftspublikation trägt den Titel „Kreiszahlen – ausgewählte Regionaldaten für Deutschland“.

### **Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (für Länder und Kreise) beschränken sich in ihren Veröffentlichungen auf ein angemessenes „Kernprogramm“ von Aggregaten, welches die wesentlichsten gesamtwirtschaftlichen Informationen umfasst. Im Gegensatz zur nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die in Deutschland vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wird, sind die regionalen Berechnungen Aufgabe des „Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. Der Arbeitskreis veröffentlicht Ergebnisse bundesweit auf Länder- und Kreisebene (auch auf CD ROM). Auch der Regio-Stat-Katalog enthält Tabellen zur regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

### **Regionalberechnungen zur Erwerbstätigkeit**

Regionale Erwerbstätigenzahlen werden auf der Basis eines einheitlichen, zwischen den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder abgestimmten methodischen Konzepts ermittelt, das der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ entwickelt hat. In die Berechnungen gehen eine Vielzahl erwerbstatistischer Quellen (u.a. Beschäftigtenstatistik, Mikrozensus, Personalstandsstatistik, diverse Wirtschaftsbereichsstatistiken) ein. Die Ergebnisse werden in unregelmäßiger Folge als Kreisergebnisse nach Wirtschaftsbereichen in gedruckter und elektronischer (CD-ROM) Form veröffentlicht. Die jüngste Veröffentlichung beinhaltet Zahlen für die Jahre 1998 bis 2002 und enthält auch Graphiken und Kartogramme.

### **Internet-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder**

Im Sommer 2003 in Betrieb gegangen ist ein gemeinsames Internet-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ([www.statistikportal.de](http://www.statistikportal.de)). Dieses ermöglicht den Kunden den zentralen Zugang zu den statistischen Basisinformationen, und zwar unkompliziert und kostenfrei. Durch den Zugriff auf die Daten verschiedener Bundesländer wird der länderübergreifende Vergleich deutlich erleichtert.

Das Informationsangebot besteht aus einer Vielzahl abrufbarer Datentabellen. Das ebenfalls über das Portal abrufbare Gemeindeverzeichnis enthält Grunddaten bis zur Gemeindeebene, über die GENESIS-Datenbank lassen sich Daten bis zur Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise recherchieren. Das Angebot wird ständig aktualisiert, weiter entwickelt und ausgebaut.

### **Geographische Informationssysteme**

Der Schwerpunkt der Anwendung von Geoinformationssystemen (GIS) in der amtlichen Statistik lag in der Vergangenheit im Bereich der Erhebung von Bodenbedeckungsdaten auf der Basis von Satelliten- und Luftbildern. Im Rahmen des europäischen Projektes CORINE Land Cover (CoORDination of INformation on the Environment) wurde vom Statistischen Bundesamt im Auftrag des Bundesumweltministeriums ein nationaler Geodatenbestand über die Bodenbedeckung aufgebaut. Dieser ergänzte den von der amtlichen Statistik in Deutschland geführten Nachweis der aktuellen Bodennutzung unter Bezugnahme auf das Liegenschaftskataster (gemäß Agrarstatistikgesetz).

Das dv-technische Werkzeug GIS wurde darüber hinaus zur Produktion der Bund-Länder-Gemeinschaftsveröffentlichung „Atlas zur Regionalstatistik“ eingesetzt. Daneben dient es zur Erstellung statischer Karten für das Internet. Zur Unterstützung der Arbeit der Reformkommission des Deutschen Bundestages und der Wahlkreiskommission zur Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 2002 wurde ein Wahlkreiseinteilungs-GIS (WEGIS) eingesetzt. Diese im Statistischen Bundesamt entwickelte GIS-Anwendung basiert auf dem GIS-Software-Paket ARC/INFO.

Mit dem Projekt „Raumbezug statistischer Daten“ wird gegenwärtig der Schwerpunkt der GIS-Aktivitäten von den genannten eher speziellen Einsatzfeldern in Richtung amtliche Statistik ganz allgemein verlagert. Unter „Raumbezug“ statistischer Daten wird hierbei deren geographischer Bezug schlechthin verstanden, der z. B. durch die Adresse eines Auskunftspflichtigen ebenso repräsentiert wird wie durch administrative oder andere flächenhafte Bezugseinheiten. Bei diesem Projekt spielt eine entscheidende Rolle, dass einschlägige Entscheidungen der Bundesregierung und des Bundestages die Bedeutung von Geodaten, also Daten mit Raumbezug, ausdrücklich unterstreichen. Das vorgesehene Projekt hat das Ziel, – unter Zusammenwirkung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder und unter Einbeziehung der Kommunalstatistik sowie des Bundesamts für Kartographie und Geodäsie – mittelfristig den Weg zu ebnen für die Bereitstellung kleinräumiger statistischer Daten sowie die umfassende Nutzung des dv-technischen Werkzeugs GIS im Rahmen der amtlichen Statistik.

### **Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden**

Der jährlich vom BBR in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Berichtsband bietet Tabellen mit ausführlich dokumentierten Indikatoren zu allen raumrelevanten Lebensbereichen (s.a. Kapitel 8.4).

### 8.1.2 Mikrodaten mit Regionalbezug

Die Weitergabe von Datensätzen auf Mikroebene gehört in Deutschland nicht zu den traditionellen Aufgaben der Statistik des Bundes und der Länder. Der Gesetzgeber hat der Wissenschaft allerdings eine Sonderstellung unter den Datennutzern der amtlichen Statistik eingeräumt. Deshalb können diesem Nutzerkreis auch Mikrodatensätze zur Verfügung gestellt werden, die allerdings „faktisch“ anonymisiert sein müssen.

#### Mikrofiles

Faktisch anonymisierte Mikrodaten werden entweder in Form von Mikrodatenfiles (Scientific Use Files) als Standardprodukte für die Wissenschaft bereitgestellt oder fallweise als spezifische Sonderaufbereitung für spezielle Fragestellungen erstellt (siehe hierzu auch unter „Forschungsdatenzentren“). Bisher bietet die amtliche Statistik folgende faktisch anonymisierte Files an:

Mikrozensus 1989, 1991, 1993, 1995 bis 2002

Einkommens- und Verbraucherstichprobe 1988, 1993, 1998, 2003 (teilweise)

Deutsche Stichprobe des Europäischen Haushaltspanels 1994 bis 1996

Zeitbudgeterhebung 1991/1992

#### Forschungsdatenzentren

Um der Wissenschaft den Zugang zum Mikrodatenangebot der amtlichen Statistik zu erleichtern, hat das Statistische Bundesamt zum 1. Oktober 2001 ein Forschungsdatenzentrum etabliert. Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder – als Hauptdatenlieferanten – haben ein entsprechendes Forschungsdatenzentrum zum 1. April 2002 eingerichtet.

Für die Forschungsdatenzentren soll ein gemeinsames Metadateninformationssystem entwickelt werden, mit dem alle wichtigen Informationen über Merkmale, Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren via Internet zugänglich sein werden.

Die Nutzung der angebotenen Mikrodaten ist über verschiedene Zugangswege möglich:

- Über Public Use Files, die absolut anonymisierte Datensätze enthalten und allen interessierten Personen zur Verfügung stehen.
- Über Scientific Use Files, die faktisch anonymisierte Daten enthalten und der Wissenschaft gemäß Bundesstatistikgesetz zur Verfügung gestellt werden können.
- Über Gastwissenschaftlerarbeitsplätze, die an jedem regionalen Standort des Forschungsdatenzentrums bereit stehen und der Wissenschaft die Verarbeitung weniger stark anonymisierter Mikrodaten erlauben.
- Über Datenfernverarbeitung, bei der das Forschungsdatenzentrum mit nicht anonymisierten Mikrodaten die von den Wissenschaftlern gewünschten und in gängigen Analyseprogrammen beschriebenen Auswertungen durchführt.

Die Geschäftsstelle des Forschungsdatenzentrums (FDZ) des Statistischen Bundesamtes ist in Wiesbaden, das der Statistischen Landesämter im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf angesiedelt. Regionale Standorte des FDZ des Statistischen Bundesamtes gibt es in Berlin und Bonn, regionale Standorte des FDZ der Statistischen Landesämter gibt es in allen 16 Standorten der Landesämter. Die Gastwissenschaftlerarbeitsplätze befinden sich in allen 18 regionalen Standorten. Der Antrag zur Nutzung von Mikrodaten ist downloadbar aus dem web:

[http://www.forschungsdatenzentrum.de/nutzung/fdz\\_nutzungsantrag.pdf](http://www.forschungsdatenzentrum.de/nutzung/fdz_nutzungsantrag.pdf).

Michael Bretschneider unter Mitarbeit von Jörg Schumacher\*)

## 8.2 Daten der Kommunen

### 8.2.1 Entwicklungslinien und Strukturen der Kommunalen Umfrageforschung

Unter „Kommunalen Umfragen“ im engeren Sinne sollen hier Befragungen verstanden werden, die von Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise) durchgeführt bzw. in Auftrag gegeben wurden. Beteiligte Akteure sind hierbei typischerweise die kommunale Verwaltung bzw. die kommunale Vertretungskörperschaft, aber auch ausgelagerte Verwaltungsteile oder kommunale Teilnehmungsunternehmen können solche Befragungen veranlassen bzw. durchführen (z. B. kommunale Verkehrsbetriebe, Wirtschaftsförderungsgesellschaften, oder Wohnungsunternehmen).

Darüber hinaus können zu den kommunalen Umfragen im weiteren Sinne Befragungen gezählt werden, in denen die untersuchte Grundgesamtheit in ihrer räumlichen Abgrenzung auf eine kommunale Gebietsgliederung bezogen wird. Akteure können dann Primärforscher und Auftraggeber sein, die nicht zu den Einrichtungen der kommunalen Selbstverwaltung gehören (z. B. universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen der Stadtforschung).

Einerseits bedienen sich auch die Kommunen der Bundesrepublik Deutschland seit jeher des Instruments der Befragung, wenn ihr Informationsbedarf sich auf Kenntnisse von Meinungen, Einschätzungen, Bewertungen oder geäußerten Verhaltensweisen und -Wünsche und nicht allein auf statistische Zählungen und Messungen bezieht. Thematisch entsprechen die Untersuchungen dem breiten Aufgabenfeld der kommunalen Selbstverwaltung, das sich aus ihrer grundsätzlichen „Allzuständigkeit“ in allen örtlichen Angelegenheiten ergibt.

Darüber hinaus hat es immer wieder besondere Anlässe gegeben, welche die kommunale Umfrageforschung besonders forciert haben:

So wurden in der Folge des Bund-Länder-Programms nach dem Städtebauförderungsgesetz von 1971 bis 1987 auf breiter Ebene Befragungen zur Erkundung des Erneuerungsbedarfs in potentiellen Sanierungsgebieten aus Bewohnersicht im Rahmen der „vorbereitenden Untersuchungen“ durchgeführt (StBauFG, § 4). Diese Befragungswelle brachte das Instrument „Befragung“ der planenden Bauverwaltung und ihren Mitarbeitern nahe.

So hat in den 70er Jahren auch der Arbeitsansatz der damals sehr geschätzten „Integrierten Stadtentwicklungsplanung“ einen weiteren Befragungsschub ausgelöst, der die Beteiligung der Bürger an Bedarfserhebungen, an der Bewertung von Entwicklungskonzepten oder bei Versuchen der Erfolgskontrolle zum Ziel hatte. Teilweise wurde Befragungen in diesem Zusammenhang explizit der Charakter eines Partizipationsinstruments gegeben, mindestens aber sah man in Befragungen ein Instrument der Öffentlichkeitsarbeit für die Verbreitung der Planungsüberlegungen unter den Bürgern.

Von dauerhafter Wirkung war die Etablierung der als Mehrthemenbefragung konzipierten und in der Regel jährlich wiederholten Bürgerbefragung in vielen Städten der Bundesrepublik. Die ersten Befragungen dieses Typs sind noch von den damals neu eingerichteten „Planungsstäben“ initiiert worden (z. B. Nürnberg, Hannover), mittlerweile werden sie üblicherweise von den Statistikämtern betreut und weiterentwickelt.

Diese Entwicklungen wurden in den 70er Jahren von einem Prozess der „Verwissenschaftlichung der Kommunalverwaltung“ besonders im Bereich der planenden Verwaltung unterstützt, in dessen Folge zahlreiche Städte wissenschaftliche Mitarbeiter mit Kenntnissen in den empirischen Sozialwissenschaften einstellten, die dem Einsatz von Befragungen eher aufgeschlossen gegenüberstanden.

In den 90er Jahren erfuhr die kommunale Umfrageforschung abermals einen starken Entwicklungsimpuls, der vom Anliegen der Modernisierung der Kommunalverwaltung ausgelöst wurde. Befragungen von Mitarbeitern der Kommunalverwaltung, aber auch der Bürger als „Kunden“ der Verwaltung wurden als Teil des Instrumentariums der Verwaltungsmodernisierung gefordert und auf breiter Ebene eingeführt. In Berlin fordert mittlerweile sogar ein eigenes „Verwaltungs-Reform-Grundsätze-Gesetz“ vom Mai 1999 in §3, Abs.2, dass die „Leistungs- und Verantwortungszentren“ mindestens aller zwei Jahre Befragungen bei den „Adressaten ihres Verwaltungshandelns“ durchführen sowie die Ergebnisse und einen daraus entwickelten Maßnahmeplan in geeigneter Form bekannt machen. Auch ohne solche stark dosierten gesetzlichen Vorgaben sind „Kundenmonitore“ mittlerweile in zahlreichen Kommunen ein übliches Instrument geworden, das der Umsetzung des Leitbilds der bürgernahen Verwaltung zugeordnet wird. Damit sind weitere Gruppen von Mitarbeitern der Kommunalverwaltung mit dem Instrument der Befragung vertraut gemacht worden.

\*) Michael Bretschneider, Jörg Schumacher, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

Regelmäßig wiederholte Bürgerbefragungen wurden nach der Wende auch in mehreren Städten der neuen Länder eingeführt (z. B. Leipzig oder Erfurt). Eine eingeschränkte Befragungstradition gab es zuvor in der DDR beispielsweise bei den Befragungen zum Verkehrsverhalten, wie sie von der Dresdner Hochschule für Verkehrswissenschaften „Friedrich List“ unter der Bezeichnung „System repräsentativer Verkehrsbefragungen“ (SRV) in zahlreichen DDR-Städten durchgeführt wurden. Einen lokalen städtebaulichen Bezug hatte auch die stadtsoziologische Untersuchungsreihe, die an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar gepflegt wurde (z. B. Leipzig 1978, Karl-Marx-Stadt 1979, Sömmerda 1979, Erfurt 1980, Gotha 1981, Rostock 1982, Halle und Halle-Neustadt 1984, Eisenach 1985 Magdeburg 1986 oder Brandenburg 1987). Insgesamt wurde die kommunale Umfrageforschung in den Kommunen der neuen Länder jedoch erst nach der Wende mit dem Aufbau einer eigenen Kommunalstatistik als Teil der kommunalen Selbstverwaltung neu begründet.

## 8.2.2 Kommunale Statistikämter als „Kompetenzzentren“ für Befragungen

In den Stadtverwaltungen sind verschiedene Ämter mit Umfragen befasst. Bei der Planung, Durchführung und Ergebnisverwertung kommunaler Umfragen im engeren Sinne kommt den Statistikämtern bzw. den „Statistischen Dienststellen“ der Städte, Gemeinden und Landkreise jedoch eine besondere Funktion zu. Sie ergibt sich zunächst aus der hier in der Regel anzutreffenden methodischen Kompetenz. Diese wird sichtbar, wenn ein solches Amt Befragungen selbst unternimmt, wenn das Statistikamt in Kooperation mit anderen kommunalen Ämtern deren Befragungsvorhaben plant und ausführt oder auch nur andere Ämter bei der Auftragsvergabe an Externe sachkundig unterstützt.

Von zusätzlicher Bedeutung ist, dass in der Folge der Umsetzung von Anforderungen des Datenschutzes in zahlreichen kommunalen Statistikämtern „abgeschottete Statistikstellen“ zur Verfügung stehen. Diese Stellen sind besonders geeignet, den Teilnehmern an Befragungen die Einhaltung der Anforderungen des Datenschutzes bei der Auswertung der Befragungsergebnisse glaubhaft zusichern zu können. Statistikämter, von denen häufig Befragungen unternommen werden, haben darüber hinaus einen Stamm von geschulten Interviewern aus Mitarbeitern der Stadtverwaltung bzw. freien Mitarbeitern, auf die sie im Bedarfsfall zurückgreifen können. Außerdem verfügen sie über besondere Fähigkeiten bei der Interpretation von Befragungsergebnissen.

Kommunale Statistikämter sind darüber hinaus in der Lage dafür zu sorgen, dass die Verwendung der Befragungsergebnisse nicht allein auf den unmittelbaren Zweck begrenzt wird, welcher den Anlass für eine Befragung gegeben hat. Die Statistikämter können beispielsweise für eine Mehrfachnutzung von Befragungsergebnisse im Rahmen ihrer „Kommunalstatistischen Informationssysteme“ sorgen, wie sie besonders vom KOSIS-Verbund im Verband Deutscher Städtestatistiker gepflegt werden. Darüber hinaus können sie auch die Voraussetzungen für eine Archivierung der Befragungsergebnisse und damit für Sekundäranalysen der Datensätze durch Dritte schaffen. Vergeben hingegen andere Ämter Befragungsaufträge ohne Kooperation mit dem Statistikamt, dann dürfte die Regel sein, dass die Befragungsergebnisse über den unmittelbaren Befragungsanlass hinaus kaum Verwendung finden. Trotz dieser vergleichsweise besseren Voraussetzungen der Mehrfachnutzung über die Statistikämter gibt es keine allgemeingültige Antwort auf die Frage, ob und zu welchen Bedingungen sie diese Möglichkeit auch nutzen.

Die Kommunalstatistik ist bei der Planung ihrer Umfragen an die Einhaltung ihres räumlich-administrativen Wirkungsbereichs und an den Rechtsrahmen der Landesstatistikgesetze gebunden. So kann beispielsweise schon die Einbeziehung der Umlandbevölkerung in Befragungen an ihrem Wohnort – etwa zur Erkundung der Nutzung kommunaler Einrichtungen der Kernstadt – rechtliche Schwierigkeiten bereiten, da sie damit ihren räumlichen Wirkungsbereich überschreitet. So ist für kommunale Umfragen typisch, dass die Befragungsergebnisse nicht selten zu einem territorialen „Inselwissen“ führen: Jede Kommune plant ihre Befragungen nach dem eigenen örtlichen Informationsbedarf. Und ihre Ergebnisse lassen sich regelmäßig nur begrenzt mit denen anderer Städte vergleichen.

Es darf zudem nicht übersehen werden, dass die Statistikämter der Städte der kommunalen Umfrageforschung nicht in gleicher Weise zugetan sind. In einigen Städten gelten Umfragen als ein wichtiges Instrument der Beschaffung auch politikbedeutsamer Informationen, ihre Ergebnisse werden veröffentlicht, bis in den Rat hinein kommuniziert und durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit der Bevölkerung vermittelt. So gibt es eine Gruppe von „befragungsintensiven“ Städten, zu denen beispielsweise Duisburg, Frankfurt am Main, Köln, Münster, Nürnberg, Oberhausen, Wuppertal oder Leipzig und Erfurt aus den neuen Ländern gehören.

In anderen Städten sind Befragungen bei den Statistikämtern von eher nachrangiger Bedeutung und sie haben Mühe, auch nur einen Überblick über die Umfragenproduktion anderer Ämter ihrer Stadtverwaltung zu erhalten, die diese dann (notgedrungen) ohne Kooperation mit dem Statistikamt durchführen oder in Auftrag geben. Damit kann für die Städte der Bundesrepublik Deutschland nicht von einem einheitlichen Stand bei der Produktion kommunaler Umfragen und ihrer Verwertung ausgegangen werden.

Vor diesem Hintergrund ist die interkommunale Kooperation der Ämter und hier vor allem die Arbeit des Verbands deutscher Städtestatistiker (VDSt) von besonderer Bedeutung. Der Verband widmet der Umfrageforschung besondere Aufmerksamkeit und versucht, ihr in verschiedener Weise zuzuarbeiten:



Über einen langen Zeitraum arbeitete im Verband ein eigener Fachbereich „Kommunale Umfrageforschung“, in dem die interessierten Praktiker aus den Städten ein eigenes Forum fanden. Der Fachbereich erarbeitete Publikationen zu verschiedenen Themenfeldern in Form von Arbeitshilfen, organisierte Fortbildungsveranstaltungen und gestaltete eigene Themenblöcke auf den jährlichen Tagungen des Gesamtverbandes („Statistische Woche“, „Frühjahrstagung“). Mit der Auflösung aller Fachbereiche im Zug einer internen Neuorganisation wird gegenwärtig mit neuen Arbeitsformen experimentiert. Darüber hinaus bietet die Zeitschrift des Verbandes „Stadtforschung und Statistik“ auch für Beiträge zur kommunalen Umfrageforschung ein oft genutztes Forum.

Zur Verbreitung und Standardisierung des Typs der (jährlich) wiederholten und als Mehrthemenbefragung angelegten Bürgerbefragung hat der Verband durch die Empfehlung eines Fragenkatalog beigetragen, durch den die interkommunale Vergleichbarkeit der Befragungsergebnisse erhöht werden soll. Dieser Katalog gilt vor allem den im Zeitablauf unverändert gehaltenen Fragen, die zwischen den Städten vergleichbar gehalten werden und die Bildung von Zeitreihen ermöglichen sollen.

Der VDSSt hat sich auch mit eher grundsätzlichen Äußerungen zu Wort gemeldet. So nahm er im Jahr 1994 zur kommunalen Verwaltungsreform mit dem „Freiburger Manifest zur statistischen Fundierung der neuen Stadtsteuerung – Controlling“ Stellung, in dem auch auf die Bedeutung der Umfragen für den Modernisierungsprozess eingegangen wurde („Weiterhin gilt es, verstärkt mit Hilfe von kommunalen Umfragen – in der Bürgerschaft oder bei Nutzern und Leistungsbeziehern – die Akzeptanz und Qualität kommunaler Dienstleistungen zu messen.“).

Die Kommunalstatistik – und damit auch die kommunale Umfrageforschung – ist gegenwärtig von den Haushalts- und Finanzengpässen der Kommunen beeinträchtigt. Das wird beispielsweise daran sichtbar, dass nicht selten die Ressourcen dafür fehlen, Befragungsergebnisse zeitnah in Veröffentlichungen vorzustellen. Kostengründe verstärken auch die Tendenz eines Wechsels von der aufwendigen Befragung durch Interviewer zur postalischen Befragung. Verstärkt werden mittlerweile auch die Versuche, bei der Publikation von Befragungsergebnissen bzw. der Auskunftserteilung über den Weg der Zusatzauswertung Einnahmen zu erzielen. Ein anderer Weg der Einnahmeerzielung wird beschritten, wenn beispielsweise in als Mehrthemenbefragung konzipierten Bürgerbefragungen Fragenblöcke von (stadtnahen) Auftraggebern eingebaut werden (z. B. Stadtwerke, örtliche Tageszeitungen).

Es sollte nicht übersehen werden, dass auch die Ergebnisse der Umfrageforschung einen eigenen Beitrag zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte liefern können. Anders als nämlich gemeinhin unterstellt beantworten die Bürger Fragen zu Ausgabenprioritäten und Einsparmöglichkeiten durchaus differenziert und nicht allein nach dem Grundsatz, dass mit ihnen über Leistungseinschränkungen nicht zu reden sei. Unter diesem Aspekt können Bürgerbefragungen auch ein Instrument der kommunalen Politikberatung sein, das den Ratsmitgliedern für ihre Haushaltsentscheidungen wichtige „lobbyfreie“ Informationen liefert.

### 8.2.3 Informationsmöglichkeiten über die kommunale Umfrageforschung

Die oben definierte kommunale Umfrageproduktion ist nicht leicht zu überschauen. Bereits die scheinbar einfache Frage, wie viele Umfragen pro Jahr in Deutschland zu welchen Themen von den Kommunen veranlasst werden, ist kaum zu beantworten. Auch für die weitergehende Frage, ob und zu welchen Bedingungen kommunale Umfragedaten Dritten zur Verfügung gestellt werden, lässt sich keine allgemeingültige Antwort geben.

Einige Regelungen für den Umgang mit kommunalen Umfragen in der Verwaltung vor Ort finden sich in den „Statistischen Ordnungen“ der Städte. So wird beispielsweise anderen Ämtern auferlegt, das Statistikamt über Befragungsvorhaben und -Aufträge zu informieren und diesem ein Exemplar der Ergebnisberichte zu überlassen. In der Praxis scheint sich jedoch diese „Bringschuld“ nicht selten in eine „Hohlschuld“ der Statistikämter zu verkehren. Das kann dazu führen, dass besonders in größeren Stadtverwaltungen auch das Statistikamt nicht vollständig über die örtliche Umfragenproduktion informiert ist. Noch weniger wahrscheinlich ist es, dass ihnen dann die Datensätze mit den Befragungsergebnissen zur Verfügung stehen.

Umso nützlicher sind Quellen, die wenigstens eine Mindestinformation über kommunale Umfragen enthalten.

A) Hierzu zählt die seit 1985 vom Verband Deutscher Städtestatistiker wiederholte Umfrage „Stadtforschungsprojekte deutscher Städte“. Sie enthält auch eine Information darüber, mit welchen „Datenquellen“ die Ämter ihre Projekte durchführen, und dabei wird auch erfragt, welche Projekte mit Befragungen verbunden werden. Die Tabelle 8.2.1 informiert über den Anteil befragungsgestützter Projekte in den Jahren 1996 bis 2000. Befragt wurden 130 kreisfreie und kreisangehörige Städte, 85 davon reagierten mit Projektzeichnungen.

**Tabelle 8.2.1: Stadtforschungsprojekte nach Art der verwendeten Datenquellen\*)**

Anzahl Stadtforschungsprojekte	Davon:			
	Amtl. Statistik	Statistik aus der eigenen Verwaltung	Befragungen	Externe Quellen
1996: 202	59	68	100	13
1997: 252	75	79	114	15
1998: 183	75	76	93	23
1999: 272	112	106	151	43
2000: 219	77	80	127	49

\*) Verband Deutscher Stattestatistiker, Fachbereich Stadt- und Raumbearbeitung: Stadtforschungsprojekte Deutscher Statte 2000, Oberhausen 2002, S.7 und 8.

Tabelle 8.2.1 zeigt, dass kommunale Umfragen bei der Projektarbeit der Statistikämter deutscher (Groß-) Statte als Datenquelle von großer Bedeutung sind. Die 219 im Jahr 2000 gemeldeten Projekte haben zu 127 Befragungen geführt, und auch in den Vorjahren waren Umfragen die mit Abstand führende Datenquelle.

Die hier zitierte Projektdokumentation informiert darüber hinaus standardisiert über einige Merkmale der angezeigten Befragung (Auswahl, Erhebungsart, Art der Umfrage, Erhebungseinheit). Für jedes Projekt werden die jeweilige Stadt und ein „Ansprechpartner“ mitgeteilt (Name, Anschrift, Telefon, Telefax, e-mail). Mit ihm kann im Bedarfsfall geklärt werden, ob und zu welchen Bedingungen Befragungsergebnisse Dritten zur Verfügung gestellt werden. Dabei wird mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eine Rolle spielen, für welchen Zweck die Daten benötigt werden, und es ist zu erwarten, dass eine Kommune darauf achtet, ob der Verwendungszweck für sie Vor- oder Nachteile in Aussicht stellt.

B) Für den Befragungsbereich Verkehrswesen gibt die Zentrale Informationsstelle für Verkehr in der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft e.V. eine „Dokumentation der Verkehrserhebungen in Bund, Ländern und Gemeinden“ heraus. Anhand einer jährlich aktualisierten Loseblattsammlung wird über den Ertrag einer bundesweiten Befragung zu verschiedenartigen Verkehrserhebungen berichtet.

Die Standardinformation gibt Hinweise auf: „Ziel der Erhebung“, „Art und Umfang der Erhebung“, „Bearbeitungsstatus“, „Auftrag und Erhebungstrager“, „Einzelheiten zum Erhebungsablauf“, über „Gewonnene oder zu erwartende Daten“, sowie zur „Auswertung der Erhebung oder Erstellung einer Untersuchung“. Dabei wird zwischen abgeschlossenen, nicht abgeschlossenen und laufend wiederkehrenden Erhebungen unterschieden. Neben der Stadt wird ein „Ansprechpartner für Rückfragen“ angegeben (Anschrift). Mit dem Ansprechpartner kann im Bedarfsfall geklärt werden, ob und unter welchen Bedingungen die Befragungsergebnisse zur Verfügung gestellt werden.

Mit dieser Dokumentation kann übrigens belegt werden, dass bei den meisten der dokumentierten Erhebungen eine Veröffentlichung der Ergebnisse „nicht vorgesehen“ ist. Das erschwert die Diskussion der Befragungsmethoden und -Ergebnissen in der Fachoffentlichkeit beträchtlich.

C) Für einige kommunale Umfragen kann auch das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung seine komfortablen Angebote zur Sekundäranalyse anbieten. Insgesamt ist das ZA jedoch eher auf die wissenschaftlichen Umfragenproduzenten konzentriert und nur wenige Kommunen folgen seiner Bitte um Überlassung ihrer Datensätze. Dabei dürfte eine Rolle spielen, dass die Kommunen als Eigentümer der Daten Einfluss auf die Art ihrer Verwendung durch Dritte nehmen wollen.

D) Die Umfragedatenbank KOMM.DEMOS des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) ist hingegen ausschließlich auf die Bearbeitung des Bereichs der kommunalen Umfragen konzentriert. Das Difu stützt sich bei der Produktion dieser Datenbank allerdings lediglich auf die Ergebnisberichte der kommunalen Umfragen, es verfügt jedoch nicht wie ein Datenarchiv über die Datensätze selbst. Auf dieser Materialgrundlage werden von Mitarbeitern des Instituts standardisierte Beschreibungen („Steckbriefe“) mit inhaltlichen (Abstract), methodischen und organisatorischen Merkmalen einer Befragung angefertigt und in der Datenbank abgelegt. Diese „Steckbriefe“ sind in ihrem Aufbau aus dem Ansatz der „Studienbeschreibungen“ des Zentralarchivs entwickelt worden, enthalten jedoch einige weitere Informationen, die auf Besonderheiten der kommunalen Befragungen eingehen.

So wird dem Aspekt des Raumbezugs größere Aufmerksamkeit gewidmet: Mithilfe der Datenbank kann nach Befragungen im Zusammenhang mit einem konkreten geographischen Bezug gesucht werden. Darüber hinaus wird eine Unterscheidung von und Suche nach abstrakten Stadttypen (Großstadt, Mittelstadt, Kleinstadt, Gemeinde) ermöglicht. Außerdem kann nach Befragungen gesucht werden, die einen Stadtteilbezug und/oder einen solchen zum Umland haben.

Ansonsten besteht mithilfe der standardisierten Studienbeschreibung die Möglichkeit, in der Datenbank nach inhaltlichen, methodischen und organisatorischen Merkmalen Befragungsbeispiele zu suchen. Inhaltlich kann hierfür ein „Sachgruppenverzeichnis“ benutzt werden, in dem 47 Themenfelder unterschieden werden. Aber auch die Benutzung freier Suchbegriffe ist möglich, da der Inhalt des verwendeten Fragebogens deskribiert wird.

Methodisch orientierte Suchmöglichkeiten beziehen sich auf die Art der Stichprobenziehung (z. B. Vollerhebung, einfache bzw. geschichtete Zufallsstichprobe, Quotenauswahl) und/oder auf das Erhebungsverfahren (z. B. mündliche, schriftliche, postalische, telefonische Befragung). Zusätzliche wird bei den Befragten nach Personen, privaten Haushalten, Betrieben und Verwaltungen unterschieden.

Organisatorisch orientierte Suchmöglichkeiten erlauben Recherchen nach bestimmten Primärforschern oder Forschungseinrichtungen, Auftraggebern oder Financiers einer Befragung.

Gegenwärtig (Stand März 2003) enthält KOMM.DEMOS ca. 1.600 Umfragenbeschreibungen. Der aus Kapazitätsgründen eher bescheidene Jahreszugang von ca. 60 bis 80 Neuaufnahmen ist auf die Bereiche und Themenfelder konzentriert, auf die sich die aktuelle Nachfrage nach Umfrageninformationen aus den Städten besonders konzentriert. Das war in den vergangenen ca. fünf Jahren vor allem der Bereich Verwaltungsreform.

Die ca. 130 Mitgliedsstädte des Difu können auf die Datenbank online und kostenfrei zugreifen. Ansonsten können Recherchen beim Difu in Auftrag gegeben werden.

Zur Datenbank KOMM.DEMOS gehört mittlerweile auch ein erweitertes Informationsangebot in Form der gescannten Fragebögen. Außerdem wird zu jedem der ausgewerteten Befragungsberichte eine öffentlich zugängliche Quelle – in der Regel in der „Senatsbibliothek Berlin“ – angegeben, die der Fachöffentlichkeit bundesweit zur Verfügung steht. Zur Nutzung der technischen Entwicklung der letzten Jahre gehört, dass mittlerweile zahlreiche Kommunen ihre Ergebnisberichte als PDF-Datei zur Verfügung stellen, und diese Quellen werden ebenfalls in KOMM.DEMOS eingearbeitet.

#### **8.2.4 Merkmale kommunaler Umfragen für Metaanalysen**

Die Grundfunktion der Datenbank KOMM.DEMOS war und ist es, als Instrument der Fachinformation Hilfestellung bei der schwer zu überschauenden Umfrageproduktion zu geben. Mittlerweile bietet sich aufgrund der gestiegenen Anzahl der in ihr abgelegten standardisierten Umfragebeschreibungen an, die Datenbank auch als Instrument der Analyse von Eigenschaften kommunaler Umfragen zu nutzen (Metaanalyse). Hierzu hat das Difu erste eigene Arbeiten vorgelegt (z. B. Analyse von methodischen Eigenschaften kommunaler Mitarbeiterbefragungen). Darüber hinaus wurde KOMM.DEMOS hierfür auch von universitären Forschungseinrichtungen genutzt (z. B. Soziologisches Institut der Universität Düsseldorf, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer).

Ausgewählte Fragestellungen einer Analyse von methodischen Eigenschaften von Befragungen sollen anhand der nachfolgenden Beispiele illustriert werden.

Rücklauf- bzw. Beteiligungsquoten sind ein wichtiges Merkmal von Befragungen. Zu 1.138 Befragungsbeispielen liegen hierzu Angaben in KOMM.DEMOS vor. Die Tabelle 8.2.2 zeigt die Häufigkeitsverteilung dieser nach Gruppen geordneten Rücklaufquoten sowie zusammenfassende Durchschnittswerte und Streuungsmaße. Die Angaben zu den Rücklaufquoten wurden den Ergebnisberichten der Befragungen entnommen, sie sind regelmäßig Teil der in KOMM.DEMOS abgelegten „Steckbriefe“. Ähnliche Übersichten lassen sich zu jeder beliebigen Teilmenge von Befragungsbeispielen bilden.

**Tabelle 8.2.2: Rücklaufquoten 1965 bis 2002 in kommunalen Umfragen\*)**

Rücklaufquote	Anzahl der Befragungen			
	%	absolut	in %	in % kum.
(1)	(2)	(3)	(4)	
bis unter 10	16	1,4	1,4	
10 bis unter 20	57	5,0	6,4	
20 bis unter 30	92	8,1	14,5	
30 bis unter 40	133	11,7	26,2	
40 bis unter 50	189	16,6	42,8	
50 bis unter 60	155	13,6	56,4	
60 bis unter 70	142	12,5	68,9	
70 bis unter 80	145	12,7	81,6	
80 bis unter 90	99	8,7	90,3	
90 bis 100	110	9,7	100,0	
Insges.	1.138	100,0		
Median:	55,1	Semiquartile range:	17,8	
Mean:	56,5	Standard deviation:	23,8	

\*) Quelle: Difu-Datenbank KOMM.DEMOS

Die hier ausgewerteten 1.138 Befragungsbeispiele aus dem Zeitraum der letzten vier Jahrzehnte haben ein fiktives arithmetisches Mittel von 56,5 % bzw. einen Median von 55,1 %. Tatsächlich hat sich das Antwortverhalten in diesem Zeitraum jedoch beträchtlich verändert, wie die unten folgenden beiden „Übersichten“ zeigen werden.

Zum standardisierten Beschreibungsschema der „Steckbriefe“ gehört auch eine Information darüber, ob die Befragten „Personen“, „private Haushalte“, „Betriebe“ oder „Verwaltungen“ waren. Tabelle 8.2.3 weist die Ausschöpfungsquoten in dieser Differenzierung aus.

**Tabelle 8.2.3: Ausschöpfungsquoten 1965 bis 2002 nach Befragentypen\*)**

	Personen	Haushalte	Betriebe	Verwaltungen
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Befragungsanzahl	509	190	142	217
Median	51,3	55,3	49,0	67,4
Mean	54,8	55,6	51,1	63,6
Semiquartile range	15,7	16,6	20,9	18,6
Standard deviation	23,0	23,2	23,8	24,4

\*) Quelle: Difu-Datenbank KOMM.DEMOS

Auch hier handelt es sich um zunächst um „fiktive“ statistische Maße, die noch nicht den erheblichen allgemeinen Rückgang der Antwortbereitschaft über vier Jahrzehnte berücksichtigen. Gleichwohl ist zu erkennen, dass die Kooperationsbereitschaft bei Betriebsbefragungen geringer ist als die bei Befragungen von privaten Haushalten bzw. Personen beobachtete. Vergleichsweise am auskunftsfreudigsten sind in der Beispielsammlung dieser Datenbank (Kommunal-) Verwaltungen.

Das Antwortverhalten der Befragten hat sich im Zeitablauf generell in die Richtung einer erheblichen Verringerung der Antwortbereitschaft verschoben. Diese Entwicklung wird mithilfe der Übersicht 8.2.1 aus KOMM.DEMOS belegt und für die vier Befragtengruppen gesondert dargestellt.

Die Tendenz zum Rückgang der Beteiligungsquoten ist am stärksten bei Befragungen von Betrieben und Unternehmungen ausgeprägt. Sie zeigt sich aber auch deutlich bei den vergleichsweise kooperativen Verwaltungen der Kommunen.

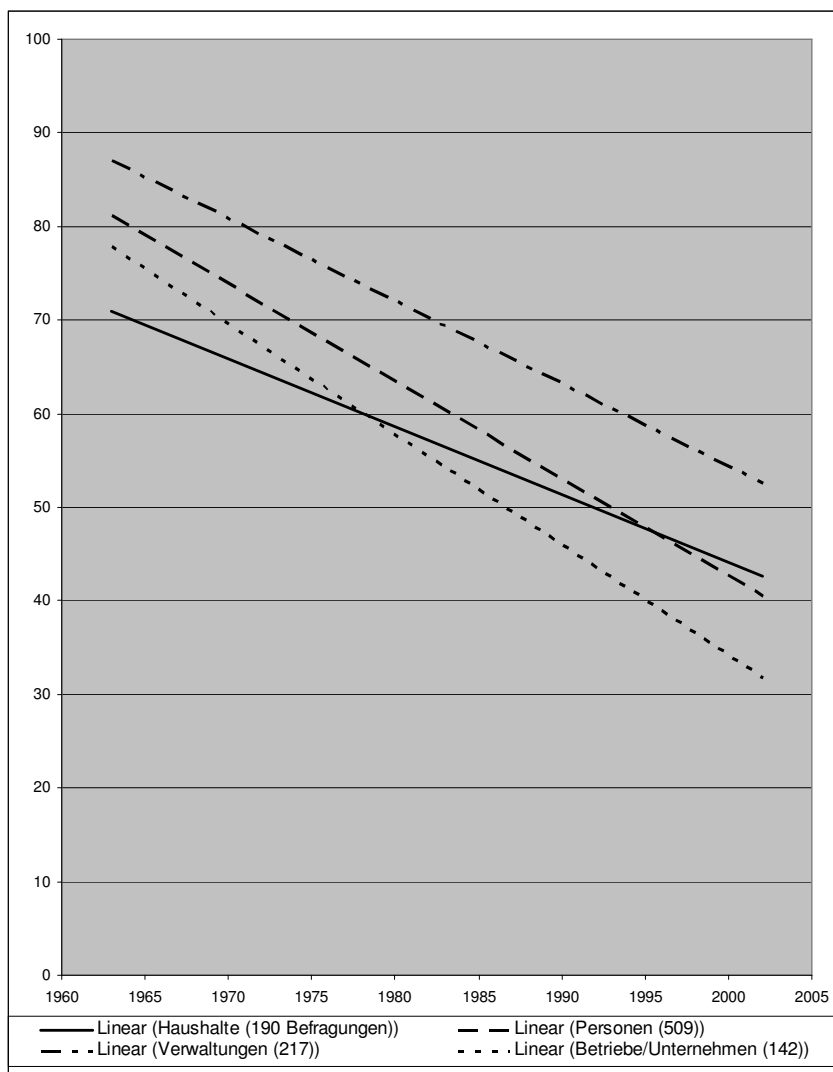
Zu Standardbeschreibung in KOMM.DEMOS gehört auch eine Information darüber, ob eine Befragung mündlich mit Interviewern, schriftlich, postalisch oder mithilfe von Telefoninterviews durchgeführt wurde. Auf dieser Grundlage lassen sich Aussagen über die Ausschöpfungsquoten nach der Befragungsweise machen, wobei zunächst wiederum von den Änderungen im Zeitablauf abgesehen wird. Tabelle 8.2.4 zeigt, dass das arithmetische Mittel bei Befragungen durch Interviewer in den letzten 40 Jahren erheblich über den Werten anderer Befragungsformen liegt. Der Typ der Telefonbefragung ist in der Datenbank bisher nur mit 35 Beispielen vertreten, das häufigste Verfahren bei kommunalen Umfragen ist noch immer die postalische Befragung.

Tabelle 8.2.4: Ausschöpfungsquoten 1965 bis 2002 nach Befragungsweisen\*)

	Mündlich	Postalisch	Schriftlich	Telefonisch
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Befragungsanzahl	289	562	222	35
Median	71,0	49,1	49,2	51,0
Mean	69,3	51,8	51,3	53,5
Semiquartile range	15,8	16,0	20,6	14,5
Standard deviation	21,5	21,4	26,1	22,0

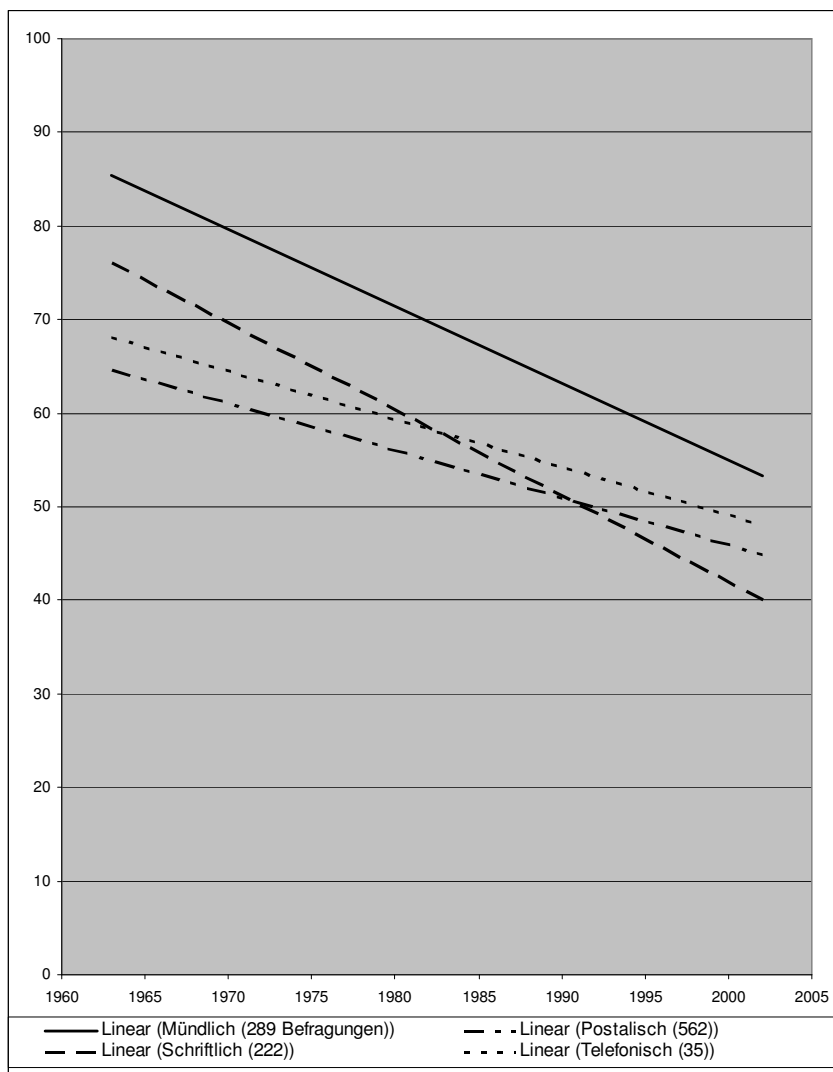
\*) Quelle: Difu-Datenbank KOMM.DEMOS

Übersicht 8.2.1: Trends von Rücklaufquoten nach Befragten Gruppen von 1965 bis 2002\*)



\*) Quelle: Difu-Datenbank KOMM.DEMOS

Übersicht 8.2.2: Trends von Rücklaufquoten nach Befragungsweisen von 1965 bis 2002\*)



\*) Quelle: Difu-Datenbank KOMM.DEMOS

Auch hier lässt sich graphisch darstellen, wie sich die Antwortbereitschaft im Zeitablauf verändert hat. Übersicht 8.2.2 zeigt, dass Rückgänge zwar für alle vier Befragungsweisen typisch sind. Es wird aber auch deutlich, dass sich langfristig beispielsweise der Abstand der Ausschöpfung zwischen dem Typ der mündlichen und der postalischen Befragung stark verkleinert hat.

Mit diesen Beispielen sollen hier lediglich Hinweise auf Analysemöglichkeiten gegeben werden, die mit einer ursprünglich nur als Nachweissystem gedachten Datenbank aufgrund der hohen Fallzahl standardisierter Umfragebeschreibungen mittlerweile möglich sind. Zahlreiche weitere solcher Fragestellungen sind denkbar und warten auf Bearbeitung, und das Difu ist dabei gern auch zur Kooperation mit Dritten bereit.

## Literatur

*Bretschneider, M., 1996:* DEMOS – Eine Datenbank zum Nachweis kommunaler Umfragen auf dem Wege zum Analyseinstrument; in: ZA-Information 38: 59-75.

*Bretschneider, M., 1997:* Die Mitarbeiterbefragung in der Kommunalverwaltung – Eine Methodenanalyse von Praxisbeispielen. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.

*Bretschneider, M. & G. Roski (Hrsg.), 2001:* Stadtprobleme aus Bürgersicht – Ergebnisse von Bürgerbefragungen aus acht Städten. Materialien 6/2001, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik in Kooperation mit dem Verband Deutscher Städtestatistiker.

*Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, 2002:* Dokumentation der Verkehrserhebungen in Bund, Ländern, Gemeinden – Loseblattsammlung, Stand: Juni 2002, Bonn/Berlin, August 2002.

*Deutscher Städtetag, 1994:* Methodik von Befragungen im Kulturbereich – Eine Arbeitshilfe zur Planung, Durchführung, Auswertung und Präsentation von Besucherbefragungen in Museen und Theatern sowie von Befragungen über Kultur bei allgemeinen Umfragen / Bürgerbefragungen. Reihe H, DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, Heft 40, Köln: DST.

*Deutscher Städtetag, 1995:* Standardindikatoren für kommunale Bürgerumfragen – Eine Arbeitshilfe, in: DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, Reihe H, Heft 41, Köln: DST.

*Deutscher Städtetag, 1997:* Methodik kommunaler Bürgerumfragen – Eine Arbeitshilfe zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung. Reihe H, DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, Heft 44, Köln: DST.

*Erbslöh, B., 2002:* Kommunale Umfrageforschung: Ein gutes Instrument setzt sich durch; in: Stadtforschung und Statistik, 1/2002: 27-31.

*Hüfken, V., 2003:* Erhebungsdesign und Rücklauf – Analyse kommunaler postalischer Befragungsumfragen auf der Basis der KOMM.DEMOS-Datenbank, in: Stadtforschung und Statistik 1/2003: 22-32.

*Verband Deutscher Städtestatistiker, 1994:* Freiburger Manifest zur statistischen Fundierung der neuen Stadtsteuerung – Controlling; in: Stadtforschung und Statistik, 2/1994: 79 f..

*Verband Deutscher Städtestatistiker, Fachbereich Stadt- und Raubeobachtung, 2002:* Stadtforschungsprojekte deutscher Städte 2000, Oberhausen: Stadt Oberhausen.



E. O. Walter<sup>\*)</sup> und Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik<sup>\*\*)</sup>

### 8.3 Daten des Statistischen Amtes der EU

Die von Eurostat zu beziehenden Daten lassen sich in zwei Kategorien unterteilen: Auf der einen Seite wurde aus dem Gebiet der 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU25), erweitert um Bulgarien und Rumänien, eine „Urban Audit“ genannte Datensammlung für 258 europäische Städte erstellt (Kapitel 8.3.1) und andererseits kann der Nutzer auf eine Regionaldatenbank zurückgreifen, die teilweise auch Daten auf Kreisebene ausweist (Kapitel 8.3.2). Darüber hinaus gibt es noch eine Regionaldatenbank der Europäischen Kommission.

E. O. Walter<sup>\*)</sup>

#### 8.3.1 Urban Audit

1998 erstellte die EU-Kommission (Generaldirektion Regio) eine „Urban-Audit“ genannte Datensammlung für 58 europäische Städte. Bei diesem Pilotprojekt, das die Machbarkeit derartiger Vergleiche testen sollte, wurden über 500 Variablen erhoben, um die Lebensqualität in europäischen Städten zu messen. Trotz methodischer Unzulänglichkeiten bewies dieses Projekt nach Auffassung der Kommission, dass es möglich ist, europaweit vergleichbare Indikatoren auf der regionalen Ebene der Städte, der Stadtregionen und der Stadtteile zu ermitteln. Die Kommission beschloss daher, das Projekt unter dem Begriff „Urban Audit II“ fortzuführen. Während in der Pilotphase von Urban Audit eine Beteiligung von Eurostat sowie der nationalen statistischen Ämter nicht vorgesehen war, wird Urban Audit II auf europäischer Ebene von Eurostat, und auf nationaler Ebene von den nationalen statistischen Ämtern koordiniert.

Urban Audit II hat den Umfang der Variablen erheblich reduziert. Die nunmehr 333 Variablen sollten etwa zur Hälfte durch die nationalen statistischen Systeme zur Verfügung gestellt werden können. Etwa ein Viertel der Merkmale sollte danach geschätzt werden und für das letzte Viertel wären neue Erhebungen erforderlich. Die Daten sollen für drei unterschiedliche räumliche Ebenen gesammelt und aufbereitet werden:

- 1) für die administrative Einheit „Stadt“
- 2) für die Stadtregion, also die Stadt und ihr Umland (Larger Urban Zones = LUZ)
- 3) für Stadtteile (Sub-City-Districts = SCD),

wobei alle Variablen nur für die Stadt-Ebene zur Verfügung stehen müssen. Die LUZ sollten durch 172 und die SCD durch 33 Variablen beschrieben werden.

Die Zahl der beteiligten Städte hat sich gegenüber der Pilotphase deutlich erhöht. So umfasst Urban Audit II in den Mitgliedsstaaten der 15 alten EU-Staaten 189 Städte, wobei auch eine Auswahl mittelgroßer Städte (zwischen 50.000 und 250.000 Einwohner) einbezogen ist. Die 10 neuen EU-Staaten sowie Bulgarien und Rumänien sind mit 69 Städten am Urban Audit II beteiligt. In Deutschland beteiligen sich 35 Städte an dem Projekt.

Nationaler Koordinator für Urban Audit II und damit Vertragspartner für die Kommission ist in Deutschland das Statistische Bundesamt. Das StBA stellt auch die aus dem Regio-Stat-Katalog benötigten Daten zur Verfügung. Für die Datensammlung bei den beteiligten Städten, für inhaltliche Fragen sowie für die einheitliche Datenbereitstellung für Eurostat ist – einer internen Vereinbarung zufolge – der KOSIS-Verbund zuständig. Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung übernimmt die Koordinierung der Lieferung von Daten der Bundes- und Landesstatistik, die über das Angebot des Regio-Stat-Kataloges hinausgehen.

Mit der Datensammlung wurde zu Beginn des Jahres 2003 begonnen. Sie konnte Ende 2003 bei den 15 alten Mitgliedsstaaten zum größten Teil abgeschlossen werden. Für 2004 stand sowohl die Datensammlung in den 10 neuen Mitgliedsstaaten auf der Agenda als auch die zusätzliche Sammlung historischer Daten und die Erhebung von bisher nicht verfügbaren Variablen.

<sup>\*)</sup> Ernst-Otto Walter, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München

<sup>\*\*)</sup> Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, ZUMA, Mannheim

Jürgen. H.P. Hoffmeyer-Zlotnik<sup>\*)</sup>

### 8.3.2 Die Regionaldatenbanken von Eurostat und der Europäischen Kommission

In einem "Europa der Regionen" weist die Europäische Union (EU) der Regionalpolitik ein erhebliches Gewicht zu: die Regionen sind die Fördereinheiten. Die Regionaldaten sind in der REGIO-Datenbank zusammengefasst. REGIO ist ein Teil der Datenbank New Cronos und besteht seit 1975. Darin befinden sich Daten über die Regionen aller EU-Staaten, gegliedert nach 12 verschiedenen statistischen Themen (Bevölkerung, Migration, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, strukturelle Unternehmensstatistik, Arbeitslosigkeit, Arbeitskräfteerhebung, Energie und Verkehr, Landwirtschaft, Ausbildung, Gesundheit, Tourismus sowie Statistiken über Wissenschaft und Technologie).

Der Einteilung der Regionen liegt die sogenannten NUTS-Klassifikation (Nomenclature des unités territoriales statistiques – Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik) zugrunde. Sie beginnt bei NUTS 0 (größte Unterteilung, Staatenebene) und endet bei NUTS 5 (kleinste Unterteilung, Gemeindeebene). Die REGIO-Daten sind hauptsächlich für NUTS 2 und NUTS 3 erhältlich.

Die NUTS 5 Unterteilung kann man als Gemeindegrenzen in einem Geographischen Informationssystem (GIS) nutzen. REGIO-Datensätze können zudem mit dem Geographischen Informationssystem GISCO der Europäischen Kommission verbunden werden. Sie erhalten dadurch einen räumlichen Bezug.

---

<sup>\*)</sup> Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, ZUMA, Mannheim

Tabelle 8.3.1: Eurostat Regionaldatenbank REGIO: Beschreibung des Inhalts

Bereich	Ebene NUTS 2 (Regierungsbezirke)	Ebene NUTS 3 (Landkreise und kreisfreie Städte)
Bevölkerungsstatistik	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bevölkerung am 01. Januar nach Geschlecht und Altersklassen</li> <li>• Sterbefälle nach Altersklassen, Geschlecht, Ursachen</li> <li>• Säuglingssterblichkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fläche der Region</li> <li>• Jahresdurchschnittliche Bevölkerung nach Geschlecht</li> <li>• Bevölkerungsdichte, Geburten, Sterbefälle</li> </ul>
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen, zu Faktorkosten</li> <li>• Einkommen aus unselbständiger Arbeit</li> <li>• Bruttoanlageinvestitionen</li> <li>• Erwerbstätige insgesamt, beschäftigte Arbeitnehmer</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bruttowertschöpfung zu: Marktpreisen, Faktorkosten</li> <li>• Erwerbstätige</li> </ul>
Arbeitslosigkeit	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Langzeitarbeitslosigkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitslosenquoten, Arbeitslosenzahlen</li> <li>• Erwerbsbevölkerung</li> </ul>
Gemeinschaftliche Arbeitskräfteerhebung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitslose nach Alter und Geschlecht (Ebene NUTS 0)</li> <li>• Bevölkerung nach Alter und Geschlecht</li> <li>• nach Alter und Geschlecht: Erwerbspersonen, Erwerbsquoten</li> <li>• Beschäftigte nach Produktionsbereichen, Voll-/ Teilzeit</li> <li>• Beschäftigungsquote nach Geschlecht</li> <li>• Anzahl der Haushalte</li> </ul>	
Energiestatistik	<ul style="list-style-type: none"> <li>• nach Energieträger: Erzeugung, Stromerzeugung</li> <li>• Erzeugung: Gas, Steinkohle, Braunkohle, Erdöl</li> <li>• Installierte Bruttoleistung bzw. Kapazität</li> <li>• Kapazität: Stromerzeugung, Erdölverarbeitung</li> <li>• Stromverbrauch nach Sektor</li> </ul>	
Agrar- und Forststatistik	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bodennutzung, Pflanzliche Erzeugung, Viehbestände</li> <li>• Kuhmilchaufnahme</li> <li>• Regionale landwirtschaftliche Gesamtrechnung</li> <li>• Struktur der landwirtschaftl. Betriebe</li> <li>• Arbeitskräfte der landwirtschaftl. Betriebe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe</li> </ul>
Verkehrsstatistik	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Straßen-, Eisenbahn- und Binnenwasserstraßennetz</li> <li>• Straßenverkehr, Fahrzeugbestand</li> <li>• Seeverkehr: Fahrgäste, Güter</li> <li>• Luftverkehr: Fahrgäste, Güter</li> </ul>	
Forschung und Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beschäftigte nach Sektoren</li> <li>• Aufwendungen nach Sektoren</li> </ul>	

Quelle: Eurostat Regionaldatenbank

Neben der Regionaldatenbank REGIO ist ein "Geographisches Informationssystem der Europäischen Kommission", die umfangreiche Datenbank GISCO, aufgebaut worden. Die Datenbank GISCO enthält geographische Informationen über eine Vielzahl von Themenbereichen. Diese reichen von topographischen Daten über Verwaltungsbezirke bis hin zu Attributdaten über die Umwelt und die natürlichen Ressourcen.

Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik<sup>\*)</sup>

## 8.4 Daten öffentlicher Institutionen

Neben den Statistischen Ämtern auf den unterschiedlichen Ebenen – von Eurostat über die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie die Stadtstatistischen Ämter – bieten weitere Ämter oder öffentliche Institutionen Regionaldaten an:

Dieses sind:

- das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), das als Instrument raumbezogener Forschung, für Analysen und Politikberatung, ein räumliches Informationssystem führt (Kapitel 8.4.1);
- der Deutsche Städtetag (DST) (Kapitel 8.4.2), als Dach der Kommunalstatistik und der Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt), fördern als überörtliche Organisation der Kommunalstatistik die Städtestatistik;
- der KOSIS-Verbund, eine kommunale Selbsthilfeorganisation, die mit Unterstützung des Deutschen Städtetags Kooperationsprojekte organisiert (Kapitel 8.4.3);
- das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) betreibt als besondere Dienststelle der Bundesagentur für Arbeit im gesetzlichen Auftrag Forschung zu Arbeitsmarkt und Beruf (Kapitel 8.4.4).

### 8.4.1 Datenbasen des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung berät die Politik in allen Fragen der Raumordnung und Raumentwicklung und erstellt dazu Berichte, Analysen und Prognosen. Als Instrument raumbezogener Forschung wird auf unterschiedlichen Ebenen ein räumliches Informationssystem geführt, dass zu einem Teil auch der Forschung zur Verfügung gestellt wird. An Datensätzen zu einer raumbezogenen Analyse bestehen:

- die CD-ROM INKAR – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung
- die Raumordnungsprognose 2020, als CD-ROM INKAR PRO
- die Innerstädtische Raumbbeobachtung – vergleichende Stadtbeobachtung (IRB)

#### Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung

Der aktuelle Stand der Raumentwicklung in Deutschland und in Europa wird mit der jährlich erscheinenden CD-ROM „INKAR Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung“ fortgeschrieben. Die Vielzahl und Vielfalt der rund 300 regionalstatistischen Indikatoren ermöglichen umfassende raum- und zeitvergleichende Analysen der Lebensbedingungen im Bundesgebiet und in den Regionen der Europäischen Union.

INKAR 2004 bietet rund 200 Indikatoren für das Bundesgebiet, die bis auf die Ebene von Kreisen und kreisfreien Städten berechnet sind. Das Themenspektrum umfasst Bevölkerung und Siedlungsstruktur, Natürliche Entwicklung, Räumliche Mobilität, Alters- und Sozialstruktur, Wirtschaft, Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Öffentliche Haushalte und Finanzen, Bildung, Medizinische Versorgung, Verkehr und Erreichbarkeit, Baulandmarkt und Bautätigkeit sowie Gebäude- und Wohnungsbestand. Ergänzt werden die auf die Bundesrepublik bezogenen kreisscharfen Informationen durch 25 Indikatoren zu den Themen Bevölkerungs- und Altersstruktur, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Wohnen und Finanzsituation in Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern.

Die CD-ROM erfuhr 2004 eine ganz wesentliche Erweiterung des Indikatorenangebotes. Sie bietet den Anwendern durch die Bereitstellung von Zeitreiheninformationen jetzt umfassendere Analysemöglichkeiten der Raumentwicklung: Dazu werden dem Nutzer in insgesamt 17 zusätzlichen Tabellen ausgewählte Indikatoren, jeweils für die Einzeljahre von 1995 bis 2002/2003 berechnet, angeboten.

Zur Darstellung der Raumentwicklung in Europa enthält INKAR auch 40 Indikatoren zur Bevölkerungs- und Altersstruktur sowie zu Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit. Damit ist der Nutzer in der Lage, die Situation einzelner Regionen, Kreise und Gemeinden nicht nur im binnendeutschen Vergleich, sondern auch vor dem Hintergrund der Regionalentwicklung in Europa zu analysieren. Diese Indikatoren werden auf den EU-NUTS-Ebenen 0, 1 und 2 nachgewiesen.

<sup>\*)</sup> Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, ZUMA, Mannheim

### Raumordnungsprognose 2020

Neben der Fortschreibung der aktuellen Indikatorenberichterstattung durch INKAR wird mit INKAR PRO ein Blick auf die zukünftige Entwicklung in den Regionen der Bundesrepublik geworfen. Die CD-ROM bietet regionalisierte Bevölkerungsvorausschätzungen, teilweise heruntergebrochen bis auf Kreisebene. Das wichtigste Prognosemodell befasst sich mit der Bevölkerungsentwicklung. Weitere Modelle betreffen die privaten Haushalte, den Wohnungsmarkt, den Arbeitsmarkt und zuletzt die Siedlungsflächen.

INKAR PRO ist das neue Produkt, mit dem künftig Prognoseergebnisse aus der Raumordnungsprognose veröffentlicht werden. Dabei wird bewusst eine formale Nähe zu INKAR gesucht: Die CD-ROM erlaubt eine interaktive Nutzung von Prognoseergebnissen unterschiedlichster Art und auf wechselnden räumlichen Ebenen.

### Innerstädtische Raubeobachtung – Vergleichende Stadtbeobachtung (IRB)

Die IRB wurde 1986 als Kooperationsprojekt des Deutschen Städtetages (DST), des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (VDSt) bzw. des kommunalstatistischen Informationssystems (KOSIS-Verbund), des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) und des BBR gegründet. Derzeit nehmen 42 Städte, darunter 10 aus den neuen Ländern, an der IRB teil. Die teilnehmenden Städte stellen kleinräumige Daten in einem gemeinsamen Pool zur Verfügung, den sie für vergleichende Analysen nutzen können.

Die räumliche Untergliederung unterscheidet sich von Stadt zu Stadt. Als Basis der vergleichenden Stadtbeobachtung wurde jeweils die statistische Gliederungsstufe ausgewählt, die dem Konzept des „Nahbereichs“ entspricht. Das sind in der Regel innerstädtische Einheiten mit ca. 10.000 Einwohnern. Das Merkmalsprogramm beschränkt sich auf Daten und Tabellen, die von den kommunalstatistischen Ämtern mit vertretbarem Aufwand zur Verfügung gestellt werden können. Das Schwergewicht liegt bei Bevölkerung (Stand und Bewegung), Wohnungen (Bestand, Zu- und Abgänge) Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe.

Für die räumliche Analyse wird unterschieden nach „City“, „sonstige Gebiete der Innenstadt“, „innenstadtnahen Stadtteilen“ und „Stadtrand“. Hinzu kommt eine Abgrenzung des „Nahbereichs“ der Städte, nach denen die überkommunalen Wanderungen differenziert werden. Diese Lagetypisierung wird ergänzt durch weitere Stadtteilcharakteristika (Nebenzentren, sozialer Status usw.).

### 8.4.2 Deutscher Städtetag (DST)

Der Deutsche Städtetag ist der größte kommunale Spitzenverband in Deutschland. Er vertritt die Interessen aller kreisfreien und der meisten kreisangehörigen Städte. In ihm haben sich über 5.500 Städte und Gemeinden zusammengeschlossen.

#### Das Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden

Das vom Deutschen Städtetag herausgegebene „Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden“, als Gemeinschaftswerk der Städtestatistik, existiert seit 1890. Im Vergleich zur Bundes- und Landesstatistik liegt die Stärke dieses Zahlenwerkes bei den regional fein gegliederten Daten, die insbesondere für die Forschung interessant sind.

Die aktuelle Ausgabe bietet auf mehr als 500 Seiten für alle Städte und Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern Strukturmerkmale zu den Bereichen Bevölkerung, Finanzen, Bildung, Gesundheitswesen, Jugend- und Altenhilfe. Darüber hinaus sind Informationen zur politischen Zusammensetzung der Stadt- und Gemeinderäte aufgeführt. Außerdem enthält das Statistische Jahrbuch weitere ausführliche Daten über alle 683 Städte und Gemeinden des Bundesgebietes mit 20.000 und mehr Einwohnern zu den Bereichen: Bevölkerungsentwicklung, Theater, Wirtschaft, Bau- und Wohnungswesen, Verkehr, Finanzen und Steuern.

#### ICOSTAT

Das interkommunale Data Warehouse ICOSTAT ist ein Vorhaben der deutschen Städtestatistik unter der Federführung des Deutschen Städtetages, das in Kooperation mit den Statistischen Ämtern der Länder und des Bundes im Rahmen des Netzwerks „Stadt- und Regionalstatistik“ betrieben wird. ICOSTAT verfolgt das Ziel, ein statistisches Informationssystem in Form einer internetfähigen Datenbank mit städtevergleichender Datenbasis in einem gemeinsamen Datenpool zur Verfügung zu stellen. Basis für die in das Data Warehouse einzustellenden Gesamtstadtdaten ist sowohl die Bundes- als auch die Kommunalstatistik. Primär soll ICOSTAT es den Nutzern ermöglichen, städtevergleichende Daten in unmittelbar weiterverarbeitbarer Form online über das Internet aus diesem Datenpool abzurufen. Gleichzeitig soll diese Datenbank die Grundlage für künftige Druckveröffentlichungen des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Gemeinden bilden.

Für die große Mehrzahl der Daten ist der Nutzerkreis beschränkt auf die Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetags (und in diesen auf die Verwaltungen und die Geschäftsstellen der Fraktionen) einerseits sowie auf die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder andererseits. Für den Informationsbedarf der Öffentlichkeit sollen lediglich Grunddaten zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehören Einwohner mit Hauptwohnsitz (untergliedert nach Altersgruppen), Fläche, Bevölkerungsdichte, Ausländeranteil und Zusammensetzung des Rates.

### 8.4.3 KOSIS-Verbund

Der KOSIS-Verbund ist eine kommunale Selbsthilfeorganisation, die mit Unterstützung des Deutschen Städtetags Kooperationsprojekte organisiert. Diese Projekte sind darauf gerichtet, Instrumente vor allem für die kommunale Statistik, die Stadtforschung und die Planung zu entwickeln oder zu beschaffen, zu warten und zu pflegen. Der KOSIS-Verbund hat es auch übernommen, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag Daten der kommunalen Statistik, insbesondere die kleinräumigen Gliederungssysteme und kleinräumig gegliederte Daten Interessenten in Forschung und Planung zugänglich zu machen. Im Europäischen Statistischen System ist der KOSIS-Verbund zusammen mit dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern an Urban Audit, der städtevergleichenden Datensammlung zur Bewertung der Lebensqualität in der Europäischen Union, beteiligt. Träger des KOSIS-Verbundes ist der Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt).

#### Die AG KOSTAT

Die AG KOSTAT wird von sechs Städten und dem BBR getragen, etwa 100 Städte sind seit 1998/99 mit Datenlieferungen beteiligt.

Die Daten umfassen zur Zeit Einwohnerzahlen für festgelegte Altersgruppen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit sowie die Zahl der Haushalte in innerstädtischer Gliederung. Außerdem gibt es zu den Daten Grenzgeometrien der statistischen Bezirke und für einen großen Teil der Städte das regionale Gliederungssystem (Straßenverzeichnis) in digitaler Form.

### 8.4.4 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gehören zu den wichtigsten Produzenten von statistischen Daten über den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die nicht-kommerzielle Forschungsvorhaben auf Basis von Mikrodaten der BA bzw. des IAB durchführen wollen, ist das Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die geeignete Anlaufstelle.

Die unterschiedlichen Ebenen von Daten:

Das IAB-Betriebspanel stellt die zentrale Quelle für Analysen zur Arbeitskräftenachfrage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland dar. Diese repräsentative Arbeitgeberbefragung zu betrieblichen Bestimmungsgrößen der Beschäftigung wird seit 1993 in Westdeutschland und seit 1996 in Ostdeutschland jährlich vom Forschungsbereich „Betriebe und Beschäftigung“ des IAB durchgeführt.

In den Linked-Employer-Employee-Datensätzen (LIAB) werden die Daten des Betriebspanels mit den längsschnittoaufbereiteten Meldungen sozialversicherungspflichtig Beschäftigter verknüpft. Diese integrierten Daten liegen in verschiedenen Versionen vor, die durch einen variierenden Variablenkanon bzw. unterschiedliche zeitliche Perspektiven charakterisiert sind.

Neben der Verknüpfung zwischen einer Befragung und amtlichen Beschäftigtendaten wie im LIAB können auch Registerdaten zu Beschäftigten mit Registerdaten zu Betrieben in Beziehung gesetzt werden. Betriebliche Informationen auf der Basis von amtlichen Daten zu Beschäftigungsbetrieben sind sowohl im Basisfile der IAB-Beschäftigtenstichproben als auch im BA-Beschäftigtenpanel enthalten.

#### IAB Beschäftigtenstichprobe (IABS): Basisfile und Regionalfile

Als faktisch anonymisiertes Scientific Use File (SUF) können Forschende die IAB-Beschäftigtenstichprobe über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln beziehen und in wissenschaftlichen Einrichtungen außerhalb des FDZ auswerten. Wissenschaftler/innen haben dabei die Wahl zwischen dem Basis- und dem Regionalfile der IAB-Beschäftigtenstichprobe, wobei letzteres durch eine tiefere regionale Gliederung, aber gröber gefasste inhaltliche Merkmale gekennzeichnet ist:

Beim Basisfile liegt der Schwerpunkt auf differenzierten berufs-, branchen- und belegschaftsbezogenen Informationen. Bei der Angabe zur Region wird demgegenüber lediglich zwischen Ost- und Westdeutschland unterschieden. Die aktuellste Version des Basisfiles erstreckt sich auf den Zeitraum von 1975 bis 1995.

Beim Regionalfile liegt der Schwerpunkt auf einer differenzierten regionalen Zuordnung der Informationen. Im Gegenzug sind aber Beruf und Branche nur grob ausgewiesen und es fehlen Informationen zur Belegschaft. Das bisher aktuellste Regionalfile bezieht sich auf die Jahre von 1975 bis 1997. Ab sofort haben Forscher/innen über das FDZ auch Zugang zu der neuesten Regionalausgabe der IABS. Diese deckt den Zeitraum von 1975 bis 2001 ab, beinhaltet ab 1999 erstmals auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und weist mit 2 % einen doppelt so großen Stichprobenumfang wie die Vorgängerversionen auf.

**Tabelle 8.4.1: Merkmale des Regionalfile 1975 bis 2001**

<p><i>Sozio-demographische Merkmale:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• systemfreie Personennummer,</li> <li>• Geschlecht, Geburtsjahr,</li> <li>• Staatsangehörigkeit (nur für Westdeutschland),</li> <li>• Schul- und Berufsausbildung</li> </ul>
<p><i>Beschäftigungsbezogene Merkmale:</i></p> <p>a) Informationen zum Beschäftigungsverhältnis: Beginn und Ende der Beschäftigung,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Art der Beschäftigung (insbesondere Unterscheidung zwischen sozialversicherungspflichtiger und geringfügiger Beschäftigung),</li> <li>• sozialversicherungspflichtiges Bruttoentgelt,</li> <li>• Beruf (130 Aggregate),</li> <li>• Stellung im Beruf (einschließlich Voll- oder Teilzeitbeschäftigung),</li> <li>• Grund für die Abgabe der Beschäftigungsmeldung (z. B. Beschäftigungsende oder -unterbrechung);</li> </ul>
<p>b) Informationen zum Betrieb:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Betriebsnummernzähler (zur Kennzeichnung von Betriebswechselln),</li> <li>• Wirtschaftszweig (16 Klassen),</li> <li>• Betriebsort (343 Mikrozensusregionen)</li> </ul>
<p><i>Leistungsbezogene Merkmale:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beginn und Ende einer Leistungsbezugsepisode,</li> <li>• Art der Leistung (Arbeitslosengeld, -hilfe oder Unterhaltsgeld),</li> <li>• Lage des zuständigen Arbeitsamts in West- oder Ostdeutschland,</li> <li>• Grund für das Ende des Leistungsbezugs Untersuchungseinheit Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ab 1999 auch geringfügig Beschäftigte)</li> </ul>

Die Einheit der regionalen Gliederung ist der Betriebsort: 343 Mikrozensusregionen auf Basis der Kreiskennziffer.

Ekkehard Mochmann\*)

## 8.5 Der Datenservice des Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA)

Das Zentralarchiv versteht sich als Serviceeinrichtung für die quantitative Sozialforschung. Als einziges öffentlich zugängliches Archiv für Daten der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland stellt es maschinenlesbare Originaldaten, insbesondere Umfragedaten der deutschen und internationalen Sozialforschung für weitere Analysen (Sekundäranalysen) zur Verfügung. Der Arbeitsbereich des Zentralarchivs erstreckt sich auf alle Fachgebiete, in denen Verfahren der empirischen Sozialforschung verwendet werden (insbesondere Soziologie, Politische Wissenschaft, aber z. B. auch Markt- und Sozialpsychologie, Massenkommunikationsforschung, Sozialpolitik, Wirtschaft und Technik, historische Sozialforschung).

### Zur Historie der sozialwissenschaftlichen Archive und des Zentralarchivs

Das Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung wurde 1960 als Institut der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln gegründet. Seit 1986 ist die Kölner Gesellschaft für Sozialforschung e.V. (KGS) rechtlicher Träger des Instituts. Im Dezember 1986 wurde die Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) errichtet. Neben dem Zentralarchiv sind das Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) in Bonn und das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim Mitglieder der GESIS. Über die GESIS ist das Zentralarchiv Mitglied der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL).

### Grundlagen der Archivtätigkeit und Verwendbarkeit des Materials

Empirische Untersuchungen sind sehr zeitaufwendig und kostenintensiv. Von der Planung über die Durchführung einer Erhebung bis hin zur Aufbereitung der Daten vergehen Monate. Das Informationspotential des Datenmaterials kann von den Primärforschern aus Zeitgründen häufig nur unvollständig ausgeschöpft werden. Die Auswertung konzentriert sich meist auf die aktuelle Problemstellung. Veränderte Forschungsperspektiven, Fortschritte in der Theoriebildung und bei den Datenanalyseverfahren eröffnen weitere Möglichkeiten, das vorhandene Material zu nutzen und neue Erkenntnisse zu gewinnen. Die Aufbereitung, Aufbewahrung und Dokumentation des Datenmaterials in einer Form, die weitere Analysen leicht möglich macht, kann vom Primärforscher in der Regel nicht geleistet werden. Hier bietet das Zentralarchiv seine Dienstleistungen an: Die Beschaffung, Aufbereitung und Bereitstellung von Datensätzen aus der Sozialforschung ermöglicht auch Studierenden empirisches Arbeiten mit hochwertigem Material auf repräsentativer Basis.

### Bereitstellung der Daten und Benutzerberatung

Der Benutzer erhält die Datensätze seinem Wunsch entsprechend auf Diskette, CD-ROM, über Internet oder auf Magnetband. Ein Muster des Originalfragebogens, Codeplan und Codebücher sowie Hintergrundinformationen über das methodische Vorgehen der Primärforscher werden ebenso zur Verfügung gestellt. Angaben über den technischen Zustand und die Entstehungsbedingungen der Daten finden sich in den zugehörigen Studienbeschreibungen. Veröffentlichungen und Ergebnisberichte zu dem entsprechenden Datensatz können ebenfalls zur Verfügung gestellt werden. Eine individuelle Beratung der Nutzer erstreckt sich auf die Auswahl von Datensätzen, Methodisch-technische Probleme der Sekundäranalyse, Datenauswertung, Zusammenstellung von Spezialliteratur und die Vorbereitung neuer Untersuchungen auf Basis vorliegender Studien.

\*) Ekkehard Mochmann, ZA, Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln



### Datenschwerpunkte

In ausgewählten Fragen-Pools kann der Benutzer direkt nach Frageformulierungen recherchieren. Diese Fragen-Pools sind speziell aufbereitete Teile des Archivstandards mit Serien aufbereiteter Codebücher. Folgende Datenschwerpunkte werden angeboten und ständig ergänzt (nähere Information zu einzelnen Datensätzen siehe Kapitel 8.6):

- Eurobarometer

Enthält Fragen aus vergleichenden Umfragen in den europäischen Ländern. Ein besonderer Schwerpunkt sind hier die Eurobarometer der EU-Kommission.

- Wahlstudien

Schwerpunkt sind die Fragen aus den Bundestagswahlstudien seit 1949 einschließlich ausgewählter Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen e.V.

- ALLBUS

Die „Allgemeine Bevölkerungsumfrage für die Sozialwissenschaften“ ist ein Gemeinschaftsprojekt von ZUMA und Zentralarchiv. Im Archiv werden die Einzeldatensätze in einen kumulierten Gesamtfile integriert.

- ISSP

Hier werden die Fragen des „International Social Survey Programme“, zur Zeit aus 39 Ländern, angeboten.

Insgesamt umfassen die Datenbestände des ZA mehr als 5.000 Studien. Diese werden ergänzt durch Daten aus dem weltweiten Netz sozialwissenschaftlicher Datenarchive, die über das ZA bezogen werden können (<http://www.gesis.org/za/>).

Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik<sup>\*)</sup>

## 8.6 Nationale Datensätze großer Umfragen der Forschung

Eine Reihe von nationalen Datensätzen hoher methodischer Qualität der Markt- und Sozialforschung eignen sich gut für eine Regionalisierung, da diese Umfragen einerseits einen großen Stichprobenumfang haben und sich darüber hinaus oft noch kumulieren lassen bzw. auch als kumulierte Datensätze angeboten werden und da sie andererseits sowohl eine Untergliederung nach Regionen auf der Ebene der Regierungsbezirke als auch eine regionale Typisierung nach den BIK-Stadttypen und/oder BIK-Regionstypen aufweisen.

Im folgenden wird eine Auswahl von drei Typen nationaler Datensätze vorgestellt, erstens bedeutende Datensätze der Marktforschung, zweitens ein zentraler Datensatz der Politikforschung und drittens eine Reihe von bedeutenden Datensätzen der Sozialforschung.

### 8.6.1 Datensätze der Marktforschung

Die Auswahl der angegebenen Studien beschränkt sich auf die zwei wichtigsten aus der Sicht der Sozialforschung.

#### Media-Analyse (MA)

Die Media-Analyse (MA) der Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse (AG.MA) ist die größte jährlich durchgeführte Media-Analyse in der Bundesrepublik. Sie untersucht das Medienverhalten für Zeitschriften/Wochenzeitungen und Supplements, Rabattkombinationen und Lesezirkel, für überregionale und regionale Tageszeitungen, Hörfunksender, -Programme bzw. -Kombinationen, öffentlich-rechtliche sowie private Fernsehsender/Programme und Kino (Film) in der Gesamtbevölkerung sowie in ihren Teilgruppen.

Die Grundgesamtheit der MA besteht aus der deutsch sprechenden Wohnbevölkerung der Bundesrepublik ab 14 Jahren einschließlich deutsch sprechender Ausländer. Im Einzelnen weist die MA die Grundgesamtheit folgendermaßen aufgliedert aus:

Um den für die Werbewirkung relevanten Teil des Kommunikationsverhaltens der Gesamtbevölkerung abzubilden, begnügte sich die MA bis 1990 damit, die Kontaktwahrscheinlichkeit (Lesewahrscheinlichkeit, Hörwahrscheinlichkeit, Sehwahrscheinlichkeit) für die einzelnen Werbeträger anzugeben, aus denen die Werte für den weitesten Nutzerkreis (weitester Leserkreis, weitester Hörerkreis, weitester Seherkreis), gebildet werden.

Beim Fernsehen werden die Daten der GfK herangezogen, beim Hörfunk stellt die MA mit zuletzt mehr als 61.000 Telefoninterviews die größte regelmäßige Befragung dar, die repräsentative Ergebnisse für rund 64,3 Millionen Bundesbürger ab 14 Jahren erbringt.

In zwei Befragungswellen pro Jahr werden in Viertelstunden-Intervallen Tagesablauf, verschiedene Tätigkeiten und Radionutzung der Befragten am Tag vor der Befragung ermittelt. 1999/2000 setzte die MA erstmals die neue CATI-Technik (Computer Assisted Telephone Interviewing) ein und berücksichtigte das gesamte in der Bundesrepublik empfangbare Radioangebot. Sie liefert zuverlässige Angaben nicht nur für die Bundesrepublik insgesamt, sondern auch für 111 sogenannte Splitgebiete. Seit 2002 gibt es zweimal pro Jahr neue Ergebnisse der MA: Anfang März und Anfang August.

#### MARPLAN-Ausländer in Deutschland

MARPLAN untersucht seit 1970 jährlich die wirtschaftliche und soziale Situation der Ausländer in Deutschland. Befragt werden zur Zeit 2000 Ausländer im Alter ab 15 Jahre, die zum Zeitpunkt der Erhebung in den alten Bundesländern (einschließlich West-Berlin) leben und einer der folgenden Nationalitäten angehören: Türken, Italiener, Griechen, Spanier und Bürger des ehemaligen Jugoslawiens. Nähere Informationen zur aktuellen Umfrage sind zu finden unter:

<http://www.marplan.de/deutsch/auslaender.asp>

<sup>\*)</sup> Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik, ZUMA, Mannheim

## 8.6.2 Datensätze der Politikforschung

Neben einer Vielzahl von Wahlstudien, von denen viele über die Wahlkreise regionalisierbar sind, ist die Studie, die hier vorgestellt werden soll, das Eurobarometer, eine Studie, die einerseits in zahlreichen Querschnitten und andererseits für alle aktuellen EU-Mitgliedsstaaten vorliegt.

### Eurobarometer

2004 wurde die 62. reguläre Erhebung in allen 25 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Hinzu kommen Umfragen in 4 Ländern, die entweder Beitrittskandidaten oder assoziiert sind. Im Rahmen des Eurobarometers gibt es eine Reihe von unterschiedlichen Erhebungen mit unterschiedlichem Ziel, die unterschiedlich häufig durchgeführt werden:

- Standard Eurobarometer (EB)

Die Standarderhebung des Eurobarometer (EB) wird regelmäßig seit 1973 zwei- bis dreimal jährlich in den Mitgliedsstaaten der EU erhoben. Jede Umfrage umfasst etwa 1.000 Interviews pro Erhebungszeitpunkt und Mitgliedstaat. Ausnahmen stellen die Bundesrepublik Deutschland mit 2.000 Interviews, Luxemburg mit 600 Interviews und Großbritannien mit 1.300 Interviews, von denen 300 in Nord-Irland durchgeführt werden und Malta und Zypern mit je 500 Interviews, dar.

- Special Eurobarometer

Spezialerhebungen des Eurobarometer dienen dazu, aktuelle Themen zu vertiefen, um damit der Europäischen Kommission und EU-Institutionen über die Standarderhebung hinaus, Daten zur Verfügung zu stellen.

- Candidate Countries Eurobarometer (CCEB)

In Zentral- und Osteuropa wurden seit für die Europäische Kommission repräsentative Umfragen auch in Beitrittländern durchgeführt. Diese zusätzlichen Erhebungen begannen im Herbst 1990 in Bulgarien, Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik. Im Oktober 2001 wurden sie auf alle damals 13 Beitrittskandidaten erweitert und das Fragenprogramm des Standard-Eurobarometer eingesetzt. Die Stichprobe umfasste pro Land 1.000 Befragte, Ausnahmen bildeten Malta und Zypern mit je 500 Interviews.

- Flash Eurobarometer

Als weitere Variante der Eurobarometer-Umfragen gibt es die thematischen Telefonumfragen, die der Europäischen Kommission schnell zu dringend benötigten Daten verhelfen soll; und die

- Qualitative Study

die sich mit Motivationen, Gefühlen und Reaktionen ausgewählter sozialer Gruppen auseinandersetzen.

Nähere Informationen unter: [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm)

## 8.6.3 Datensätze der Sozialforschung

Nationale Datensätze der Sozialforschung stellen die großen Surveys dar, die zumeist in regelmäßigen Abständen als Querschnittbefragung durchgeführt werden. Eine Ausnahme stellt das Sozio-ökonomische Panel dar, das als echter Längsschnitt durchgeführt wird und als einzige der vorgestellten Studien nicht über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln, sondern über das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin zu beziehen ist.

### Sozio-ökonomisches Panel (SOEP)

Das SOEP ist eine seit 1984 in den alten und seit 1990 in den neuen Bundesländern jährlich durchgeführte Wiederholungsbefragung von Deutschen, Ausländern und Zuwanderern in einem echten Längsschnitt. Die Stichprobe umfasst pro Erhebungsjahr etwa 12.000 Haushalte mit mehr als 22.000 Personen.

Themenschwerpunkte sind unter anderem Haushaltszusammensetzung, Erwerbs- und Familienbiographie, Erwerbsbeteiligung und berufliche Mobilität, Einkommensverläufe, Gesundheit und Lebenszufriedenheit.

Näheres unter: <http://www.diw.de/deutsch/sop/index.html>

### Allgemeine Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften (ALLBUS)

Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) ist eine Umfrageserie zu Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Erhebungen werden seit 1980 in einem zweijährigen Abstand als repräsentativer Querschnitt der bundesdeutschen Bevölkerung durchgeführt. Als Serviceleistung für die sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre werden die ALLBUS-Daten unmittelbar nach Aufbereitung und Dokumentation allen interessierten Personen und Institutionen für die Analyse zur Verfügung gestellt

Das Fragenprogramm jeder ALLBUS-Erhebung umfasst ein bis zwei Themenschwerpunkte wie z. B. abweichendes Verhalten, religiöse Orientierungen, Einstellungen zu sozialer Ungleichheit, politische Partizipation. Zusätzlich enthält es Einzelindikatoren und kleinere Itembatterien zu verschiedenen weiteren Bereichen. Darüber hinaus werden in jeder ALLBUS-Umfrage detaillierte demographische Informationen zum Befragten und deren/dessen Ehe- bzw. Lebenspartner erfasst.

Näheres unter: [www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Allbus/](http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Allbus/)

### Shell Jugendstudien

Seit 1952 beauftragt die Deutsche Shell führende Forschungsinstitute mit der Erstellung von Jugendstudien. Bis heute sind insgesamt 14 Shell Jugendstudien veröffentlicht worden. Die Deutsche Shell beschränkt sich bei der Jugenduntersuchung darauf, die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Shell nimmt keinen Einfluss auf die Fragestellung und die Auswertung.

Der Stichprobenumfang beträgt bei der Erhebung 2002 ca. 2.500 Befragte im Alter zwischen 12 und 25 Jahren, lebend in der Bundesrepublik Deutschland. Es werden Themen erhoben wie Familie, Wertewandel, Individualität, Politikinteresse, Problemsichten.

### DJI Surveys (Jugend, Familie, Kinder)

Es gehört zu den Kernaufgaben des Deutschen Jugendinstitut (München), die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie die darauf bezogenen Leistungen von Jugendhilfe-Einrichtungen auf Dauer zu beobachten. Mit diesem *Social Monitoring* leistet das Institut einen spezifischen Beitrag zu einer umfassenden und kontinuierlichen *Sozialberichterstattung* in Deutschland. Die Forschungsergebnisse zeigen gesellschaftliche Veränderungen auf und ermöglichen es, sozialpolitische Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

Die drei großen Untersuchungen des DJI, der Familiensurvey (1. Welle: 1987/1990, 2. Welle: 1994, 3. Welle: 2000), der Jugendsurvey (1. Welle: 1992, 2. Welle: 1997, 3. Welle: 2003) und das Kinderpanel (gestartet 2002), werden in der Abteilung „Social Monitoring“ inhaltlich, methodisch und forschungsorganisatorisch integriert. Der Familiensurvey kombiniert Querschnitt mit Längsschnitt, der Jugendsurvey ist eine reine Querschnittuntersuchung. Das Kinderpanel ist eine Längsschnittuntersuchung über 3 Wellen im zweijährigen Abstand. Die dritte Welle wird 2005/2006 durchgeführt.

Nähere Informationen unter: <http://cgi.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=8>

### Wohlfahrtssurvey

Der „Wohlfahrtssurvey“ ist eine unregelmäßig stattfindende Umfrage zu Wohlfahrtsentwicklung, Integration und Exklusion im deutsch-deutschen und europäischen Vergleich. Er wird gemeinsam von der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) und der Abteilung Soziale Indikatoren von ZUMA durchgeführt. Bisherige Erhebungen waren: 1978, 1980, 1984, und 1988 mit einem Stichprobenumfang zwischen 2.000 und 2.500 befragten Deutschen im Alter ab 18 Jahren in den alten Bundesländern; 1993 und 1998 mit einem Stichprobenumfang von ca. 3.000 Befragten in den alten und 2.000 Befragten Personen in den neuen Bundesländern.

Die Surveys enthalten gemäß dem Replikationsprinzip zum größten Teil gleichlautende Fragen, darüber hinaus aber auch wechselnde thematische Schwerpunkte. Repliziert werden Fragen zu objektiven und subjektiven Indikatoren innerhalb privater und öffentlicher Lebensbereiche und die globalen Maße subjektiven Wohlbefindens sowie wohlfahrtsrelevante Einstellungen und Werte.

Nähere Informationen unter:

<http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/Daten/Wohlfahrtssurvey/wseinf.htm>

Wolfgang Sodeur\*)

## 8.7 Forschungsdatensätze auf internationaler Ebene

Angesichts der Vielfalt regionaler Gliederungen allein auf der nationalen Ebene der BRD kann es nicht verwundern, dass Bemühungen um die Standardisierung regionaler Einheiten auf internationaler Ebene noch nicht sehr weit gediehen sind. In den großen internationalen Studien, wir erwähnen hier nur das Eurobarometer, die European Election Studies (EES) und das International Social Survey Program (ISSP), sind nur wenige Regionaldaten und diese auch nur in beschränkt vergleichbarer Form vertreten.

Relativ vergleichbar erscheinen die regionalen Beschreibungen der Größe und Typ des Wohnortes, „Type of Community“ (in Selbsteinschätzung der Befragten) im ISSP oder die „Size of Location“ im EES und Eurobarometer, letztere aber schon wieder mit je nach Land abweichenden Kategorien.

Auch die Regionen sind länderspezifisch definiert und folgen allenfalls innerhalb der Europäischen Union den dort geltenden Regeln (meist NUTS 1 oder 2, vgl. Kapitel 8.3.2). Bei Nutzung der regionalen Gliederungen internationaler Studien wird man deshalb stets und abhängig von der jeweiligen inhaltlichen Fragestellung die länderspezifischen Kodierungen vergleichen und gegebenenfalls (vergrößernd) anpassen müssen.

---

\*) Wolfgang Sodeur, Universität Duisburg-Essen, Campus Essen, FB 1: Empirische Sozialforschung

Wolfgang Sodeur\*)

## 8.8 Überlegungen zum Aufbau einer Meta-Datenbank über potentiell in Deutschland verfügbare Befragungsdaten

Im vorliegenden Buch sind viele Einzelheiten darüber zusammengetragen worden, was wir über den aktuellen Stand regionaler Abgrenzungen in der BRD und über verfügbare Daten aus solchen regionalen Einheiten wissen. Damit haben wir, um ein verbreitetes Bild zu bemühen, über die gefüllte Hälfte eines halb vollen Glases gesprochen. Wie sieht es mit der anderen Hälfte aus?

Die folgenden Überlegungen stammen aus einer Zeit im Frühjahr 2000, als eine gewisse Ratlosigkeit herrschte über die Pläne der damaligen Regierung zur Durchführung der „Volkszählung 2000“ in Form einer sehr einfachen Registerzählung. Welche Basisdaten mit welchen Merkmalsverknüpfungen und in welcher regionalen Gliederung würden künftig zur Verfügung stehen? Wie lange würde es dauern, bis überhaupt Daten aus einer neuen Volkszählung vorhanden sein könnten, in welcher Gliederungstiefe und welchem Merkmalsprogramm auch immer? Als Folge solcher und ähnlicher Fragen richtete sich eine verstärkte Suche auf bereits vorhandene Daten und auf ihre gegebenenfalls bessere Nutzung.

Allein auf der Basis von Wahrscheinlichkeitsauswahlen werden in der BRD jährlich viele hunderttausend Befragungen durchgeführt: An der Spitze steht mit einer Stichprobengröße von etwa 800.000 Fällen der Mikrozensus, gefolgt von der Media-Analyse mit rund 200.000 Fällen; dann kommen zahlreiche (meist Mehrthemen-) Untersuchungen von gewerblichen und wissenschaftlichen Institutionen hinzu, von denen es einige aufgrund mehrfacher Applikation jeweils allein auf mehr als 10.000 Fälle pro Jahr bringen. Insgesamt schätzen wir, dass in der BRD jährlich mindestens 1,2 bis 1,3 Millionen Befragungsfälle auf Basis von Wahrscheinlichkeitsauswahlen entstehen.

Relativ unklar ist, inwieweit man mit den „sozio-demographischen“ Daten dieser Befragungen Teile eines Zensusprogramms ersetzen oder unterperiodisch ergänzen könnte. Unklar ist auch, wie diese Daten sich über die Regionen der BRD verteilen und bis zu welcher Gliederungstiefe sie gegebenenfalls auswertbar wären. Fragen dieser Art können auch nicht ohne weiteres beantwortet werden, da es zunächst unmöglich erscheint, die verstreuten Informationen über die vielen Teildatensätze einigermaßen vollständig zusammenzutragen. Einem solchen Unternehmen stehen teils rechtliche Weitergabe-Beschränkungen auf gesetzlicher (vor allem beim Mikrozensus) oder vertragsrechtlicher Art (z. B. bei Marktforschungserhebungen) entgegen.

Die einleitend kurz beschriebenen Ziele und die zuletzt genannten Probleme führten zu dem Schluss, dass der Versuch einer unmittelbaren Zusammenführung der verstreuten Datensätze (fast) chancenlos sei. Mangels Detailkenntnissen über die potentielle Brauchbarkeit eines solchen Datensatzes erscheint es auch als ausgeschlossen, die zahlreichen Entscheidungsträger bis hin zum Gesetzgeber zur Überwindung der Hindernisse zu bewegen. Es ist daher naheliegend, zunächst die benötigten Informationen auf einer „Metaebene“ zusammenzutragen: Statt um eine Zusammenführung der Datensätze selbst geht es nun nur um die Zusammenführung der „Beschreibungen der Datensätze“. Dieses geschieht mit dem Ziel herauszufinden, welche Merkmale aus dem Programm der Volkszählungen in welcher regionalen und zeitlichen Differenzierung in einem Datensatz verfügbar wären, der durch Kombination aller verfügbaren entstünde.

Wir beschreiben nun einige Einzelheiten der zu erzeugenden Datei und weisen auf kritische Punkte hin, die beim Aufbau dieser „Meta-Datenbank“ zu beachten wären:

- 1) Gegenstand des Vorhabens sind Erhebungen bei Personen oder Haushalten in der BRD, deren Einheiten auf regionaler Basis (z. B. ADM-Mastersample) nach einem Wahrscheinlichkeitsverfahren ausgewählt wurden. Gesammelt werden sollen Daten „über die Erhebungen“, nicht die Daten selbst. Als Informationen über die Erhebungen kommen insbesondere in Betracht:
  - Jahr der Erhebung
  - Art des Auswahlverfahrens<sup>1)</sup>
  - Regionalkennzeichen (etwa: Gemeinde- oder Kreiskennziffer)
  - Zahl der Einheiten, über die Daten erhoben wurden
  - Art der erhobenen Daten, z. B. anhand der Demographischen Standards
  - Welche Merkmale wurden in welcher Gliederung der Kategorien erhoben?

\*) Wolfgang Sodeur, Universität Duisburg-Essen, Campus Essen, FB 1: Empirische Sozialforschung

1) Zu den benötigten Informationen gehören auch spezielle Bedingungen für die Kombinierbarkeit von Stichproben wie z. B. die gewählte Schichtung, siehe Kapitel 6.4.

- 2) Ein Treuhänder sammelt, verwaltet und analysiert die Metadaten über verfügbare Datensätze. Der Treuhänder wird einvernehmlich von den Datengebern bestimmt. Er arbeitet im Rahmen eines Statistischen Amtes. Soweit sie oder er nicht bereits Mitarbeiter des Statistischen Amtes ist, muss sie/er speziell für diese Arbeit vom Amt vereidigt werden.
- 3) Der Datensatz steht nur dem Treuhänder zur Verfügung. Eine Weitergabe von Ergebnissen ist nur über den gesamten Datensatz, nicht jedoch über Teilmengen der Daten aus einzelnen Instituten oder Gruppen von Instituten zulässig. Hinsichtlich des Mikrozensus ergibt sich diese Einschränkung aus dem Verbot, den Auswahlplan aufzudecken. Hinsichtlich aller übrigen Daten folgt die Einschränkung dem allgemeinen Vertrauensschutz.
- 4) Wenn sich aus der Verteilung der Fallzahlen über Regionaleinheiten Rückschlüsse auf die Herkunft ergeben können, muss der Treuhänder auch solche Spuren beseitigen. So könnte z. B. eine hohe Ausschöpfung nur in den vom Mikrozensus besetzten Gebieten realisiert sein, womit unbeabsichtigte Hinweise auf dessen Auswahlplan entstünden. In diesen und ähnlichen Fällen müssen die Fallzahlen über die entsprechenden Gebiete vor einer Auswertung auf ein unauffälliges Niveau vermindert werden (etwa: wenn Fallzahl >10, Ersatz durch Zufallszahl entsprechend der Verteilung der Fallzahlen 1-9 über alle übrigen Gebiete). Oder es müsste ein Übergang auf nächsthöhere Ebenen regionaler Einheiten erfolgen, etwa durch Zusammenfassung aller Gemeinden eines Kreises.
- 5) Eine Auswertung erfolgt über
  - a) regionale Einheiten unterschiedlicher Ebene und
  - b) über Regionstypen (siehe Kapitel 4)
  - c) und über die Merkmale des Merkmalkatalogs (s.o., Punkt 1) einzeln bzw. in ausgewählten Kombinationen. Damit sollte transparent werden, welche Aufgaben der Regionalstatistik ein tatsächlich entstehender Datensatz dieser Art erfüllen könnte.

Da es bei diesen Auswertungen noch nicht um die Daten selbst geht, sondern nur um die Beschreibungen der verfügbaren Daten, ergeben sich vergleichsweise unproblematische Möglichkeiten zur Prüfung potentieller Analysemöglichkeiten, z. B.:

In welcher regionalen Tiefe würde der kombinierte Datensatz Auswertungen erlauben? Geht man z. B. von einer bestimmten Mindestzahl nm von Fällen aus, die für eine hinreichende Beschreibung regionaler Einheiten als nötig erscheint, so könnte leicht ermittelt werden, für welche Ebene regionaler Einheiten diese Fallzahluntergrenze entweder flächendeckend oder für einzelne Bundesländer oder für größere, anders abgegrenzte Regionen erfüllt wäre.

Oder:

Für welche der (zwischen den Einzeldatensätzen variierenden!) Merkmale stehen hinreichend viele Fälle und auf welchen Ebenen regionaler Einheiten zur Verfügung?

In welcher regionalen Tiefe könnten einzelne Merkmale oder Merkmalskombinationen bei einer bestimmten Zusammenfassung von Merkmalskategorien ausgewertet werden, ohne dass die Gefahr einer „faktischen De-Anonymisierbarkeit“ entsteht?

- 6) Bei positivem Ausgang dieser Untersuchungen und breitem Interesse an den Auswertungsmöglichkeiten entsprechender Datensätze müsste nach Wegen gesucht werden, diesen Datensatz – anstelle seiner bloßen Beschreibung anhand der hier vorgeschlagenen Metadaten – tatsächlich aufzubauen.

Zusammenfassend ist hervorzuheben, dass die hier formulierten Vorschläge sich auf den ersten Schritt zur Sammlung und Auswertung von Metadaten aus Erhebungen aufgrund von Wahrscheinlichkeitsauswahlen konzentrieren. Das vorrangige Ziel dabei ist zu erfahren, wie stark die jeweils interessierenden regionalen Einheiten nach Kumulation der Datensätze besetzt wären, für welche Merkmale auf welchen Ebenen regionaler Einheiten wie viele Fälle zur Verfügung stehen, und bis auf welche Ebene man regionale Einheiten gegebenenfalls aggregieren müsste, um bei einer tatsächlichen Zusammenführung der einzelnen Wahrscheinlichkeitsauswahlen eine hinreichende Zahl von Fällen zu gewinnen.

## 9 Regionalisierung der "Demographischen Standards" aus dem Mikrozensus 2002

### 9.1 Bevölkerung am Hauptwohnsitz in Privathaushalten nach ausgewählten Merkmalen

#### Bevölkerung insgesamt nach Gemeindegrößenklassen

Gegenstand der Nachweisung	Ins-gesamt		Gemeindegrößenklassen																	
			unter 2 000 Einwohner n		2 000 bis unter 5 000 Einwohner n		5 000 bis unter 10 000 Einwohner n		10 000 bis unter 20 000 Einwohnern		20 000 bis unter 50 000 Einwohnern		50 000 bis unter 100 000 Einwohner n		100 000 bis unter 200 000 Einwohner n		200 000 bis unter 500 000 Einwohner n		500 000 und mehr Einwohner	
	1		2		3		4		5		6		7		8		9			
	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%
<b>Geschlecht</b>																				
Männlich	39.697	48,6	2.891	49,6	3.923	49,5	4.426	49,1	5.826	48,7	7.156	48,5	3.341	48,2	2.819	47,9	3.666	47,9	5.649	48,1
Weiblich	41.992	51,4	2.937	50,4	4.004	50,5	4.580	50,9	6.129	51,3	7.603	51,5	3.597	51,8	3.066	52,1	3.987	52,1	6.090	51,9
Insgesamt	81.689	100	5.828	100	7.926	100	9.006	100	11.955	100	14.759	100	6.938	100	5.886	100	7.652	100	11.740	100
<b>Staatsangehörigkeit</b>																				
Deutsch	74.889	91,7	5.743	98,5	7.693	97,1	8.563	95,1	11.199	93,7	13.560	91,9	6.241	90,0	5.178	88,0	6.856	89,6	9.855	83,9
Nicht deutsch	6.801	8,3	85	1,5	233	2,9	443	4,9	756	6,3	1.199	8,1	696	10,0	708	12,0	796	10,4	1.885	16,1
Insgesamt	81.689	100	5.828	100	7.926	100	9.006	100	11.955	100	14.759	100	6.938	100	5.886	100	7.652	100	11.740	100
<b>Alter von ... bis unter ... Jahren</b>																				
unter 5	3.813	4,7	275	4,7	369	4,7	430	4,8	579	4,8	717	4,9	316	4,5	267	4,5	330	4,3	530	4,5
5 - 10	3.973	4,9	282	4,8	400	5,0	472	5,2	634	5,3	751	5,1	337	4,9	269	4,6	311	4,1	517	4,4
10 - 15	4.602	5,6	370	6,4	510	6,4	557	6,2	711	5,9	843	5,7	369	5,3	315	5,3	380	5,0	546	4,7
15 - 20	4.611	5,6	381	6,5	498	6,3	555	6,2	709	5,9	832	5,6	384	5,5	308	5,2	405	5,3	539	4,6
20 - 25	4.577	5,6	294	5,0	430	5,4	480	5,3	632	5,3	776	5,3	407	5,9	371	6,3	490	6,4	697	5,9
25 - 30	4.340	5,3	253	4,3	368	4,6	425	4,7	564	4,7	717	4,9	376	5,4	363	6,2	475	6,2	799	6,8
30 - 35	5.908	7,2	380	6,5	523	6,6	630	7,0	820	6,9	1.041	7,1	491	7,1	437	7,4	592	7,7	994	8,5
35 - 40	6.888	8,4	513	8,8	669	8,4	756	8,4	1.010	8,4	1.237	8,4	549	7,9	487	8,3	608	7,9	1.061	9,0
40 - 45	6.479	7,9	509	8,7	664	8,4	732	8,1	957	8,0	1.157	7,8	515	7,4	471	8,0	579	7,6	895	7,6
45 - 50	5.836	7,1	454	7,8	598	7,5	668	7,4	876	7,3	1.053	7,1	478	6,9	404	6,9	523	6,8	783	6,7
50 - 55	5.497	6,7	390	6,7	558	7,0	614	6,8	815	6,8	988	6,7	481	6,9	377	6,4	488	6,4	787	6,7
55 - 60	4.697	5,7	277	4,8	429	5,4	488	5,4	673	5,6	867	5,9	427	6,2	335	5,7	466	6,1	735	6,3
60 - 65	6.101	7,5	416	7,1	578	7,3	653	7,3	911	7,6	1.130	7,7	549	7,9	423	7,2	579	7,6	862	7,3
65 - 70	4.736	5,8	353	6,1	444	5,6	535	5,9	687	5,7	879	6,0	413	5,9	327	5,6	436	5,7	661	5,6
70 - 75	3.787	4,6	294	5,0	363	4,6	407	4,5	543	4,5	709	4,8	325	4,7	279	4,7	370	4,8	496	4,2
75 - 80	2.927	3,6	201	3,4	270	3,4	309	3,4	418	3,5	543	3,7	263	3,8	222	3,8	302	4,0	399	3,4
80 - 85	1.740	2,1	112	1,9	151	1,9	179	2,0	256	2,1	315	2,1	148	2,1	139	2,4	188	2,5	251	2,1
85 - 90	800	1,0	48	0,8	71	0,9	82	0,9	113	0,9	140	0,9	76	1,1	61	1,0	84	1,1	124	1,1
90 - 95	326	0,4	21	0,4	29	0,4	29	0,3	42	0,3	55	0,4	30	0,4	27	0,5	38	0,5	56	0,5
95 und älter	53	0,1	/	/	/	/	5	0,1	8	0,1	8	0,1	5	0,1	/	/	6	0,1	9	0,1
Insgesamt	81.689	100	5.828	100	7.926	100	9.006	100	11.955	100	14.759	100	6.938	100	5.886	100	7.652	100	11.740	100
<b>Familienstand</b>																				
Ledig	31.388	38,4	2.189	37,6	3.009	38,0	3.411	37,9	4.445	37,2	5.428	36,8	2.582	37,2	2.307	39,2	3.042	39,8	4.975	42,4
Verheiratet	39.962	48,9	2.988	51,3	4.043	51,0	4.560	50,6	6.104	51,1	7.450	50,5	3.437	49,5	2.784	47,3	3.511	45,9	5.084	43,3
Verwitwet	6.024	7,4	440	7,6	571	7,2	651	7,2	862	7,2	1.094	7,4	531	7,7	438	7,4	605	7,9	832	7,1
Geschieden	4.315	5,3	210	3,6	303	3,8	383	4,3	544	4,6	786	5,3	388	5,6	357	6,1	494	6,5	849	7,2
Insgesamt	81.689	100	5.828	100	7.926	100	9.006	100	11.955	100	14.759	100	6.938	100	5.886	100	7.652	100	11.740	100
dar.: Nichteheliche Lebensgemeinschaft	4.571	5,6	287	4,9	387	4,9	460	5,1	595	5,0	778	5,3	373	5,4	346	5,9	506	6,6	840	7,2
<b>Zur Zeit Schüler(in) einer allgemeinbildenden Schule</b>																				
Ja	10.235	12,5	774	13,3	1.060	13,4	1.206	13,4	1.588	13,3	1.895	12,8	857	12,4	705	12,0	864	11,3	1.286	11,0
Nein	71.454	87,5	5.054	86,7	6.867	86,6	7.800	86,6	10.367	86,7	12.864	87,2	6.080	87,6	5.181	88,0	6.788	88,7	10.453	89,0
Insgesamt	81.689	100	5.828	100	7.926	100	9.006	100	11.955	100	14.759	100	6.938	100	5.886	100	7.652	100	11.740	100



Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt		Gemeindegrößenklassen																	
			unter 2 000 Einwohner		2 000 bis unter 5 000 Einwohner		5 000 bis unter 10 000 Einwohner		10 000 bis unter 20 000 Einwohner		20 000 bis unter 50 000 Einwohnern		50 000 bis unter 100 000 Einwohner		100 000 bis unter 200 000 Einwohner		200 000 bis unter 500 000 Einwohner		500 000 und mehr Einwohner	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9									
	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%
<b>Höchster allgemeinbildender Schulabschluss</b>																				
Hauptschulabschluss (Volksschulabschluss)	29.864	36,6	2.298	39,4	3.189	40,2	3.624	40,2	4.564	38,2	5.510	37,3	2.648	38,2	2.095	35,6	2.492	32,6	3.444	29,3
Realschulabschluss (Mittlere Reife)	12.761	15,6	768	13,2	1.129	14,2	1.456	16,2	1.998	16,7	2.383	16,1	1.097	15,8	900	15,3	1.044	13,6	1.986	16,9
Abschluss der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der ehem. DDR	4.985	6,1	803	13,8	787	9,9	568	6,3	616	5,2	816	5,5	211	3,0	200	3,4	601	7,9	383	3,3
Fachhochschulreife	2.604	3,2	125	2,1	194	2,4	252	2,8	369	3,1	506	3,4	259	3,7	216	3,7	297	3,9	388	3,3
Allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife (Abitur)	10.684	13,1	438	7,5	680	8,6	839	9,3	1.296	10,8	1.670	11,3	905	13,0	967	16,4	1.411	18,4	2.478	21,1
Angabe fehlt	556	0,7	27	0,5	45	0,6	58	0,6	83	0,7	97	0,7	50	0,7	42	0,7	60	0,8	93	0,8
Entfällt (Kinder unter 15 Jahren, Schüler an allgemeinbildenden)	20.236	24,8	1.369	23,5	1.904	24,0	2.209	24,5	3.028	25,3	3.778	25,6	1.767	25,5	1.466	24,9	1.747	22,8	2.968	25,3
Insgesamt	81.689	100	5.828	100	7.926	100	9.006	100	11.955	100	14.759	100	6.938	100	5.886	100	7.652	100	11.740	100
<b>Beruflicher Ausbildungsabschluss</b>																				
Noch in beruflicher Ausbildung (Auszubildende/r Student/in)	2.780	3,4	180	3,1	247	3,1	271	3,0	355	3,0	411	2,8	240	3,5	256	4,3	352	4,6	468	4,0
Anlernausbildung oder berufl. Praktikum	1.063	1,3	81	1,4	105	1,3	102	1,1	154	1,3	189	1,3	97	1,4	73	1,2	96	1,3	165	1,4
Berufsvorbereitungsjahr	135	0,2	11	0,2	11	0,1	14	0,2	13	0,1	22	0,1	12	0,2	10	0,2	15	0,2	27	0,2
Abschluss einer Lehrausbildung, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentl. Verwaltung	30.336	37,1	2.398	41,1	3.168	40,0	3.505	38,9	4.574	38,3	5.582	37,8	2.464	35,5	2.069	35,2	2.721	35,6	3.855	32,8
Berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfachschule/ Kollegschule, Abschl. 1-jähriger Schule d. Gesundheitswesens	2.035	2,5	145	2,5	184	2,3	223	2,5	276	2,3	360	2,4	213	3,1	154	2,6	186	2,4	296	2,5
Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Abschluss einer 2-/3-jährigen Schule d. Gesundheitswesens, Abschl. einer Fach- oder Berufsakademie	3.864	4,7	290	5,0	447	5,6	508	5,6	612	5,1	706	4,8	314	4,5	235	4,0	314	4,1	439	3,7
Abschluss der Fachschule der ehem. DDR	1.020	1,2	122	2,1	129	1,6	102	1,1	125	1,0	170	1,2	50	0,7	53	0,9	153	2,0	115	1,0
Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule	518	0,6	27	0,5	38	0,5	52	0,6	80	0,7	96	0,7	49	0,7	41	0,7	52	0,7	83	0,7
Fachhochschulabschluss (auch Ingenieurschulabschluss, ohne Verwaltungsfachhochschule)	2.604	3,2	139	2,4	205	2,6	255	2,8	372	3,1	472	3,2	212	3,1	184	3,1	301	3,9	464	4,0
Abschluss einer Universität (wissenschaftl. Hochschule, auch Kunsthochschule)	3.597	4,4	144	2,5	223	2,8	277	3,1	426	3,6	537	3,6	283	4,1	328	5,6	486	6,4	892	7,6
Promotion	568	0,7	17	0,3	35	0,4	42	0,5	70	0,6	79	0,5	50	0,7	54	0,9	93	1,2	129	1,1
Angabe fehlt	1.074	1,3	60	1,0	100	1,3	117	1,3	151	1,3	184	1,2	101	1,5	93	1,6	103	1,3	165	1,4
Entfällt (Kinder unter 15 Jahren, Schüler an allgemeinbild. Schulen)	32.096	39,3	2.215	38,0	3.033	38,3	3.538	39,3	4.747	39,7	5.952	40,3	2.852	41,1	2.337	39,7	2.782	36,3	4.641	39,5
Insgesamt	81.689	100	5.828	100	7.926	100	9.006	100	11.955	100	14.759	100	6.938	100	5.886	100	7.652	100	11.740	100

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt		Gemeindegrößenklassen																	
			unter 2 000 Einwohner n		2 000 bis unter 5 000 Einwohner n		5 000 bis unter 10 000 Einwohner n		10 000 bis unter 20 000 Einwohner n		20 000 bis unter 50 000 Einwohnern		50 000 bis unter 100 000 Einwohner n		100 000 bis unter 200 000 Einwohner n		200 000 bis unter 500 000 Einwohner n		500 000 und mehr Einwohner	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9									
	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%
<i>dar.: Mit Angabe eines beruflichen Ausbildungsabschnittes zusammen</i>	45.739	56,0	3.374	57,9	4.546	57,4	5.080	56,4	6.702	56,1	8.212	55,6	3.744	54,0	3.200	54,4	4.416	57,7	6.466	55,1
<b>Erwerbstätigkeit</b>																				
Vollzeit-Erwerbstätigkeit m. einer wöchentl. Arbeitszeit von 35 Stunden und mehr	28.058	77,1	2.090	80,2	2.860	77,9	3.179	76,8	4.115	76,4	4.991	77,2	2.271	76,2	1.918	75,1	2.545	77,3	4.089	77,4
Teilzeit-Erwerbstätigkeit m. einer wöchentl. Arbeitszeit von 15 bis 34 Stunden	5.671	15,6	372	14,3	559	15,2	639	15,5	852	15,8	995	15,4	466	15,6	433	17,0	507	15,4	849	16,1
Teilzeit- oder stundenweise Erwerbstätigkeit mit einer wöchentlichen Arbeitszeit unter 15	2.649	7,3	146	5,6	254	6,9	320	7,7	420	7,8	478	7,4	244	8,2	202	7,9	241	7,3	345	6,5
Insgesamt	36.378	100	2.607	100	3.673	100	4.138	100	5.387	100	6.464	100	2.982	100	2.553	100	3.293	100	5.282	100
<i>dar.: Mutterschafts-/Erziehungsurlaub oder in sonstiger</i>	513	1,4	36	1,4	54	1,5	66	1,6	85	1,6	90	1,4	38	1,3	31	1,2	43	1,3	70	1,3
<b>Soziale Stellung</b>																				
Student(in)	1.904	2,3	75	1,3	112	1,4	128	1,4	194	1,6	234	1,6	172	2,5	229	3,9	315	4,1	445	3,8
Rentner(in), Pensionär(in), im Vorruhestand	18.203	22,3	1.336	22,9	1.741	22,0	1.950	21,7	2.599	21,7	3.330	22,6	1.577	22,7	1.307	22,2	1.813	23,7	2.551	21,7
Zur Zeit arbeitslos, Null-Kurzarbeit	3.102	3,8	277	4,7	291	3,7	298	3,3	375	3,1	539	3,7	255	3,7	215	3,7	358	4,7	495	4,2
Nichterwerbstätig, mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige	6.149	7,5	375	6,4	520	6,6	666	7,4	954	8,0	1.200	8,1	617	8,9	490	8,3	509	6,6	819	7,0
Wehr-, Zivildienstleistender	173	0,2	13	0,2	21	0,3	20	0,2	27	0,2	29	0,2	15	0,2	12	0,2	16	0,2	19	0,2
Aus anderen Gründen nicht vollzeiterwerbstätig	7.670	9,4	477	8,2	748	9,4	886	9,8	1.175	9,8	1.366	9,3	665	9,6	572	9,7	691	9,0	1.090	9,3
Übrige	44.488	54,5	3.275	56,2	4.493	56,7	5.058	56,2	6.632	55,5	8.060	54,6	3.637	52,4	3.061	52,0	3.951	51,6	6.320	53,8
Insgesamt	81.689	100	5.828	100	7.926	100	9.006	100	11.955	100	14.759	100	6.938	100	5.886	100	7.652	100	11.740	100
<b>Frühere Erwerbstätigkeit</b>																				
Nichterwerbstätigkeit mit früherer Erwerbstätigkeit	25.225	76,5	1.813	78,4	2.381	78,2	2.654	77,2	3.512	76,5	4.596	77,1	2.186	74,5	1.817	73,6	2.559	76,4	3.706	76,2
Nichterwerbstätigkeit ohne frühere Erwerbstätigkeit	7.627	23,1	489	21,2	653	21,4	772	22,5	1.059	23,1	1.345	22,6	740	25,2	642	26,0	784	23,4	1.142	23,5
Ohne Angabe zur früheren	110	0,3	10	0,4	10	0,3	11	0,3	16	0,4	22	0,4	8	0,3	11	0,4	6	0,2	16	0,3
Zusammen	32.962	100	2.313	100	3.045	100	3.437	100	4.588	100	5.964	100	2.934	100	2.469	100	3.349	100	4.864	100

Gegenstand der Nachweisung	Ins-gesamt		Gemeindegrößenklassen																	
			unter 2 000 Einwohner n		2 000 bis unter 5 000 Einwohner n		5 000 bis unter 10 000 Einwohner n		10 000 bis unter 20 000 Einwohnern		20 000 bis unter 50 000 Einwohnern		50 000 bis unter 100 000 Einwohner n		100 000 bis unter 200 000 Einwohner n		200 000 bis unter 500 000 Einwohner n		500 000 und mehr Einwohner	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9									
	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%
<b>Berufe nach Gruppen (Ergebnis des Mikrozensus 2000)</b>																				
Selbständiger... Alleinschaffend; Selbstständiger mit 1 bis 4 Beschäftigten (u.a. freiberuflich tätig; selbstständiger Landwirt)	2.981	8,2	243	9,0	328	8,9	356	8,5	433	8,1	464	7,2	215	7,1	180	7,2	245	7,4	517	9,8
Selbständiger/Gewerbetreibender/Unternehmer mit 5 u. mehr Beschäftigten	632	1,7	50	1,8	72	1,9	78	1,9	98	1,8	115	1,8	52	1,7	41	1,7	47	1,4	79	1,5
Beamter /-in, Richter(in), Berufssoldat(in), und zwar ...Beamter/Beamtin im einfachen Dienst (bis einschl. Oberamtsmeister/in)	98	0,3	5	0,2	11	0,3	9	0,2	16	0,3	17	0,3	9	0,3	6	0,2	10	0,3	13	0,3
...Beamte im mittleren Dienst (von Assistent/in bis einschl. Hauptsekretär/in, Amtsinspektor/in)	616	1,7	42	1,6	62	1,7	71	1,7	97	1,8	110	1,7	51	1,7	43	1,7	51	1,6	88	1,7
...Beamte/Beamtin im gehobenen Dienst (von Inspektor/in bis einschl. Oberamtsrat/-rätin)	769	2,1	44	1,6	68	1,8	81	1,9	114	2,1	150	2,3	67	2,2	54	2,1	71	2,2	121	2,3
...Beamte im höheren Dienst, Richter(in) (von Rat/Rätin aufwärts)	432	1,2	16	0,6	31	0,8	41	1,0	62	1,2	74	1,1	41	1,3	39	1,6	50	1,5	78	1,5
...Angestellte/r, und zwar ...Meister, Polier im Angestelltenverhältnis	502	1,4	43	1,6	56	1,5	58	1,4	82	1,5	97	1,5	44	1,4	31	1,3	39	1,2	52	1,0
...ausführender Angestellter (z. B. Bürobote, Kassierer, Schreibkraft)	1.716	4,7	120	4,4	161	4,4	179	4,3	229	4,3	317	4,9	145	4,8	121	4,8	157	4,8	288	5,5
...Angestellter mit einfachen Fachtätigkeiten (z. B. Verkäufer, Kontorist, Sekretär)	3.373	9,3	222	8,2	310	8,4	366	8,8	484	9,1	602	9,3	287	9,4	238	9,5	325	9,9	540	10,2
...Angestellter, der schwierige Aufgaben nach allgem. Vorgaben selbstständig ausführt (z. B. Buchhalter, Krankenschwester, techn. Assistent)	6.012	16,5	369	13,7	531	14,4	641	15,4	873	16,4	1.072	16,5	485	16,0	428	17,1	624	18,9	991	18,8
...Angestellter mit selbstständiger Leistung in verantwortlicher Tätigkeit oder mit begrenzter Verantwortung für andere (z. B. Referent, Projektleiter, Stationsarzt, Redakteur)	3.877	10,6	198	7,3	316	8,6	383	9,2	534	10,0	673	10,4	324	10,7	289	11,6	429	13,0	732	13,9
...Angestellter mit umfassenden Führungsaufgaben u. Entscheidungsbefugnissen (z. B. Direktor, Geschäftsführer, Chefarzt, Handlungsbevollmächtigter)	852	2,3	41	1,5	74	2,0	88	2,1	128	2,4	155	2,4	74	2,4	60	2,4	78	2,4	153	2,9

Gegenstand der Nachweisung	Ins-gesamt		Gemeindegrößenklassen																	
			unter 2 000 Einwohner n		2 000 bis unter 5 000 Einwohner n		5 000 bis unter 10 000 Einwohner n		10 000 bis unter 20 000 Einwohnern		20 000 bis unter 50 000 Einwohnern		50 000 bis unter 100 000 Einwohner n		100 000 bis unter 200 000 Einwohner n		200 000 bis unter 500 000 Einwohner n		500 000 und mehr Einwohner	
			1		2		3		4		5		6		7		8		9	
	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%
<b>noch: Berufe nach Gruppen (Ergebnis des Mikrozensus 2000)</b>																				
Arbeiter(in), und zwar ... ...angelernt	5.357	14,7	361	13,4	526	14,3	639	15,3	787	14,8	999	15,4	517	17,0	406	16,3	426	12,9	695	13,2
...Facharbeiter(in)	5.257	14,4	577	21,4	669	18,2	678	16,2	784	14,8	918	14,2	394	13,0	313	12,5	433	13,1	491	9,3
...Vorarbeiter(in), Kolonnenführer(in)	654	1,8	55	2,0	78	2,1	85	2,0	94	1,8	118	1,8	57	1,9	41	1,7	54	1,6	72	1,4
...Meister(in), Polier(in), Brigadier	177	0,5	18	0,7	24	0,7	29	0,7	28	0,5	31	0,5	12	0,4	9	0,3	9	0,3	17	0,3
Auszubildende/r, Praktikant(in), Volontär(in)	1.635	4,5	152	5,6	190	5,2	197	4,7	241	4,5	301	4,6	141	4,6	103	4,1	135	4,1	176	3,3
Mithelfender Familienangehöriger	410	1,1	54	2,0	71	1,9	73	1,8	68	1,3	63	1,0	24	0,8	14	0,6	19	0,6	24	0,5
...Angabe fehlt (nur Erwerbstätige)	1.103	3,0	87	3,2	109	3,0	122	2,9	161	3,0	204	3,2	100	3,3	81	3,2	92	2,8	148	2,8
Insgesamt	36.453	100	2.697	100	3.685	100	4.173	100	5.312	100	6.479	100	3.038	100	2.496	100	3.296	100	5.277	100

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt		Gemeindegrößenklassen																	
			unter 2 000 Einwohner n		2 000 bis unter 5 000 Einwohner n		5 000 bis unter 10 000 Einwohner n		10 000 bis unter 20 000 Einwohnern		20 000 bis unter 50 000 Einwohnern		50 000 bis unter 100 000 Einwohner n		100 000 bis unter 200 000 Einwohner n		200 000 bis unter 500 000 Einwohner n		500 000 und mehr Einwohner	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9									
	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%
<b>Personen in Haushalten mit monatlichem Nettoeinkommen des Haushalts von ... bis unter ... Euro</b>																				
unter 150	50	0,1	/	/	/	/	/	/	7	0,1	11	0,1	6	0,1	/	/	8	0,1	5	0,0
150 - 300	180	0,2	12	0,2	15	0,2	15	0,2	19	0,2	26	0,2	17	0,2	19	0,3	32	0,4	26	0,2
300 - 500	896	1,1	58	1,0	73	0,9	74	0,8	97	0,8	139	0,9	84	1,2	97	1,6	132	1,7	142	1,2
500 - 700	2.171	2,7	138	2,4	157	2,0	194	2,2	236	2,0	333	2,3	189	2,7	198	3,4	285	3,7	442	3,8
700 - 900	2.823	3,5	183	3,1	235	3,0	264	2,9	355	3,0	481	3,3	240	3,5	228	3,9	336	4,4	501	4,3
900 - 1100	3.915	4,8	258	4,4	343	4,3	388	4,3	508	4,3	679	4,6	327	4,7	328	5,6	415	5,4	668	5,7
1100 - 1300	4.916	6,0	328	5,6	418	5,3	483	5,4	674	5,6	890	6,0	425	6,1	388	6,6	509	6,7	802	6,8
1300 - 1500	5.472	6,7	377	6,5	483	6,1	545	6,1	750	6,3	977	6,6	475	6,8	425	7,2	572	7,5	867	7,4
1500 - 1700	5.524	6,8	375	6,4	500	6,3	580	6,4	769	6,4	1.043	7,1	472	6,8	412	7,0	564	7,4	810	6,9
1700 - 2000	7.329	9,0	539	9,3	705	8,9	776	8,6	1.066	8,9	1.345	9,1	620	8,9	510	8,7	694	9,1	1.074	9,2
2000 - 2300	6.915	8,5	495	8,5	681	8,6	781	8,7	1.011	8,5	1.258	8,5	572	8,2	505	8,6	640	8,4	972	8,3
2300 - 2600	6.538	8,0	502	8,6	670	8,5	770	8,6	1.022	8,5	1.158	7,8	550	7,9	434	7,4	570	7,4	863	7,3
2600 - 2900	4.702	5,8	367	6,3	507	6,4	563	6,3	734	6,1	840	5,7	380	5,5	326	5,5	383	5,0	601	5,1
2900 - 3200	4.086	5,0	304	5,2	436	5,5	477	5,3	664	5,6	738	5,0	319	4,6	277	4,7	317	4,1	554	4,7
3200 - 3600	3.931	4,8	282	4,8	420	5,3	499	5,5	636	5,3	720	4,9	314	4,5	248	4,2	290	3,8	522	4,4
3600 - 4000	2.658	3,3	172	3,0	287	3,6	339	3,8	451	3,8	487	3,3	205	3,0	163	2,8	207	2,7	347	3,0
4000 - 4500	2.359	2,9	149	2,6	268	3,4	293	3,3	392	3,3	437	3,0	178	2,6	147	2,5	180	2,3	314	2,7
4500 - 5000	1.567	1,9	112	1,9	178	2,3	203	2,3	242	2,0	277	1,9	122	1,8	101	1,7	127	1,7	203	1,7
5000 - 5500	1.054	1,3	62	1,1	120	1,5	126	1,4	186	1,6	188	1,3	74	1,1	67	1,1	72	0,9	158	1,3
5500 - 6000	693	0,8	44	0,8	73	0,9	78	0,9	113	0,9	129	0,9	51	0,7	46	0,8	51	0,7	108	0,9
6000 - 7500	942	1,2	46	0,8	92	1,2	120	1,3	160	1,3	182	1,2	76	1,1	54	0,9	68	0,9	145	1,2
7500 - 10000	552	0,7	25	0,4	53	0,7	66	0,7	86	0,7	97	0,7	49	0,7	35	0,6	48	0,6	92	0,8
10000 - 18000	331	0,4	13	0,2	28	0,4	38	0,4	57	0,5	55	0,4	27	0,4	24	0,4	21	0,3	69	0,6
18000 und mehr	185	0,2	9	0,2	12	0,2	17	0,2	31	0,3	36	0,2	18	0,3	15	0,2	10	0,1	38	0,3
Mit Angabe zusammen	69.788	85,4	4.853	83,3	6.757	85,2	7.694	85,4	10.265	85,9	12.525	84,9	5.788	83,4	5.052	85,8	6.531	85,3	10.323	87,9
Mindestens ein Haushaltsmitglied ist Selbstständiger Landwirt in der Haupttätigkeit und ohne Angabe	11.901	14,6	975	16,7	1.169	14,8	1.312	14,6	1.690	14,1	2.234	15,1	1.149	16,6	834	14,2	1.121	14,7	1.417	12,1
Insgesamt	81.689	100	5.828	100	7.926	100	9.006	100	11.955	100	14.759	100	6.938	100	5.886	100	7.652	100	11.740	100

Gegenstand der Nachweisung	Ins-gesamt		Gemeindegrößenklassen																	
			unter 2 000 Einwohner n		2 000 bis unter 5 000 Einwohner n		5 000 bis unter 10 000 Einwohner n		10 000 bis unter 20 000 Einwohnern		20 000 bis unter 50 000 Einwohnern		50 000 bis unter 100 000 Einwohner n		100 000 bis unter 200 000 Einwohner n		200 000 bis unter 500 000 Einwohner n		500 000 und mehr Einwohner	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9									
	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%
<b>Personen in Haushalten nach Anzahl der Einkommensbezieher im Haushalt</b>																				
Ein Einkommensbezieher	26.124	32,0	1.343	23,0	1.935	24,4	2.429	27,0	3.574	29,9	4.733	32,1	2.443	35,2	2.200	37,4	2.741	35,8	4.728	40,3
Zwei und mehr Einkommensbezieher	52.296	64,0	4.356	74,7	5.825	73,5	6.333	70,3	7.992	66,8	9.373	63,5	4.049	58,4	3.380	57,4	4.450	58,1	6.538	55,7
Ohne Angabe	3.269	4,0	129	2,2	166	2,1	244	2,7	389	3,3	654	4,4	445	6,4	306	5,2	462	6,0	474	4,0
Insgesamt	81.689	100	5.828	100	7.926	100	9.006	100	11.955	100	14.759	100	6.938	100	5.886	100	7.652	100	11.740	100
<b>Eigenes monatliches Nettoeinkommen von ... bis unter ... Euro</b>																				
unter 150	1.992	2,4	161	2,8	188	2,4	229	2,5	284	2,4	341	2,3	167	2,4	140	2,4	198	2,6	283	2,4
150 - 300	3.492	4,3	288	4,9	370	4,7	402	4,5	510	4,3	615	4,2	289	4,2	247	4,2	335	4,4	437	3,7
300 - 500	5.481	6,7	464	8,0	589	7,4	649	7,2	801	6,7	971	6,6	447	6,4	389	6,6	508	6,6	662	5,6
500 - 700	6.244	7,6	542	9,3	660	8,3	674	7,5	830	6,9	1.050	7,1	484	7,0	442	7,5	656	8,6	907	7,7
700 - 900	5.893	7,2	515	8,8	650	8,2	654	7,3	798	6,7	1.021	6,9	441	6,4	387	6,6	606	7,9	821	7,0
900 - 1100	6.764	8,3	579	9,9	731	9,2	763	8,5	945	7,9	1.165	7,9	511	7,4	458	7,8	658	8,6	952	8,1
1100 - 1300	6.824	8,4	480	8,2	655	8,3	740	8,2	979	8,2	1.238	8,4	556	8,0	482	8,2	671	8,8	1.023	8,7
1300 - 1500	5.638	6,9	338	5,8	493	6,2	591	6,6	822	6,9	1.022	6,9	483	7,0	429	7,3	548	7,2	913	7,8
1500 - 1700	4.259	5,2	250	4,3	352	4,4	441	4,9	614	5,1	778	5,3	368	5,3	324	5,5	414	5,4	717	6,1
1700 - 2000	3.752	4,6	211	3,6	326	4,1	395	4,4	561	4,7	660	4,5	332	4,8	278	4,7	352	4,6	637	5,4
2000 - 2300	2.648	3,2	144	2,5	226	2,9	278	3,1	392	3,3	487	3,3	228	3,3	211	3,6	238	3,1	444	3,8
2300 - 2600	1.927	2,4	93	1,6	170	2,1	214	2,4	286	2,4	352	2,4	167	2,4	142	2,4	176	2,3	327	2,8
2600 - 2900	983	1,2	51	0,9	84	1,1	110	1,2	148	1,2	184	1,2	87	1,3	72	1,2	81	1,1	166	1,4
2900 - 3200	902	1,1	40	0,7	73	0,9	98	1,1	145	1,2	167	1,1	82	1,2	65	1,1	78	1,0	154	1,3
3200 - 3600	710	0,9	33	0,6	63	0,8	75	0,8	111	0,9	133	0,9	61	0,9	51	0,9	62	0,8	122	1,0
3600 - 4000	458	0,6	22	0,4	38	0,5	49	0,5	74	0,6	85	0,6	41	0,6	30	0,5	39	0,5	79	0,7
4000 - 4500	368	0,5	14	0,2	31	0,4	36	0,4	55	0,5	70	0,5	35	0,5	26	0,4	32	0,4	68	0,6
4500 - 5000	251	0,3	10	0,2	20	0,3	28	0,3	41	0,3	45	0,3	22	0,3	20	0,3	20	0,3	46	0,4
5000 - 5500	166	0,2	7	0,1	14	0,2	18	0,2	27	0,2	27	0,2	13	0,2	14	0,2	12	0,2	34	0,3
5500 - 6000	130	0,2	/	/	12	0,1	14	0,2	22	0,2	26	0,2	10	0,2	9	0,2	11	0,1	22	0,2
6000 - 7500	138	0,2	5	0,1	10	0,1	16	0,2	21	0,2	27	0,2	11	0,2	7	0,1	13	0,2	27	0,2
7500 - 10000	118	0,1	5	0,1	9	0,1	13	0,1	19	0,2	19	0,1	12	0,2	8	0,1	9	0,1	24	0,2
10000 - 18000	82	0,1	/	/	5	0,1	7	0,1	14	0,1	13	0,1	8	0,1	6	0,1	5	0,1	20	0,2
18000 und mehr	55	0,1	/	/	/	/	5	0,1	9	0,1	9	0,1	5	0,1	5	0,1	/	/	12	0,1
Zusammen	59.275	72,6	4.261	73,1	5.774	72,8	6.498	72,2	8.506	71,2	10.506	71,2	4.861	70,1	4.243	72,1	5.726	74,8	8.900	75,8
Selbstständiger Landwirt i.d. Haupttätigkeit	267	0,3	69	1,2	58	0,7	51	0,6	39	0,3	31	0,2	9	0,1	/	/	/	/	/	/
Kein Einkommen	18.975	23,2	1.348	23,1	1.897	23,9	2.194	24,4	3.020	25,3	3.603	24,4	1.659	23,9	1.354	23,0	1.507	19,7	2.394	20,4
Angabe fehlt	3.173	3,9	149	2,6	197	2,5	263	2,9	390	3,3	619	4,2	409	5,9	286	4,9	416	5,4	444	3,8
Insgesamt	81.689	100	5.828	100	7.926	100	9.006	100	11.955	100	14.759	100	6.938	100	5.886	100	7.652	100	11.740	100

Gegenstand der Nachweisung	Ins-gesamt		Gemeindegrößenklassen																	
			unter 2 000 Einwohner n		2 000 bis unter 5 000 Einwohner n		5 000 bis unter 10 000 Einwohner n		10 000 bis unter 20 000 Einwohnern		20 000 bis unter 50 000 Einwohnern		50 000 bis unter 100 000 Einwohner n		100 000 bis unter 200 000 Einwohner n		200 000 bis unter 500 000 Einwohner n		500 000 und mehr Einwohner	
			1		2		3		4		5		6		7		8		9	
	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%	1.000	%
<b>Personen im Haushalt nach Haushaltsgröße</b>																				
Haushalte mit einer Person	13.658	16,7	613	10,5	915	11,5	1.138	12,6	1.622	13,6	2.262	15,3	1.239	17,9	1.199	20,4	1.725	22,5	2.945	25,1
zwei Personen	25.785	31,6	1.635	28,1	2.251	28,4	2.667	29,6	3.699	30,9	4.744	32,1	2.295	33,1	1.943	33,0	2.615	34,2	3.936	33,5
drei Personen	16.349	20,0	1.316	22,6	1.701	21,5	1.886	20,9	2.455	20,5	2.984	20,2	1.372	19,8	1.152	19,6	1.427	18,7	2.057	17,5
vier Personen	17.182	21,0	1.483	25,4	1.989	25,1	2.181	24,2	2.792	23,4	3.166	21,5	1.324	19,1	1.073	18,2	1.305	17,1	1.870	15,9
fünf und mehr Personen	8.715	10,7	780	13,4	1.070	13,5	1.135	12,6	1.388	11,6	1.603	10,9	708	10,2	519	8,8	580	7,6	932	7,9
Insgesamt	81.689	100	5.828	100	7.926	100	9.006	100	11.955	100	14.759	100	6.938	100	5.886	100	7.652	100	11.740	100

## 9.2 Bevölkerung am Hauptwohnsitz in Privathaushalten nach ausgewählten Merkmalen

### Bevölkerung insgesamt nach BIK-Regionsgrößenklassen (in Tausend)

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	BIK-Regionsgrößenklassen: von ... bis unter ... Einwohnern									
		unter 2 000	2 000 - 5 000	5 000 - 20 000	20 000 - 50 000	50 000 - 100 000	50 000 - 100 000	100 000- 500 000	100 000- 500 000	500 000 und mehr	500 000 und mehr
		Keine BIK-Region	Keine BIK-Region	Alle BIK-Strukturtypen	Kern-, Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10
<b>Geschlecht</b>											
Männlich	39.697	952	1.218	3.254	4.604	3.237	943	6.369	6.514	3.393	9.212
Weiblich	41.992	974	1.243	3.370	4.810	3.398	1.015	6.692	7.038	3.513	9.939
Insgesamt	81.689	1.926	2.462	6.624	9.413	6.635	1.957	13.061	13.552	6.906	19.151
<b>Staatsangehörigkeit</b>											
Deutsch	74.889	1.894	2.379	6.308	8.848	6.332	1.803	12.364	12.149	6.458	16.352
Nicht deutsch	6.801	33	83	316	565	304	154	697	1.403	448	2.799
Insgesamt	81.689	1.926	2.462	6.624	9.413	6.635	1.957	13.061	13.552	6.906	19.151
<b>Alter von ... bis unter ... Jahren</b>											
unter 5	3.813	89	111	318	450	304	82	633	606	348	871
5 - 10	3.973	93	121	345	478	323	86	692	599	376	859
10 - 15	4.602	122	157	410	563	406	106	785	709	413	931
15 - 20	4.611	129	152	408	571	423	117	781	719	383	928
20 - 25	4.577	100	132	355	517	358	118	693	845	338	1.121
25 - 30	4.340	82	115	308	456	315	100	629	803	303	1.227
30 - 35	5.908	124	164	440	643	441	132	916	1.011	485	1.552
35 - 40	6.888	159	196	541	772	546	151	1.123	1.096	629	1.676
40 - 45	6.479	164	200	537	759	536	144	1.061	1.041	572	1.467
45 - 50	5.836	143	182	489	686	501	143	952	931	507	1.302
50 - 55	5.497	127	169	453	631	449	133	880	889	492	1.274
55 - 60	4.697	92	132	350	514	353	111	711	804	424	1.205
60 - 65	6.101	142	184	485	692	498	161	956	1.025	539	1.419
65 - 70	4.736	124	150	404	546	398	122	738	779	393	1.082
70 - 75	3.787	100	121	308	454	327	101	603	638	286	848
75 - 80	2.927	71	88	233	351	240	77	465	517	214	670
80 - 85	1.740	41	54	142	201	134	44	265	319	122	419
85 - 90	800	15	22	67	89	60	21	125	147	55	200
90 - 95	326	8	10	26	33	21	8	46	64	23	87
95 und älter	53	/	/	5	6	/	/	8	9	/	14
Insgesamt	81.689	1.926	2.462	6.624	9.413	6.635	1.957	13.061	13.552	6.906	19.151
<b>Familienstand</b>											
Ledig	31.388	729	923	2.483	3.529	2.475	719	4.895	5.298	2.553	7.784
Verheiratet	39.962	977	1.250	3.361	4.734	3.343	947	6.663	6.377	3.606	8.704
Verwitwet	6.024	156	189	505	715	499	163	941	1.054	436	1.366
Geschieden	4.315	65	99	275	435	319	129	562	823	311	1.297
Insgesamt	81.689	1.926	2.462	6.624	9.413	6.635	1.957	13.061	13.552	6.906	19.151
dar.: Nichteheilige Lebensgemeinschaft	4.571	90	116	305	459	341	118	647	818	380	1.297



Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	BIK-Regionsgrößenklassen: von ... bis unter ... Einwohnern									
		unter 2 000	2 000 - 5 000	5 000 - 20 000	20 000 - 50 000	50 000 - 100 000	50 000 - 100 000	100 000 - 500 000	100 000 - 500 000	500 000 und mehr	500 000 und mehr
		Keine BIK-Region	Keine BIK-Region	Alle BIK-Strukturtypen	Kern-, Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10
<b>Zur Zeit Schüler(in) einer allgemeinbildenden Schule</b>											
Ja	10.235	256	319	888	1.233	881	240	1.747	1.600	911	2.161
Nein	71.454	1.670	2.143	5.737	8.181	5.754	1.717	11.314	11.952	5.995	16.990
Insgesamt	81.689	1.926	2.462	6.625	9.414	6.635	1.957	13.061	13.552	6.906	19.151
<b>Höchster allgemeinbildender Schulabschluss</b>											
Hauptschulabschluss (Volksschulabschluss)	29.864	794	1.011	2.725	3.770	2.594	719	5.179	4.805	2.380	5.886
Realschulabschluss (Mittlere Reife)	12.761	252	323	1.030	1.433	934	253	2.132	2.002	1.231	3.171
Abschluss der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der ehem. DDR	4.985	254	287	456	696	678	218	653	653	337	752
Fachhochschulreife	2.604	37	59	184	272	186	65	411	503	228	658
Allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife (Abitur)	10.684	133	184	558	848	573	218	1.335	2.194	916	3.725
Angabe fehlt	556	8	13	48	61	37	12	76	97	47	157
Entfällt (Kinder unter 15 Jahren, Schüler an allgemeinbildenden Schulen)	20.236	449	584	1.624	2.334	1.633	472	3.274	3.298	1.767	4.802
Insgesamt	81.689	1.926	2.462	6.624	9.413	6.635	1.957	13.061	13.552	6.906	19.151
<b>Beruflicher Ausbildungsabschluss</b>											
Noch in beruflicher Ausbildung (Auszubildende/r Student/in)	2.780	58	78	206	271	199	65	395	578	196	734
Anlernausbildung oder berufl. Praktikum	1.063	27	37	79	108	83	27	171	173	80	279
Berufsvorbereitungsjahr	135	/	/	10	12	8	5	19	26	10	38
Abschluss einer Lehrausbildung, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentl. Verwaltung	30.336	796	999	2.609	3.718	2.630	739	5.054	4.835	2.564	6.391
Berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfachschule / Kollegschule, Abschl. 1-jähriger Schule d. Gesundheitswesens	2.035	48	55	153	232	155	62	303	362	166	499
Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachabschluss, Abschluss einer 2-/ 3-jährig. Schule d. Gesundheitswesens, Abschl. einer Fach- oder Berufsakademie	3.864	95	132	352	468	333	91	675	548	374	795
Abschluss der Fachschule der ehem. DDR	1.020	38	44	81	126	120	50	121	161	68	210
Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule	518	9	9	32	57	35	11	79	95	56	134

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	BIK-Regionsgrößenklassen: von ... bis unter ... Einwohnern									
		unter 2 000	2 000 - 5 000	5 000 - 20 000	20 000 - 50 000	50 000 - 100 000	50 000 - 100 000	100 000 - 500 000	100 000 - 500 000	500 000 und mehr	500 000 und mehr
		Keine BIK-Region	Keine BIK-Region	Alle BIK-Strukturtypen	Kern-, Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10
<b>noch: Beruflicher Ausbildungsabschluss</b>											
Fachhochschulabschluss (auch Ingenieur- schulabschluss, ohne Verwaltungsfach- hochschule)	2.604	39	60	170	245	173	63	381	465	260	748
Abschluss einer Universität (wissen- schaftl. Hochschule, auch Kunsthochschule)	3.597	42	58	170	270	194	70	428	728	312	1.323
Promotion	568	5	7	25	40	21	13	71	130	52	206
Angabe fehlt	1.074	19	28	83	107	75	19	166	201	103	273
Entfällt (Kinder unter 15 Jahren, Schüleran allgemeinbild. Schulen)	32.096	746	952	2.656	3.758	2.608	742	5.198	5.249	2.666	7.520
Insgesamt	81.689	1.926	2.462	6.626	9.412	6.634	1.957	13.061	13.551	6.907	19.150
dar.: Mit Angabe eines berufl. Ausbildungs- abschnittes zusammen	45.739	1.103	1.404	3.680	5.276	3.753	1.131	7.302	7.524	3.941	10.624
<b>Erwerbstätigkeit</b>											
Vollzeit-Erwerbstätigkeit m. einer wöchentl. Arbeitszeit von 35 Stunden und mehr	28.058	673	866	2.287	3.204	2.273	611	4.508	4.445	2.476	6.714
Teilzeit-Erwerbstätigkeit m. einer wöchentl. Arbeitszeit von 15 bis 34 Stunden	5.671	115	160	432	611	426	114	981	941	523	1.367
Teilzeit- oder stunden- weise Erwerbstätigkeit mit einer wöchentlichen Arbeitszeit unter 15 Stunden	2.649	52	76	237	308	205	61	442	464	229	577
Insgesamt	36.378	840	1.102	2.956	4.123	2.904	786	5.931	5.850	3.228	8.658
dar.: Mutterschafts-/ Erziehungsurlaub o. in sonstiger Beurlaubung	513	10	15	46	51	38	10	93	75	56	119
<b>Soziale Stellung</b>											
Student(in)	1.904	22	31	93	139	94	41	220	499	110	654
Rentner(in), Pensio- när(in), im Vorruhestand	18.203	464	581	1.478	2.131	1.532	498	2.807	3.100	1.412	4.199
Zur Zeit arbeitslos, Null- Kurzarbeit	3.102	90	104	239	373	298	124	404	539	177	754
Nichterwerbstätig, mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige	6.149	128	160	506	743	456	140	1.038	1.071	557	1.350
Wehr-, Zivildienstleistender	173	5	8	15	21	15	/	28	27	14	35
Aus anderen Gründen nicht vollzeiterwerbstätig	7.670	153	219	623	849	588	163	1.290	1.307	697	1.780
Übrige	44.488	1.064	1.359	3.670	5.157	3.652	987	7.274	7.009	3.939	10.379
Insgesamt	81.689	1.926	2.462	6.624	9.413	6.635	1.957	13.061	13.552	6.906	19.151

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	BIK-Regionsgrößenklassen: von ... bis unter ... Einwohnern									
		unter 2 000	2 000 - 5 000	5 000 - 20 000	20 000 - 50 000	50 000 - 100 000	50 000 - 100 000	100 000- 500 000	100 000- 500 000	500 000 und mehr	500 000 und mehr
		Keine BIK-Region	Keine BIK-Region	Alle BIK-Strukturtypen	Kern-, Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10
<b>Frühere Erwerbstätigkeit</b>											
Nichterwerbstätigkeit mit früherer Erwerbstätigkeit	25.225	626	789	2.001	2.942	2.101	689	3.769	4.348	1.935	6.025
Nichterwerbstätigkeit ohne frühere Erwerbstätigkeit	7.627	169	201	593	868	600	189	1.132	1.443	617	1.816
Ohne Angabe zur früheren Erwerbstätigkeit	110	/	/	6	12	10	/	25	20	7	20
Zusammen	32.962	798	993	2.599	3.821	2.711	882	4.926	5.811	2.559	7.860
<b>Personen in Haushalten mit monatlichem Nettoeinkommen des Haushalts von ... bis unter ... Euro</b>											
unter 150	50	/	/	/	6	/	/	6	10	5	14
150 - 300	180	5	6	13	15	13	5	19	46	11	49
300 - 500	896	21	25	63	89	69	28	114	212	45	230
500 - 700	2.171	50	55	153	219	153	68	268	456	116	634
700 - 900	2.823	62	80	206	308	244	82	395	552	156	736
900 - 1100	3.915	81	120	308	451	306	114	560	724	246	1.005
1100 - 1300	4.916	110	145	378	571	405	143	703	895	329	1.236
1300 - 1500	5.472	136	177	430	634	455	144	795	987	365	1.348
1500 - 1700	5.524	132	172	437	663	472	158	825	959	386	1.321
1700 - 2000	7.329	178	222	597	886	636	198	1.141	1.212	556	1.702
2000 - 2300	6.915	172	224	570	816	581	157	1.102	1.136	552	1.604
2300 - 2600	6.538	166	217	576	752	556	147	1.089	1.001	584	1.450
2600 - 2900	4.702	114	147	401	530	399	106	819	729	440	1.017
2900 - 3200	4.086	102	114	341	466	309	74	734	592	421	936
3200 - 3600	3.931	94	111	332	459	291	79	702	545	435	884
3600 - 4000	2.658	54	77	226	290	204	47	473	358	299	629
4000 - 4500	2.359	43	68	193	259	173	43	417	329	288	545
4500 - 5000	1.567	38	41	121	155	116	24	278	231	195	368
5000 - 5500	1.054	20	24	77	117	62	14	181	143	146	269
5500 - 6000	693	12	21	45	66	40	9	119	98	93	189
6000 - 7500	942	12	20	74	96	59	16	157	120	130	257
7500 - 10000	552	8	10	40	47	33	7	87	84	74	161
10000 - 18000	331	5	9	21	24	16	/	47	50	49	107
18000 und mehr	185	/	/	14	18	/	/	29	30	24	58
Mit Angabe zusammen	69.788	1.617	2.090	5.617	7.941	5.600	1.671	11.058	11.498	5.946	16.749
Mindestens ein Haushaltsmitglied ist Selbstständiger Landwirt in der Haupttätigkeit und Ohne Angabe	11.901	309	372	1.007	1.473	1.035	286	2.003	2.054	900	2.402
Insgesamt	81.689	1.926	2.462	6.624	9.413	6.635	1.957	13.061	13.552	6.906	19.151

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	BIK-Regionsgrößenklassen: von ... bis unter ... Einwohnern									
		unter 2 000	2 000 - 5 000	5 000 - 20 000	20 000 - 50 000	50 000 - 100 000	50 000 - 100 000	100 000 - 500 000	100 000 - 500 000	500 000 und mehr	500 000 und mehr
		Keine BIK-Region	Keine BIK-Region	Alle BIK-Strukturtypen	Kern-, Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10
<b>Personen in Haushalten nach Anzahl der Einkommensbezieher im Haushalt</b>											
Ein Einkommensbezieher	26.124	458	599	1.828	2.788	1.802	636	3.771	4.925	2.025	7.292
Zwei und mehr Einkommensbezieher	52.296	1.430	1.805	4.581	6.249	4.579	1.224	8.865	7.812	4.687	11.063
Ohne Angabe	3.269	38	58	215	377	254	97	424	815	194	796
Insgesamt	81.689	1.926	2.462	6.624	9.413	6.635	1.957	13.061	13.552	6.906	19.151
<b>Eigenes monatliches Nettoeinkommen von ... bis unter ... Euro</b>											
unter 150	1.992	52	59	152	221	174	51	335	345	165	439
150 - 300	3.492	106	121	307	418	297	88	587	591	270	708
300 - 500	5.481	150	195	504	661	500	150	887	900	422	1.111
500 - 700	6.244	184	219	509	727	575	179	933	1.053	436	1.428
700 - 900	5.893	178	222	496	712	559	157	883	965	409	1.312
900 - 1100	6.764	199	241	578	831	584	179	1.032	1.092	505	1.523
1100 - 1300	6.824	158	213	542	795	555	169	1.060	1.141	540	1.651
1300 - 1500	5.638	107	154	423	613	431	135	891	962	464	1.458
1500 - 1700	4.259	77	99	304	458	305	92	689	722	364	1.148
1700 - 2000	3.752	63	93	274	380	272	82	607	622	341	1.016
2000 - 2300	2.648	44	62	196	274	176	50	417	445	263	720
2300 - 2600	1.927	30	47	136	194	119	36	306	317	210	531
2600 - 2900	983	14	22	71	95	60	20	164	159	105	272
2900 - 3200	902	13	17	63	86	56	15	147	142	104	258
3200 - 3600	710	12	15	47	66	40	12	113	112	86	208
3600 - 4000	458	6	9	28	40	28	9	74	70	61	133
4000 - 4500	368	/	8	22	33	22	6	53	59	48	112
4500 - 5000	251	/	/	17	23	13	/	38	41	31	77
5000 - 5500	166	/	/	9	14	9	/	24	24	23	55
5500 - 6000	130	/	/	9	11	7	/	20	22	16	39
6000 - 7500	138	/	/	9	10	8	/	22	20	19	44
7500 - 10000	118	/	/	9	9	5	/	17	17	17	40
10000 - 18000	82	/	/	5	5	/	/	11	13	11	30
18000 und mehr	55	/	/	/	6	/	/	8	9	7	18
Zusammen	59.275	1.407	1.813	4.715	6.682	4.799	1.447	9.316	9.844	4.918	14.332
Selbstständiger Landwirt i.d. Haupttätigkeit	267	26	17	38	44	30	/	65	10	28	7
Kein Einkommen	18.975	448	568	1.649	2.325	1.543	416	3.249	2.951	1.763	4.063
Angabe fehlt	3.173	46	64	221	362	263	93	431	747	197	749
Insgesamt	81.689	1.926	2.462	6.624	9.413	6.635	1.957	13.061	13.552	6.906	19.151

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	BIK-Regionsgrößenklassen: von ... bis unter ... Einwohnern									
		unter 2 000	2 000 - 5 000	5 000 - 20 000	20 000 - 50 000	50 000 - 100 000	50 000 - 100 000	100 000- 500 000	100 000- 500 000	500 000 und mehr	500 000 und mehr
		Keine BIK-Region	Keine BIK-Region	Alle BIK-Strukturtypen	Kern-, Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich	Verdichtungs-, Übergangs- oder peripherer Bereich	Kernbereich
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10
<b>Personen im Haushalt nach Haushaltsgröße</b>											
Haushalte mit einer Person	13.658	204	303	852	1.300	884	371	1.735	2.809	856	4.345
zwei Personen	25.785	533	721	1.925	2.832	2.017	648	3.922	4.528	2.211	6.448
drei Personen	16.349	425	522	1.393	1.908	1.418	399	2.732	2.614	1.445	3.492
vier Personen	17.182	468	600	1.573	2.184	1.519	357	3.074	2.419	1.669	3.317
fünf und mehr Personen	8.715	296	316	881	1.190	797	182	1.598	1.182	725	1.549
Insgesamt	81.689	1.926	2.462	6.624	9.413	6.635	1.957	13.061	13.552	6.906	19.151

### 9.3 Bevölkerung am Hauptwohnsitz in Privathaushalten nach ausgewählten Merkmalen

#### Bevölkerung insgesamt nach siedlungsstrukturellem Gemeindetyp (in Tausend)

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Siedlungsstruktureller Gemeindetyp																
		Regionen mit großen Verdichtungsräumen								Regionen mit Verdichtungsansätzen				Ländlich geprägte Regionen				
		Kernstädte		Hochverdichtete Kreise		Verdichtete Kreise		Ländliche Kreise		Kernstädte	Verdichtete Kreise		Ländliche Kreise		Höherer Dichte		Geringerer Dichte	
		500 000 Einwohner und mehr	unter 500 000 Einwohner	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	son. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden		Ober-/Mittelzentren	sonstige Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonstige Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17
1.000																		
<b>Geschlecht</b>																		
Männlich	39.697	5.649	3.700	4.116	2.260	1.603	1.739	659	993	2.243	3.585	3.995	1.640	2.354	1.390	1.737	812	1.223
Weiblich	41.992	6.090	4.019	4.367	2.356	1.720	1.793	716	997	2.460	3.788	4.152	1.713	2.412	1.508	1.781	869	1.252
Insgesamt	81.689	11.740	7.719	8.483	4.616	3.323	3.532	1.375	1.989	4.703	7.373	8.147	3.353	4.766	2.897	3.518	1.682	2.474
<b>Staatsangehörigkeit</b>																		
Deutsch	74.889	9.855	6.756	7.533	4.221	3.078	3.389	1.325	1.954	4.293	6.771	7.751	3.172	4.618	2.694	3.416	1.628	2.433
Nicht deutsch	6.801	1.885	963	949	396	244	142	50	36	410	602	395	181	148	203	102	54	41
Insgesamt	81.689	11.740	7.719	8.483	4.616	3.323	3.532	1.375	1.989	4.703	7.373	8.147	3.353	4.766	2.897	3.518	1.682	2.474
<b>Alter von ... bis unter ... Jahren</b>																		
unter 5	3.813	530	344	416	232	159	166	55	97	200	349	407	156	225	128	177	67	105
5 - 10	3.973	517	348	447	256	162	178	58	91	180	385	452	164	241	121	188	74	111
10 - 15	4.602	546	397	473	270	183	216	85	121	232	436	513	197	300	151	227	99	156
15 - 20	4.611	539	404	453	250	179	217	89	132	248	431	490	207	310	164	214	113	170
20 - 25	4.577	697	457	430	229	171	172	79	99	323	435	432	189	256	177	183	106	141
25 - 30	4.340	799	461	418	216	160	156	62	86	304	390	391	161	228	152	167	84	104
30 - 35	5.908	994	580	610	346	231	235	81	131	364	527	557	230	315	195	248	104	160
35 - 40	6.888	1.061	632	702	412	283	307	116	178	375	591	698	269	393	224	299	139	208
40 - 45	6.479	895	595	648	373	255	290	115	186	366	576	673	260	395	216	282	135	220
45 - 50	5.836	783	546	609	324	228	275	103	159	305	515	599	240	359	208	258	131	197
50 - 55	5.497	787	498	591	313	227	250	92	138	298	484	554	223	336	194	233	116	163
55 - 60	4.697	735	455	527	277	205	208	82	104	284	398	432	181	243	171	192	87	115
60 - 65	6.101	862	559	659	342	263	270	113	146	367	545	579	244	346	231	264	132	180
65 - 70	4.736	661	445	507	265	196	210	88	114	261	423	456	206	275	175	197	103	154
70 - 75	3.787	496	377	396	212	163	152	64	86	222	346	371	165	223	151	155	82	127
75 - 80	2.927	399	301	310	149	126	121	48	64	184	268	281	132	165	117	117	59	85
80 - 85	1.740	251	191	171	85	78	67	28	33	114	157	159	81	94	78	72	32	48
85 - 90	800	124	82	79	43	37	29	12	15	52	84	71	34	42	32	29	13	21
90 - 95	326	56	38	33	17	14	11	5	8	23	29	25	12	17	11	13	6	9
95 und älter	53	9	6	5	/	/	/	-	/	/	5	5	/	/	/	/	/	/
Insgesamt	81.689	11.740	7.719	8.483	4.616	3.323	3.532	1.375	1.989	4.703	7.373	8.147	3.353	4.766	2.897	3.518	1.682	2.474
<b>Familienstand</b>																		
Ledig	31.388	4.975	2.982	3.050	1.691	1.210	1.291	511	751	1.914	2.827	3.092	1.260	1.800	1.083	1.349	655	948
Verheiratet	39.962	5.084	3.651	4.393	2.418	1.667	1.855	670	1.002	2.122	3.623	4.156	1.660	2.456	1.400	1.784	794	1.228
Verwitwet	6.024	832	618	620	304	256	241	104	139	353	545	583	264	343	233	256	135	198
Geschieden	4.315	849	469	420	203	190	145	90	97	314	379	315	169	167	181	129	98	100
Insgesamt	81.689	11.740	7.719	8.483	4.616	3.323	3.532	1.375	1.989	4.703	7.373	8.147	3.353	4.766	2.897	3.518	1.682	2.474
dar.: Nichteheliche Lebensgemeinschaft	4.571	840	459	415	232	190	187	93	134	329	373	377	167	219	157	160	106	133
<b>Z.Z. Schüler(in) einer allgemeinbildenden Schule</b>																		
Ja	10.235	1.286	907	1.095	611	411	467	179	260	518	961	1.109	438	651	328	469	218	326
Nein	71.454	10.453	6.812	7.388	4.005	2.911	3.065	1.196	1.729	4.185	6.413	7.038	2.915	4.115	2.569	3.049	1.463	2.149
Insgesamt	81.689	11.740	7.719	8.483	4.616	3.323	3.532	1.375	1.989	4.703	7.373	8.147	3.353	4.766	2.897	3.518	1.682	2.474

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Siedlungsstruktureller Gemeindetyp																
		Regionen mit großen Verdichtungsräumen								Regionen mit Verdichtungsansätzen					Ländlich geprägte Regionen			
		Kernstädte		Hochverdichtete Kreise		Verdichtete Kreise		Ländliche Kreise		Kernstädte	Verdichtete Kreise		Ländliche Kreise		Höherer Dichte		Geringerer Dichte	
		500 000 Einwohner und mehr	unter 500 000 Einwohner	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden		Ober-/Mittelzentren	sonstige Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonstige Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17
1.000																		
<b>Höchster allgemeinbildender Schulabschluss</b>																		
Hauptschulabschluss (Volksschulabschluss)	29.864	3.444	2.733	3.301	1.733	1.215	1.283	418	638	1.481	2.832	3.303	1.317	1.964	1.131	1.509	596	965
Realschulabschl. (Mittlere Reife)	12.761	1.986	1.052	1.386	810	563	594	171	273	722	1.166	1.335	511	688	436	532	222	313
Abschluss der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der ehem. DDR	4.985	383	385	101	57	186	271	260	340	385	351	439	278	438	225	240	267	378
Fachhochschulreife	2.604	388	301	347	172	110	113	34	56	163	245	233	90	110	77	80	41	44
Allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife (Abitur)	10.684	2.478	1.312	1.079	605	392	390	150	206	854	877	757	300	369	321	268	153	175
Angabe fehlt	556	93	60	65	37	17	18	10	11	34	49	45	24	28	19	20	13	14
Entfällt (Kinder unter 15 Jahren, Schüler an allgemeinbildenden Schulen)	20.236	2.968	1.875	2.205	1.202	840	861	332	466	1.065	1.854	2.033	834	1.168	689	870	391	585
Insgesamt	81.689	11.740	7.719	8.483	4.616	3.323	3.532	1.375	1.989	4.703	7.373	8.147	3.353	4.766	2.897	3.518	1.682	2.474
<b>Beruflicher Ausbildungsabschluss</b>																		
Noch in beruflicher Ausbildung (Auszubildende/r Student/in)	2.780	468	310	235	138	95	102	42	62	237	270	242	94	145	96	107	54	83
Anlernausbildung oder berufl. Praktikum	1.063	165	97	107	62	40	35	15	21	58	94	96	45	73	51	50	22	31
Berufsvorbereitungsjahr	135	27	15	14	6	5	/	/	/	9	8	11	6	8	/	5	/	5
Abschluss einer Lehrausbildung, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentl. Verwaltung	30.336	3.855	2.721	3.083	1.626	1.306	1.430	541	798	1.676	2.733	3.232	1.293	1.894	1.070	1.407	665	1.004
Berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfachschule/Kollegschule, Absch. 1-jähriger Schule d. Gesundheitswesens	2.035	296	178	232	132	60	62	47	55	144	176	177	80	101	90	90	51	65

Gegenstand der Nachweisung	Ins-gesamt	Siedlungsstruktureller Gemeindetyp																
		Regionen mit großen Verdichtungsräumen								Regionen mit Verdichtungsansätzen				Ländlich geprägte Regionen				
		Kernstädte		Hochverdichtete Kreise		Verdichtete Kreise		Ländliche Kreise		Kernstädte	Verdichtete Kreise		Ländliche Kreise		Höherer Dichte		Geringerer Dichte	
		500 000 Einwohner und mehr	unter 500 000 Einwohner	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	son. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden		Ober-/Mittelzentren	sonstige Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonstige Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17
1.000																		
<b>noch: Beruflicher Ausbildungsabschluss</b>																		
Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschl. Abschluss einer 2-/3-jährigen Schule d. Gesundheitswesens, Abschl. einer Fach- od. Berufsakademie	3.864	439	314	397	259	162	199	67	110	193	349	452	173	232	146	184	71	117
Abschluss der Fachschule der ehem. DDR	1.020	115	103	20	9	37	44	55	60	94	69	71	58	71	49	45	57	63
Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule	518	83	51	62	37	23	23	6	10	32	49	47	18	22	21	15	9	9
Fachhochschulabschluss (auch Ingenieur-schulabschluss, ohne Verwaltungsfachhochschule)	2.604	464	264	263	174	103	108	46	68	185	217	224	89	122	96	79	51	51
Abschluss einer Universität (wissenschaftl. Hochschule, auch Kunsthochschule)	3.597	892	443	334	203	129	130	56	76	299	278	229	95	120	110	93	52	59
Promotion	568	129	90	51	34	17	19	7	11	49	51	38	14	12	16	14	10	8
Angabe fehlt	1.074	165	103	121	75	39	39	9	20	76	92	82	41	57	46	51	21	36
Entfällt (Kinder unter 15 Jahren, Schüler an allgemeinbildenden Schulen)	32.096	4.641	3.029	3.565	1.862	1.307	1.335	482	694	1.652	2.986	3.247	1.346	1.909	1.103	1.380	615	942
Insgesamt	81.689	11.740	7.719	8.483	4.616	3.323	3.532	1.375	1.989	4.703	7.373	8.147	3.353	4.766	2.897	3.518	1.682	2.474
dar.: Mit Angabe eines beruflichen Ausbildungsabschnittes zusammen	45.739	6.466	4.276	4.562	2.542	1.881	2.055	842	1.213	2.738	4.025	4.576	1.872	2.654	1.652	1.981	991	1.413
<b>Erwerbstätigkeit</b>																		
Vollzeit-Erwerbstätigkeit m. einer wöchentl. Arbeitszeit von 35 Stunden und mehr	28.058	4.089	2.532	2.838	1.643	1.113	1.255	473	757	1.570	2.455	2.851	1.123	1.690	979	1.253	575	864
Teilzeit-Erwerbstätigkeit m. einer wöchentl. Arbeitszeit von 15 bis 34 Stunden	5.671	849	511	561	345	239	255	77	128	349	519	601	215	317	198	260	101	146
Teilzeit- oder stundenweise Erwerbstätigkeit mit einer wöchentlichen Arbeitszeit unter 15 Stunden	2.649	345	240	290	180	94	113	38	48	161	273	290	105	151	99	115	46	62
Insgesamt	36.378	5.282	3.283	3.688	2.169	1.446	1.623	587	933	2.080	3.246	3.742	1.443	2.158	1.276	1.628	722	1.073
dar.: Mutterschafts-/Erziehungsurlaub oder in sonstiger Beurlaubung	513	70	45	49	35	21	24	7	15	25	44	59	20	34	15	28	8	12



Gegenstand der Nachweisung	Ins- gesamt	Siedlungsstruktureller Gemeindetyp																
		Regionen mit großen Verdichtungsräumen								Regionen mit Verdichtungsansätzen				Ländlich geprägte Regionen				
		Kernstädte		Hochverdichtete Kreise		Verdichtete Kreise		Ländliche Kreise		Kern- städte	Verdichtete Kreise		Ländliche Kreise		Höherer Dichte		Geringerer Dichte	
		500 000 Ein- wohner und mehr	unter 500 000 Ein- wohner	Ober-/ Mittel- zentren	sonst. Gemein- den	Ober-/ Mittel- zentren	son. Gemein- den	Ober-/ Mittel- zentren	sonst. Gemein- den		Ober-/ Mittel- zentren	sonstig e Gemein- den	Ober-/ Mittel- zentren	sonstig e Gemein- den	Ober-/ Mittel- zentren	sonst. Gemein- den	Ober-/ Mittel- zentren	sonst. Gemein- den
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17
1.000																		
<b>Soziale Stellung</b>																		
Student(in)	1.904	445	270	154	87	54	46	19	24	217	181	128	49	66	61	49	24	30
Rentner(in), Pensionär(in), im Vorruhestand	18.203	2.551	1.776	1.824	926	782	771	340	432	1.122	1.628	1.710	795	1.044	724	771	410	598
Zur Zeit arbeitslos, Null-Kurzarbeit	3.102	495	323	223	86	124	113	95	94	215	266	234	155	185	121	101	117	154
Nichtwerbstätig, mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige	6.149	819	615	863	417	259	261	65	109	284	576	636	236	345	192	251	86	136
Wehr-, Zivildienstleistender	173	19	15	16	7	7	8	/	7	11	13	17	10	13	6	8	/	8
Aus anderen Gründen nicht vollzeiterwerbstätig	7.670	1.090	697	802	494	308	340	106	160	452	734	819	292	426	277	349	134	191
Übrige	44.488	6.320	4.022	4.601	2.600	1.789	1.994	744	1.165	2.403	3.975	4.602	1.817	2.687	1.515	1.990	906	1.358
Insgesamt	81.689	11.740	7.719	8.483	4.616	3.323	3.532	1.375	1.989	4.703	7.373	8.147	3.353	4.766	2.897	3.518	1.682	2.474
<b>Frühere Erwerbstätigkeit</b>																		
Nichtwerbstätigkeit mit früherer Erwerbstätigkeit	25.225	3.706	2.467	2.566	1.277	1.048	1.052	471	599	1.566	2.286	2.339	1.044	1.439	949	1.010	577	828
Nichtwerbstätigkeit ohne frühere Erwerbstätigkeit	7.627	1.142	835	913	449	307	296	98	168	452	708	663	310	424	251	271	137	203
Ohne Angabe zur früheren Erwerbstätigkeit	110	16	8	8	/	/	7	/	-	8	8	15	6	7	6	11	/	/
Zusammen	32.962	4.864	3.311	3.486	1.729	1.358	1.355	570	768	2.026	3.002	3.016	1.360	1.870	1.205	1.292	715	1.033

Gegenstand der Nachweisung	Ins- gesamt	Siedlungsstruktureller Gemeindetyp																
		Regionen mit großen Verdichtungsräumen								Regionen mit Verdichtungsansätzen				Ländlich geprägte Regionen				
		Kernstädte		Hochverdichtete Kreise		Verdichtete Kreise		Ländliche Kreise		Kern- städte	Verdichtete Kreise		Ländliche Kreise		Höherer Dichte		Geringerer Dichte	
		500 000 Einwohner und mehr	unter 500 000 Einwohner	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden		Ober-/Mittelzentren	sonstige Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonstige Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17
1.000																		
<b>Berufe nach Gruppen (Ergebnis des Mikrozensus 2000)</b>																		
<b>Selbstständiger ...</b> Alleinschaffend; Selbstständiger mit 1 bis 4 Beschäftigten (u.a. freiberufl. tätig;selbstständig, Landwirt)	2.981	517	252	276	190	116	149	39	87	140	241	304	104	181	93	154	42	99
Selbstständiger/Gewerbetreibender Unternehmer mit 5 u. m. Beschäftigten	632	79	51	66	43	28	31	10	19	29	54	67	27	40	23	31	13	21
<b>Beamter /-in, Richter(in), Berufssoldat(in), und zwar ...</b> Beamter/Beamtin im einfachen Dienst (bis einschl. Oberamts- meister/in)	98	13	8	9	7	5	/	/	/	7	9	8	/	8	/	/	/	/
...Beamte im mittleren Dienst (von Assistent/in bis einschl. Haupt- sekretär/in, Amtsinspektor/in)	616	88	48	63	37	27	25	10	18	35	52	62	25	37	25	33	13	18
...Beamte/Beamtin im gehobenen Dienst (von Inspektor/in bis einschl. Oberamtsrat/-rätin)	769	121	64	83	52	35	33	13	14	49	74	76	34	37	23	32	15	14
..Beamte im höheren Dienst, Richter(in) (von Rat/Rätin aufwärts)	432	78	47	48	29	17	18	6	5	33	42	37	15	16	15	12	6	6
<b>Angestellte/r, und zwar...</b> ...Meister, Polier im Ange- stelltenverhältnis	502	52	38	56	34	22	23	9	11	25	47	61	22	35	15	23	12	16
...ausführender Angestellter (z. B. Bürobote, Kassierer, Schreibkraft)	1.716	288	155	164	93	71	70	29	46	103	147	159	70	95	66	70	39	50
...Angestellter mit einfachen Fachfähigkeiten (z. B. Verkäufer, Kontorist, Sekretär)	3.373	540	319	364	214	138	142	60	80	200	286	338	122	174	110	132	67	87
...Angestellter, der schwierige Aufgaben nach allgem. Vorgaben selbstständig ausführt (z. B. Buchhalter, Krankenschwester, techn. Assistent)	6.012	991	613	637	382	256	267	102	141	371	498	588	217	291	195	228	97	139
...Angestellter mit selbstständiger Leistung in verant- wortlicher Tätigkeit oder mit begrenzter Verantwortung für andere (z. B. Referent, Projektleiter, Stationsarzt, Redakteur)	3.877	732	420	418	267	163	183	57	83	252	313	336	115	157	121	124	60	74
...Angestellter mit umfassenden Führungsaufgaben u. Entscheidungs-befugnissen (z. B. Direktor, Geschäftsführer, Chefarzt, Handlungs- bevollmächtigter)	852	153	81	102	67	37	48	14	18	46	65	77	25	33	27	32	11	16
<b>Arbeiter(in), und zwar...</b> ...angelernt	5.357	695	466	567	285	208	189	73	107	293	560	552	279	335	221	243	108	176
Facharbeiter(in)	5.257	491	427	466	255	204	243	113	178	269	475	617	246	419	186	289	130	249
Vorarbeiter(in), Kolonnenführer(in)	654	72	53	70	33	24	33	10	17	35	61	74	29	47	24	34	14	24
Meister(in), Polier(in), Brigadier	177	17	10	14	10	8	8	/	5	7	15	26	9	14	7	10	5	8
Auszubildende/r, Praktikant(in), Volontär(in)	1.635	176	131	151	87	59	72	37	45	90	154	179	74	114	68	81	44	75
Mithelfender Familienangehöriger	410	24	21	34	26	16	20	/	9	8	36	58	19	52	13	43	9	20
Angabe fehlt (nur Erwerbstätige)	1.103	148	94	108	57	39	41	15	23	71	85	93	47	84	62	68	27	40
<b>Insgesamt</b>	<b>36.453</b>	<b>5.277</b>	<b>3.299</b>	<b>3.696</b>	<b>2.169</b>	<b>1.473</b>	<b>1.599</b>	<b>603</b>	<b>907</b>	<b>2.062</b>	<b>3.216</b>	<b>3.711</b>	<b>1.483</b>	<b>2.170</b>	<b>1.297</b>	<b>1.643</b>	<b>712</b>	<b>1.136</b>

Gegenstand der Nachweisung	Ins-gesamt	Siedlungsstruktureller Gemeindetyp																
		Regionen mit großen Verdichtungsräumen								Regionen mit Verdichtungsansätzen				Ländlich geprägte Regionen				
		Kernstädte		Hochverdichtete Kreise		Verdichtete Kreise		Ländliche Kreise		Kernstädte	Verdichtete Kreise		Ländliche Kreise		Höherer Dichte		Geringerer Dichte	
		500 000 Einwohner und mehr	unter 500 000 Einwohner	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	son. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden		Ober-/Mittelzentren	sonstige Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonstige Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17
1.000																		
<b>Personen in Haushalten mit monatlichem Nettoeinkommen des Haushalts von ... bis unter ... Euro</b>																		
unter 150	50	5	/	8	/	/	/	-	/	7	6	/	/	/	/	/	/	
150 - 300	180	26	27	15	5	6	/	/	/	21	15	13	7	9	8	8	5	7
300 - 500	896	142	111	58	25	34	24	18	18	93	96	67	41	44	40	30	23	32
500 - 700	2.171	442	253	155	64	76	59	43	44	187	197	161	91	103	94	70	62	70
700 - 900	2.823	501	314	228	97	110	83	58	54	210	260	236	123	144	124	107	78	95
900 - 1100	3.915	668	422	319	141	158	141	82	81	265	365	335	186	219	155	142	100	135
1100 - 1300	4.916	802	497	474	213	210	184	92	103	326	448	427	211	266	200	179	135	149
1300 - 1500	5.472	867	563	503	243	246	214	98	115	363	499	481	245	295	210	205	138	186
1500 - 1700	5.524	810	559	551	252	230	238	114	118	349	489	528	252	313	224	207	119	170
1700 - 2000	7.329	1.074	691	716	385	308	301	141	177	421	677	676	331	426	276	317	173	239
2000 - 2300	6.915	972	659	666	374	295	289	120	171	399	639	710	300	416	242	317	142	203
2300 - 2600	6.538	863	562	670	380	254	309	123	177	361	584	687	262	416	241	293	145	209
2600 - 2900	4.702	601	397	481	291	195	222	80	130	249	428	545	173	285	151	227	91	156
2900 - 3200	4.086	554	331	425	277	166	199	58	110	217	363	464	165	250	130	187	70	120
3200 - 3600	3.931	522	298	422	282	163	192	60	123	193	354	439	137	239	130	201	67	108
3600 - 4000	2.658	347	202	296	207	102	139	43	80	130	233	317	112	158	84	116	34	60
4000 - 4500	2.359	314	191	257	199	95	138	34	62	106	202	247	83	151	78	114	39	50
4500 - 5000	1.567	203	127	170	135	61	84	22	46	82	139	181	50	84	46	76	20	39
5000 - 5500	1.054	158	70	121	96	38	63	12	26	56	90	117	33	53	33	43	15	29
5500 - 6000	693	108	57	85	66	31	41	10	18	29	57	71	20	30	21	27	8	13
6000 - 7500	942	145	69	118	86	43	49	11	24	43	72	103	32	50	29	41	10	18
7500 - 10000	552	92	50	71	58	18	30	/	12	26	39	49	19	24	22	25	6	8
10000 - 18000	331	69	25	42	29	13	22	/	7	16	27	32	10	14	6	13	/	/
18000 und mehr	185	38	16	30	17	/	10	/	/	6	14	11	6	8	5	9	/	/
Mit Angabe zusammen	69.788	10.323	6.497	6.882	3.925	2.857	3.036	1.231	1.703	4.156	6.293	6.902	2.890	3.999	2.555	2.955	1.483	2.101
Mindestens ein Haushaltsmitglied ist Selbstständiger Landwirt in der Haupttätigkeit und ohne Angabe	11.901	1.417	1.222	1.601	691	466	496	143	286	547	1.080	1.244	463	767	343	564	198	373
Insgesamt	81.689	11.740	7.719	8.483	4.616	3.323	3.532	1.375	1.989	4.703	7.373	8.147	3.353	4.766	2.897	3.518	1.682	2.474

Gegenstand der Nachweisung	Ins-gesamt	Siedlungsstruktureller Gemeindetyp																
		Regionen mit großen Verdichtungsräumen								Regionen mit Verdichtungsansätzen				Ländlich geprägte Regionen				
		Kernstädte		Hochverdichtete Kreise		Verdichtete Kreise		Ländliche Kreise		Kernstädte	Verdichtete Kreise		Ländliche Kreise		Höherer Dichte		Geringerer Dichte	
		500 000 Einwohner und mehr	unter 500 000 Einwohner	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	son. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden		Ober-/Mittelzentren	sonstige Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonstige Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden	Ober-/Mittelzentren	sonst. Gemeinden
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	13	14	15	16	17
1.000																		
<b>Personen in Haushalten nach Anzahl der Einkommensbezieher im Haushalt</b>																		
Ein Einkommensbezieher	26.124	4.728	2.856	2.956	1.422	1.086	946	371	439	1.677	2.379	2.259	999	1.181	907	885	473	559
Zwei und mehr Einkommensbezieher	52.296	6.538	4.312	4.819	3.008	2.121	2.475	978	1.502	2.890	4.727	5.649	2.267	3.476	1.922	2.561	1.180	1.874
Ohne Angabe	3.269	474	551	707	187	116	110	26	49	136	267	238	87	109	68	72	29	41
Insgesamt	81.689	11.740	7.719	8.483	4.616	3.323	3.532	1.375	1.989	4.703	7.373	8.147	3.353	4.766	2.897	3.518	1.682	2.474
<b>Eigenes monatliches Nettoeinkommen von ... bis unter ... Euro</b>																		
unter 150	1.992	283	176	183	107	68	75	39	50	138	179	204	82	126	77	87	42	76
150 - 300	3.492	437	323	315	179	127	145	63	88	218	336	364	155	233	138	162	78	133
300 - 500	5.481	662	473	474	275	227	227	97	138	343	522	562	256	381	219	266	137	221
500 - 700	6.244	907	584	466	251	248	257	134	177	422	565	600	283	383	248	278	182	260
700 - 900	5.893	821	545	442	235	245	252	137	170	381	521	566	268	380	241	266	172	249
900 - 1100	6.764	952	610	520	288	280	302	147	200	431	603	654	321	444	275	307	174	256
1100 - 1300	6.824	1.023	639	623	339	295	283	134	175	434	623	655	294	374	268	293	160	212
1300 - 1500	5.638	913	552	572	325	233	226	92	132	351	509	535	224	292	214	217	111	139
1500 - 1700	4.259	717	424	462	251	173	181	64	92	257	378	411	158	219	143	163	69	95
1700 - 2000	3.752	637	362	422	245	153	155	52	82	216	324	358	138	197	124	148	58	82
2000 - 2300	2.648	444	253	313	180	106	116	37	55	158	225	259	93	133	85	99	40	55
2300 - 2600	1.927	327	178	234	141	84	91	23	41	114	159	188	61	92	60	73	28	36
2600 - 2900	983	166	87	124	77	42	49	10	18	52	88	97	30	45	29	37	15	18
2900 - 3200	902	154	85	110	77	36	44	11	18	46	80	91	29	39	27	33	10	12
3200 - 3600	710	122	63	91	63	29	35	8	14	39	59	68	23	28	21	28	8	11
3600 - 4000	458	79	38	61	44	21	22	6	10	24	35	48	13	18	12	17	/	6
4000 - 4500	368	68	34	54	32	12	21	5	7	20	28	30	10	14	14	13	/	/
4500 - 5000	251	46	22	32	24	10	11	/	5	14	21	26	7	9	7	9	/	5
5000 - 5500	166	34	14	21	15	6	8	/	/	10	13	16	5	6	/	6	/	/
5500 - 6000	130	22	12	18	11	5	7	/	/	6	11	12	/	5	/	5	/	/
6000 - 7500	138	27	13	17	13	7	8	/	/	6	11	13	/	6	/	/	/	/
7500 - 10000	118	24	10	18	12	/	6	-	/	5	9	8	/	5	/	/	/	/
10000 - 18000	82	20	7	12	7	/	/	/	/	/	6	7	/	/	/	/	/	/
18000 und mehr	55	12	5	8	5	/	/	/	-	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Zusammen	59.275	8.900	5.507	5.591	3.198	2.414	2.528	1.068	1.487	3.689	5.307	5.775	2.465	3.432	2.219	2.517	1.299	1.878
Selbstständiger Landwirt i.d. Haupttätigkeit	267	/	5	11	11	9	18	/	11	/	16	46	13	44	8	38	5	25
Kein Einkommen	18.975	2.394	1.718	2.256	1.212	785	875	276	441	870	1.781	2.076	785	1.162	599	878	348	521
Angabe fehlt	3.173	444	489	625	196	115	110	29	50	142	269	250	89	127	72	84	30	51
Insgesamt	81.689	11.740	7.719	8.483	4.616	3.323	3.532	1.375	1.989	4.703	7.373	8.147	3.353	4.766	2.897	3.518	1.682	2.474
<b>Personen im Haushalt nach Haushaltsgröße</b>																		
Haushalte mit einer Person	13.658	2.945	1.633	1.281	602	537	413	211	219	1.073	1.198	1.012	504	529	531	395	280	294
zwei Personen	25.785	3.936	2.581	2.790	1.448	1.106	1.122	468	578	1.634	2.236	2.354	1.021	1.341	947	962	548	713
drei Personen	16.349	2.057	1.462	1.690	932	673	751	299	486	888	1.476	1.672	697	1.022	598	740	351	554
vier Personen	17.182	1.870	1.381	1.840	1.116	691	859	272	487	770	1.573	2.030	748	1.219	535	873	328	588
fünf und mehr Personen	8.715	932	661	881	518	315	387	124	220	338	889	1.078	385	655	286	548	174	325
Insgesamt	81.689	11.740	7.719	8.483	4.616	3.323	3.532	1.375	1.989	4.703	7.373	8.147	3.353	4.766	2.897	3.518	1.682	2.474

## Autorenverzeichnis

Kurt Behrens  
BIK ASCHPURWIS + BEHRENS GmbH  
Feldbrunnenstr. 7, 20148 Hamburg

Ekkehard Mochmann  
Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung  
Bachemer Strasse 40, D-50931 Köln

Ferdinand Böltken  
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung  
Deichmanns Aue 31 – 37, 53179 Bonn

Stefan Perleth  
GfK Marktforschung GmbH  
GfK Regionalforschung  
Nordwestring 101, 90319 Nürnberg

Holger Breiholz  
Statistisches Bundesamt  
Gruppe VIII C  
Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn

Günther Rösch  
Büro für Erhebungsdesign und Datenanalyse  
Am Sandberg 5, 82216 Frauenberg

Michael Bretschneider  
Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin  
Ernst-Reuter-Haus  
Straße des 17. Juni 112 , 10623 Berlin

Jörg Schumacher  
Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin  
Ernst-Reuter-Haus  
Straße des 17. Juni 112 , 10623 Berlin

H.-J. Heidenreich  
Statistisches Bundesamt  
Gruppe VIII C  
Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn

Wolfgang Sodeur  
Universität Duisburg-Essen, FB  
Gesellschaftswissenschaften  
Universitätsstr.12, 45117 Essen

Christian von der Heyde  
TNS Infratest Holding GmbH & Co. KG  
Landsberger Str. 338, 80687 München

E. O. Walter  
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung  
Abt. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen  
80288 München

Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik  
ZUMA, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen  
Postfach 12 21 55, 68072 Mannheim

Anke Weslowski  
infas GEOdaten GmbH  
Das DataWherehouse  
Zeppelinstr. 7a, 53177 Bonn

Rolf Küppers  
microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH  
Bereich Data & Methods  
Hellersbergstr. 14, 41460 Neuss